

Beilage zu Nr. 35 der Braunschweigischen Anzeigen.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig
im Jahre 1888.

Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.

Verzeichniß.

A. Nach der Zeitfolge.

(Num. Die Zahlen bedeuten die Seiten in den betr. Protocollen.)

Januar 19.

Öeffentlich:

1. Bericht des Vorsitzenden über die Thätigkeit der Stadtverordneten im Jahre 1887	2.
2. Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters	3.
3. Umbau der Centralheizung in der städtischen Realschule	4.
4. Erwerb einer Grundfläche zur Wabestraße	6.
5. Verkauf einer Wiege an der Eisenbühlnerstraße	6.
6. Verpachtung der städtischen Fischerei	7.
7. Erwerb einer kleinen Grundfläche am Ruhfäutchenplaz	7.
8. Erwerb einer kleinen Grundfläche an der Kreuzstraße	7.
9. Abrechnung über den Erweiterungsbau des Wasserwerks	7.
10. Einrichtung von 7 neuen Bürgergeschulclassen	13.
11. Ueberweisung einer für bauliche Verbesserungen der Eisenbühlner Mühlen vorausgabten Summe an den Erneuerungsfonds des Wasserwerks	13.
12. Uebnahme der Adolfsstraße als städtische Straße	14.
13. Abänderung des Ortsbauplanes an der Cellerstraße und Kreuzstraße	14.
14. Unfallversicherung der von verschiedenen städtischen Verwaltungen beschäftigten Arbeiter	15.
15. Grenzregulirung am Centralfriedhofe	15.
16. Selbstständiger Antrag des Herrn Rieß wegen Verbreiterung des Wadamenweges und directer Verbindung desselben mit dem Hohenthore	16.
17. Desgl. des Herrn Heymann, den Erlaß einer Novelle zur Bauordnung für das Herzogthum Braunschweig betreffend	16.
18. Anfrage des Herrn Rieße an den Stadtmagistrat auf Verbreiterung der Egidienstraße	18.
19. Eingabe von Anwohnern der Biewegstraße wegen Instandsetzung dieser Straße	18.

20. Wahl des Protocollführers der Stadtverordneten und dessen Stellvertreter. 18.

Vertraulich:

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

- 20 a. Erledigung von Steuerreclamationen in der Recursinstanz 19.

Sitzung der Stadtverordneten.

21. Veranlagung der gewerblichen Etablissements zu Exrabeiträg u für den Wegebau 19.
 22. Wahl der Commission für Schätzung der Pferde bei Mobilmachungen 19.
 23. Wahl eines Magistratsdieners 19.
 24. Wahl eines Armenpflegers 19.
 25. Mittheilungen des Vorsitzenden 19.

März 1.

Öffentlich:

26. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Verbreiterung des Damenweges 22.
 27. Desgl. des Herrn Heymann auf Aenderung der Landesbauordnung 24.
 28. Desgl. des Herrn Blasius auf Unterstützung der Klages'schen meteorologischen Station 25.
 29. Vermehrung der Ortsstraßen 25.
 30. Vergleich über zur Expropriation stehende Grundstücke in der Maschstraße 25.
 31. Parcellirung des Griepenkerl'schen Grundstückes 25.
 32. Zuschuß für den Verein gegen Bettelci 26.
 33. Ankauf einer Grundfläche an der Pflegehausstraße 26.
 34. Auflassung von Theilgrundstücken an der Kreuzstraße an die Stadt resp. verschiedene Anlieger 26.
 35. Annahme eines Hilfsarbeiters für Archiv und Bibliothek 26.
 36. Verpachtung der Rathschleiche 27.
 37. Entwässerungsstatut 27.
 38. Gesuch von Anwohnern der Bergfeld- und Kramersstraße 28.
 39. Gesuch wegen Vermietung zweier Giebelwohnungen an der Goslar'schenstraße 29.
 40. Interpellation des Herrn Nieß, betreffend die Instandsetzung der Fußwege vor den Thoren, die Angriffe des früheren Schlachthaussthierarztes Rickoll auf die Schlachthausverwaltung und Schaffung neuer Einnahmen für die Stadt 30.
 41. Interpellation des Herrn Heymann, die Abschneidung der Wasserleitung eines in Konkurs gerathenen Consumenten betreffend 31.
 42. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche, die Erbauung eines Krankenhauses betreffend 32.

43. Desgl. des Herrn Wünther auf Verbesserung der Fußwege vor den Thoren 32.

Vertraulich:

44. Anstellung des Bureauarbeiters Otto Peters 32.
 45. Steuerreclamationen (Verzeichniß IV. von 1837) 32.
 46. Wahl eines Armenpflegers 32.

März 8.

Öffentlich:

47. Bau des zweiten Gaswerks und Bauten auf der alten Gasanstalt 33.
 48. Deckung von Einquartirungskosten 44.
 49. Veränderung des Ortsbauplans an der Taubenstraße 44.

Vertraulich:

50. Pensionirung einer Lehrerin 44.
 51. Wahl des Protocollführers der Versammlung 44.

April 12.

Öffentlich:

52. Selbstständiger Antrag des Herrn Wünther wegen der Fußwege in der Außenstadt 46.
 53. Desgl. des Herrn Neiche wegen Baues eines Krankenhauses 47.
 54. Erwerb einer Grundfläche an der Husarenstraße seitens der Stadt 48.
 55. Erwerb von Theilgrundstücken an der Biewegstraße u. s. w. 48.
 56. Der Canalbaucaffen-Etat 48.
 57. Belegung des Altwiekringes mit Gas- und Wasserröhren 62.
 58. Gesuch von Anwohnern der Marienstraße um Instandsetzung dieser Straße 62.
 59. Gesuch des Bauunternehmers Vannow wegen Genehmigung eines Neubaus 63.
 60. Gesuch des Cigarrenfabrikanten Schulze wegen Genehmigung eines Neubaus 63.
 61. Gesuch um Instandsetzung eines Theiles der Kastanienallee 64.
 62. Verkauf eines Theiles der alten Kramerstraße 64.
 63. Feststellung von Baulinien am Gieseler und an der Südstraße 65.
 64. Verpachtung der städtischen Badeanstalt 68.
 65. Anlegung einer Straße durch den Ziegeleibesitzer Meyer 70.
 66. Feststellung der Baulinien für das Klauenberg'sche Grundstück an der Fallersleberstraße 71.

Vertraulich:

67. Wahl eines Executors 72.

VI

Mai 17.

Öeffentlich:

68. Antrag des Stadtverordneten Nieß wegen Entwässerung des Centralfriedhofs	74.
69. Verträge über Ankauf der Grundfläche zum neuen Gaswerke	75.
70. Erwerb einer Grundfläche an der Kreuzstraße	75.
71. Annahme des Assessors Hassel II als Hilfsarbeiter am Stadtmagistrate	76.
72. Feststellung der vom Staate zu zahlenden Rente bei Uebernahme der Straßenreinigung seitens der Stadt	76.
73. Ankauf von Reichbieter'schem Terrain zur Pflegehausstraße	78.
74. Erwerb von Kohlenberg'schem Terrain zu der Verbindungsstraße zwischen der Elm- und Friedrichstraße	79.
75. Erwerb von Theilgrundstücken zur Limbeckerstraße	79.
76. Abtretung von früherem Okerterrain an den Kaufmann Holland	80.
77. Erwerb eines Theilgrundstückes an der Marienstraße	81.
78. Leitung der Abwässer von Thiederhall durch städtisches Terrain	81.
79. Erwerb eines Theilgrundstückes an der Vertramstraße	86.
80. Erwerb eines Theilgrundstückes an der Carlstraße	86.
81. Umschreibung der Friedrichstraße auf die Stadt im Grundbuche	86.
82. Errichtung zweier Parallellassen	87.
83. Sprachheilvercursus für stotternde Kinder	87.
84. Verbesserung der Beleuchtung am Steinwege und Ritterbrunnen	89.
85. Verschiedene Gesuche in Vausachen	91.
86. Verlegung eines Grundstückes in die Gemeinde Lehdorf	92.
87. Vertrag mit dem Hof-Juwelier Siebrecht wegen seines Neubaus am Bohlwege	92.
88. Rückzahlung der vorauslagten Kosten für die Legung von Gas- und Wasserröhren an den Maurermeister Bering	99.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

89. Wahl eines Mitgliedes der constituirenden Genossenschaftsversammlung der land- und forstwirtschaftlichen Berufs-genossenschaft, sowie eines Stellvertreters desselben	100.
90. Wahl der Mitglieder des Ausschusses zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen	100.

Vertraulich:

91. Erledigung von Steuer-Reclamationen in der Recursinstanz	100.
--	------

Sitzung der Stadtverordneten.

92. Anstellung eines Bürgereschullehrers	100.
93. Erlaßgesuch von Abgaben zur Armen- und Wegeverbesserungscasse	100.
94. Steuer-Reclamationen (Verzeichniß V pro 1887)	100.

Juni 14.

Öffentlich:

95.	Der Bau einer Aula in der städtischen Mädchenschule	102.
96.	Theilortsbauplan am Nordbahnhofe	104.
97.	Verwilligung von Reiseunterstützungen zur Münchener Kunst-Gewerbe-Ausstellung	104.
98.	Verwendung einer außerordentlichen Einnahme der Kreis-Communalcasse	104.
99.	Antrag des Stadtverordneten Nieß wegen Behandlung von Interpellationen	105.
100.	Vertrag mit Zimmermeister Jacobs über zwei kleine Grundflächen an der Klosterstraße	112.
101.	Verwendung der aus der Canalbaukasse an die Stadtkasse und die Wegebaukasse zu erstattenden Summen	113.
102.	Ausbau des Zugangsweges zum Wilhelmitthorbahnhofe	115.
103.	Aufhebung eines Weges in der Neupetritthor-Feldmark	116.
104.	Gesuch des Industriewaaren-Händlers Langzettl wegen Genehmigung eines Neubaus an der Grünstraße	117.
105.	Begebung von 1 200 000 M Stadtsobligationen	118.
106.	Der städtische Beitrag zum Schützenfeste in Wolfenbüttel	121.
107.	Erwerb einer Grundfläche an der Biewegstraße	122.
108.	Neue Linien der Pferdebahn und Fahrpreise derselben	122.
109.	Ankauf des Portals vom vormals Bartels'schen Hause an der Martinikirche	125.
110.	Terrainerwerb an der Eulenstraße	126.
111.	Terrainerwerb und Terrainabgabe am Hopfengarten u. f. w.	127.

Vertraulich:

112.	Wahl eines Armenpflegers	128.
113.	Wahl zweier stimmberechtigten Mitglieder des Städtetages u. f. w.	128.

Juli 5.

Öffentlich:

114.	Die Haushaltsrechnungen von 1885	131.
115.	Gesuch des Bauunternehmers Wagnus und Vorlage des Stadtmagistrats in der gleichen Angelegenheit	131.
116.	Erwerb einer Grundfläche an der Kreuzstraße	132.
117.	Belegung eines Theils der Casernen- und Hagenstraße mit Gas- und Wasserrohren	132.
118.	Ausführung der Brücke über das Petriwehr.	133.
119.	Reparaturen auf dem Gaswerke	134.
120.	Straßendurchbruch vom Madamenwege zur Hohethorbrücke	134.
121.	Zwangsenteignung an der Spinnerstraße	141.
122.	Austausch von Grundflächen an der Pflegehausstraße	141.
123.	Bauten am Schlachthause	142.
124.	Neucanalisirung verschiedener Straßen	142.

VIII

125.	Erwerb von Straßenterrain zwischen Elm- und Friedrichstraße . . .	144.
126.	Zwangse enteignung an der Taubenstraße und dem Mittelwege . . .	144.
127.	Erwerb von Straßenterrain an der Ferdinandstraße . . .	145.
128.	Antrag des Herrn Nieß auf Verbreiterung der Brücke am Nidelnsfult . . .	145.
129.	Antrag des Herrn Reiche auf Verbreiterung der Eulensstraße . . .	146.

Vertraulich:

130.	Kündigung eines städtischen Beamten	151.
131.	Wahl zweier Armenpfleger	151.
132.	Steuerreclamationen (Verzeichniß I von 1888)	151.

September 13.

Öeffentlich:

133.	Erwerb von Straßenterrain an der Maschstraße	154.
134.	Desgl. am Königsstiege	155.
135.	Proceß gegen F. Ch. Unger u. Sohn	155.
136.	Proceß gegen den Bauunternehmer Waßmus	155.
137.	Erwerb von Straßenterrain an der Vertramstraße	156.
138.	Reparaturen am Stadtparkgebäude	156.
139.	Einwendung des Ingenieurs Königsdorf gegen den nördlichen Orts- bauplan	156.
140.	Aufhebung eines Weges an der Salzdammerstraße	158.
141.	Trinkwasseranlage in der 4. mitleren Bürgerschule an der Ottmer- straße	158.
142.	Canal von der Petrihorpromenade zur Okerstraße	158.
143.	Austausch von Grundstücken an der Obergstraße	159.
144.	Bau einer Bedellenwohnung am Prinzenwege	159.
145.	Ausführung von Canalbau'en im Küchengarten	160.
146.	Bau eines Gerätheschuppens bei der städtischen Mädchenschule	161.
147.	Erstattung von Kosten für Gas- und Wasserrohranlagen	161.
148.	Erwerb von Straßenterrain an der Bierwegstraße	161.
149.	Canalisierung verschiedener Straßen der westlichen Außenstadt	161.
150.	Legung von Gas- und Wasserröhren im Küchengarten	162.
151.	Erpachtung eines Terrainstreifens im Hagenbruche	162.

Vertraulich:

152.	Wahl zweier Armenpfleger	164.
153.	Steuerreclamationen (Verzeichniß II von 1888)	164.

October 18.

Öeffentlich:

154.	Antrag des Herrn Nieß auf Freigabe der Schulhöfe als Spielplätze	166.
155.	Antrag des Herrn Nieß auf Erwerb eines Spielplatzes an der Kreuzstraße	167.

156.	Antrag der Herren Nieß und Wolff auf Aenderung der Geschäftsordnung	168.
157.	Regulirung der Thurmuhren nach Mahrhofer's System	171.
158.	Tarif der Straßenbahn auf der Strecke Hohethor-Mariensift	173.
159.	Erwerb eines Grundstückes an der Hedwigstraße	173.
160.	Desgl. an der Krenzstraße	175.
161.	Veräußerung einer Fläche an der Biewegstraße	175.
162.	Regulirung der Feldmarksgrenze gegen Delper und Lamme	175.
163.	Einrichtung einer Schätzungscommission für die Grundsteuer	176.
164.	Verpachtung eines Grundstückes an der Casernenstraße	177.
165.	Verwilligung für das neue Gaswerk	178.
166.	Annahme zweier bezw. dreier Aufseher im Schlachthause	179.
167.	Ausbau der Nordstraße	179.
168.	Erwerb verschiedener Grundstücke an der Limbekerstraße	179.
169.	Erwerb eines Grundstückes am Wolfscampe	180.
170.	Proceß gegen den Maurermeister Bewig	181.
171.	Einwendung des Ingenieurs Königsdorf gegen den nördlichen Ortsbauplan	182.
172.	Canalisirung des kleinen Marktaßes	183.
173.	Herleihung von Darlehen an die Braunschweigische Baugenossenschaft	183.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

174.	Pensionirung eines städtischen Beamten	186.
------	--	------

December 6.

Öffentlich:

175.	Antrag des Herrn Lange auf Mittheilung von Theilortsbauplänen an die Mitglieder der Versammlung	189.
176.	Regulirung der Feldmarksgrenze gegen Lehnndorf	193.
177.	Abtretung einer Fläche vom Schulgrundstücke an der Heinenstraße zu der St. Martini-Pfarre	194.
178.	Anlage einer Bedürfnisanstalt am Augustthore	194.
179.	Proceß gegen den Bauunternehmer Jung wegen Zahlung von Krankengeld	196.
180.	Vertrag mit der Landesregierung wegen der Straßenreinigung	197.
181.	Ankauf des Fricke'schen Hauses an der Wendensstraße	199.
182.	Anwendung der §§. 7—12 des Ortsbaustatuts auf verschiedene Straßen	200.
183.	Wahl von Schätzern in Gemäßheit des Viehschutengesetzes	201.
184.	Vertrag mit dem Verlagsbuchhändler Heinrich Bieweg	201.
185.	Anstellung eines Technikers bei der städtischen Bauverwaltung	202.
186.	Anstellung von drei Schreibern	203.
187.	Erweiterung des Gas- und Wasserrohrnetzes	203.

Vertraulich:

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

188.	Pensionirung eines städtischen Beamten	204.
189.	Erledigung von Steuer-Reclamationen in der Recursinstanz	204.

December 28.

Öffentlich:

190.	Erwerb von Straßenterrain an der Bertramstraße	206.
191.	Desgl. am Königsstiege	206.
192.	Anstellung von zwei Technikern bei den Gasanstalten	206.
193.	Anstellung eines Büreaudieners bei den Gas- und Wasserwerken	207.
194.	Wahl eines Mitgliedes der Armen-Direction	207.
195.	Wahl von Bezirksvorstehern, stellvertretenden Bezirksvorstehern und Armenpflegern	208.
196.	Vermehrung der Straßenlaternen	208.
197.	Jahresbericht und Rechnungsabschluß des Wasserwerkes für 1887	212.
198.	Die städtischen Haushaltspläne für 1889	214.
199.	Das Wasserregulativ	232.
200.	Erwerb des alten Officier-Casinos	233.
201.	Verpachtung der Eisenbüttler Mühlen	234.
202.	Erwerb von Straßenterrain an der Eulenstraße	235.
203.	Verkauf eines weiteren Theiles der Obligationen-Anleihe von 1887	235.
204.	Erwerb einer Fläche von der Feldmarks-Interessenschaft Hagen	237.

Vertraulich:

205.	Pensionirung einer Lehrerin	237.
206.	Gesuch um Erlaß der Abgabe zur Armen- und Wegeverbesserungs-Casse	237.
207.	Steuerreclamationen (Verzeichniß III. von 1888)	237.

B. Nach den Gegenständen.

Abrechnung über den Erweiterungsban des Wasserwerkes 11.
 Abtretung einer Fläche vom Schulgrundstücke an der Heinenstraße 194.
 Desgl. von früherem Ofterterrain an der Stecherstraße 80.
 Abwässer von Thieder's all 81.
 Adresse an Se. Königliche Hoheit den Prinzen Albrecht 74, 130.
 Anfragen an den Stadtmagistrat der Herren
 Günther, betr. das Ködner-Rothsche Reinigungsverfahren 131, 150;
 Heymann, betr. die Abichneidung der Wasserleitung eines in Concurs gerathenen Consumenten 31;
 Meyer, betr. die Brücke an der Ferdinandsstraße 163;
 Nieß, betr. den Abbruch des Wollermann'schen Hauses 102, 128;
 betr. den Verkauf der Bauplätze im Küchengarten 166, 184;
 betr. die Bepflanzung der Straßen 102, 128, 148;
 betr. die Anstandslegung der Fußwege vor den Thoren,
 die Angriffe des früheren Schlachthaus-Thierarztes Rickoll auf die Schlachthaus-Verwaltung und Schaffung neuer Einnahmen für die Stadt 30;
 Reiche, betr. die Ueberbrückung des Petriwehres 102, 127;
 Rieße, auf Verbreiterung der Eghdienstraße 18.
 Anlage einer Bedürfnisanstalt am Augustthore 194.

Anleihe, städtische, Begebung eines weiteren Theiles der Stadt-Obligationen 118, 235.
 Annahme von Hilfsarbeitern 26, 76, 204.
 Annahme von Aufsehern im Schlachthause 179.
 Anstellung von Büreaudienern 19, 207.
 Anstellung von Lehrern 100.
 Anstellung von Magistratschreibern 32, 203.
 Anstellung von Technikern 202, 206.
 Anträge, selbstständige, der Herren
 Blasius, auf Unterstützung der kgl. sächsischen meteorologischen Station 25;
 Günther, auf Verbesserung der Fußwege vor den Thoren 32, 46;
 Heymann, auf Erlaß einer Novelle zur Bauordnung 16, 24;
 Lange, auf Mittheilung von Theilortsbauplänen 166, 185, 189;
 Nieß, auf Erwerb eines Spielplatzes an der Kreuzstraße 130, 147, 167;
 auf Freigabe der Schulhöfe als Spielplätze 130, 147, 166;
 auf Verbreiterung der Brücke am Rickelnhulke 102, 128, 145, 154;
 auf Verbreiterung des Madamenweges 16, 22;
 wegen Behandlung der Interpellationen 46, 72, 105, 168;
 wegen Entwässerung des Central-Friedhofes 46, 72, 74;
 Reiche, auf Erbauung eines Krankenhauses 32, 47;
 auf Verbreiterung der Eulenstraße 102, 127, 146;
 Arbeiter-Unfall-Versicherung 15.
 Armen-Direction. Wahl eines Mitgliedes 207.
 Armenpfleger-Wahl 19, 32, 128, 151, 164, 208.

Aufhebung von Wegen 116, 158.
 Aula der städtischen Mädchenschule 102.
 Ausbau von Wegen, bezw. Straßen 115, 179.
 Austausch von Grundflächen 141, 159.

Badeanstalt, städtische. Verpachtung derselben 68.

Bau einer Aula der städtischen Mädchenschule 102.

Bau einer Pedellenwohnung am Prinzenwege 159.

Bau eines Krankenhauses 32, 47.

Bau eines Geräthschnappens der städtischen Mädchenschule 161.

Bau eines zweiten Gaswerkes 33, 75, 178.

Baulinien-Feststellung
 am Bohlwege 92;
 am Giefeler und an der Südstraße 65;
 an der Fallersleberstraße 71.

Bauordnung. Erlaß einer Novelle 16, 24.

Bausachen-Gesuche 91.

Bauten am Schlachthause 142.

Bedürfnisanstalt am Augustthore 194.

Begebung von Stadt-Obligationen 118, 235.

Behandlung von Interpellationen 46, 72, 105, 168.

Beitrag zum Schützenfeste 121.

Belegung von Straßen mit Gas- und Wasser-
 röhren 62, 132.

Belichtung der Straßen

Steinweg und Ritterbrunnen 89;

Vermehrung der Laternen 208.

Bericht des Vorsitzenden über die Thätigkeit
 der Stadtverordneten im Jahre 1887 2.

Besprengung der Straßen 102, 128, 118.

Bezirksvorsteher-Wahl 208.

Braunschweigische Baugenossenschaft 183.

Brücken

am Nideinfulte 102, 128, 145;

an der Ferdinandstraße 163;

über das Petriwehr 102, 127, 133.

Canalisation der Stadt:

Canalbaucaffen-Etat 48;

Canalbaucaffe, Verwendung der Gelder
 113;

Canalbauten im Röhengarten 160;

Canalisierung verschiedener Straßen 142,
 158, 161, 183.

Casino-Erwerb 233.

Central-Friedhof:

Entwässerung 46, 72, 74;

Grenzregulirung 15.

Central-Heizungs-Umbau in der Realschule 4.

Commission für Schätzung der Pferde bei Mo-
 bilmachungen 19.

Darlehen=Verleihung an die Baugenossen-
 schaft 183.

Deckung von Einquartierungskosten 44.

Durchbruch einer Straße vom Madamenwege
 zur Hohethorbrücke 134.

Eingaben:

der Direction der Braunschw. Landes-
 eisenbahn-Gesellschaft 188;

der Herren Ebeling und Klic, enthaltend
 eine Beschwerte 188;

des Bauunternehmers Bannow wegen
 Genehmigung eines Neubaus 63;

des Bauunternehmers Wapmus wegen
 desgl. 131;

des Cigarren-Fabrikanten Schultze wegen
 desgl. 63;

des Industriewarenhändlers Langzettler
 wegen desgl. 117, 188;

des Maurers Mohrmann wegen Ver-
 mietzung zweier Giebelwohnungen 29;

von Anwohnern der Bergfeld- und
 Kramerstraße wegen Instandsetzung
 der Fußwege 28;

von Anwohnern der Kastanienallee wegen
 Instandsetzung des unteren Theiles
 derselben 64;

von Anwohnern der Marienstraße wegen
 Instandsetzung derselben 62;

von Anwohnern der Biewegstraße wegen
 Instandsetzung derselben 18;

von Anwohnern des Wolfscampes wegen
 Aenderung des Namens 188.

Einrichtung von 7 neuen Bürgerschulclassen 13.

Einrichtung zweier Parallelclassen 87.

Einquartierungskosten-Deckung 44.

Einwendungen von Königsdorf gegen den nördlichen Ortsbauplan 156, 182.

Entwässerung des Central-Friedhofes 46, 72, 74.
Entwässerungsstatut 27.

Erlaß einer Novelle zur Bauordnung 16.

Erpachtung eines Terraintreifens im Hagenbruche 162.

Erstattung von Kosten für Gas- und Wasserrohranlagen 99, 161.

Erstattung von Krankengeld 155, 155, 196.

Erweiterungsbau des Wasserwerks. Abrechnung 11.

Erweiterung des Gas- und Wasserrohrnetzes 203.

Erwerb

des alten Offizier-Casinos 233;

des Fricke'schen Hauses an der Wendestraße 199;

des Portals vom vormals Bartels'schen Hause 125;

einer Grundfläche von der Feldmarksgemeinschaft Hagen 237;

einer Grundfläche zum neuen Gaswerke 75;

eines Spielplatzes an der Kreuzstraße 130, 147;

von Grundflächen an den Straßen:

Vertramstraße 86, 156, 206;

Eulenstraße 126, 235;

Ferdinandstraße 145;

Friedrich- und Elmstraße 79, 144;

Hedwigstraße 173, 188;

Hopfgarten 127;

Husarenstraße 48;

Karlstraße 86;

Klosterstraße 112;

Königsstieg 155, 206;

Kreuzstraße 11, 26, 75, 132, 175;

Limbederstraße 79, 179, 200;

Marienstraße 81;

Majchstraße 154;

Pflegehausstraße 26, 78;

Ruhfäutchenplatz 11;

Riewegstraße 48, 122, 161;

Wabestraße 6;

Wolfscamp 180.

Etat der Canalbaucaffe 48.

Etat des Stadthaushalts 214.

Exercitor-Wahl 72.

Feldmarksgrenzen-Regulirung 175, 193.

Feststellung von Baulinien

am Bohlwege 92;

am Gieseler und an der Südstraße 65;

an der Fallerseleberstraße 71.

Fischerei-Verpachtung 7.

Freigabe der Schulhöfe als Spielplätze 130, 147, 166.

Fußwege-Verbesserung in der Außenstadt 30, 32, 46.

Gaswerke, städtische.

Anstellung eines Bureaudieners 207;

Anstellung zweier Techniker 206;

Bau des zweiten Gaswerkes zc. 33, 75, 178;

Erweiterung des Gasrohrnetzes 203;

Legung von Gasröhren in verschiedenen Straßen 62, 132, 162;

Reparaturen auf dem Gaswerke 134;

Rückzahlung von vorauslagten Kosten für Gasröhren 99, 161.

Gerätheschuppen = Bau bei der städtischen Mädchenschule 161.

Gesuche in Bausachen 91.

Grenzregulirung

am Central-Friedhofe 15;

gegen Lehnorf 92, 193;

gegen Delpert und Lantme 175.

Griepenkerls Grundstück-Parcellirung 25.

Grundflächen-Erwerb bezw. Austausch

am Ruhfäutchenplatz 11;

an der Kreuzstraße 11;

an der Obergstraße 159;

an der Pflegehausstraße 26, 78, 141;

an der Wabestraße 6.

Grundsteuer-Schätzungs-Commission 176.

Grundstücks-Verlegung in die Gemeinde Lehnorf 92.

Grundstücks-Verpachtung, an der Casernenstraße 177.

Haushaltsplan für 1889 214.

Haushaltsrechnungen für 1885, 131.

Verleihung von Darlehen an die Br. Bau-
genossenschaft 183.

Hilfsarbeiter für Archiv und Bibliothek 26.

Hilfsarbeiter für den Magistrat 76, 204.

Jahresbericht des Wasserwerks für 1887 212.

Instandsetzung der Fußwege vor den Thoren
30, 32, 46.

Interpellationen. Behandlung derselben 46.
72, 105, 168.

Krankengeld-Erstattung.

Proceß gegen Jung 196;

Proceß gegen Unger u. Sohn 155;

Proceß gegen Wagnus 155.

Krankenhausbau 32, 47.

Kreis-Communalcasse. Verwendung einer
außerordentlichen Einnahme 104.

Kündigung eines städtischen Beamten 151.

Kunstgewerbe-Ausstellung in München 104.

Laternen-Vermehrung 89, 208.

Legung von Gas- und Wasserrohren in ver-
schiedenen Straßen 62, 132, 162.

Lehrer-Ausstellung 100.

Lehrerinnen-Pensionirung 44, 237.

Leitung der Abwässer von Thiederhall 81.

Magistrat.

Annahme von Aufsehern im Schlachthaus 179;

Annahme von Hilfsarbeitern 26, 76,
204;

Anstellung von Bureaudienern 19, 207;

Anstellung von Schreibern 32, 203;

Anstellung von Technikern 202, 206;

Kündigung eines städtischen Beamten 151;

Mittheilungen des Magistrats 148, 154,
188;

Pensionirung von städtischen Beamten
186, 204.

Meteorologische Station des Lehrers Klages 25.

Mittheilungen des Vorstehenden 19.

Mühlen, städtische.

Ueberweisung einer Summe an das
Wasserwerk 13;

Verpachtung der Mühlen in Eisenbüttel
234.

Neubau am Bohlwege bei Siebrecht 92.

Obligationen-Begebung 118, 235.

Officier-Casino. Erwerb desselben 233.

Osterrain-Abtretung an der Stecherstraße 80.
Ortsbauplan.

Abänderung desselben an der Celler- und
Kreuzstraße 14;

Desgl. an der Taubenstraße 44;

Desgl. bei dem Nordbahnhofe 104;

Einwendungen Königsdorfs 156, 182;

Mittheilungen eines solchen an die Ver-
sammlung 166, 185, 189.

Ortsbaustatut. Anwendung der §§. 7—12
auf verschiedene Straßen 25, 200.

Parallellassen-Errichtung 87.

Parcellirung des Griepenkerlschen Grund-
stückes 25.

Pedellenwohnung. Herrichtung am Prinzen-
wege 159.

Pensionirung von Lehrerinnen 44, 237.

Pensionirung von städtischen Beamten 186,
204.

Petriwehr-Brücke 133.

Pferdeeisenbahn. Neue Linien zc. 122, 173.
Portal vom vormal's Bartels'schen Hause.
125.

Proceße

gegen Bauunternehmer Jung 196;

gegen Bauunternehmer Wagnus 155;

gegen das Finanz-Collegium 188;

gegen Maurermeister Bewig 181;

gegen Unger u. Sohn 155.

Mathsbleichen-Verpachtung 27.

Realschule. Umbau der Centralheizung 4.

Rechnungsabschluß des Wasserwerkes für 1887
212.

- Regulativ für die Entnahme von Wasser 232.
- Regulirung der Feldmarksgrenze gegen verschiedene Ortschaften 15, 92, 175, 193.
- Regulirung der Thurmuhren nach Ray-
hofer's System 171.
- Reinigungsanstalt 131, 150.
- Reiseunterstützungen zur Münchener Kunst-
gewerbe-Ausstellung 104.
- Rente des Staates bei Uebernahme der
Straßenreinigung 76.
- Reparaturen am Stadtparkgebäude 156.
- Reparaturen auf dem Gaswerke 134.
- Rückzahlung von Kosten für Gas- und Wasser-
röhren 99, 161.
- Schätzungskommission für die Grundsteuer
176.
- Schlachthaus, städtisches.
Annahme von Aufsehern 179;
Bauten an demselben 142;
Kündigung eines Aufsehers 151.
- Schützenfest in Wolfenbüttel. Beitrag zu dem-
selben 121.
- Schulen, städtische.
Abtretung einer Fläche vom Schulgrund-
stücke an der Heinenstraße 194;
Anstellung von Lehrern 100;
Bau einer Aula in der städtischen Mäd-
chenschule 102;
Bau einer Bedellenwohnung an Prin-
zenwege 159;
Bau eines Geräthschuppens bei der
städtischen Mädchenschule 161;
Errichtung von Parallelcassen in der
höheren Mädchenschule 87;
Errichtung von 7 neuen Bürgerjuni-
classen 13;
Pensionirung von Lehrerinnen 44 237;
Schulhöfe als Spielplätze freizugeben
130, 147, 166;
Trinkwasseranlage an der 4. mittleren
Bürgerchule 158;
Umbau der Centralheizung an der Real-
schule 4.
- Spielplatz-Erwerb an der Kreuzstraße 130,
147.
- Sprachheilmittel für stotternde Kinder 87.
- Stadthaushaltungsplan für 1889 214.
- Stadt-Obligationen-Begebung 118, 235.
- Stadtpark-Gebäude-Reparaturen 156.
- Städtetag, Braunschweigischer 123.
- Statut über die Entwässerung der Stadt
27.
- Steuerreclamationen 19, 32, 100, 151, 164,
204, 237.
- Straßen:
Anlegung durch Ziegelreißer Meyer
70;
Besprenzung 102, 128, 148;
Durchbruch am Madamenwege 134;
Canalisirung verschiedener Straßen 142;
Laternen-Vermehrung 89, 208;
Reinigung 76, 197;
Vermehrung 25, 200.
- Straßen, welche in irgend einer Weise behan-
delt sind:
Adolfstraße 14;
Altenwieking 62;
Bergfeldstraße 28;
Bertramstraße 86, 156, 206;
Bohlweg 92;
Cellerstraße 14;
Egghienstraße 18;
Eisenbüttlerstraße 6, 209;
Eimstraße 79, 144;
Eulenstraße 126, 146, 235;
Fallersleberstraße 71;
Ferdinandstraße 145;
Friedrichstraße 79, 86, 144;
Gießer (am) und Südstraßenecke 65,
209;
Goslar'sche Straße 29;
Grünstraße 117, 188;
Hagenmarkt 209;
Hagenstraße 132;
Hedwigstraße 173, 183;
Heinenstraße 194;
Hopfengarten 127, 209;
Hufarenstraße 48;
Karlstraße 86;

Kasernenstraße 132, 177;
 Kastanienallee 64;
 Kleiner Markstall 183;
 Klosterstraße 112;
 Königst. g 155, 206;
 Kramerstraße 64;
 Kreuzstraße 11, 14, 26, 75, 132, 175;
 Küchengarten, 162, 166, 184;
 Limbederstraße 79, 179, 201;
 Madamenweg 16, 22, 134;
 Marienstraße 62, 81;
 Maschstraße 25, 154;
 Mickelnfulk 102, 128, 145, 154;
 Nordstraße 179;
 Obergstraße 159;
 Osterstraße 158;
 Petrihorpromenade 158;
 Pflegehausstraße 26, 78, 141;
 Rühfäntchenplatz 11;
 Salzdhallumerstraße 158;
 Spinnerstraße 141;
 Stecherstraße 80;
 Steinweg 89, 210;
 Taubenstraße 44, 141;
 Viwegstraße 18, 48, 122, 161, 175;
 Wabestraße 6, 209;
 Wendenstraße 199;
 Wolfscamp 180, 188.

Techniker, Anstellung 202, 206.
 Thätigkeit der Stadtverordneten im Jahre 1887 2.
 Theilortsbaupläne 166, 185, 189.
 Thierherhall-Abwässer 81.
 Thurmuhren-Regulierung 171.
 Trinkwasser-Anlage in der 4. mittlern Bürger-
 schule 158.

Ueberbrückung des Petriwehrs 102, 127.
 Uebernahme der Adolfsstraße 14.
 Umbau der Centralheizung in der Realschule 4.
 Umschreibung der Friedrichstraße auf die Stadt 86.
 Unfall-Versicherung der Arbeiter 15.

Unterstützung der Klages'schen meteorologischen Station 25.

Veräußerung einer Fläche an der Viwegstraße 175.

Veranlagung der gewerblichen Etablissements zu Extrabeiträgen für den Wegebau 19.

Verbesserung der Beleuchtung am Steinweg und Ritterbrunnen 89.

Verbesserung der Fußwege vor den Thoren 30, 32, 46.

Verbreiterung

der Brücken etc. am Mickelnfulke 102, 128, 145, 154;

der Egydienstraße 18;

der Eulenstraße 126, 146;

des Madamenweges 16, 22.

Verein gegen Bettelei 26.

Vergleich über den Erwerb von Grundstücken in der Maschstraße 25.

Verkauf

der Baupläge im Küchengarten 166, 184;

einer Wiese an der Eisenbütlerstraße 6;

eines Theils der alten Kramerstraße 64;

eines weiteren Theils der Obligationen-
 anleihe 118, 235;

von früherem Ockerterrain an der Stecher-
 straße 80.

Verlegung von Grundstücken in andere Ge-
 meindebezirke 92, 175, 193.

Vermehrung der Ortsstraßen 25, 200.

Vermehrung der Straßenlaternen 89, 208.

Verpachtung

der Eisenbütler Mühlen 234;

der Rathsbleihe 27;

der städtischen Badeanstalt 68;

der städtischen Fischerei 7;

eines Grundstücks an der Kasernenstraße 177.

Vertrag

mit dem Hof-Juwelier Siebrecht 92;

mit dem Verlagsbuchhändler Viweg 201;

mit dem Zimmermeister Jacobs 112;

mit der Landes-Regierung wegen der
 Straßenreinigung 197.

Verwendung der aus der Canalbaucaſſe an die Stadtcasſe und Wegebaucaſſe zu erſtattenden Summen 113.

Verwendung einer außerordentlichen Einnahme der Kreis-Communalcaſſe 104.

Viehſeuchen-Gesetz. Wahl von Schägern 201.

Vorbau des Hof-Zumwilers Siebrecht 92.

Wahl

der Commiſſion für Schägung der Pferde 19;

der Mitglieder des Ausſchusses zur Urwahl der Schöffen und Geſchworenen 100;

des Protocollführers und deſſen Stellvertreters 18, 44;

des Vorſitzenden und deſſen Stellvertreters 3;

eines Executors 72;

eines Mitgliedes der Armendirection 207;

eines Mitgliedes zur land- und forſtwirthſchaftlichen Bernfsgenoffenſchaft 100;

von Armenpflegern 19, 32, 128, 151, 164, 208;

von Bezirksvorſtehern und deren Stellvertretern 208;

von Magiſtratsdienern 19, 207;

von Mitgliedern des Städtetages 128;
von Schägern in Gemäßheit des Viehſeuchengeſetzes 201.

Wasserwert, ſtädtiſches.

Abrechnung über den Erweiterungsbau 11;

Abſchneidung der Waterleitung 31;

Belegung verſchiedener Straßen mit

Waterröhren 62, 132, 162, 203;

Jahresbericht und Rechnungsabſchluß für 1887 212;

Rückzahlung der vorauslagten Koſten 99, 161;

Ueberweiſung einer Summe an den Erneuerungsfonds 13;

Water-Regulativ 232;

Wegeaufhebung an verſchiedenen Stellen 116, 158;

Wegebau. Veranlagung der gewerblichen Etabliſſements 19;

Wiefenverkauf an der Eiſenbütlerſtraße 6;

Wilhelmithorbahnhof. Zugangsweg 115.

Zugangsweg zum Wilhelmithorbahnhofe 115.

Zuſchuß für den Verein gegen Bettelei 26.

Zwangſenteignung von Straßenterrain 25, 141, 144.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 19. Januar 1888.

Öffentlich:

- I. Bericht des Vorsitzenden über die Thätigkeit der Stadtverordneten im Jahre 1887.
- II. Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters.
- III. Umbau der Centralheizung in der städtischen Realschule.
- IV. Erwerb einer Grundfläche zur Wabestraße.
- V. Verkauf einer Wiese an der Eisenbüttlerstraße.
- VI. Verpachtung der städtischen Fischerei.
- VII. Erwerb einer kleinen Grundfläche am Ruchfäutchenplatze.
- VIII. Erwerb einer kleinen Grundfläche an der Kreuzstraße.
- IX. Abrechnung über den Erweiterungsbau des Wasserwerks.
- X. Einrichtung von 7 neuen Bürgerschulclassen.
- XI. Ueberweisung einer für bauliche Verbesserungen der Eisenbüttler Mühlen verausgabten Summe an den Erneuerungsfonds des Wasserwerks.
- XII. Uebernahme der Adolfsstraße als städtische Straße.
- XIII. Abänderung des Ortsbauplanes an der Gellerstraße und Kreuzstraße.
- XIV. Unfallversicherung der von verschiedenen städtischen Verwaltungen beschäftigten Arbeiter.
- XV. Grenzregulirung am Centrafriedhofe.
- XVI. Selbstständiger Antrag des Herrn Rieß wegen Verbreiterung des Madamenweges und directer Verbindung desselben mit dem Hohenthore.
- XVII. Desgl. des Herrn Heymann, den Erlaß einer Novelle zur Bauordnung für das Herzogthum Braunschweig betreffend.
- XVIII. Anfrage des Herrn Rieke an den Stadtmagistrat auf Verbreiterung der Eghdienstraße.
- XIX. Eingabe von Anwohnern der Biewegstraße wegen Instandsetzung dieser Straße.
- XX. Wahl des Protocollführers der Stadtverordneten und dessen Stellvertreters.

Vertraulich:

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

Erledigung von Steuerreclamationen in der Recursinstanz.

Sitzung der Stadtverordneten.

Veranlagung der gewerblichen Etablissements zu Extrabeiträgen für den Wegebau.

Wahl der Commission für Schätzung der Pferde bei Mobilmachungen.

Wahl eines Magistratsdieners.

Wahl eines Armenpflegers.

Mittheilungen des Vorsitzenden.

Entschuldigt die Herren Reuter und Wilske. Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake, Stadtrath Ketemeyer, Stadtrath Grote und Assessor Glindemann.

Der bisherige Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und erstattet sodann Bericht über die Thätigkeit der Versammlung im verflossenen Jahre.

Die Versammlung hat 13 Sitzungen abgehalten; das Journal weist 243 Nummern gegen 197 im Jahre 1886 auf, von denen 240 zur Erledigung gekommen sind. 185 Sachen sind in den Commissionen vorberathen und zwar 55 von der Statutencommission, 1 von der Statuten- und Finanzcommission, 41 von der Baucommission, 78 von der Finanzcommission, 1 von der Finanz- und Baucommission und 9 von der Schulcommission. Zu diesen 185 Sachen kommen noch an Interpellationen 13, Steuerreclamationen 5, Nach- und Einschätzungen 3, sowie 34 geringfügigere Vorlagen. Werden die 3 in das neue Jahr mit hinübergenommenen Sachen hinzugerechnet, so ergeben sich 243 Sachen: 190 Magistratsvorlagen, 29 Anträge bezw. Anfragen von Mitgliedern der Versammlung, 7 Gesuche von Einwohnern, 7 Anlässen der Steuer-Einschätzungs-Commissionen, 1 von dem Vorsitzenden dieser Commissionen, 9 sonstige Eingaben.

Es sind im vergangenen Jahre 9 Baulinien festgestellt, darunter auch 1 für die Albrechtstraße. 9 neue Schulklassen sind eingerichtet und eine Parallelklasse für die höhere Mädchenschule.

Bezüglich der Ringstraße sind bedeutende Fortschritte gemacht worden, auch soll der Theil der Ringstraße zwischen Hamburger- und Cellerstraße hergestellt werden. Der Vertrag mit der Schützengesellschaft wegen Ankaufs des Schützen-Etablissements ist zum Abschluß gekommen. Genehmigt ist ferner der Straßendurchbruch vom Steinwege nach dem Burgplatz, Verbreiterung des Eingangs der Schuhstraße, Erbauung der Brücke zwischen Ferdinand- und Sophienstraße, sowie Herstellung der Ringstraße zwischen Kastanienallee und Helmstedterstraße.

Außerdem ist eine größere Anzahl von Straßen der Innenstadt canalisirt. Eine bedeutende Erweiterung des Rohrnetzes für Gas und Wasser ist beschloffen. Die Uebernahme der Straßenreinigung seitens der Stadt ist nochmals zur Be-

rathung gekommen und ihrer Verwirklichung näher geführt. An der Nordseite der Stadt soll eine neue Gasanstalt errichtet werden.

Von den selbstständigen Anträgen hebt Redner hervor: Verbreiterung zc. des Madamenweges, Anstellung eines Magistratsmitgliedes (der abgelehnt ist) und Erweiterung des Pferdebahnweges.

Proceßsachen sind 4 vorgekommen, von denen diejenige wegen der Beleuchtungskosten der Stadt hervorzuheben ist.

Die bedeutenden Anlagen, welche ins Leben gerufen sind, haben auch bedeutende finanzielle Opfer erfordert, es ist deshalb auch eine Anleihe von 5 Millionen beschlossen, von denen 2 Millionen bereits zur Ausgabe gelangt sind.

Die Versammlung hat ferner die Verwerthung des der Stadt durch die hochherzige Gründung des Fräulein Henneberg überwiesenen Grundstücks beschlossen, sowie den Erwerb der Husarenställe genehmigt. Auch für die Todten ist gesorgt, indem der neue Centralfriedhof hergestellt ist.

Von den Statuten ist hervorzuheben: Abänderung des Entwässerungsstatuts und Hinausschiebung der Revision des Wasserregulativs.

Schließlich spricht Redner die Hoffnung aus, daß die Thätigkeit der Versammlung auch im verflossenen Jahre zum Gedeihen der Stadt beigetragen haben werde.

Der Alterspräsident, Herr Ding, übernimmt sodann den Vorsitz und fordert die Versammlung auf,

II. zur Wahl eines Vorsitzenden zu schreiten. Er hebt dabei die Umsicht und Unparteiligkeit hervor, mit welcher der bisherige Herr Vorsitzende die Verhandlungen auch im vergangenen Jahre wieder geleitet hat, und hält es für seine Pflicht, demselben dafür im Namen der Versammlung Dank zu sagen.

Bei der nun folgenden Wahl werden 22 Stimmen für den bisherigen Vorsitzenden, Herrn Semler abgegeben, 3 Zettel sind unbeschrieben.

Herr Semler nimmt die Wahl dankend an, indem er bemerkt, daß er die ihm erwiesene Ehre wohl zu schätzen wisse, denn er sei an die Spitze einer Versammlung berufen, welche nach §. 22 der rev. Städteordnung neben dem Stadtmagistrate die Stadtgemeinde in Bezug auf ihre Rechte und Pflichten vertrete, worauf er in vertraulicher Sitzung aus besonderer Veranlassung zurückkommen werde.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden wird sodann durch Zuruf Herr Lüderßen wiedergewählt, welcher die Wahl gleichfalls unter dem Ausdrucke des Dankes annimmt.

Nachdem Herr Semler den Vorsitz wieder übernommen hat,

III. berichtet Herr Krahe im Auftrage der Baucommission über die Magistratsvorlage vom 19. d. Mts., den Umbau der Centralheizung in der städtischen Realschule betreffend.

Die gedachte Centralheizung ist die älteste der in den hiesigen Schulen befindlichen; sie ist im System noch unvollkommen und außerdem so stark abgenutzt, daß ihre baldige Erneuerung wünschenswerth erscheint. Die Städtische Bauverwaltung hat nun mit dem Ingenieur Kelling in Dresden verhandelt und von diesem ein Project zum Umbau der Luftheiz-Apparate und Kammern nebst Kostenanschlag ausarbeiten lassen, welches der Versammlung heute vorliegt. Die Arbeit läßt sich auf zwei Jahre vertheilen, jedoch empfiehlt die Städtische Bauverwaltung ein solches Vorgehen nicht, weil dadurch theils die Kosten sich erhöhen, theils die Klassenräume eine zweimalige Ablagerung von Staub und Schmutz zu erleiden haben würden. Der Magistrat hält hiernach die Erneuerung der Luftheizung und den Umbau der Heizkammern für erforderlich und stimmt auch der Ansicht bei, daß diese Arbeiten ohne Unterbrechung in Einem Jahre erledigt werden; er ersucht deshalb die Versammlung, zur Ausführung des Projects die anschlagsmäßig erforderliche Summe von 20260 M., und zwar nicht aus dem laufenden Etat der Schulkasse sondern aus dem Extraordinarium der Stadtkasse pro 1888 zu bewilligen.

Referent bedauert, die diesjährigen Verhandlungen mit einem Gegenstande beginnen zu müssen, der, wie für die Baucommission, so auch für die Versammlung wenig Erfreuliches biete. Die Heizung sei aber in ihrem jetzigen Zustande nicht mehr brauchbar und müsse nothwendigerweise erneuert werden. Der Stadtbaurath Winter sei der Ansicht, daß die Einführung eines anderen Systems allerdings wohl wünschenswerth erscheine, daß es sich aber empfehle, der dadurch bedingten erheblichen Mehrkosten wegen davon Abstand zu nehmen. Auch komme hinzu, daß alle übrigen zur Luftheizung erforderlichen Anlagen in der Schule vorhanden seien. Es handle sich um den Umbau der alten Heizkammern, die nicht begangen werden können, und um Ersetzung der sämmtlichen Feuerungsapparate. Auch seien eine Menge Verbesserungen zu berücksichtigen, die im Laufe der Zeit erfunden und construirt seien. Ferner handle es sich darum, daß diese Arbeiten möglichst rasch und zwar ohne Unterbrechung vollendet und thunlichst die Ferien dazu benutzt würden. Auch die Entnahme der Kosten aus dem Extraordinarium der Stadtkasse hält die Commission für empfehlenswerth; sie giebt deshalb anheim, das fragliche Project zu genehmigen und 20260 M. zu verwilligen, unter der Bedingung jedoch, daß mit dem Unternehmer Kelling über die Ausführung ein bündiger Vertrag unter Festsetzung einer angemessenen Garantiezeit und Auferlegung einer entsprechenden Caution abgeschlossen werde.

Herr Rieke hält es allerdings für sehr unangenehm, mit solchen unliebsamen und dabei doch nebenfächlichen Dingen das neue Jahr eröffnen zu müssen. Die

ganze Anlage bestehe ja noch nicht lange und könne daher mit Fug und Recht eine schlechte genannt werden. Wo habe man aber Garantie, daß dieser Fall sich nicht wiederhole? Wenn es mit den übrigen Schulen auch so gehe, dann sei allein eine Anleihe dazu nöthig, die entstehenden Kosten zu decken. Sollte das vielleicht durch die Anstellung des Oberheizers verhindert werden? Der müsse doch selbst erst von den Heizern lernen. Dann komme auch in Betracht, was für Material angewandt werde und empfehle es sich in erster Linie, die guten englischen Chamottesteine und Eisenconstruction zur Anwendung zu bringen; auch müßten die Röhren genau vorher geprüft werden.

Herr Wolff fragt an, ob denn auch wohl alles reiflich erwogen sei und diese enormen Ausgaben, welche die Vorlage verlange, nicht durch Herstellung einer billigeren Anlage vermindert werden könnten. Wenn man von so bedeutenden Kosten höre, dann sollte man wirklich auf die Idee kommen, wieder zu den gewöhnlichen Ofen zurückzukehren. Die früheren Heizungsanlagen hätten nicht den dritten Theil gekostet von dem was heute verlangt werde. Rechne man zu der einmaligen großen Ausgabe 4 % Tilgung und Verzinsung und 5 % für Abnutzung, so ergebe das eine jährliche Ausgabe von 1800 M auf wenigstens 50 Jahre für diese eine Anlage und das sei denn doch ein Opfer, dem man nicht so ohne Weiteres zustimmen könne.

Referent bemerkt, daß man zu der Ofenheizung nicht zurückkehren könne, weil die russischen Röhren dazu fehlten, und verliest sodann den betreffenden Bericht der Städtischen Bauverwaltung, in welchem die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß der projectirte Umbau nicht zu vermeiden ist.

Herr Oberbürgermeister Pockels macht darauf aufmerksam, daß die Centralheizung der Realschule die älteste und zu einer Zeit erbaut worden sei, wo das System noch sehr unvollkommen war. Uebrigens sei auch die angeforderte Summe durch die Genehmigung des Stats bereits verwilligt worden. Vor einer Rückkehr zur Ofenheizung werde man sich aber wohl zu hüten haben, denn der Aufwand für eine Centralheizung sei doch immer noch erheblich geringer als der für die Ofenfeuerung, auch stehe man sich in Bezug auf den Betrieb bei der Centralheizung ungleich besser.

Herr Lange fragt an, ob die in dem Berichte der Städtischen Bauverwaltung angedeuteten Verbesserungen sich auch bereits practisch bewährt hätten. So ohne Weiteres könne er sich nicht dazu entschließen, eine so große Summe, wie die angeforderte, für eine Anlage zu bewilligen, über die man in der Praxis noch keine Erfahrungen gesammelt habe und die also in der Ausführung keine Garantie biete.

Referent: Nach Mittheilungen des Stadtbauraths Winter habe Kelling derartige Anlagen bereits in den neueren Schulen Baierns und Sachsens eingerichtet. Ob aber schon längere Erfahrungen darüber vorliegen, sei ihm nicht bekannt.

Herr Nieß weist auf die Ausführungen des Herrn Referenten hin, wonach die Zustimmung nur unter der Bedingung ertheilt werden solle, daß Kelling durch Hinterlegung einer angemessenen Caution für etwaige Mängel hafte. Die wesentlichsten Mängel seien ja dadurch entstanden, daß die Heizkammern zu klein angelegt seien. Wenn erst alles dem Anschlag entsprechend hergestellt sei, dann würden auch in Zukunft die Reparaturen fortfallen.

Herr Oberbürgermeister Pockels betont etwaigen irrthümlichen Annahmen gegenüber, daß es sich nicht um Einführung eines neuen Systems handle. Das alte in seiner Ursprünglichkeit unvollkommen gewesene Kelling'sche System habe im Laufe der Jahre wesentliche Aenderungen und Verbesserungen erfahren, auf Grund deren der Umbau der Heizungsanlage jetzt erfolgen solle. Dieses neue System sei in unseren neuen Schulen bereits seit Jahren im Betriebe und sei darüber noch von keiner Seite irgend welche Klage vorgebracht worden.

Referent bemerkt, daß der Anschlag Kelling's mit 11710 M abschließe, die übrigen Kosten aber für Maurer-, Erd- u. Arbeiten erforderlich seien.

Herr Niese kann der Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters, welcher den Umbau der neueren System-Verbesserungen wegen für erforderlich erachte, nicht beitreten. Der Hauptgrund liege entschieden in der schlechten Anlage der Heizung; daß bei dem nöthigen Umbau auch die im Laufe der Zeit erfundenen Verbesserungen mit verwandt würden, sei nebensächlich. Wenn man einen neuen Rock haben müsse, dann bediene man sich selbstverständlich der neuesten Mode.

Nachdem auch noch Herr Ding zur Sache gesprochen hat, wird der Commissionsantrag genehmigt.

IV. beschließt die Versammlung nach einem von Herrn Bültemann für die Baucommission erstatteten Berichte, dem Antrage des Magistrats vom 23. November v. J. gemäß, den unentgeltlichen Erwerb des auf dem vorgelegten Situationsplane mit den Buchstaben a b c d umschriebenen, dem Gärtner Julius Flügge und dessen Ehefrau zugehörigen Terrains zur Verbreiterung der Wabestraße zu genehmigen.

V. Laut Magistratschreibens vom 28. November v. J. hat die Ehefrau des Hauptagenten Luber, Eigenthümerin des an der Eisenbüttlerstraße neben der städtischen Mühlenwiese belegenen Grundstücks, gebeten, ihr zur Gewinnung einer besseren Straßenfront einen näher bezeichneten Theil jener Wiese zu verkaufen. Die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke, und mit derselben übereinstimmend die betreffende Verwaltungsdeputation, hält für angezeigt, die ganze Wiese auf Meistgebot zu verkaufen. Der Magistrat tritt dieser Ansicht mit Rücksicht darauf bei, daß die Wiese als Zubehör der Mühle einen verhältnißmäßig geringen Nutzungswerth

hat, dagegen als Baugrund vortheilhaft zu veräußern sein dürfte. Die Wiese hat eine Größe von 39,75 Ar und ist seinerzeit zu einem Werthe von 2981,25 M abgeschätzt. Von dem Verfaufe der Wiese dürfte zunächst das nach dem Stadterweiterungsplane zur Verbreiterung der Eisenbüttlerstraße erforderliche Terrain auszuschließen und dem Staate zum Einkaufs- bzw. Austauschpreise in der Vorausschätzung anzubieten sein, daß die planmäßige Verbreiterung der Straße alsbald zur Ausführung werde gebracht werden. Der übrig bleibende Theil der Wiese würde theils meistbietend, theils an die Frau Luber zu einem aus diesem meistbietenden Verfaufe sich ergebenden Durchschnittspreise zu verkaufen sein. Der Magistrat ersucht die Versammlung, ihn zum Verkauf der gedachten Mühlenwiese unter den im Schreiben näher angegebenen Punktationen zu ermächtigen, sich auch damit einverstanden zu erklären, daß dem zeitigen Mühlenpächter Wollschläger eine demselben am Pachtgelde zu kürzende Entschädigung im Jahresbetrage von 100 M gewährt werde. Ferner ersucht der Magistrat ihn zu ermächtigen, daß falls der Staat die Uebernahme des zur Straßenverbreiterung erforderlichen Wiesen-terrains zur Zeit ablehnen sollte, dasselbe einstweilen den Anliegern zur unentgeltlichen Benutzung mit dem Vorbehalte eingeräumt werde, dieses Terrain auf diesseitiges Erfordern jederzeit und ohne Ersatzanspruch wegen darauf etwa gemachter Aufwendungen zur Ausführung der Straßenverbreiterung bereit zu halten.

Die Finanzcommission, für welche Herr Sievers berichtet, schließt sich den Magistratsanträgen an, sie befürwortet nur, daß in Betreff der Verkaufspreise noch eine Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung gelange.

Es wird darauf dem Commissions- bzw. Magistrats-Antrage gemäß beschlossen.

Sodann

VI. berichtet Herr Wolff Namens der Finanz-Commission über die Magistratsvorlage vom 29. November v. J., die Verpachtung der städtischen Fischereigerechtfame betr.

Der mit dem Schornsteinfegermeister Meyer hieselbst über die gedachte Gerechtfame abgeschlossene Contract läuft am 31. März 1888 ab. Behufs anderweiter Verpachtung derselben hat am 22. November v. J. ein Termin stattgefunden, in welchem der Bootsvermiether Bohl für die Ausübung der Fischereigerechtfame in sämmtlichen städtischen Gewässern das Meistgebot von 250 M pro Jahr abgegeben hat. Der Stadtmagistrat beantragt, die Verpachtung der fragl. Gerechtfame zu diesem Preise an Bohl und zwar für die Zeit vom 1. April 1888 bis 31. März 1894 zu genehmigen.

Wie der Herr Referent weiter ausführt, hat ein bei den Acten befindliches Schreiben des Kreisbauinspectors Lieff in der Commission Veranlassung gegeben,

die Frage zu erörtern, ob es überhaupt zweckmäßig sei, die Fischerei wieder zu verpachten. Der gedachte Kreisbaubeamte habe nämlich unter Hinweis auf das im Sommer vorigen Jahres stattgesundene Absterben großer Mengen Fische Herzoglicher Polizei-Direction gegenüber geäußert, daß er, solange noch eine Verunreinigung der Oker durch Fabrik-Abwässer stattfinde, eine Wiederverpachtung der Fischereigerechtsame nicht für angezeigt erachte. Einmal könne der Genuß absterbender Fische den Menschen gesundheitschädlich werden, und zweitens werde aus Rücksichten für die junge Fischbrut in den wasserarmen, heißen Monaten das Ablassen der Oker verhindert. Was nun den ersteren Punkt betreffe, so würde sich vielleicht durch den Verein für öffentliche Gesundheitspflege ein ärztliches Gutachten über die Richtigkeit dieser Annahme herbeiführen lassen, doch könne er (Redner) aus eigener Wahrnehmung constatiren, daß der Genuß derartiger Fische nicht schädlich sei. (Redner führt Beispiele an.) Wegen des 2. Punktes sei von den Rechtsverständigen in der Commission an der Hand der bezüglichen Verordnungen und Gesetze hervorgehoben, daß man durchaus nicht gezwungen sei, auf die Schonung der jungen Fischbrut irgend welche Rücksicht zu nehmen. Die Schonung sei lediglich auf eine Verfügung der Herzogl. Bau-Direction zurückzuführen und in dem mit dem Pächter abgeschlossenen Vertrage heiße es in §. 9, daß ein Erlaß an Pachtgeld wegen etwaiger Ueberschwemmung u. s. w. nicht stattfinde. Es könne also ohne Rücksicht auf den Fischereipächter, lediglich nach dem Ermessen des leitenden Baubeamten und auch sonst wegen etwa erforderlicher Verbesserungen des Wasserlaufes die Oker zu jeder Zeit abgelassen werden; es sei nicht nöthig noch mehr Rücksicht auf die Schonung der Fischbrut zu nehmen, wie bisher nach der Meinung des Kreisbaubeamten habe genommen werden müssen. Hiernach blieben also nur die möglichen Consequenzen des ersten Punktes in Betracht zu ziehen und da frage es sich namentlich, ob der angegebene Grund so wichtig sei, daß man seinethalben mehrere Jahre auf die Ausübung der Gerechtsame verzichte. Die Finanz-Commission habe in ihrer Sitzung, welcher auch Mitglieder des Magistrats beigewohnt haben, die Ueberzeugung gewonnen, daß es nicht nöthig sei, auf die Ausübung der Gerechtsame zu verzichten; sie empfehle vielmehr die Genehmigung des Contracts.

Herr Blasius bemerkt, daß ihn die vom Herrn Referenten hervorgehobenen beiden Punkte zu dem Vorschlage veranlaßten, den Contract nicht zu genehmigen. Was den ersten Punkt betreffe, so führe Referent allerdings Beispiele an, wonach der Genuß absterbender Fische nicht geschadet habe, doch glaube er (Redner) fest, daß ein mit Fleisch-Untersuchung beauftragter Thierarzt die durch Verunreinigung der Oker getödteten Fische vom gesundheits-polizeilichen Standpunkte aus für ungenießbar erklären würde. Den zweiten Punkt anlangend, so sei die Oker bisher immer in den heißesten Monaten abgelassen worden; in dieser Zeit sei aber auch

die Verunreinigung eine so große, daß sie das Wasser der Oker zum Leben der Fische ungeeignet mache und allein dieser Punkt würde für Redner maßgebend sein, gegen eine Wiederverpachtung zu stimmen. Für ihn komme sodann aber noch ein dritter, höchst wichtiger Punkt hinzu, sich gegen die Verpachtung zu erklären, nämlich der unausstehlliche Geruch, der sich beim Ablassen der Oker in den heißen Monaten entwickle und der, wenn es sich auch weder mit Zahlen, noch exact wissenschaftlich nachweisen lasse, entschieden bestimmte Krankheiten bewirke. Diesen Uebelstand im Sommer von der Stadt fern zu halten, müsse man sich ganz besonders angelegen sein lassen. Das gehe aber nur, wenn ohne Rücksicht auf die Fischzucht die Oker in kühleren Monaten, im Frühjahr oder Herbst abgelassen würde. In den Monaten April und Mai könnten auch die Uferbauten schon sehr wohl vorgenommen werden. Er beantrage aus diesen Gründen, die Fischerei-gerechtfame nicht wieder zu verpachten.

Herr Bürgermeister Rittmeyer erklärt, daß wenn mit einer Einbuße von 250 M jährlich allen Uebelständen abzuhelfen wäre, der Magistrat den Antrag auf Wiederverpachtung nicht gestellt haben würde. Die Sache liege aber anders. Bis zum Jahre 1885 sei das Ablassen der Oker zwecks der Uferbauten im April und Anfang Mai vorgenommen. Erst im Jahre 1885 sei auf Antrag des Fischereipächters von der Herzogl. Bau-Direction oder deren Vorsitzenden verfügt, daß mit Rücksicht auf die Schonzeit der Fische, die im Frühjahr vom 10. April bis 9. Juni dauere, das Ablassen der Oker in den gedachten Monaten nicht vorgenommen werden solle. Die Folge sei gewesen, daß die Oker in den Monaten Juni und Juli, also in der heißesten Jahreszeit abgelassen werde, was allerdings sehr unange-nehm sei, aber mit der Verpachtung der Fischerei nichts zu thun habe. Er gebe Herrn Blasius bezüglich der von derselben hervorgehobenen sanitären Gesichtspunkte vollständig Recht, ob aber die Fischerei verpachtet werde, oder nicht, die Fische würden doch gegessen. Noch komme hinzu, daß wenn die Fischerei nicht verpachtet würde, eine wilde Fischerei in der Oker entstehen und ein Zustand Platz greifen würde, welcher polizeiseitig kaum zu inhibiren wäre. Wenn aber die Fischerei verpachtet sei, dann passe der Pächter auf und wende sich bei etwa vorkommenden Unordnungen an Herzogliche Polizei-Direction, und falls die städtischen Behörden den durch die zeitigen Verhältnisse des Okerablassens entstehenden Unannehmlichkeiten größeres Gewicht beilegen, könne man Herzogl. Bau-Direction um Zurücknahme der Verfügung, die Oker während der Schonzeit nicht abzulassen, ersuchen. Er glaube, daß man, ohne Calamitäten befürchten zu müssen, die Fischerei nach wie vor verpachten könne.

Nachdem sodann Herr Krahe bemerkt hat, daß die Stadt mehr Interesse an der rechtzeitigen Ausführung der Uferbauten, als an dem Einkommen durch die Verpachtung der Fischerei habe, und er deshalb gegen eine solche stimme,

führt Referent weiter aus, daß die Verfügung wegen Schonung der Fischbrut mehr oder weniger aus einem persönlichen Gesichtspunkte der Herzogl. Bau-Direction hervorgegangen zu sein scheine und daß die Anregung des Kreisbauinspectors Löff darauf hinausgehe, die Oker überhaupt nicht als Fischgewässer zu betrachten. Hierzu liege jedoch kein Grund vor, da man sich gegen etwa entstehende Schäden vollständig schützen könne. Wenn durch allgemeine polizeiliche Vorschriften, durch das Nahrungsmittelgesetz, das Feilhalten minderwerthigen Fleisches verboten sei, so lasse sich solches auch auf crepirte Fische anwenden. Verkauft dürften also solche Fische nicht werden, aber widerrechtliche Aneignungen würden nach wie vor stattfinden. Man habe jetzt zu entscheiden, entweder gekochte Zustände einzuführen, wo jeder nach Belieben schalten und walten könne, oder geordnete Zustände beizubehalten, indem man einen Pächter einsetze, der gar keine Rechte, namentlich aber nicht das mindeste Recht auf Schonung der Fischbrut habe. Der Magistrat würde es event. bei Herzoglicher Baudirection leicht durchsetzen können, daß Gesuchen bezüglich der Ablassung der Oker keine Folge gegeben werde. Die Herzogliche Baudirection, welche nichts dagegen habe, daß die Oker als ein nicht zu befischender Fluß angesehen werde, könne auch nichts dagegen haben, wenn auf einen Pächter, mit dem ein Vertrag von höchst untergeordneter Bedeutung abgeschlossen sei, weiter keine Rücksichten genommen würden. Wenn also die Oker zu jeder Zeit abgelassen werden könne, auch wenn die Fischerei verpachtet werde, dann stehe man sich besser, letzteres zu thun, indem man dadurch geordnete Zustände belasse und noch eine Einnahme von 250 M jährlich dazu erhalte.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt, daß ein Theil der Fischerei von dem Major Hollandt ausgeübt werde, die Stadt also mit diesem Theile nichts zu thun habe. Es handle sich darum, ob die städtischen Behörden bezw. die Herzogl. Baudirection größeres Gewicht auf die strenge Innehaltung der Fischschonzeit zum Zwecke der Fischzucht oder aber auf die sanitären Verhältnisse der Stadt, Benutzung der Badeanstalten u. s. w. legen. Sei letzteres der Fall, so sei er fest überzeugt, daß, wenn der Magistrat sich an Herzogl. Baudirection wende, eine Zurücknahme der Verfügung wegen des Nichtablassens der Oker in der Schonzeit erfolgen werde.

Herr Günther ist der Ansicht, daß es nach den gemachten Mittheilungen besser sei, die Fischerei nicht zu verpachten und schließt sich den Ausführungen des Herrn Blasius an. Er fürchte nicht, daß eine wilde Fischerei eintreten werde, da man dagegen aufkommen könne, indem von Herzoglicher Polizei-Direction und vom Magistrate Erlaubnißscheine zur Ausübung der Fischerei ausgegeben werden könnten. Die Fischerei müsse frei sein und man müsse möglichst danach trachten, daß die Fische nicht zu sehr überhand nehmen.

Herr Stadtrath Netemeyer betont, daß dem Wunsche, die Fischerei frei zu geben, nicht Rechnung getragen werden könne, da das Gesetz solches ausdrücklich

verbiete. Die Fischerei sei entweder durch Verpachtung oder durch Angestellte zu nutzen und bliebe, wenn der Magistratsantrag abgelehnt werde, nichts anders übrig, als eine neue Vorlage wegen Anstellung eines Fischers einzubringen.

Nachdem Herr Blasius noch bemerkt hat, er habe vom Magistratsstiche aus noch immer nicht die bestimmte Erklärung gehört, daß die Oker in den heißen Monaten nicht abgelassen werden solle, was für ihn gerade das punctum saliens sei,

und nachdem seitens des Herrn Vorsitzenden constatirt ist, daß den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Rittmeyer zufolge der Pachtvertrag nicht verhindere, bei Herzoglicher Bau-Direction wegen Nichtablassung der Oker in den heißen Monaten vorstellig zu werden,

wird zur Abstimmung geschritten.

Dieselbe ergiebt Stimmengleichheit, 12 für und 12 gegen die Vorlage. Der Herr Vorsitzende entscheidet sich für den Magistratsantrag, womit derselbe angenommen ist.

VII. wird nach einem Berichte des Referenten der Finanzcommission, Herrn Wolff, auf Antrag des Magistrats vom 5. December v. J. beschlossen, sich mit dem unentgeltlichen Erwerbe der vom Straßenconsortium Kimpau, Schmidt und Consf. behufs Innehaltung der für die Nordseite des Ruhfäutchenplatzes festgestellten Baulinien abzutretenden Flächen von resp. 2 qm, 16 qm und 1 qm einverstanden zu erklären.

VIII. Ingleichen genehmigt die Versammlung auf einen fernerer Bericht des Herrn Wolff, dem Magistratsantrage vom 16 v. Monats entsprechend, den unentgeltlichen Erwerb der auf dem vorgelegten Lageplane mit den Buchstaben a b k l a und b c i k b bezeichneten je 90 haltenden Parcellen vom Grundstücke der Ehefrau des Arbeitsmannes und Bauunternehmers Eggelsmann zur Verbreiterung der Kreuzstraße.

Ferner

IX berichtet Herr Sievers im Auftrage der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 9. v. Monats, die Abrechnung über den Erweiterungsbau des Wasserwerks betreffend.

Der Magistrat beantragt, ihn zur Entlastung des Cassirers Piepenbrink wegen der von demselben geführten Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben des gedachten Erweiterungsbaues, gegen welche der Magistrat Einwendungen nicht zu machen hat, zu ermächtigen. Für den Erweiterungsbau, mit Einschluß des Er-

werbes der Eisenbüttler Mühlen, waren bewilligt	1 213 563,47 M
Ausgegeben sind	1 210 916,81 M
mithin erspart	2646,66 M
Dem Erweiterungsfonds sind bereits überwiesen	1 187 808,78 M
mithin annoch zu zahlen	23 108,03 M

Die Versammlung hat am 1. Februar 1886 beschloffen:

- a. daß von denjenigen 199 875,73 M, welche für den Erwerb der Eisenbüttler Mühlen ausgegeben waren, der Betrag von 190 000 M aus einem (auch gewährten) Darlehn der Stadtcasse gedeckt werde, wogegen der über diesen Betrag hinausgehende Aufwand mit 9875,73 M (welcher sich nachträglich auf 10 719,07 M erhöht hat) aus den Betriebs-einnahmen des Wasserwerks bestritten werden solle,
- b. daß die darnach noch ungedeckt bleibenden Ausgaben des Wasserwerks-Erweiterungsfonds einstweilen und vorbehaltlich ihrer Deckung mittelst einer definitiven Anleihe, durch bedarfsmäßige und vom Betriebs-haushalte des Wasserwerks zu verzinsende Vorschüsse beschafft werden sollten.

Die zu a gedachten 10 719,07 M sind bislang dem Betriebshaushalte des Wasserwerks noch nicht zur Last gelegt, und die Finanzlage dieses Haushalts macht bekanntlich eine Belastung desselben mit dieser Ausgabe zur Zeit unmöglich. — In Ausführung des zu b erwähnten Beschlusses hat der Magistrat dem Erweiterungsfonds 75 000 M aus der Stadtcasse vorgestreckt, während der überschießende Bedarf dieses Fonds mit insgesamt 23 108,03 M einstweilen von dem (hierdurch in Schulden gerathenen) Betriebshaushalte des Wasserwerks vorgeschossen sind.

Zu definitiver Begleichung der noch ungedeckten Ausgaben des Erweiterungsfonds macht der Magistrat folgende Vorschläge:

- a. den Beschluß, wonach dem Betriebshaushalte 10 719,07 M zur Last gelegt werden sollen, mit Rücksicht auf die Mittellofigkeit des letzteren aufzuheben und dafür zu bestimmen, daß dieser Betrag, zuzüglich der einstweilen aus Betriebsmitteln gedeckten Fehlsomme von 12 388,96 M, also ein Gesamtbetrag von 23 108,03 M auf den Reservefonds des Wasserwerks übernommen werde;
- b. zu beschließen, daß die aus der Stadtcasse vorgeschossene Summe von 75 000 M aus dem Erneuerungsfonds des Wasserwerks zurückgezahlt werde.

Die Commission stimmt den Magistratsvorschlägen bei, nur ist sie der Ansicht, und beantragt, daß die aus der Stadt-Casse vorgeschossene Summe von 75 000 M, da es sich um einen Neubau handelt, nicht aus dem Erneuerungsfonds, sondern

aus dem Reservefonds zurückgezahlt werde, welcher Ansicht auch der Magistrat sich angeschlossen hat. Bei dem augenblicklichen Stande des Reservefonds würde die fragliche Summe zunächst dem Erneuerungsfonds zu entnehmen, und diesem alsdann aus den Ueberschüssen des Reservefonds nach und nach zurückzuerstatten sein.

Ohne Debatte beschließt die Versammlung den Magistrats- bezw. Commissionsvorschlägen gemäß, erklärt auch, dem Ersuchen des Magistrats entsprechend, den seinerzeit der Wasserwerksbau-Deputation erteilten Auftrag für erledigt und spricht in Uebereinstimmung mit dem Stadtmagistrate der Deputation für deren Leitung und Ueberwachung der schwierigen Erweiterungsbauten des Wasserwerks ihre Anerkennung aus.

Wie

X. Herr Reiche namens der Schulcommission berichtet, hat sich die Nothwendigkeit herausgestellt, für das Schuljahr 1888 sieben neue Bürgerschulklassen, und zwar 2 für die mittlere und 5 für die untere Bürgerschule einzurichten, und giebt der Magistrat mittelst Schreibens vom 29. vorigen Monats der Versammlung anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Schulvorstande behuf der Errichtung dieser Klassen zu nächste Ostern

- 1) für Besoldung von 7 Lehrern ein Credit von 6300 M aus dem Dispositionsfonds I cap. 1 unter 1 des Schulkassenetats gewährt,
- 2) zur Einrichtung und Aufstellung der Subsellien, für Beschaffung von Unterrichtsmitteln, sowie für Heizung und Reinigung der neuen Klassen 550 M aus der Schulkasse extraordinair zur Verfügung gestellt werden.

Auf Befürwortung der Commission werden auch diese Anträge ohne Weiteres genehmigt.

XI. Zu baulichen Verbesserungen in den dem Müller Wollschläger verpachteten Eisenbüttler Mühlen sind seither 1432 M aus der Cassé des Wasserwerks und 3761,80 M aus dem Erneuerungsfonds des Wasserwerks entnommen. Hiernach und da der Erneuerungsfonds bei der Stadtcassé verwaltet wird, würden Zinsen und Abträge auf die Summe von 3761,80 M von der Stadtcassé zu erheben und dem Erneuerungsfonds zuzuführen sein. Zur Vereinfachung des Verfahrens schlägt der Magistrat vor, dem Erneuerungsfonds die letztgedachte Summe aus der Betriebscassé des Werks in Eins zurückzuzahlen, die sämtlichen Zinsen und Abträge aber der Betriebscassé zu überweisen, wie solches in dem Voranschlage für das Jahr 1888 bereits vorgesehen ist.

Die Finanzcommission, für welche Herr Wolff referirt, giebt anheim, den Vorschlag des Magistrats gutzuheißen, was seitens der Versammlung anstandslos geschieht.

XII. Nachdem der Architect Campe den von ihm ausgebauten Theil der Adolfsstraße ordnungsmäßig hat in Stand setzen lassen, beantragt der Magistrat mittelst Schreibens vom 2. dieses Monats, zu beschließen:

- 1) daß dieser Straßentheil als städtische Straße übernommen,
- 2) daß dem Architekten Campe die für Legung der Gas- und Wasserröhren vorauslagen Kosten mit 1298,55 M aus dem Reservefonds des Gaswerks und mit 2482,28 M aus dem Reservefonds des Wasserwerkes erstattet werden.

Durch Herrn Krahe, als Referenten der Baucommission, wird dieser Antrag zur Genehmigung empfohlen.

Herr Günther fragt an, ob die Instandsetzung der Landstraße, die doch vollständig ausgebaut sei, nicht auch in Angriff genommen werden solle? Auch wäre es nöthig, daß die Stadt für die Verbesserung der in schauerhaftem Zustande befindlichen Körnerstraße eintrete.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt, daß wegen der beiden genannten Straßen, welche bekanntlich Privatstraßen seien, in letzterer Zeit mit den Unternehmern von Voigtländer und Behrend wie mit den Anliegern längere Verhandlungen über die Tragung der Kosten stattgefunden hätten, daß aber keine Einigung habe erzielt werden können. Hoffentlich werde dies aber noch kommen.

Herr Lange stellt die Anfrage, ob es nicht angezeigt wäre, die Sophienstraße und den vorschriftsmäßig in Stand gesetzten Theil der Kramerstraße unter städtische Aufsicht zu übernehmen?

Herr Stadtrath Rittmeyer ist augenblicklich nicht in der Lage, hierauf zu antworten, empfiehlt aber Herrn Lange, einen schriftlichen Antrag dieserhalb einzureichen.

Auf die Bemerkung des Herrn Rieke, daß es sich empfehle, bei den bezüglich der Landstraße noch schwebenden Verhandlungen auf Verwendung guten und harten Materials zu den Bordsteinen Bedacht zu nehmen,

erwidert Herr Stadtrath Ketemeyer, daß im Anschlage das Nöthige in dieser Beziehung vorgesehen sei,

worauf die Magistratsvorlage genehmigt wird.

XIII. genehmigt die Versammlung auf Empfehlung des Referenten der Baucommission, Herrn Krahe, die vom Magistrate unterm 9. dieses Monats bean-

tragten Aenderungen des Ortsbauplans des zwischen dem Umfluthgraben, der Cellerstraße und der Kreuzstraße belegenen Theils der Außenstadt.

XIV. Zu dem durch das Bauunfallversicherungsgesetz vom 11. Juli 1887 der Unfallversicherungspflicht unterworfenen Personen gehören auch einige seitens verschiedener städtischer Verwaltungen direct d. h. ohne Vermittelung eines Gewerbetreibenden regelmäßig beschäftigte Arbeitergruppen. Die Versicherung dieser Personen gegen Betriebsunfälle kann in der Weise bewirkt werden, daß die Stadt entweder den betreffenden Berufsgenossenschaften als Mitglied beiträgt, oder die fraglichen Personen entweder bei den in Betracht kommenden Versicherungsanstalten oder aber selbst versichert. Der Magistrat hält letzteren Weg für angemessen und beantragt, nachdem Herzogliches Staatsministerium erklärt hat, daß die hiesige Stadt zur Uebernahme der ihr durch solche Versicherung etwa erwachsenden Lasten für leistungsfähig zu erachten sei, sich mit der gedachten Selbstversicherung einverstanden zu erklären. Herzogliches Staatsministerium hat sodann noch zu einer Aeußerung darüber aufgefordert: ob Geneigtheit vorhanden sei, einer Vereinigung der hiesigen Stadt mit den übrigen Kreiscommunalverbänden und den Staatsbetrieben des Herzogthums, welche gleichfalls die Selbstversicherung durchführen wollen, mit der Folge beizutreten, daß das Risiko der aus solcher Versicherung erwachsenden Lasten nach Verhältniß der von jedem Verbands resp. dem Staate gezahlten anrechnungsfähigen Löhne gezahlt werde. Dem Magistrat erscheint es rathsam, sich dafür auszusprechen, daß die Stadt einstweilen ihr eigenes Risiko allein trage.

Die Baucommission, namens welcher Herr Nieß berichtet, giebt anheim, sich mit der Selbstversicherung der Stadt einverstanden zu erklären, auch der Ansicht des Magistrats bezüglich der Tragung des Risikos seitens der Stadt beizutreten, was ohne Debatte geschieht.

XV. Ueber eine Magistratsvorlage vom 17. dieses Monats, Grenzregulirung am Centralfriedhofe betreffend, wird vom Herrn Vorsitzenden Bericht erstattet.

Nachdem durch Verordnung vom 26. September v. J. die Central-Friedhofsländerei dem hiesigen Stadtbezirke zugelegt ist, bildet die Grenze des letzteren zwischen der Friedhofsländerei und dem Garten der Actienbierbrauerei Streitberg eine höchst ungünstige winklige Linie und ist eine Abrundung derselben nur dadurch zu erreichen, daß die im Eigenthum der Actienbierbrauerei befindlichen 3 ha 24 a 1 qm großen, bislang auf Riddagshäuser Feldmark belegenen Kieselwiesen gleichfalls dem hiesigen Stadtgebiete zugelegt werden. Der Riddagshäuser Gemeinderath hat sich hiermit unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß der Gemeinde für die ihr entgehende Communal- und Wegebausteuer ein Entschädigungscapital von 88 M 24 S

gezahlt werde. Der Magistrat beantragt die Zulegung der fraglichen Kieselwiesen zum städtischen Bezirke zu genehmigen.

Die Genehmigung wird ausgesprochen.

XVI. liegt folgender selbständiger Antrag des Herrn Nieß vor:

die Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, sich mit der Verbreiterung des Madamenweges und directen Verbindung desselben mit dem Hohenthore einverstanden zu erklären und zu dem Zwecke 50000 M zu verwilligen.

Antragsteller bemerkt vorweg, daß er im Auftrage der Anlieger des Madamenweges das Wort ergreife, und führt sodann weiter aus: An der Straße ständen einige 70 Häuser, welche von 400 Familien mit rund 2000 Seelen bewohnt würden. Es befänden sich an dieser Straße 4 Ziegeleien, die 5. würde gebaut, und sei der Verkehr, den dieselben verursachen, ganz bedeutend, indem sie jährlich 23 Millionen Steine förderten, welche 40000 Fuhren hin und her bedingten. Ferner liege die Balhorn'sche Brauerei an der Straße, welche mit ihren Eis-, Bier- und Kohlenfuhren den Verkehr beenge. Außerdem gebrauchten doch die 2000 Seelen zu ihrer eigenen Unterhaltung, was auch die Anwohner anderer Stadttheile gebrauchten. Die Straße sei etwa 7 Meter breit, theilweise von Gräben umsäumt und in einer Weise ausgeführt, die dem Verkehre durchaus nicht entspreche. Die Summe von 50000 M habe er nur so ungefähr gegriffen, rechnungsmäßig begründen könne er dieselbe noch nicht. Die Mittel zum Grunderwerb müßten einstweilen von der Stadtkasse vorgeschossen werden, und wenn Häuser vorhanden, von deren Besitzern zurückgezahlt werden. Wie der Zustand jetzt sei, könne er nicht bleiben. Es sei nur ein Fußweg vorhanden, selbstverständlich ohne Bordquader, der bei nasser Witterung von dem Wagenverkehr mit benutzt werde, was selbst bei trockenem Zustande der Straße geschehe, wenn zwei Wagen einander ausbiegen müßten.

Der Antrag findet die nöthige Unterstützung und wird der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

XVII. Von Herrn Heymann ist der Antrag eingebracht:

die Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, bei der Herzoglichen Landes-Regierung den Erlaß einer Novelle zur Bauordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 15. Juni 1876 zu beantragen, inhalts welchen

- 1) im §. 12 Absatz 2 die Worte „von Lehteren, sobald sie ihre Grundstücke bebauen“ gestrichen gegeben wird,
- 2) den Gemeinden die Befugniß über die geschlossene und offene Bauweise Bestimmung zu treffen, und
- 3) die Vorschriften der §§. 66 bis 68 durch einfachere Vorschriften ersetzt werden.

Der erste Punkt hänge zusammen mit einer Bemerkung des Magistrats in dem Begleitschreiben zu dem letzten Haushaltsetat. Diese Bestimmung sei bislang so aufgefaßt worden, daß diejenigen Grundstücke, welche zur Zeit der Herstellung der Straße bereits bebaut sind, zu den Straßenbaukosten nicht herangezogen werden können, und liege es in der Absicht des Magistrats zu erwirken, daß auch die zur Zeit bebauten Grundstücke herangezogen werden können. Bei diesem Stande der Dinge scheine es rathlich, der Frage näher zu treten, ob die obenbezeichneten Worte nicht gestrichen werden können. Er halte die Frage nicht für unzweifelhaft aber für wichtig genug, um einer gründlichen Prüfung unterzogen zu werden, und wenn die städtischen Behörden der Ansicht wären, daß eine Streichung jener Worte sich empfehle, dann wäre jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen, sich darüber auszusprechen, weil der Magistrat in nächster Zeit die nöthigen Anträge zu stellen beabsichtige. Später würde es schwer halten, die Streichung zu erzielen. Soviel ihm bekannt, sei auch nach dem frühern Stadterweiterungsstatut die fragliche Verpflichtung der Anlieger nicht von der Bebauung des Grundstücks abhängig, und es scheine auch unbedenklich, zu sagen, daß der Hauptvortheil der Grundstücke immer darin bestehe, wenn ihnen bei Anlegung neuer Grenzen die Möglichkeit zum Bauen gegeben werde. Fälle, wo in absehbarer Zeit kein Gebrauch davon gemacht werde, würden nicht viel vorkommen; event. würde von §. 12 des Baustatuts Gebrauch gemacht werden können. Auf der anderen Seite würde ein wesentlicher Vortheil durch Streichung jener Worte zu erzielen sein, weil dieselben, wenn sie auch in der beabsichtigten Weise geändert würden, unter allen Umständen zu merkwürdigen Konsequenzen resp. erheblichen Zweifeln Veranlassung geben, so z. B. wenn das betreffende Grundstück ein Eckgrundstück sei, oder wenn zwei Straßen angelegt werden, eine an der Vorder- und eine an der Hinterseite u. s. w. Es würde eine Reihe von Zweifeln abgeschnitten und außerdem die Rechnung erheblich vereinfacht werden; wenn die Straße fertig gestellt, könne eine definitive Verrechnung der Kosten vorgenommen werden, was ohne Streichung der Worte nicht möglich sei.

Was den 2. Theil des Antrags anlange, so spreche allerdings §. 38 des Baustatuts von den Fällen, wo Gebäude in geschlossener Reihe aufgeführt werden und auf der anderen Seite würden die Fälle berücksichtigt, wo Abstände zwischen den Häusern bleiben müssen. Soviel ihm bekannt, ständen aber die betreffenden Bestimmungen in der Luft, weil in der Bauordnung keine Vorschrift existire, nach welcher durch Statut bestimmt werden könnte, in welchen Fällen nur in Abständen und in welchen nur in geschlossener Reihe gebaut werden müsse, letzteres mit der Maßgabe, daß man bis unmittelbar an seine Grenze bauen müsse. Er glaube, wenn in letzterer Beziehung ein Zwang statthalt sei, dann wäre der Fall nicht eingetreten, daß bei Erbauung des neuen Militaircasinos an der Fallersleberstraße an beiden Seiten eine Lücke gelassen sei und so die freigestellten Seitenwände der

Nebengebäude einen sehr unschönen Anblick gewähren. Es sei offenbar Absicht gewesen, den städtischen Behörden die Machtbefugniß einzuräumen, daß sie so etwas nicht zu dulden brauchten.

Bezüglich des 3. Theils des Antrags bemerkt Redner, daß die Bestimmungen der §§. 66, 67 und 68 in der Praxis sehr schwer auszuführen und auch zum Theil außerordentlich complicirt seien, und daß sie dringend der Aenderung bedürften.

Auch dieser Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Statutencommission überwiesen.

XVIII. richtet Herr Nieke folgende Anfrage an den Stadtmagistrat:

Hält derselbe es nicht für dringend geboten, an der Egidiensstraße eine neue Baulinie, resp. eine Verbreiterung derselben im Verein mit den betreffenden Behörden anzuordnen, da dieselbe nur 2,50 Meter breit ist, dort aber bereits jetzt ein Neubau im Entstehen ist, der den gegenüber überliegenden Häusern Luft und Licht nimmt?

Herr Bürgermeister Rittmeyer erwidert, daß die Angelegenheit im Stadtbauamt zur Sprache gekommen sei, wobei auch jedenfalls die Frage bezüglich der Höhe der zu erbauenden Häuser gegenüber der Breite der Straße in Erwägung gezogen sein werde.

XIX. liegt ein Gesuch der Grundbesitzer an der östlichen Biewegstraße vom 20. vorigen Monats vor, über welches Herr Bültmann im Auftrag der Baucommission berichtet.

Durch die Anlegung eines Canals und der Gas- und Wasserröhren ist, wie im Gesuche ausgeführt wird, die gedachte Straße in einen schlechten Zustand versetzt, weshalb die Grundbesitzer Magistrat und Stadtverordneten bitten, die Straße noch in diesem Winter, wenigstens aber im kommenden Frühling, in Stand setzen zu lassen. Das erforderliche Terrain wollen die Grundbesitzer schon jetzt hergeben, auch versichern sie, jedes Opfer bringen zu wollen.

Die Commission beantragt, das Gesuch dem Magistrate zur Berücksichtigung zu empfehlen,

welchem Antrage die Versammlung entspricht.

Schließlich

XX. folgt noch die Wahl des Protokollführers der Versammlung und dessen Stellvertreters für das laufende Jahr.

Der bisherige Protokollführer, Finanzrevisor Fischer, wird durch Acclamation wiedergewählt. Derselbe dankt unter Annahme der Wahl für diesen neuen Beweis

des Vertrauens und versichert, daß er auch ferner bestrebt sein werde, sich desselben werth zu zeigen.

Zum stellvertretenden Protokollführer wird wiederum Herr Heymann gewählt,¹

und sodann die Sitzung geschlossen.

In vertraulicher **gemeinschaftlicher Sitzung** werden Steuerreclamationen in der Recursinstanz erledigt,

worauf noch eine

Sitzung der Stadtverordneten

folgt.

Zunächst werden die Vorschläge des Magistrats über die Veranlagung der gewerblichen Etablissements zu Extrabeiträgen für den Wegebau genehmigt.

In die Commission für Schätzung der Pferde bei Mobilmachungen werden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt.

Die Wahl eines Magistratsdieners fällt auf den bisherigen Oberwärter Kornekauer.

Zum Armenpfleger für das 8. Quartier des 15. Bezirks wird der Bäckermeister Reddehase gewählt.

Endlich folgen noch einige vertrauliche Mittheilungen des Herrn Vorsitzenden in der von demselben bei seiner heutigen Wiederwahl angedeuteten Richtung.

1888.

(Fortsetzung der Beilage zu Nr. 36 des 1888
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 2.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 1. März 1888.

Öffentlich:

- I. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Verbreiterung des Rabamtenweges.
- II. Desgl. des Herrn Heymann auf Aenderung der Landeshauordnung.
- III. Desgl. des Herrn Blasius auf Unterstützung der Klages'schen meteorologischen Station.
- IV. Vermehrung der Ortschaften.
- V. Vergleich über zur Expropriation stehende Grundstücke in der Maschstraße.
- VI. Parcellirung des Griepentel'schen Grundstücks.
- VII. Zuschuß für den Verein gegen Bettel.
- VIII. Ankauf einer Grundfläche an der Pflegehausstraße.
- IX. Auflösung von Theilgrundstücken an der Kreuzstraße an die Stadt resp. verschiedene Anlieger.
- X. Annahme eines Hilfsarbeiters für Archiv und Bibliothek.
- XI. Verpachtung der Rathsböden.
- XII. Entwässerungsstatut.
- XIII. Besuch von Anwohnern der Bergfeld- und Kramerstraße.
- XIV. Besuch wegen Vermietung zweier Giebelwohnungen an der Goslar'schenstraße.
- XV. Interpellation des Herrn Nieß, betreffend die Instandsetzung der Fußwege vor den Thoren, die Angriffe des früheren Schlachthauschirurgen Nicol auf die Schlachthausverwaltung und Schaffung neuer Einnahmen für die Stadt.
- XVI. Interpellation des Herrn Heymann, die Abschneidung der Wasserleitung eines in Konturs gerathenen Consumenten betreffend.
- XVII. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche, die Erbauung eines Krankenhauses betreffend.
- XVIII. Desgl. des Herrn Günter auf Verbesserung der Fußwege vor den Thoren.

Vertraulich:

Anstellung des Bureauarbeiters Otto Peters.
Steuerreclamationen (Verzeichniß IV von 1887).
Wahl eines Armenpflegers.

Entschuldigt die Herren Blasius und Ding. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Assessor Glindemann.

Der stellvertretende Vorsigende Herr Lüderßen eröffnet die Sitzung und ertheilt nach einigen geschäftlichen Mittheilungen

Herrn Krahe das Wort zur Berichterstattung über den selbstständigen Antrag des Herrn Nieß: den Stadtmagistrat zu ersuchen, auf Verbreiterung des Madamenweges und Herstellung einer directen Verbindung desselben mit dem Hohenthore Bedacht zu nehmen.

Referent führt aus, daß die Baucommission die vom Antragsteller geschilderten Uebelstände als in der That vorhanden anerkenne und den Antrag zur Genehmigung empfehle, umsomehr, als der Magistrat die Anfertigung eines Projectes zur directen Verbindung mit dem Thore bereits veranlaßt habe.

Herr Schwarzenberg spricht sich entschieden gegen den Antrag aus. Hauptsächlich sei erst erforderlich, daß die Anlieger sich erböten, das nöthige Terrain unentgeltlich abzutreten. Es seien schon so bedeutende Kosten für Straßenzwecke aufgewandt, so für Verbreiterung der Kleinen Burg, Ankauf des v. Beltheim'schen Hauses u. s. w., daß es, wenn so fortgeföhren werde, zum Ruin der Finanzen führe.

Herr Wolff steht dem Antrage sympathisch gegenüber, aber die Bedenken des Herrn Vorredners ließen sich nicht von der Hand weisen und man werde sich, wenn alle Wünsche befriedigt werden sollten, darauf gefaßt machen müssen, daß die Steuern statt um ein um zwei Simplen erhöht werden. Zu berücksichtigen sei noch, daß die Landeseisenbahn am Madamenwege eine Anhaltestelle errichten werde, wodurch eine Entlastung des Fuhrwerksverkehrs auf jenem Wege in Aussicht gestellt sei. Dieser Umstand werde bei den magistratsseitigen Erwägungen über den Antrag mit in die Waagschale fallen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß der Stadtmagistrat noch verschiedene Straßeninstandsetzungen höchst wünschenswerth erachte, bezüglich Anträge aber erst dann stellen können, wenn dem Extraordinarium der Stadtcasse noch besondere Mittel aus der Rückerstattung solcher Auslagen zufließen, welche die Wegebaucasse für Canalisationen gemacht habe. Ferner müsse auch erst eine Entscheidung darüber erfolgen, daß auch diejenigen Straßenanlieger beitragspflichtig gemacht werden können, welche schon vor Erlaß des Ortsbaustatuts gebaut hätten. Der Erlaß des Canalisationsstatuts stehe ja nun allerdings in naher Aussicht und

werde dem Neubauetat dadurch eine extraordinäre Einnahme von 267 000 M. zugeführt werden. Hierdurch sei die Möglichkeit geboten, eine größere Anzahl von Straßen auszubauen und habe der Magistrat schon in einer vorläufigen Berathung beschlossen, die Mittel zur Verbreiterung der Einfahrt in das Hohethor zurückzustellen. Der Ausbau des Madamenweges sei dagegen noch nicht berücksichtigt, weil andere, bereits canalisirte Straßen vor dem August- und Steinhore die Instandsetzung noch größer nöthig hätten und es auch dem Stadtmagistrate an den technischen Kräften fehle. Ueber die Verbreiterung des Einganges zum Hohenthore werde der Versammlung nächste Woche eine Vorlage zugehen, der Ausbau des Madamenweges könne aber erst für eins der nächsten Jahre in Aussicht genommen werden.

Herr Nieß tritt nochmals für seinen Antrag ein; selbst die finanzielle Lage der Stadt dürfe die Versammlung nicht abhalten, sich des Madamenweges anzunehmen; der Zustand desselben sei in der That grauenhaft. Hauptsächlich falle in's Gewicht, daß der Weg nicht einmal so breit sei, um das Ausbiegen zweier Wagen zu gestatten.

Es wird darauf der Antrag angenommen.

Der inzwischen erschienene Vorsitzende, Herr Semler, übernimmt darauf den Vorsitz und macht verschiedene geschäftliche Mittheilungen.

So sind die Satzungen des Vereins für Männerajhl eingegangen, welche vertheilt werden.

Ferner ein Separatabdruck des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, enthaltend einen Aufsatz des Dr. Blasius über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Braunschweig.

Eine Petition an den preussischen Cultusminister, welche eine Schulreform anstrebt dahingehend, daß es den Schülern durch Herbeiführung einer Gabelung der höheren Schulen ermöglicht wird, sich erst in späteren Jahren über die Wahl ihres Berufes zu entscheiden, wird zur eventuellen Unterschrift in Circulation gesetzt.

Eine Steuerreclamation des Tischlermeisters Jung wird für die vertrauliche Sitzung zurückgestellt, wogegen eine Eingabe von Anwohnern des Petritthordistricts wegen stadtseitigen Ankaufs des Eckhauses beim Predigerhause der Petrikirche, weil anonym, nicht weiter berücksichtigt werden kann.

Von Herzoglicher Baudirection ist an den Stadtmagistrat ein Schreiben ergangen, Inhalts welchen das Ablassen der Oker zu Zwecken von Uferbauten in Zukunft nur während der Monate April und Mai oder im Herbst jeden Jahres stattfinden soll.

Sodann theilt der Herr Vorsitzende mit, daß der bisherige Schriftführer, Finanzrevisor Fischer, wegen Uebernahme anderweiter, vom Herzoglichen Staatsministerium ihm aufgetragener, Geschäfte sein Amt mit Schluß des Quartals

niederlegen werde. Ueber die Wahl eines Stellvertreters werde in vertraulicher Sitzung nähere Besprechung erfolgen.

Ein Gesuch des Bauunternehmers Bannow wegen eines Neubaus und ein Gesuch von Anwohnern der Marienstraße wegen Herrichtung eines ordnungsmäßigen Weges werden der Baucommission überwiesen.

II. folgt, von Herrn Lüderßen erstattet, der Bericht der Statutencommission über den selbstständigen Antrag des Herrn Heymann:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei Herzoglicher Landesregierung den Erlaß einer Novelle zur Bauordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 15. Juni 1876 zu beantragen, Inhalts welcher

- 1) in §. 12 Absatz 2 (Es kann jedoch auf statutarischem Wege festgesetzt werden, daß bei der Anlegung einer neuen oder bei der Verlängerung einer bestehenden Baustraße sowie bei dem Anbau an schon vorhandenen bisher unbebauten Straßen und Straßentheilen der Aufwand für die Erwerbung der zur Straße nothwendigen Grundflächen und die erste Einrichtung derselben von den Unternehmern der neuen Anlage oder von den angrenzenden Eigenthümern, von Letzteren sobald sie ihre Grundstücke bebauen, ganz oder theilweise getragen oder ersetzt werden) die Worte: „von Letzteren sobald sie ihre Grundstücke bebauen“ gestrichen werden,
- 2) den Gemeinden die Befugniß verliehen wird, durch Statut über die geschlossene oder offene Bauweise Bestimmung zu treffen, und
- 3) die Vorschriften der §§. 66 bis 68 durch einfachere Vorschriften ersetzt werden.

Wie Referent ausführt, hat der Stadtmagistrat bereits das Ersuchen an Herzogliches Staatsministerium gerichtet, die Landesbauordnung dahin abzuändern, daß bei Neuanlegung oder Fortbau von Straßen nicht nur die erst nachträglich zu bebauenden sondern auch die schon bebauten Grundstücke zu den Straßenbaukosten herangezogen werden. Der vorliegende Antrag gehe nun noch weiter, indem danach angestrebt werden solle, daß auch die unbebaut liegen bleibenden Grundstücke herangezogen werden können, wodurch die gedeihliche Entwicklung der Straßen gefördert werden werde, und solle die Landesregierung ersucht werden, die Stadtverwaltung hierzu gesetzlich zu ermächtigen. Sache der letzteren würde es dann sein, statutarisch zu ordnen, wie und wo den Grundsätzen gefolgt werden solle.

Die Commission sei im Allgemeinen mit dem Heymann'schen Antrage einverstanden, sie halte aber die unter 2 und 3 geäußerten Wünsche nicht für so dringlich, daß dieselben dem bereits in großer Fülle vorhandenen Materiale zur

Abänderung der Bauordnung noch hinzugefügt würden, weil dadurch leicht wichtigere Sachen in den Hintergrund gestellt werden könnten. Sie gebe deshalb anheim, den ersten Theil des Antrags, wonach die Landesregierung zu ersuchen sei, der Stadt die Möglichkeit zu geben, die Heranziehung der Grundstücke zu den Straßenbaukosten in weiteren Kreisen als bisher zu bewirken, dem Magistrate zur sofortigen Weiterbeförderung zu überweisen, bezüglich der beiden anderen Punkte aber dem Magistrate zu überlassen, wann er es für zeitgemäß halte, dieselben der Landesregierung zur Erwirkung einer Aenderung der Landesbauordnung vorzutragen.

Der Commissionsantrag wird angenommen.

Weiter

III. berichtet Herr Lüderßen über den selbstständigen Antrag des Herrn Blasius auf Unterstützung der Klages'schen meteorologischen Station an der Helmstedterstraße. —

Die Commission erkennt die Nützlichkeit des gedachten Instituts an, glaubt aber, daß es doch mehr Sache des Staats sei, sich derartiger Einrichtungen anzunehmen. Die städtischen Mittel würden schon durch andere wirklich communale Erfordernisse so bedeutend in Anspruch genommen, daß man mit den Verausgabungen sehr vorsichtig zu Werke gehen müsse. Die Commission gebe deshalb anheim, den Antrag abzulehnen,
was ohne Debatte geschieht.

IV. Nach einem von Herrn Bültmann für die Baucommission erstatteten Berichte wird sodann dem Magistratsantrage vom 19. Januar d. J. entsprechend beschlossen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die nachbenannten Straßen als Ortsstraßen behandelt werden, und auf dieselben vom Tage der demnächst zu erlassenden bezüglichen Bekanntmachung ab die Vorschriften der §§. 7—12 des Ortsbaustatuts Anwendung finden: Casparistraße, Adolfsstraße, Altwiekering, Bergfeldstraße, Fasanenstraße (westlicher Theil), Gaußstraße, Hedwigstraße (südlicher Theil), Jerusalemstraße, Klausenstraße, Leonhardstraße, Spinnerstraße und Willierstraße.

V. beschließt man nach einem Berichte des Herrn Reuter auf Antrag des Magistrats vom 28. Januar c. die Verwilligung von 13,50 M pro Quadratmeter für vom Wellmann'schen Grundstücke zur Verbreiterung der Maschstraße erforderliches Terrain,

auch wird

VI. auf Empfehlung des Referenten der Statutencommission, Herrn Krahe, der mit dem Schlossermeister Meyerhoff abgeschlossene, mittelst Magistratschreibens vom 29. Januar c. vorgelegte Contract wegen Parcellirung des Griepentert'schen

Grundstücks am Wendenthore, imgleichen der betreffende Theil-Ortsbauplan mit der Maßgabe genehmigt, daß an beiden Seiten der projectirten Straße 2 m tiefe Vorgärten eingerichtet und nach der Wallpromenade zu die Linien ab und od als Baufluchtlinien festgestellt werden

Wie

VII. Herr Seele für die Finanzcommission vorträgt, hat der Verein für Bettelrei im vorigen Jahre 1646 M 33 \mathcal{L} verausgabt, wonach die Stadt dem getroffenen Uebereinkommen gemäß 1097 M 55 \mathcal{L} zu übernehmen hat, welche Summe der Magistrat unterm 9. vorigen Monats aus der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde zu verwilligen beantragt. Die Commission befürwortet den Antrag.

Nachdem Herr Rieke bemerkt hat, daß die Stadt mit geringerem Opfer abkommen würde, wenn die Beiträge der Mitglieder, die sich durch ihre Schilder gegen Abgabe milder Gaben verbarricadirten, erhöht würden, und nach einigen Worten der Erwidrerung seitens des Herrn Wolff,

wird die angeforderte Summe bewilligt.

VIII. wird nach einem von Herrn Nieß namens der Baucommission erstatteten Berichte beschlossen, sich mit der vom Magistrate unterm 10. v. Mts. beantragten Erwerbungr der in die Pflegehausstraße hineinragenden 33 qm haltenden Spitze des Rischbieter'schen Grundstücks für 8 M pro Quadratmeter = 264 M, sowie mit der Herstellung einer neuen Befriedigung an jener Stelle für 64 M, einverstanden zu erklären,

ingleichen

IX. auf Grund eines Berichts des Herrn Halle dem Magistratschreiben vom 16. vor. Mts. gemäß mit der Auflassung von Theilgrundstücken der Kreuzstraße an die Stadt resp. Anlieger.

X. berichtet Herr Schwarzenberg im Auftrage der Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 19. vor. Mts., die Annahme eines Hilfsarbeiters für Archiv und Bibliothek betreffend.

In der städtischen Bibliothek wie im Archive herrschen schon seit längerer Zeit in Folge Raummangels Zustände, welche dringend Abhülfe erheischen. Durch Unterbringung von Büchern und Acten in der Nordwestecke des Neustadtrathhauses ist dem dringendsten Nothstande wenigstens insoweit abgeholfen, daß eine Catalogisirung der älteren Bestände der Stadt-Bibliothek in Angriff genommen werden kann. Das zu sichtigende Material hat aber im Laufe der Zeit einen derartigen Umfang angenommen, daß der Stadtarchivar Hänselmann die fragliche Arbeit nicht

allein zu bewältigen vermag. Der Magistrat beantragt nun, zur Ordnung der Bibliothek, namentlich zur Catalogisirung der Cammann'schen sowie der Bibliothek des geistlichen Ministeriums eine geeignete Hilfskraft in der Person eines Herrn Neutwig, welcher z. B. in der städtischen Bibliothek in Hildesheim beschäftigt ist, heranzuziehen. Eine neue Beamtenstelle soll damit jedoch nicht geschaffen werden, vielmehr soll der Genannte eine Remuneration vom 1. April bis Ende d. J. von 1800 M und für die nächstfolgenden Jahre eine solche von 2400 M p. a. beziehen. Die Commission giebt anheim, den Antrag mit der Modification zu genehmigen, daß an Stelle von „die nächstfolgenden Jahre“ gesetzt werde „die beiden Jahre 1889 und 1890“.

Herr Wolff fragt an, ob denn die städtische Bibliothek auch so bedeutend sei, daß ihrethalben große Opfer gebracht werden dürften. Viele dort vorhandene alte Bücher aus dem 17. Jahrhundert hätten keines Erachtens wenig Werth.

Herr Oberbürgermeister Pockels widerlegt diese Ansicht, indem er namentlich auf die höchst werthvolle Cammann'sche und die geistliche Bibliothek hinweist. Dem Archivar Hänfelmann müsse man Muße lassen, um das nöthige Material für die Geschichte der Stadt Braunschweig seit der Eroberung i. J. 1671 bis Anfang dieses Jahrhunderts zu sammeln; diese Darstellung sei für die Stadt von eminenter Bedeutung. Eine Catalogisirung des älteren Materials sei unbedingt nöthig.

Herr Günther hält die geforderte Ausgabe auch etwas für zu hoch, bemerkt aber Herrn Wolff gegenüber, daß grade die alten Bücher oft besonderen Werth hätten, denn sonst brauchte man ja keine mehr anzuschaffen, wie das neulich erst geschehen. Daß übrigens die hiesige städtische Bibliothek keinen Catalog habe, müsse er als ein Unicum bezeichnen.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Pockels hierauf entgegnet hat, daß die Bibliothek im Großen und Ganzen catalogisirt, daß aber namentlich die Bibliothek des geistlichen Ministeriums noch nicht geordnet sei, wird dem Commissionsantrage gemäß beschloffen.

XI wird nach einem Berichte des Herrn Wolff der vom Magistrate unterm 20. v. Mts. vorgelegte Vertrag mit dem Bleicher Büttner wegen Verpachtung der Rathsbleiche vom 1. April 1888 bis 31. März 1894 zum Preise von 120 M p. a. genehmigt.

Der Magistrat hat sich das Recht vorbehalten, die Pacht sofort ohne Entschädigung des Pächters aufzuheben, sobald sich Gelegenheit finden sollte, das Grundstück zu verkaufen.

XII. Herzogliches Staatsministerium hat das neue Entwässerungsstatut im Allgemeinen genehmigt und nur zwei Aenderungen bezw. Zusätze verlangt, nämlich

1) im §. 7 folgenden Zusatz:

Solange mit Genehmigung der zuständigen Staatsbehörde canalisirte Okerabzüge zur Aufnahme von Abwässern dienen, gelten dieselben bezüglich der Beitragspflicht als Theile des städtischen Canalnetzes mit der Wirkung, daß für die den canalisirten Okerzügen mit einer Entwässerungsanlage angeschlossenen Grundstücke der Beitrag, abzüglich jedoch eines den 4 % Zinsen des von den Pflichtigen zur Canalisirung des Okerzuges etwa geleisteten Beitrages entsprechenden Betrages, gleichfalls zu entrichten ist. Ausgenommen von der Beitragspflicht sind in dieser Hinsicht die Grundstücke des Staats, ausschließlich derer des Cammergutes und des Kloster- und Studienfonds“.

2) §. 17 soll am Schlusse folgendermaßen lauten:

„2, nur, soweit es sich um Gebäude des Reiches oder Staats, einschließlich der zum Cammergute und zum Kloster- und Studienfonds gehörigen Gebäude handelt u. s. w.“

Der Magistrat beantragt unterm 27. Februar diese Anträge zu genehmigen, was auf Befürwortung des Referenten der Statutencommission, Herrn Heymann, anstandslos geschieht.

XIII. folgt ein Gesuch von Anwohner der Bergfeld- und Kramerstraße vom 6. vorigen Monats wegen Instandsetzung der dortigen Fußwege.

Die Statutencommission hat sich, wie Herr Schwarzenberg als Referent vorträgt, von dem schlechten Zustande der Fußwege überzeugt. Sie beantragt aber: in Erwägung, daß die Instandsetzung und Canalisirung der gedachten Straßen zwar dringend wünschenswerth erscheint, jedoch nach dem Haushaltsplane von 1888 und der Erklärung des Vertreters des Stadtmagistrats bereits für nächste Zeit in Aussicht genommen ist: über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Wilke bittet nicht in dieser Weise zu beschließen. Die Zustände auf dem Madamenwege seien noch golden gegen die auf den in Rede stehenden Straßen; dort könnten wenigstens noch Wagen passiren, was hier gradezu unmöglich sei; die Fußgänger könnten überhaupt nur mit Wasserstiefeln durchkommen. Er bitte den Magistrat dringend, die Straße sofort in Stand setzen zu lassen, und nicht erst auf Herstellung der Canalisation zu warten, wenigstens aber eine provisorische Instandsetzung zu veranlassen. Für die Ringstraße, die er mit Ausnahme der Strecke von der Gellerstraße nach dem Schlachthause durchaus nicht als nothwendig erachten könne, und die nur den Bauunternehmern Gelegenheit zu Speculationsbauten gebe, würden viele Tausende verwandt, und bei wirklichem Bedürfnisse schene man sich Geld auszugeben.

Herr Halle bittet dringend, die Instandsetzung der beregten Straßen noch im Laufe dieses Jahres vornehmen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß der Anschlag über Instandsetzung der Straßen bereits fertig vorliege, daß es aber wünschenswerth sei, vorerst die Canalisirung vorzunehmen. Wegen der im laufenden Jahre vorzunehmenden Canalisirungen habe aber der Magistrat noch keine Vorlage einbringen können, weil der Erlaß des Entwässerungsstatuts noch unsicher war, und insbesondere die Frage über Ableitung der Abwässer noch nicht entschieden sei. Binnen Kurzem werde jedoch Herzogliche Kreisdirection der Stadt die Erlaubniß ertheilen, die städtischen Abwässer nach der Desinficirung durch das Rothe-Rückner'sche Verfahren in die Ofrecanäle einzuleiten und dann werde der Versammlung unverzüglich eine Vorlage in Bezug auf die Canalisationsarbeiten zugehen. Gleich nach Aufgang des Frostes werde alsdann die Canalisation der gedachten Straßen in Angriff genommen und nach ein paar Monaten auch die überirdische Instandsetzung derselben folgen.

Herr Wilke erklärt sich für befriedigt, wenn fest darauf zu rechnen sei, daß noch im Laufe dieses Jahres die Frankfurterstraße canalisirt und sich unmittelbar daran die Instandsetzung der Kramer- und Bergfeldstraße schließen würde, andernfalls bitte er dringend um Herstellung eines Provisoriums.

Darauf wird der Commissionsantrag angenommen.

XIV. Ueber ein Gesuch des Maurers Mohrmann vom 6. vorigen Monats um die Erlaubniß, seine im Dachgeschosse Goslar'schestraße Nr. 6 a hergerichteten Wohnräume vermietthen zu dürfen, berichtet Herr Kieß im Auftrage der Baucommission. Ein gleichartiges Gesuch an das Stadtbauamt ist abschlägig beschieden, weil die Vermietthung der gedachten Wohnräume nach den Vorschriften des Ortsbaustatuts unzulässig ist.

Die Baucommission giebt anheim, das Gesuch dem Stadtmagistrate zur weitem Erwägung zu übergeben; sie würde nichts dagegen haben, daß die gedachten Räume als bewohnbar erklärt würden, wenn mit denselben einige (vom Referente näher beschriebene) Aenderungen vorgenommen würden.

Nach einigen Debatten unter den Herren Reuter, Kieke, Bürgermeister Rittmeyer und Heymann wird auf Antrag des letzteren beschloffen, den Antrag der Commission abzulehnen und über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen, weil die Versammlung nicht competent sei, darüber zu beschließen, und dem Bittsteller überlassen bleiben müsse, event. beim Herzoglichen Staatsministerium gegen die Verfügung des Stadtbauamts Beschwerde zu führen.

Herr Kieke erklärte im Verlaufe der Debatte, daß das Stadtbauamt zu viel Gewalt in Händen habe und überhaupt das Bauen kleinerer gesunder Wohnungen verhindere,

was von Herrn Bürgermeister Rittmeyer mit dem Bemerken zurückgewiesen wird, daß das Stadtbauamt nur streng nach den gesetzlichen Vorschriften

handle und der Herr Vorredner sich erst über Alles genau orientiren solle, ehe er dem Stadtbauamte derartige unverantwortliche Vorwürfe entgegenschleudre.

XV. richtet Herr Nieß folgende Anfragen an den Stadtmagistrat:

- 1) Hat der Stadtmagistrat Kenntniß genommen von dem jeder Beschreibung spottenden traurigen Zustande der Wege in der Außenstadt? beziehentlich gedenkt der Magistrat Verbesserungen der Wege im Laufe des Baujahres vornehmen zu lassen, um die Wiederkehr solcher Zustände zu verhüten?
- 2) Wird der Magistrat die öffentlich verbreitete Schrift, die Mängel des hiesigen Schlachthauses betreffend, beantworten, bezw. das Unzutreffende des Inhalts öffentlich widerlegen?
- 3) Wird der Stadtmagistrat bei Aenderung der Städteordnung darauf Bedacht nehmen, die Einnahmen der Stadt auch auf andere Steuerquellen als die allgemeine Einkommensteuer zu basiren?

Antragsteller giebt eine Schilderung von den mangelhaften Wegen vor den Thoren, macht aber besonders auf die Goslarsche Straße aufmerksam, wo er seit 20 Jahren wohne, aber noch niemals Aenderungen in dem schlechten Zustande bemerkt habe. Es empfehle sich, zu den Fußwegen besseres Material zu verwenden.

Was die Schlachthausangelegenheiten betreffe, so könne dieselbe nicht mit Stillschweigen übergangen werden. Von einem unbetheiligten Sachverständigen sei ihm versichert worden, daß die Angriffe auf den Schlachthausdirektor Rudolph vollständig ungerechtfertigt seien. Die Schrift lasse aber die Schlachthausverwaltung in einem bedenklichen Lichte erscheinen und es wäre erwünscht, wenn der Magistrat die Angriffe entkräftete oder Stellung dazu nehme.

Während die Staaten des deutschen Reiches, darunter auch unser Herzogthum, Ueberschüsse erzielten, kämen die Finanzverhältnisse der Stadt Braunschweig und anderer Städte in Folge des Anwachsens der Bevölkerung immermehr zurück. Man müsse daher auf Vermehrung der Einnahmequellen Bedacht nehmen und zwar auf andere Weise als durch fortwährende Erhöhung der Gemeindesteuer. Es frage sich, ob nicht bei Revision der Städteordnung als Landesgesetz in dieser Richtung etwas geschehen könne.

Herr Oberbürgermeister Boßels weist bezüglich des schlechten Zustandes der Fußwege vor den Thoren auf den ausnehmend bösen Winter hin, ferner auf den Umstand, daß die Vorschriften des Ortsbaustatuts wegen Heranziehung der Anlieger zu den Kosten der Instandhaltung der Fußwege sehr mangelhaft seien. Es müsse in dieser Beziehung ein neuer Modus geschaffen werden; die Anlieger müßten beitragspflichtig gemacht und dann die Fußwege mit billigeren Platten oder sog.

Mosaikpflaster versehen werden. — Was die zweite Frage anlange, ob der Magistrat Kenntniß von dem Aufsatze bekommen habe, den ein früherer hiesiger Schlachthaus-
thierarzt Nicol verfaßt habe, so sei derselbe auch ihm (Redner) zugesandt. Er
habe denselben flüchtig durchgesehen, dabei aber den Eindruck gewonnen, daß der
Aufsatz sich im Auge eines jeden Lesers eigentlich selbst richten müsse. Derselbe sei
so ungeschickt abgefaßt, daß derjenige, der ihn las, sich gleich sagen mußte: nun,
der spricht seine Galle aus, die er jahrelang bei sich behalten. Nicol sei in
die Lage gekommen, einer Disciplinaruntersuchung seitens des Stadtmagistrats
unterworfen zu werden, die damit geendet habe, daß Nicol bestraft worden
sei. Mit der Bestrafung sei ihm zugleich klar gemacht, wie überhaupt ein
städtischer Beamter sich in und außer dem Dienste zu verhalten habe, und zwar in
einer so deutlichen Weise, daß er sich sagen mußte: sobald jezt das Geringste
vorkommt, wirfst du weggejagt. So bot sich denn auch bald eine Gelegenheit für
ihn, nach auswärts zu kommen, wozu der Magistrat recht froh gewesen sei. Die
auf ihn (Redner) persönlich gerichteten Angriffe hätten darin ihren Grund, daß er
damals in Abwesenheit des Bürgermeisters Rittmeyer die Disciplinaruntersuchung
gegen diesen Beamten eingeleitet und durchgeführt hätte. Er sei viel mehr an-
gegriffen als die Schlachthausverwaltung, aber er habe es nicht der Mühe werth
gehalten, darauf zu antworten. — Die dritte Frage anlangend, so wolle er offen
bekennen, daß er auf die ganze Revision der Städteordnung nur insofern Gewicht
lege, als er hoffe, daß der Commune dadurch das Recht ertheilt werde, neben den
eigentlichen Communalsteuern auch noch andere Abgaben zu erheben. Wenn das
nicht geschehe, dann sei für ihn eine Revision ganz gleichgültig, denn im Uebrigen
könne man mit der Städteordnung recht gut wirthschaften.

XVI. fragt Herr Heymann an, ob der Magistrat Kenntniß habe von dem
kürzlich seitens der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke in einem über
das Vermögen eines Konsumenten eröffneten Konkursverfahren eingeschlagenen
Verfahren, und ob dieses Verfahren, seitens des Magistrats gebilligt werde?

Einem hiesigen Konkursverwalter sei, weil er die von der Direction der Wasser-
werke vorgelegte Rechnung nicht sofort bezahlen wollte und durfte, ohne Weiteres
die Leitung abgeschnitten. Erst auf Beschwerde sei später die Verbindung wieder
hergestellt. Durch ein derartiges unberechtigtes Vorgehen könne ein Konkursver-
walter in die denkbar übelste Lage gebracht werden. Speciell im vorliegenden
Falle, wenn es bei der Abschneidung geblieben wäre, hätte die Konkursmasse be-
deutenden Schaden erlitten. Die betr. Fabrik hätte müssen geschlossen werden,
hunderte von Arbeitern wären brodlos geworden und die Familien in die größte
Noth gekommen. Es sei also dringend wünschenswerth, daß so etwas nicht wieder
vorkomme.

Herr Ober-Bürgermeister Pockels erwidert hierauf, daß, als ihm die in Rede stehende Wasserentziehung zu Ohren gekommen sei, er die Direction der Gas- und Wasserwerke zur sofortigen Wiederherstellung des Anschlusses aufgefordert habe, woraus zu entnehmen sei, wie der Magistrat über ein derartiges Verfahren denke.

XVII. liegt ein selbstständiger Antrag des Herrn Reiche vor: den Stadtmagistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß das geplante Krankenhaus nicht vor dem Petriithore, sondern thunlichst im Osten der Stadt erbaut werde.

Die von dort nach dem Centralfriedhofe zu schaffenden Leichen brauchten dann nicht durch die ganze Stadt gefahren zu werden. Auch liege das Krankenhaus im Osten beim Ausbruch von Epidemien am ungefährlichsten, weil Braunschweig meist von Westwinden betroffen werde. Außerdem habe das Petriithor schon das Gefängniß und bekomme im Laufe der Jahre möglicherweise noch Anstalten, die als nothwendige Uebel vorhanden sein müßten.

Der Antrag wird nach Erledigung der Unterstützungsfrage der Statutencommission überwiesen.

Schließlich

XVIII. bringt Herr Günther den Antrag ein:

den Stadtmagistrat zu ersuchen Schritte zu thun, daß die Fußwege vor den Thoren in ordnungsmäßigen Stand gesetzt werden und baldigst eine diesbezügliche Vorlage zu machen.

Antragsteller beschreibt die trostlosen Zustände der Wege vor den Thoren und bemerkt, daß er dem Magistrate durch seinen Antrag Gelegenheit geben wolle, die nöthigen Schritte zur Abhülfe zu thun, event. sich mit den competenten Behörden in Verbindung zu setzen. Es werde sich gewiß erzielen lassen, daß die schlechten Stellen durch irgend ein leichtes Plaster, vielleicht durch Asphaltplaster, gangbar gemacht würden.

Nachdem auch dieser Antrag unterstützt und der Baucommission überwiesen ist,

wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In **gemeinschaftlicher Sitzung** wird sodann vertraulich über die Heranziehung Fremder zur Communalsteuer Beschluß gefaßt

und

in der noch folgenden **Sitzung der Stadtverordneten**

- 1) die feste Anstellung des Magistratschreibers Peters beschloffen,
- 2) der Seifenfieder August Grassau zum Armenpfleger gewählt,
- 3) das Verzeichniß IV von 1887 über Steuerreklamationen erledigt.

Auch findet eine Besprechung über die Wiederbesetzung der vacant werdenden Protokollführerstelle statt.

1888.

(Fortsetzung der Beilage zu No. 65 de 1888
der Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 3.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 8. März 1888.

Öeffentlich:

- I. Bau des zweiten Gaswerks und Bauten auf der alten Gasanstalt.
- II. Deckung von Einquartierungskosten.
- III. Veränderung des Ortsbauplans an der Taubenstraße.

Vertraulich:

- Pensionirung einer Lehrerin.
Wahl des Protokollführers der Versammlung.

Entschuldigt die Herren Buchler, Ding und Lüderßen. -- Am Magistrats-
tische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer
sowie die Herren Stadträthe Götte, Haake und Schöttler.

Der Herr Vorsitzende Semler eröffnet die Sitzung, indem zunächst er dem
Gefühle der tiefen Trauer Ausdruck giebt, von welchem heute bei dem Gedanken an
den in schwerer Krankheit darniederliegenden Deutschen Kaiser wohl eines jeden
Deutschen Brust durchdrungen ist.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet Johann Herr Wolff im Auftrage der Finanzcommission über die
Magistratsvorlage vom 27. vorigen Monats, den Bau des zweiten Gaswerks und
Bauten auf der alten Gasanstalt betreffend.

Die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke hatte mittelst Berichts vom
17. März 1887 mit Hinweis auf die Unzulänglichkeit der Einrichtungen des städ-
tischen Gaswerks gegenüber dem stetig wachsenden Gasverbrauche einmal die Vor-
nahme verschiedener Erweiterungen der jetzigen Gasanstalt mit einem Kostenauf-
wande von 373430 M, sodann aber auch den Neubau eines zweiten Gaswerks mit
Bewilligung eines Credits von 715000 M in Antrag gebracht. Der Magistrat

hatte damals in Uebereinstimmung mit der Deputation die Ausführung lediglich der dringlichsten Baulichkeiten und Einrichtungen auf dem Gaswerke in Vorschlag gebracht und dazu von den Stadtverordneten unterm 28. April v. J. einen Credit von 118430 M bewilligt erhalten; wohingegen der Magistrat vor Beschlußfassung über die weitergehenden Anträge der Direction Erhebungen über die Frage für angezeigt erachtete, ob nicht es sich empfehle, auf die Einrichtung elektrischer Beleuchtungsanlagen Bedacht zu nehmen.

Die diesbezüglich angestellten Erhebungen hat der Magistrat mit der Erklärung überreicht, daß deren Ergebnis sowohl die Deputation wie auch ihn zu der Ueberzeugung geführt hat, daß 1) für die hiesige Stadt, deren jetzige Straßenbeleuchtung, wenn auch verbesserungsfähig, den Ansprüchen an Helligkeit leidlich genüge, der Zeitpunkt zu allgemeiner Einführung elektrischer Beleuchtung bei dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft und Technik noch nicht gekommen sei, zumal bei der stark fortschreitenden Entwicklung der Stadt die Anforderungen an die Steuerkraft der Einwohner ohnehin stark sind und die für das elektrische Licht zu bringenden Finanzopfer nicht in einem richtigen Verhältnisse zu dem dadurch erzielten Vortheile stehen würden, und daß 2) die elektrische Beleuchtung einzelner hervorragender Straßen und Plätze um deswillen zu vermeiden sei, weil sie zu unwiderstehlichem Drängen der Anwohner anderer Straßen nach weiterer Fortsetzung dieser Beleuchtungsart und damit zu einer an sich und im Hinblick auf die Beitragspflicht des Staats bedenklichen Erhöhung der Kosten für die Straßenbeleuchtung Veranlassung geben würde.

Die Direction des Gaswerks ist darnach auf ihre vorjährigen Anträge wegen Erweiterung der Anlagen auf der jetzigen Gasanstalt und wegen Neubaus eines zweiten Gaswerks im Norden der Stadt zurückgekommen, erläutert diese Anträge nochmals in dem Berichte vom 25. Januar d. J. und erbittet zu ihrer Ausführung einen anschlagsmäßigen Credit von insgesammt 845 800 M, wovon entfallen würden:

1) auf die Neuanlagen beim jetzigen Gaswerke und zwar		
für einen Gasbehälter	139000 M	
für eine Einfriedigungsmauer	5400 "	
für Herstellung eines Coakslagerplatzes	8000 "	
		<hr/> 152400 M,
2) auf die Erbauung eines neuen Gaswerks an der Taubenstraße und zwar:		
für Grunderwerb	98500 M	
für Gebäude	221900 "	
für Apparate	163700 "	
für Rohrleitungen	9400 "	
für Gasbehälter	103000 "	
für Bauleitung etc.	24200 "	
		<hr/> 620700 M,

3) auf die Erweiterung des Gasrohrnetzes und zwar:	
vom Friedrich-Wilhelmsplaze bis zur Helmstedter-	
straße	37200 M.
vom neuen Gaswerke an der Tauben-	
straße bis zur Spinnerstraße .	35500 „
	<hr/>
	72700 M.

Die Deputation hat diese Directorialanträge berathen und ist darüber zu nachfolgenden Entschliefungen gelangt:

Zu 1. Der Neubau eines fernerer Gasbehälters auf dem vorhandenen Gaswerke sei zwar, weil den Betrieb sichernd, wünschenswerth, könne jedoch als absolute Nothwendigkeit alsdann nicht schon jetzt angesehen werden, wenn man — was nicht zu umgehen sei — ein neues, vorläufig eine ausreichende Gasreserve schaffendes und dadurch das vorhandene Gaswerk nicht unerheblich entlastendes Gaswerk aufführe; eine über das zur Zeit unbedingt erforderliche Maß hinausgehende Erhöhung der Leistungsfähigkeit der städtischen Gasanstalt empfehle sich überdies aus dem Grunde nicht, weil man mit der Möglichkeit einer Concurrenz des elektrischen Lichts, sei es in städtischer Regie, sei es durch vermehrte Privatunternehmungen, zu rechnen habe;

die directionsseitig beantragte Ersetzung der Einfriedigung des den projectirten Gasbehälter einschließenden Theiles des Grundstücks der Gasanstalt durch eine massive Mauer sei, wenn der Gasbehälter selbst ausgeführt werde, entbehrlich;

nicht minder könne die directionsseitig in der Voraussetzung des Neubaus eines Gasbehälters vorgeschlagene Herstellung eines fernerer Coaks-Plazes unterbleiben;

wohingegen aber als nothwendig anerkannt werden müsse,

- a. den in seinem gegenwärtigen Zustande oft geradezu unpaffirbaren Fahrweg zu dem neuesten Retortenhaufe mit einem Aufwande von 2000 M zu pflastern,
- b. die noch vorhandenen kurzen Steigröhren über den Retorten zu mehrerer Betriebssicherheit durch längere Röhren zu ersetzen, wodurch nach Anschlag der Direction ein Kostenaufwand von 6000 M entstehen würde.

Zu 2. Der für die Anlage eines zweiten Gaswerks in Aussicht genomene, aus verkäuflichen Grundstücken des combinirten Convents, des Thomae-hofs und des Gärtners Preuße zu insgesammt 2 ha 67 a 38 qm sich zusammensetzende Platz an der Taubenstraße neben dem Nordbahnhofe sei in vorausgesetzter Aenderung des Ortsbauplans als besonders günstig belegen zu bezeichnen; ein Kaufpreis von 8000 M pro 25 a erscheine, vorbehältlich einer Abfindung des Pächters, angemessen;

Programm und Project des Neubaus seien zu billigen; auch seien gegen den Baukosten-Anschlag Einwendungen nicht zu erheben.

Zu 3. Die Erweiterung der Gasrohrleitung vom Friedrich-Wilhelmsplatze über die Bruchthorpromenade, den Siegesplatz und Augustplatz, durch die Monumentsstraße, Wallpromenade, Ottmerstraße und Campestraße und die sich anschließende Ringstraße und durch die Wörthstraße bis zur Helmstedterstraße in den im Directionsberichte erörterten Dimensionen; imgleichen die in letzterem vorgeschlagene Verbindung der neuen Gasanstalt mit dem Stadthorneke und die Erweiterung des Röhrenzuges von der neuen Anstalt bis zur Spinnerstraße sei als zweckentsprechend zu empfehlen. —

Der Magistrat tritt den Ansichten und Ausführungen der Deputation in allen Punkten bei.

Nachdem durch Beschluß der Versammlung vom 28. April v. J. der Magistrat bereits ermächtigt worden ist, im Einverständniß mit der Finanzcommission einen etwa 2 ha umfassenden Complex von Grundstücken zur Errichtung einer Gasanstalt anzukaufen, giebt derselbe anheim,

- | | |
|--|---------------------------|
| 1) zur Pflasterung des bezeichneten Fahrwegs auf dem Grundstücke der vorhandenen Gasanstalt 2000 M und für die Ersetzung der kurzen Steigröhren über den dortigen Retorten den Betrag von 6000 M, zusammen | 8000 M |
| 2) zur Erbauung eines neuen Gaswerks an der Taubenstraße (einschließlich der Kosten des Grunderwerbes) | 522 200 " |
| 3) zu den in Vorschlag gebrachten Erweiterungen des Gasrohrnetzes | 72 700 " |
| | <hr/> insgesamt 602 900 M |

zu bewilligen, sich auch

- 4) mit Rücksicht darauf, daß der Reservefonds des Gaswerks erschöpft ist, sich damit einverstanden zu erklären, daß die vorbezifferten Geldmittel einstweilen — und vorbehaltlich der Beschlußfassung über deren Deckung bezw. Rückerstattung aus den Mitteln des Gaswerks — durch Veräußerung eines entsprechenden Theils von Obligationen der Anleihe des Kreiscommunalverbandes de 1887 zu einem annoch zu vereinbarenden Course beschafft werden.

Referent führt weiter aus: Nach dem vorliegenden Berichte der Direction der Gas- und Wasserwerke hätten sich drei Firmen zur Herrichtung der elektrischen Beleuchtung gemeldet: S. Schuckert in Nürnberg, Gebrüder Naglo in Berlin und die Actiengesellschaft „Helios“ in Ehrenfeld bei Köln. Laut der übersandten Kostenanschläge würde das Project von Schuckert für öffentliche Beleuchtung eines beschränkten Stadttheils, wobei 30 Bogenlampen zur Anwendung kommen sollen, etwa 51000 M, für öffentliche und private Beleuchtung etwa 230000 M kosten. Ein zweites von Schuckert eingeliefertes und von diesem empfohlenes Project würde nur 195000 M Kosten verursachen. Das Naglo'sche Project beanspruche 229000 M

daß von Helios dagegen fast 350000 M. Die Betriebskosten-Berechnungen lieferten verschiedene Resultate, weil sie auf verschiedenen Annahmen für Lichtstärke u. s. w. beruhten, auch würde sich nach Schuckert erst bei voller Ausnutzung der Anlage ein jährlicher Ueberschuß von 8900 M erzielen lassen.

Aus allem gehe hervor, daß selbst eine beschränkte Beleuchtung der städtischen Hauptstraßen und Hauptplätze das Dreifache an elektrischer Beleuchtung wie die Gasbeleuchtung kosten würde, wobei noch zu berücksichtigen sei, daß hier nur eine Beleuchtung bis 11 Uhr Abends gedacht sei, und daß alsdann wieder Gasbeleuchtung eintreten müßte. Die Gasbeleuchtung koste pro Stunde und Kerze $\frac{1}{8}$ S., die elektrische Beleuchtung fast $\frac{1}{3}$ S. Interessante Angaben enthalte ein besonderes Votum des Directors Reuter (welches in seinen wesentlichen Theilen vom Redner verlesen wird). Derselbe rathe, solange nicht ein dringendes Bedürfniß zur Einführung der elektrischen Beleuchtung vorliege, der hohen Kosten wegen entschieden ab.

Nun sei noch ein Umstand hinzugekommen, der für die Entschließung der Deputation und des Magistrats von wesentlichem Einflusse gewesen sei. Nachdem nämlich die verschiedenen Anträge und Vorschläge eingegangen waren, sei die Firma Gebrüder Naglo mit einem ganz neuen Projecte an die Direction herangetreten, welches wiederum 70000 M Kosten mehr verursache, dann aber auch allerdings eine bessere Ausbeutung der Lichtanstalt gestatten würde. Dieser Umstand aber, daß gerade, während man eben verhandelte, schon wieder einer der Concurrenten mit einem neuen Projecte hervortrat, ferner der Umstand, daß die anscheinend so geniale Idee der Gesellschaft Helios zur Zeit noch sehr stark bekämpft, überhaupt noch auf ihre Zulässigkeit untersucht werde, haben der Deputation und dem Magistrate gezeigt, daß das elektrische Beleuchtungsweisen sich noch in einem so wenig abgeschlossenen Zustande befinde, daß es, namentlich für Braunschweig, ein großes Risiko sein würde, schon jetzt eine elektrische Lichtanstalt zu errichten. Nach der Meinung dieser beiden Stellen würde es vielmehr richtig sein, zunächst noch eine Zeit lang zu warten und dann etwas Vortheilhafteres und Vollkommeneres zu wählen, als jetzt etwas Unvollkommenes, was vielleicht in ein paar Jahren schon so überholt sein würde, daß es nicht mehr genüge. Ein Uebelstand bei der elektrischen Beleuchtung sei der, daß die Elektrizität nicht während des ganzen Tages erzeugt werden könne, sondern in der Zeit und Stunde erzeugt werden müsse, wo sie gebraucht werde. Wenn man solche Umstände in Betracht ziehe, dann komme man zu dem Schlusse, daß man lieber noch etwas warte.

Diese von Deputation und Magistrat gefaßte Entschließung habe auffallende Bestätigung durch das Urtheil eines Sachverständigen, einer ersten Autorität Deutschlands, des Generaldirectors der Dessauer Continental-Gesellschaft Dechelhäuser, gefunden. Derselbe habe, um aus eigener Praxis ein sachverständiges Urtheil zu bekommen, elektrische Anlagen in einigen Städten ins Leben gerufen,

habe aber in seinem letzten Rechenschaftsberichte der Generalversammlung der Actien-Gesellschaft in Dessau besonders betont, daß eine Rente hierbei überhaupt nicht erzielt worden sei, andererseits sich sehr hoffnungsvoll über die Verwendung des Gases auch in der Zukunft ausgesprochen.

In der Commission habe man sich mit Ausnahme einer Stimme gegen die sofortige Einführung der elektrischen Beleuchtung ausgesprochen. Es sei nämlich von dieser Seite eingewandt worden, daß die Beleuchtung der Stadt eine völlig ungenügende sei; was die Direction zu der Erwiderung veranlaßt habe, daß die hiesige Straßenbeleuchtung ebenso wirksam sei wie in anderen Städten und daß, wenn es in Braunschweig anscheinend in den Straßen dunkler sei, solches zum größten Theil daher komme, weil die Geschäfte in den einzelnen Straßen nicht soviel Licht abgäben, und sei in den vom Gaswerke entfernter liegenden Stadttheilen die Gasbeleuchtung deshalb schwächer, weil kein genügender Druck vorhanden sei. Diese Ausgleichung des Druckes solle nun eben durch die neue Gasanstalt herbeigeführt werden.

Ferner sei hervorgehoben worden, daß der Verwendung des Gases zu technischen Zwecken hier am Orte der zu theure Preis entgegenstände. Darauf sei erwidert worden, daß hier das Gas, namentlich bei Berücksichtigung der Leuchtkraft, mit am billigsten sei in ganz Deutschland. In Berlin sei das Gas etwas billiger, dafür aber schlechter, in Dresden, Frankfurt u. s. w. sei es aber wesentlich theurer. Es sei aber durchaus nicht ausgeschlossen, daß bei einer größeren Inanspruchnahme des Gases zu technischen Zwecken dasselbe auch hier zu diesen Zwecken nicht unwesentlich billiger geliefert werden könne. Ebenso habe auch hier der Verbrauch des Gases zu technischen Zwecken entschieden zugenommen, was sich auch einrichten lasse, weil das Gas meistens in den Stunden verbraucht werde, wo an die Erleuchtung der Stadt keine Ansprüche gestellt würden. Man werde aber das Gas noch billiger abgeben und dadurch den Verbrauch in Braunschweig fördern können.

Schließlich sei gesagt worden, die elektrische Beleuchtung sei in gesundheitlicher Beziehung der Gasbeleuchtung vorzuziehen, und dieses müsse ja denn auch anstandslos zugestanden werden; die elektrische Beleuchtung sei gesunder, aber auch 4 bis 5 mal so theuer; sie sei zur Zeit für die Meisten noch ein unerschwinglicher Luxus, so daß immer nur noch Wenige von den Vortheilen der Elektricität würden Gebrauch machen können. Nun sei aber auch noch zu berücksichtigen, daß die Gasbeleuchtung durch die neueren Verbesserungen, namentlich durch die neuen Siemens'schen und Wenham-Brenner, wesentliche Vortheile erfahren habe und somit die früheren gesundheitschädlichen Wirkungen fast gänzlich verloren habe.

Referent legt nun des Näheren die Gründe dar, weshalb zur Herrichtung eines neuen Gasbehälters auf dem alten Gaswerke und zur Erbauung einer zweiten Gasanstalt auf der Nordseite der Stadt geschritten werden müsse. Aus dem bezüglichen Berichte der Direction (welchen Referent verliest) geht hervor, daß die jetzige

Gasanstalt an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit angekommen und insofern unzureichend sei, als sie der jenseitigen Peripherie der Stadt nur in ungenügender Weise das Gas für den Verbrauch liefere. Die gesammelten Nachweisungen ergeben aber, daß der Gasverbrauch um 10 % gegen das Vorjahr gestiegen sei.

Bei Herrichtung eines zweiten Gaswerks werde der Verbrauch des Gases noch immer mehr gesteigert werden und zweitens würden die stetigen Klagen über ungenügende Beleuchtung aufhören. Schon seit Jahren klagten nämlich verschiedene Etablissements, daß sie nicht genügend Gas bekämen.

Das zweite Gaswerk bekomme eine gradezu ideale Lage, unmittelbar am Nordbahnhofe, so daß alle Vortheile der Eisenbahn auf's Reichste ausgenutzt werden könnten. Man habe sich in der Deputation gesagt, daß die Anlage eines verlängerten großen Gasbehälters auf der alten Gasanstalt zunächst wohl noch entbehrt werden könnte. Denn wenn eine zweite Gasanstalt mit einer täglichen Erzeugung von 7500 cbm Gas angelegt werde, so werde selbst bei einer dadurch bedingten Vergrößerung des Verbrauchs die alte Gasanstalt so entlastet werden, daß man es dort ruhig werde ansehen können. Die Direction habe sich allerdings nicht sofort mit dieser Anschauung einverstanden erklärt. Von Herrn Oberingenieur Mitgau sei namentlich betont worden, daß er sich den Gefahren, welche eine reserve-lose Anspannung des bisherigen Betriebes in sich berge, unmöglich auf die Dauer noch länger aussetzen könne. Angenommen aber, daß statt 19000 cbm im nächsten Jahre 22000 cbm Gas an den stärksten Verbrauchstagen erzeugt werden müßten, so würde doch die Erzeugung der alten Anstalt durch Mitwirkung der neuen auf 16000 cbm herabgemindert werden können und erstere also nicht mehr auf die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gebracht werden, die Anlegung eines neuen Gasbehälters also sehr wohl erspart werden können.

Nachdem Redner auch noch die übrigen Punkte des Magistratschreibens, als Pflasterung des Fußweges auf der alten Gasanstalt und Erweiterung des Gasrohrnetzes kurz besprochen hat, empfiehlt er namens der Commission die Annahme der Magistratsvorlage unter dem Vorbehalte, daß vor Bestellung des neuen Gasbehälters nach dem neuen Inge'sche System die Zweckmäßigkeit dieses Systems nach jeder Richtung hin sorgfältig geprüft und der Deputation die Entscheidung überlassen werde.

Die Discussion wird eröffnet von Herrn Natalis, welcher sich mit Entschiedenheit für die Einführung der elektrischen Beleuchtung ausspricht. Er habe durch die Berichte der Gas- und Wasserwerke wohl die Ueberzeugung gewonnen, daß die Anlage eines zweiten Gaswerks nöthig sei, sich aber nicht dazu entschließen können, gleichzeitig auf die Einführung der elektrischen Beleuchtung gänzlich zu verzichten. Ihm komme es eigenthümlich vor, daß man grade in dem Augenblicke, wo man an vielen Stellen das neue Licht entstehen sehe und seine Freude daran habe, darauf Bedacht nehme, Anstalten zu noch größerem Verbrauch des alten Lichtes zu treffen. Seiner Ueberzeugung nach sei die städtische Straßenbeleuchtung in

Braunschweig eine höchst ungenügende, er habe fast sämtliche größeren Städte Europa's gesehen, aber noch nirgend eine so schlechte Beleuchtung gefunden wie in Braunschweig. Wenn in anderen Städten die Beleuchtung dadurch eine bessere sei, daß die Läden mehr erhellt würden, so müsse das eben hier in Braunschweig durch eine bessere öffentliche Beleuchtung ausgeglichen werden. Wenigstens die Hauptstraßen müßten genügend beleuchtet werden. Wenn man jetzt die Frage wegen der elektrischen Beleuchtung fallen lasse, dann würden die einzelnen Haus- und Ladenbesitzer es natürlich dahin treiben, daß noch mehr Privatanlagen entstehen; in den verschiedenen Blocks würden neue Anlagen gemacht werden und das könne dem allgemeinen Arrangement keinesfalls förderlich sein; es wäre viel richtiger, wenn die Stadt die Sache in die Hand nähme. Den Einwand, daß diejenigen Straßen, welche keine elektrische Beleuchtung bekommen, sich beklagen würden, könne er nicht für zutreffend erachten. Man könne nicht auf allen Straßen zugleich die elektrische Beleuchtung einführen, dies müsse nach und nach kommen; wenn nur erst die Hauptstraßen damit versehen würden. Redner beantragt, zur Bearbeitung eines Project der Anlegung einer städtischen elektrischen Beleuchtungsanstalt eine gemischte Commission aus Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern zu ernennen, welche sich aus Kreisen befähigter Techniker zu verstärken hat.

Herr Nieß bezweifelt, daß die elektrische Beleuchtung in privaten Kreisen sich noch vermehren werde. Einzelne Straßen aber zu bevorzugen, halte er nicht für richtig, denn jeder Einwohner zahle seine Steuern, eine jede Straße habe deshalb ein gleiches Recht in Bezug auf die Beleuchtung. Solange man vor dem Thore noch im Roth herumwaten müsse, seien auch wohl nothwendigere Ausgaben zu machen, als einzelnen Straßen der Innenstadt die Annehmlichkeit der elektrischen Beleuchtung zu gewähren, und wenn nur einzelne Straßen elektrisch beleuchtet werden sollten, dann müßte man auch von den Anwohnern dieserhalb besondere Steuern erheben.

Herr Krahe kettet dringend, den Antrag des Herrn Natalis anzunehmen; man sei alsdann sicher, daß die Sache im Auge behalten werde, und Braunschweig anderen Städten gegenüber nicht allzusehr zurückkomme. Elberfeld sei seit 1. November v. J. vollständig elektrisch beleuchtet und dort lägen die Verhältnisse weit ungünstiger als hier. Er wundere sich überhaupt, daß man die berühmtesten Firmen Siemens und Halske und die Edison-Gesellschaft nicht zur Concurrenz zugelassen habe. Der Ansicht des Herrn Nieß, daß man die neue Beleuchtung gleich im ganzen städtischen Gebiete einführen müsse, könne er nicht beitreten.

Herr Reuter empfiehlt erst abzuwarten, wie die Verhältnisse in den elektrisch beleuchteten Städten sich gestalten. Auch hier wolle man die Sache nicht für immer aus der Welt schaffen und werde die Fortschritte der elektrischen Beleuchtung im Auge haben. Er sehe aber nicht ein, weshalb Braunschweig für andere Städte die Kastanien aus dem Feuer holen solle. Wenn die elektrische Beleuchtung nun auch wirklich noch mehr Platz griffe in Braunschweig, so würde man doch eine zweite

Gasanstalt nöthig haben. Auch in Berlin, wo bedeutende Einrichtungen für elektrische Beleuchtung entstanden seien, beabsichtige man jetzt, eine 5. Gasanstalt anzulegen. Daß Siemens und Halske sich bei der Concurrenz nicht theilhaftig hätten, habe darin seinen Grund, weil kein Kostenanschlag zu erlangen gewesen sei und der Vertreter geäußert habe, daß die Firma annehme, es würde doch nichts danach kommen. Das Princip von Helios habe ja viel Bestechendes an sich, es ständen demselben aber auch große Bedenken entgegen. Die Electricität habe schon bedeutende Fortschritte gemacht und werde noch mehr machen; es würde also Thorheit sein, wenn man sich der Sache vollständig ent schlagen wollte. Den Antrag des Herrn Natalis halte er jedoch für vollständig überflüssig und er bitte denselben abzulehnen, die Magistratsvorlage aber zu genehmigen.

Herr Stadtrath Schöttler glaubt bestimmt, daß keines der Mitglieder des Magistrats ein unbedingter Gegner der elektrischen Beleuchtung sei. Dazu sei der Magistrat zu fortschrittlich, wenn es sich um die Förderung öffentlicher Interessen handle. Die Versammlung könne also sicher sein, daß weder der Magistrat noch die Direction der Gaswerke die Frage der elektrischen Beleuchtung aus den Augen verlieren werde. Der Magistrat und er persönlich seien aber der Meinung, daß ein weiteres Zögern in der Frage durchaus geboten sei, namentlich im Hinblick auf die finanzielle Lage der Stadt, an welche Forderungen von größerer Wichtigkeit auch in gesundheitlicher Beziehung gestellt würden. Er wolle nur an die Canalisation erinnern. Auch das Verlangen nach besseren Fußwegen vor dem Thore habe große Berechtigung, beanspruche aber ganz bedeutende Kosten. Man habe in der That Ursache, mit weiser Vorsicht zu Werke zu gehen. Redner giebt hierauf eine Beschreibung von den Verhältnissen der elektrischen Beleuchtung in Metz und Magdeburg. In beiden Städten habe man in finanzieller Beziehung recht trübe Erfahrungen gemacht. Er sei mit Herrn Natalis vollständig einverstanden, daß man die elektrische Beleuchtung nicht aus den Augen verlieren dürfe, man müsse aber die Sache noch ein bißchen ansehen und das könne man, wenn dafür gesorgt werde, daß die neue Anstalt bis November im Betriebe sei; das müsse aber der Fall sein, sonst sitze man nächstes Jahr fest. Er bitte die Magistratsvorlage anzunehmen.

Herr Blasius giebt anheim, den Antrag des Herrn Natalis anzunehmen und ist im Uebrigen für den Commissionsantrag. Wenn man für das gesundheitliche Wohl der Mitbürger sorgen wolle, müsse man darauf bedacht sein, so bald als möglich eine Beleuchtung zu bekommen, durch welche die Nachtheile des Gasverbrauchs vermieden würden. Das Gas bringe eine ungesunde Wärme ins Zimmer und wer allabendlich unter einer Gasflamme zu arbeiten gezwungen sei, der müsse krank werden. Außerdem verzehrten die Gasflammen weit mehr Sauerstoff als die Menschen selbst. Auch könnten durch Gasausströmungen leicht die allergefährlichsten Vergiftungen entstehen. Wenn nun durch die neuere Technik eine Beleuchtungsmethode gegeben sei, die in gesundheitlicher Beziehung allen Anforderungen

genüge, dann müsse man alles aufbieten, sie namentlich dem Privatgebrauche zugänglich zu machen. Den Gedanken des Herrn Rieß, diejenigen Straßen, welche elektrische Beleuchtung bekämen, auch extra zu besteuern, halte er gar nicht für so übel. Beim Wasserverbrauch habe man ja ein ähnliches Verfahren. Man müsse es aber erst den Begüterten möglich machen, die elektrische Beleuchtung anwenden zu können. Nach und nach würden sich mehrere anschließen und dann schiese die Stadt etwas zu.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Einiger Herren habe sich die Befürchtung bemächtigt, als wolle der Magistrat durch Eingang der heutigen Vorlage die Einführung des elektrischen Lichtes zu Grabe läuten. Das sei durchaus nicht der Fall. Der Magistrat werde im Gegentheil dieser Frage wie seither so auch ferner volle Beachtung widmen. Derselbe habe vor Jahresfrist aus eigener Initiative in Bezug auf die Einführung der elektrischen Beleuchtung eine Enquête veranlaßt, er habe aber die Ueberzeugung gewonnen, daß augenblicklich speciell für unsere Stadt der Zeitpunkt dazu umfoweniger gekommen sei, als bei der starken Ausdehnung der Stadt die städtischen Anforderungen an die Bewohner ohnehin schon ziemlich hoch gestellt werden müßten. In erster Linie habe man ja an die Straßenbeleuchtung zu denken; es sei nicht unmittelbare Aufgabe der Stadtverwaltung, auch den Privaten in ihren Häusern die neue Beleuchtungsart zu schaffen. Wenn aber die elektrische Beleuchtung einmal eingeführt werden solle, dann könne der Anfang nicht etwa ein Versuch bleiben, auch könne man nicht einzelne Straßen als Glanzpunkte herausnehmen, sondern man werde alsdann unwiderstehlich gebrängt werden, die elektrische Beleuchtung auf das ganze Stadtgebiet auszudehnen. Die Mittel seien aber nicht dazu vorhanden, denn man werde das Dreifache von dem aufwenden müssen, was bisher für Straßenbeleuchtung ausgegeben sei. In den gegenwärtigen Etat seien 80000 M. dazu eingestellt, es würden aber 86000 M. nöthig werden, weil noch eine größere Anzahl von Laternen hinzugekommen. Rechne man davon den seitens der Regierung zu leistenden Beitrag ab, so blieben noch etwa 70000 M. aufzuwenden. Diese Summe würde sich also verdreifachen, wobei noch in Frage komme, ob die Regierung auch zu den erhöhten Kosten im gleichen Verhältnisse beitragen werde. Kurz, die Resolution des Herrn Natalis würde kein praktisches Resultat erzielen. Der Magistrat werde sich seinerzeit schon mit den betreffenden Autoritäten in Verbindung setzen, solange man aber keine praktischen Resultate auf Verwendbarkeit habe, würde eine solche gemeinschaftliche Deputation nicht am Platze sein. Der Magistrat werde die Frage stets im Auge behalten und immer Gelegenheit nehmen, mit der Gelehrtenwelt in Verbindung zu treten.

Ein inzwischen eingegangener Antrag auf Schluß der Debatte findet die Zustimmung der Versammlung nicht.

Herr Halle giebt zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, daß er noch zum Worte kommt, und fragt sodann den Herrn Referenten, weshalb man es nicht der

ursprünglichen Absicht gemäß dabei bewenden lasse, einen neuen Gasometer aufzustellen und nun doch ein vollständig neues Gaswerk bauen wolle?

Herr Sievers: Sowohl in der Deputation wie in der Finanzcommission sei Niemand, der nicht große Sympathien für die elektrische Beleuchtung hätte; nur die großen Kosten hätten die Meisten zurückgeschreckt. Außerdem habe ja, wie der Herr Referent vorgetragen habe, Raglo jetzt schon zur Kenntniß gebracht, daß er bald einen Umschwung in der ganzen Herstellung der Elektrizität schaffen werde, wodurch eine wesentlich billigere Beleuchtung erzielt werden werde; dann werde man der Sache wieder näher treten.

Herr Günther hält den Antrag des Herrn Natalis nicht für überflüssig, da die Stadt über kurz oder lang doch zur elektrischen Beleuchtung schreiten müsse. Auch er sei der Meinung, daß die neue Beleuchtungsart nicht allein für die Straßen, sondern grade aus Gesundheitsrücksichten für die Wohnräume in Anwendung gebracht werden müsse. Leider würde aber den kleinen Wohnungen, wo in erster Linie Gesundheitsrücksichten in Betracht zu ziehen wären, nichts davon zu Gute kommen. Bei ihm sei denn auch der Kostenpunkt ausschlaggebend. Ferner frage es sich, ob denn überhaupt noch an Ueberschüsse zu denken sei, wenn eine zweite neue Gasanstalt gebaut werde. Im Uebrigen sei er der Meinung, daß man mit der Einführung der elektrischen Beleuchtung noch recht gut solange warten könne, bis sich ein besseres System herausgestellt habe.

Es liegt ein zweiter Antrag auf Schluß der Debatte vor, welcher angenommen wird,

worauf der Herr Referent noch in einem Schlußworte die im Verlaufe der Debatte zu Tage getretenen Bedenken zu widerlegen sucht.

Den Standpunkt des Herrn Nieß, welcher sich für eine Beleuchtungssteuer ausgesprochen, schon heute zu erörtern, würde verfrüht sein. — Daß man es nicht bei Aufstellung eines Gasometers bewenden lasse und ein neues Gaswerk erbaue, habe zwei Gründe, die schon im Referate hervorgehoben seien: Einmal sei das alte Gaswerk so wie so an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit angelangt und könne, wenn es in schlimmen Zeiten mit voller Kraft arbeite, ohnehin nichts abgeben, zweitens sei das Rohrnetz im Inneren der Stadt ein vollständig unzulängliches. Es müßte also ein ganz bedeutend erweitertes Rohr gelegt werden, um den zweiten Gasometer zu speisen, und man hätte schließlich immer nur etwas Unvollkommenes erreicht. Durch Errichtung einer zweiten Gasanstalt sei man aber in der Lage, der Stadt jedes beliebige Gasquantum zuzuführen und das sei entschieden ein Vorzug und eine Beruhigung gegenüber der zunehmenden Bevölkerung. — Was die Erzielung von Ueberschüssen anlange, so werde man vielleicht anfangs etwas damit zurückgehen, man habe aber allgemein in der Commission annehmen zu dürfen geglaubt, daß Ueberschüsse nach wie vor erzielt werden würden und auch nicht ganz unbedeutende. — Zu der Resolution des Herrn Natalis sei zu bemerken, daß die darin gewünschte Commission bereits vorhanden sei, das sei die

Deputation für Gas- und Wasserwerke, welche aus einem Magistratsmitgliede und 4 Stadtverordneten bestehe. Diese Deputation habe im vorigen Jahre zuerst die Elektrizitätsfrage zur Sprache gebracht. Dieselbe könne ja immer durch Zuziehung technischer Kräfte ergänzt werden, und wenn Jemand aus der Versammlung einen auf die Sache bezüglichen Gedanken habe, dann brauche nur eine Anregung in der Deputation gegeben zu werden. Man könne aus diesen Gründen dreist von der Resolution des Herrn Natalis Abstand nehmen. Der ganze Schwerpunkt der Sache liege auch weniger auf technischem als auf wirthschaftlichem Gebiete, in der Geldfrage.

Die Magistratsvorlage wird darauf unter dem von der Commission gestellten Vorbehalte einstimmig angenommen, der Antrag Natalis abgelehnt.

II. Für das Jahr 1887 ist eine Summe von 7000 M zur Deckung der Einquartierungskosten durch den Etat verwilligt. Durch eine vermehrte Einziehung und Einquartierung von Ersatzreservisten, sowie durch die in Folge Vermehrung des Bestandes der activen Truppen erforderlich gewordene Unterbringung eines Theils der Mannschaften in Bürgerquartierungen ist aber ein Deficit von 2639,52 M entstanden, welches der Magistrat unterm 27. vorigen Monats nachzuverwilligen ersucht.

Auf Empfehlung der Finanzcommission wird diesem Ersuchen entsprochen.

Nachdem endlich

III. noch auf Grund eines Referats des Herrn Reuter beschlossen ist, sich mit der Aufhebung der in den Ortsbauplan aufgenommenen Straßen:

- a. Verlängerung der Ludwigsstraße vom Mittelwege östlich, in einer Länge von rund 270 m,
- b. Verlängerung der Herzogstraße nördlich von den Gleisen der Landes-eisenbahn,

einverstanden zu erklären

wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Berathung erfolgt die Pensionirung der Industrielehrerin an der Bürgerschule Graubner,

ferner die Wahl eines Protokollführers, und wird an Stelle des Unterzeichneten, welcher sein Amt wegen Uebernahme eines anderweiten Nebenamtes im Staatsdienste am 1. April d. J. niederlegt, der Eisenbahn-Bureauassistent Ruche gewählt.

Der Herr Vorsitzende schließt darauf die Sitzung, indem er dem bisherigen Protokollführer für seine Dienstleistungen namens der Versammlung Dank sagt.

Otto Fischer, Finanz-Revisor.

1888.

(Fortsetzung der Beilage zu **Nr. 70** de 1888
der Braunschweigischen Anzeigen.)

Nr. 4.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 12. April 1888.

Öffentlich:

- I. Selbständiger Antrag des Herrn Günther wegen der Fußwege in der Außenstadt.
- II. Desgl. des Herrn Reiche wegen Baues eines Krankenhauses.
- III. Erwerb einer Grundfläche an der Husarenstraße seitens der Stadt.
- IV. Erwerb von Theilgrundstücken an der Biemegstraße 2c.
- V. Der Canalbaucaffen-Etat.
- VI. Belegung des Altwiekringes mit Gas- und Wasserröhren.
- VII. Gesuch von Anwohnern der Marienstraße um Instandsetzung der Straße.
- VIII. Gesuch des Bauunternehmers Bannow wegen Genehmigung eines Neubaus.
- IX. Gesuch des Cigarrenfabrikanten Schulze wegen Genehmigung eines Neubaus.
- X. Gesuch um Instandsetzung eines Theiles der Kastanienallee.
- XI. Verkauf eines Theiles der alten Kramerstraße.
- XII. Feststellung von Baulinien am Gieseler und an der Südstraße.
- XIII. Verpachtung der städtischen Badeanstalt.

Außerhalb der Tagesordnung:

- XIV. Anlegung einer Straße durch den Ziegeleibesitzer Meher.
- XV. Feststellung der Baulinie für das Klauenberg'sche Grundstück an der Fallerleberstraße.

Vertraulich:

Wahl eines Executors.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Pockels** und Bürgermeister **Rittmeyer**, sowie die Herren Stadträthe **Götte**, **Haake**, **Schöttler** und **Ketemeßer**.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnete die Sitzung und theilte zunächst mit, daß der in der letzten vertraulichen Sitzung zum Protokollführer der Stadtverordneten-Versammlung gewählte Eisenbahnbüreau-Assistent Rütke dieses Amt übernommen habe und deshalb von heute ab das Protokoll führen werde, worauf Letzterer der Versammlung seinen Dank für die Wahl aussprach und zugleich versicherte, daß er bemüht sein werde, das in ihn gesetzte Vertrauen nach Kräften zu rechtfertigen.

Der Herr Vorsitzende theilte sodann ferner mit, daß eingegangen seien zwei Anträge des Herrn Nieß:

- 1) Löbliche Versammlung wolle beschließen, die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß Interpellationen auf Beschluß der Versammlung einer Besprechung unterzogen werden können
und
- 2) Löbliche Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, geeignete Maßregeln zur Entwässerung des Central-Friedhofes in Vorschlag zu bringen.

Dem Herrn Antragsteller wird am Schlusse der Sitzung Gelegenheit gegeben werden, diese Anträge zu begründen.

Ferner sind eingegangen Gesuche des Redakteurs Schwenke und des Bauunternehmers Wasmus, welche Beschwerden gegen das Stadtbauamt enthalten. Da indessen in neuerer Zeit solche Gesuche, in denen die Stadtverordneten-Versammlung als Beschwerde-Instanz gegen das Stadtbauamt angesehen wird, in recht großer Zahl eingelaufen sind, so wird die Statuten-Commission sich bei Berathung der ihr zu überweisenden beiden Gesuche mit der Frage zu beschäftigen haben, ob nicht derartige Gesuche einfach abzulehnen seien, da die Stadtverordneten-Versammlung unmöglich als Beschwerde-Instanz angesehen werden kann.

Zu der Tagesordnung übergehend, berichtet

I. Herr Krahe für die Baucommission über den Antrag des Herrn Günther: „den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Fußwege der Außenstadt in Stand zu setzen“, indem derselbe diesen Antrag der Versammlung zur Annahme empfiehlt, selbstverständlich jedoch unter der Voraussetzung, daß wegen Ausführung dieser Maßregel seitens des Magistrats entsprechende Vorlage gemacht werde, da schon wegen des ungeheuern Kostenpunktes nicht alle Fußwege mit einem Male ordnungsmäßig hergerichtet werden könnten.

Herr Nieß bemerkt dazu, daß in der Außenstadt wohl kein Fußweg, vielleicht mit Ausnahme der Campestraße, in gutem Zustande sei und sie daher sämmtlich in Angriff genommen werden müßten. Uebrigens habe auch der Herr Oberbürgermeister in der Commissions-Berhandlung über diesen Punkt schon erklärt, daß

hierüber seitens des Magistrats eine Vorlage auf der Basis zu erwarten sei, daß die in Angriff zu nehmenden Fußwege im Haushaltsplan aufgenommen werden würden.

Herr Bültmann unterstützt den vorliegenden Antrag und erweitert die Auslassungen des Herrn Oberbürgermeisters in der Baucommission noch dahin, daß derselbe sogar die Belegung der Wege mit Platten in Aussicht gestellt habe, so daß die Versammlung einer bezüglichen Magistratsvorlage entgegensehen dürfe.

Herr Günther tritt der aus dem Referate vielleicht herzuleitenden Annahme entgegen, als ob die Commission und der Magistrat den Antrag nicht recht ernst genommen haben; beiden sei es mit dem Antrage sehr ernst gewesen und es würde daher bedauerlich sein, wenn die Angelegenheit verschleppt werden sollte.

Herr Oberbürgermeister Pockels bestätigt seine von den Herren Rieß und Bültmann mitgetheilten Aeußerungen in der Richtung, daß der Magistrat sich schon wiederholt mit der vorliegenden Frage beschäftigt und neuerdings auch einen Gedanken in eine gewisse Gestalt gebracht habe, wonach die Fußwege wenigstens in einzelnen lebhafteren Straßen vor den Thoren mit Sollinger Platten belegt werden könnten. Schon in der Sitzung vom 1. März d. Js. (Seite 30 des Protokollcs) sei aber die Versammlung darauf aufmerksam gemacht, daß die Bestimmungen des Ortsbaustatuts bezüglich der Verpflichtung der Anlieger, zu den Kosten für die Erhaltung der Fußwege beizutragen, unausführbar seien und eine Aenderung in dieser Beziehung eintreten müsse. Wenn er das Bedürfniß zur Instandsetzung der Wege in der Außenstadt auch rückhaltslos anerkannt habe, so sei er doch von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Anlieger verpflichtet werden müßten, zu den entstehenden Kosten beizutragen, wie das in der inneren Stadt gleichfalls geschehe. Sofern die übrigen Magistratsmitglieder nicht anderer Meinung seien, beabsichtige er diese Angelegenheit auf der einen oder anderen Grundlage weiter zu fördern und könne in solchem Falle eine Vorlage in Aussicht gestellt werden.

Nachdem Herr Krahe noch Herrn Günther gegenüber bemerkt hatte, daß die Baucommission den Antrag keineswegs kurz behandelt habe, sondern dieselbe ohne Ausnahme von der Nothwendigkeit der Instandsetzung der Fußwege vor den Thoren überzeugt gewesen sei und sie daher auch den Antrag einstimmig zur Annahme empfohlen habe,

wird derselbe einstimmig angenommen und dem Magistrate zur thunlichsten Berücksichtigung überwiesen.

II. Da der Bau eines Krankenhauses für die nächste Zeit Mangels entsprechender Vorlage im Landtage überhaupt nicht zu erwarten steht, so wird der Antrag vorläufig zurückgezogen.

III. berichtet für die Finanzcommission Herr Hollmann über einen Antrag des Stadtmagistrats, den zwischen diesem und dem Maurer Adam Gödecke abgeschlossenen Vertrag wegen Erwerbs einer Grundfläche an der Husarenstraße zu genehmigen. Gödecke beabsichtigt auf seinem an der Ecke der Husaren- und Jägerstraße belegenen Grundstück ein Wohnhaus zu errichten und ist bereit, das zur Anlegung der über sein Grundstück projectirten Ringstraße erforderliche Terrain von 2 a 69 qm der Stadtgemeinde unentgeltlich abzutreten, wogegen derselbe für einen weiteren Streifen seines Grundstückes, welcher zur Ringstraße zu erwerben sein wird, in der Größe von 2 a 17 qm einen von ihm selbst gezahlten Preis von 5,50 M pro qm und Erstattung von 50 M erwachsener Kosten, insgesammt 1243,50 M Entschädigung beansprucht. Hierzu ist noch zu bemerken, daß Gödecke, den Vorschriften des Ortsbaustatuts entsprechend, zu den Kosten der Herstellung der Husarenstraße beizutragen verpflichtet ist und den hierfür veranschlagten Betrag von 1050 M bereits baar hinterlegt hat, während von demselben die zu 1200 M veranschlagten Kosten der Befestigung der Ringstraße durch Hinterlegung einer Leihhaus-Obligation sicher gestellt sind. Die Nugnießung der abgetretenen Flächen soll dem p. Gödecke gegen eine noch festzustellende Recognitiongebühr bis zur Herichtung der Ringstraße überlassen bleiben, derselbe hat indessen auf Verlangen des Magistrats die Parcellen sofort ohne irgend welchen Entschädigungsanspruch zu räumen.

Die Finanzcommission empfiehlt die Bestätigung des mit dem p. Gödecke abgeschlossenen Vertrages und

beschließt die Versammlung demgemäß.

Wie sodann

IV. Herr Bültemann im Auftrage der Baucommission berichtet, haben die Bauunternehmer Frühling und Rosenthal zum Zwecke der Verbreiterung der Biewegstraße, der Klausen- und der Limbeckerstraße verschiedene Parcellen von ihren Grundstücken an die hiesige Stadtgemeinde unentgeltlich zu Eigenthum abgetreten und ersucht der Magistrat, den unentgeltlichen Erwerb dieser Parcellen zu genehmigen,

was nach Befürwortung der Baucommission auch seitens der Versammlung geschieht.

Ueber

V. den Canalbaucaffen-Stat berichtet Namens der Finanzcommission Herr Wolff. Nach §. 9 des mit dem 1. April 1888 in Kraft getretenen Statuts, die

Entwässerung der Stadt Braunschweig betreffend, hat der Stadtmagistrat einen Entwurf

- 1) zum Neubau-Etat der Canalcaſſe pro 1888,
- 2) zum Unterhaltungs-Etat derselben für die Zeit vom 1. April bis zum letzten December 1888

der Stadtverordneten-Versammlung mittelst Schreibens vom 12. März d. Js. behufs Feststellung vorgelegt. Nach den diesem Schreiben beigegebenen Erläuterungen sind seitens der Stadtverordneten

zum Neubau-Etat

bereits verwilligt:

- 1) zur Canalisirung der Wolfenbüttlerstraße mit Einschluß der Kosten der Reinigungsstation 188000 M
- 2) zur Canalisirung der Campestraße, Elmstraße, Biewegstraße und des nördlichen Theiles der Salzdahlumerstraße, der Friedrichstraße, Spielmannsstraße und (durch die neue Promenade hindurch) der Schleinitzstraße, sowie zur Herstellung eines Nothauslaffes in der Hamburgerstraße zusammen . . . 172000 "
- 3) zur Canalisirung der Straßen: Am Magnithor, Herrendorfsbreite, nördlicher Theil der Ritterstraße, Dellschlägern, Ackerhof, Weberstraße, nördlicher Theil der Scharnstraße . . . 20700 "
- 4) zur Canalisirung des Altemwieftringes 15500 "
- 5) zur Canalisirung der Zimmerstraße 11500 "
- 6) zur Canalisirung des Eiermarktes 640 "

zusammen 408340 M.

Diese Canalbauten sind mit Ausnahme des Nothauslaffes in der Hamburgerstraße sämmtlich zur Ausführung gebracht. Daneben hat aber die Canalbau-Deputation mit Genehmigung des Stadtmagistrats noch folgende Canalstrecken ausführen lassen, nämlich: die Klausenstraße (800 M); den zwischen Schleinitzstraße und Nebenstraße belegenen Theil der neuen Promenade, bezw. an der Westseite des kleinen Exercierplatzes hindurch (9600 M); die Kurzstraße (1097 M) und die Leonhardstraße in deren Zuge von der demnächstigen Ringstraße bis über die Kurzstraße hinaus (2876 M); endlich die Auguststraße in deren Zuge vom Amtsgerichtsgebäude bis zum Rothenhagen (2700 M).

Die Genehmigung dieser Ausgaben im Gesamtbetrage von 17073 M vorausgesetzt, erhöht sich der Baukredit von 408340 M auf 425413 M. Die Finanz-Commission stellt hierzu den Antrag, die nachträgliche Genehmigung zur Verausgabung der 17073 M zu ertheilen.

Zur Deckung des Baukredits sind dem Canalbaufonds am 1. October 1887 aus der 1887er Anleihe des Kreis Kommunalverbandes nominell 436000 M zu 3½ %

Zinsen, effectiv 425100 M überwiesen. Von diesem Baarbetrage sind bis Ende December 1887 bereits verausgabt

1) für Canalbauten	371 239 M 37 S
2) für den Betrieb der Versuchstation	2 827 „ 72 „
3) an Bauzinsen	7 384 „ 59 „
4) für Verschiedenes	17 486 „ 63 „
5) noch zu verwenden für rückständig gebliebene Canal- ausführungen	19 486 „ 28 „

zusammen 418 424 M 59 S;

mithin bleiben noch vorrätzig 6675 M 41 S. Dieser Betrag vermindert sich indessen durch rückständige Stückzinsen um 3815 M, sodaß für 1888 noch 2860 M 41 S verfügbar bleiben. Im Neubau-Etat ist dieser Betrag mit rund 2800 M als Einnahme vorgesehen.

Zu den vom Stadtmagistrate beantragten Ausgaben für Canalbauten zc. des Jahres 1888 hat sich seitens der Finanz-Commission nur eine Erinnerung gefunden. Es ist nämlich für die Anlage eines Kanals am Stadtpark von der Husarenstraße bis zur Gliesmaroderstraße, unter Fortfall des dort befindlichen stinkenden Grabens, ein Betrag von 103 500 M vorgesehen und dabei bemerkt, daß bei der Verlängerung dieses Canals bis zur Kastanienallee die Anlagekosten sich auf rund 150 000 M belaufen würden.

Die Finanzcommission ersucht, diesen Canal in der beantragten Ausführung nicht zu genehmigen, sondern an dessen Stelle einen auch magistratsseitig früher in Aussicht genommenen kleineren Canal von der Kastanienallee bis zur Gliesmaroderstraße, unter Beibehaltung des Grabens als Rothauslaß ausführen zu lassen und dafür 35 500 M in den Etat einzustellen. Die Commission ist einstimmig der Ansicht, daß sich eine so bedeutende Ausgabe zur Zeit nicht rechtfertigen lasse, weil sie einerseits nur Wenigen zu Gute komme und andererseits die unangenehmen Eigenschaften des Grabens durch Anlage des commissionsseitig in Vorschlag gebrachten kleineren Canals fortfallen werden. Jener Graben, oder richtiger Bach, entsteht durch eine in der Nähe der Südel'schen Fabrik entspringende Quelle und zieht sich sodann durch die Gegend beim Hopfengarten am Stadtpark entlang bis zur Gliesmaroderstraße, wo derselbe in einen anderen Graben mündet, der sein Wasser in die Wabe führt. Da nun bei Anlegung des kleineren Canals dem Bache die ihm bisher zugeführten Schmutzstoffe entzogen werden, so wird derselbe in Zukunft nur noch Quell- und Himmelswasser mit sich führen und nicht mehr stinken. Referent bemerkt weiter, daß in seiner Jugendzeit der Bach vollständig reines und klares Wasser gehabt und er in demselben „Stötterböcke“ gefangen habe. Auf die Anlage der für jene Gegend in Aussicht genommenen Straßenzüge könne heute im Interesse der Canalbaucaße unmöglich schon Rücksicht genommen werden, denn

jene Straßenprojecte seien jetzt noch Zukunftsmusik, die indessen den städtischen Sackel schon jährlich mit ca. 6000 M an Zinsen zc. belasten würden.

Die Finanz=Commission beantragt demgemäß ferner, für einen Canal, unter Beibehaltung des Grabens, von der Kastanienallee bis zur Gliesmaroderstraße an Stelle von 103500 M nur 35500 M in den Etat einzustellen und die Gesamtsumme der Ausgaben um 68000 M herunterzusetzen.

Unter Berücksichtigung dieser, in der betr. Commissionsitzung auch seitens der anwesenden Magistratsmitglieder gebilligten Aenderung stellt sich der Neubau=Etat wie folgt:

Ausgabe:

1) Zur Vervollständigung der Reinigungsstation nebst Zubehörungen	13000 M
2) Canalbauten im Innern der Stadt	17400 "
3) Canalbauten in der östlichen Außenstadt	153517 "
4) Canalbauten in der westlichen Außenstadt	200000 "
5) Bauzinsen auf den Nennwerth der 1887 contrahirten Anleihe von 436000 M zu 3 $\frac{1}{2}$ % für das 1. Vierteljahr 1888.	3815 "
6) Betrieb der Reinigungsstation für das 1. Vierteljahr 1888.	3850 "
7) Erstattung der durch Dritte in der Vorzeit auf den Bau von Straßencanälen gemachten Aufwendungen zu insgesammt	392963,31 "
8) Für die Kassenverwaltung und Rechnungsführung zc. für das 1. Vierteljahr 1888	254,69 "
	<hr/>
	zusammen 784800 M

Einnahme:

1) Vorrath aus dem Jahre 1887 (wie oben erläutert)	2800 M
2) Aufzunehmende Anleihe: Erlös aus dem Verkaufe von 790000 M 3 $\frac{1}{2}$ procentiger Obligationen des hiesigen Kreis=Communalverbandes zum Kurse von 99 (davon nominell 240000 M am 1. April und 550000 M am 1. October) rund	782000 "
	<hr/>
	zusammen 784800 M.

Zu den einzelnen Punkten der Ausgabe dürften noch folgende Erläuterungen am Platze sein.

Zu 1. Es wird beabsichtigt, eine Locomobile für den Reservendienst mit Zubehör zum Preise von rund 5000 M zu beschaffen, auch sind entsprechende Beträge für

Umlegung der verpackten Thon-Rohrleitung nach der Reinigungsstation (2400 M.), für Erweiterung der Anlage der Schlammfilter (5000 M) und für Erweiterung des Anbaues (600 M) vorgesehen.

Zu 2. Der fragliche Posten ist bereits in der Sitzung der Stadtverordneten vom 24. November 1887 verwilligt und erläutert.

Zu 3. Die Ausführung folgender Canalfrecken ist in Aussicht genommen: Verbindungs canal in der Salzdahlumerstraße zwischen Lejewitz- und Biewegstraße, Nothauslaß in der Ottmerstraße, Bertramstraße zwischen Campestraße und Kleine Bertramstraße, Kleine Bertramstraße, 3 Einsteigeschächte, Leonhardstraße zwischen Bertramstraße und Umfluthgräben, sowie ein Nothauslaß daselbst, Verbindung des Canals in der Adolfsstraße an der Villierstraße, Helmstedterstraße von der Adolfsstraße bis zum Riddagshäuser Wege, Casernenstraße zwischen Helmstedterstraße und Wasserscheide, Parkstraße (Canalananschluß), Nothauslaß am Steintor, Verbindung des Canals der Bertramstraße mit demjenigen der Helmstedterstraße, Verbindungs canal in der Nebenstraße, Am kleinen Exercierplatz (Südseite), Bülttenweg, Gaußplatz, Gliesmaroderstraße bis zur Einmündung des Stadtparkcanals, Canal am Stadtpark von der Kastanienallee bis zur Gliesmaroderstraße und Marienstraße östlich von der Ringstraße, nebst Nothauslaß.

Zu 4. Ursprünglich war die Anlage einer Reinigungsstation auf dem Grundstücke an der Sophienstraße, welches sich bis an das Buschmann'sche Grundstück und den Umfluthgraben hinzieht, in Aussicht genommen und war die Auswahl der zu canalisirenden Straßen hiernach getroffen. Dieses ursprüngliche Project erforderte einen Kostenaufwand von 327200 M. Da indessen die Canalbau-Deputation die Wahl des Platzes für die Reinigungsstation wegen der möglichen Belästigung der Umgebung nicht für geeignet erklärte, sondern auf das alte Project, die sämtlichen Abgänge behufs Reinigung nach dem Eichthale zu leiten, zurückgriff, konnte eine weitere Feststellung der für die Canalisirung vorzuschlagenden Straßen nicht stattfinden, aus welchem Grunde vom Stadtmagistrate in Antrag gebracht wird, vorerst eine Summe von rund 200000 M für Canalisation der westlichen Außenstadt in den Etat aufzunehmen, dagegen die genaue Bestimmung der Straßen vorzubehalten. Die Finanz-Commission schließt sich sowohl dem Magistratsantrage als auch der Ansicht der Canalbau-Deputation an, denn wenn auch heute der für die Reinigungsstation in Aussicht genommene Platz an der Sophienstraße noch unbebaut ist, so lasse sich wohl annehmen, daß derselbe in verhältnißmäßig ganz kurzer Zeit bebaut und die Station in die unmittelbare Nähe von Wohnungen gerückt sein werde. Jedenfalls sei es der lebhafteste Wunsch der ganzen Versammlung, daß wegen der Aenderung des ursprünglichen Projectes nicht die Canalisirung der westlichen Außenstadt ins Hintertreffen gerathe, weil auch dort die schnelligste Eile bezüglich der Canalisirung dringend Noth thue.

Zu 6. Für den Betrieb der Reinigungsstation in der Schneckenstertswiese ist ein besonderer Etat aufgestellt, welcher für das ganze Jahr 1888 eine Ausgabe von 15400 M aufweist, während eine Einnahme nicht vorhanden ist. Letzteres erklärt sich daraus, daß der Verkauf von Schlamm sich noch nicht hat ermöglichen lassen, sondern derselbe bislang an den Major Hollandt kostenfrei abgetreten ist. Es steht zu hoffen, daß hier bald eine Aenderung eintritt. Unter den Jahresausgaben seien erwähnt: 5110 M für Chemikalien, 4380 M für Arbeitslöhne, 1850 M für Feuerungsmaterial, 1000 M für Unterhaltung der Gebäude u.

Zu 7. In dem Entwässerungsstatut vom 1. d. Mts. heißt es §. 20:

„Der Stadtmagistrat hat diejenigen Summen zu ermitteln, welche aus städtischen Cassen und aus der Kreiscommunalcasse, sowie aus Beiträgen der Anlieger auf den Bau unterirdischer Straßencanäle seit dem 1. Januar 1862 verwandt worden sind. — Diese Summen werden sechs Monate nach Publication dieses Statuts, jedoch ohne Zinsen, zurückgezahlt“ u.

Da das Statut am 1. d. Mts. in Kraft getreten ist, so sind die Beträge am 1. October 1888 fällig. Obwohl die Finanzcommission zu einer Prüfung der vom Stadtmagistrate aufgegebenen Zahlen im Einzelnen nicht hat schreiten können, so liegt nach den Ausführungen des Referenten auch keine Ursache vor, die Richtigkeit der Zahlen zu bezweifeln.

Die Einnahme ist der Ausgabe entsprechend herabgesetzt und schließt demnach ebenfalls mit 784800 M ab. Hoffentlich wird indessen ein höherer Kurs als 99 für die auszugebenden Obligationen erzielt werden können.

Bei Feststellung des

Unterhaltungs-Etats

für die Zeit vom 1. April bis 31. December 1888 mußte den abgeänderten Ausgaben des Neubau-Etats Rechnung getragen werden, so daß die Höhe der zu zahlenden Zinsen gegen den Magistratsantrag entsprechend zu ermäßigen war.

E i n n a h m e .

	Nach dem Antrage des Stadt= magistrats M	der Finanz= Commission M
1) Erlös aus dem Verkaufe von Schlamm der Reinigungsstation	—	—
2) Beitrag der Stadtcasse	15000	13400
3) Beiträge der Anlieger, und zwar		
a. besondere Beiträge der gewerblichen Etablissements	8000	6800
b. der Hauseigenthümer	22000	20000
4) Verschiedenes	700	500
zusammen	45700	40700

Hierzu mögen folgende Erläuterungen dienen und zwar zunächst bei der

A u s g a b e .

Zu 5. Die Finanz-Commission beantragt, diese Position aus folgenden Gründen zu streichen. Der Magistrat hat nach §. 8 des Entwässerungsstatuts, welcher lautet: „2c. Für Verzinsung des Anlagekapitals sollen nicht mehr als 5 % und für Amortisation desselben nicht mehr als 1 % gerechnet werden 2c.“, angenommen, schon jetzt eine Summe von 1 % für die Amortisation des Anlagekapitals in die Jahresrechnung einstellen zu müssen. Da nun aber die Amortisation erst im Jahre 1891 zu beginnen hat und es nicht nothwendig erscheint, dieselbe überhaupt mit 1 % eintreten zu lassen, sondern in demselben Verhältniß, zu welchem die Anleihe aufgenommen ist, mit $\frac{1}{2}$ %, so kann die Position gestrichen werden. Die Commission hält es für richtig, die Canalisirung den Betheiligten für den Anfang so billig wie möglich zu machen und sie ist auch der Ueberzeugung, daß die Befürchtungen über die hohen Kosten der Canalisirung vollständig ungerechtfertigt sind und diese unendlich billiger zu stehen kommen, als die meisten Mitbürger gedacht haben. Schon im Interesse einer einfachen Rechnung liegt es, die aufgeliene Gelder genau in der Weise (also mit $\frac{1}{2}$ %) zu tilgen, wie sie die Stadt aufgenommen hat. Auch in diesem Punkte hat sich der Magistrat mit dem Beschlusse der Commission bereits einverstanden erklärt, so daß die Position 5 bei dem Einverständnisse der Versammlung mit dem Commissions-Beschlusse ganz fortfallen würde.

Zu 7. Die Finanz-Commission beantragt auf Wunsch des Magistrats den Vorschlag desselben auf 1992,50 M zu erhöhen, weil sich möglicherweise noch Ausgaben einstellen könnten, die z. B. nicht vorherzusehen sind und es hinterher immer besser ist, eine zu hohe als eine zu niedrige Summe veranschlagt zu haben.

Die hier aufgeführte Ausgabe würde nun zu decken sein durch die

Einnahme

in folgender Weise. Die Beiträge der Anlieger dürfen statutenmäßig (§. 8) zwei Drittheile der erforderlichen Summen für Verzinsung und Amortisation des Anlagecapitals nicht übersteigen, so daß die Stadtcasse den Rest (also ein Drittel) trägt.

Zu 3 a. In Bezug auf die gewerblichen Etablissements sind noch unrichtige Meinungen verbreitet. Bekanntlich ist die Grundsteuer in Braunschweig im Wesentlichen eine Miethsteuer, d. h. sie berücksichtigt nicht den gewerblichen Werth eines Grundstückes (ausgenommen bei Läden), sondern sie hat nur den Miethnutzungswerth desselben im Auge. Da nun aber nach §. 11 des Entwässerungsstatuts „die Beiträge der grundsteuerpflichtigen Wohnhäuser sich nach dem Verhältnisse ihres Grundsteuercapitals bemessen“, so ist es nothwendig, einen Ausgleich dafür zu suchen, daß die gewerblichen Etablissements verhältnißmäßig so wenig zur Grundsteuer beitragen und diesen Ausgleich bezweckt §. 10 des Statuts, welcher lautet:

„Gewerbliche Etablissements, insofern das Maaß oder die Art ihrer Abwässer die Herstellung oder Unterhaltung der Canäle unverhältnißmäßig vertheuert oder die Benutzung der letzteren in einem bedeutenden Grade erforderlich macht, sind in dieser Hinsicht zu besonderen Beiträgen verpflichtet.“

Ob und zu welchem Betrage ein solcher außerordentlicher Beitrag zu leisten ist, wird alljährlich durch den Stadtmagistrat festgestellt.“

Mit dieser Feststellung ist der Magistrat zur Zeit beschäftigt. Der commissionsseitig unter 3 a der Einnahme eingestellte Betrag von 6800 M ist natürlich bei Lage der Verhältnisse ein unbestimmter Griff, doch läßt sich z. B. der Betrag nur schätzen.

Zu 3 b. Als Grundsteuer werden 10 % von der Hälfte des Miethwerthes der Häuser erhoben, mithin von einem auf rund 6 000 000 M geschätzten Miethswerthe pro Jahr 300 000 M; z. B. sind erst ungefähr 65 % der Häuser an das Canalnetz angeschlossen, deren Grundsteuer sich also auf etwa 200 000 M beläuft; da nun für die beteiligten Hauseigenthümer 20 000 M als Beitrag in den Voranschlag eingestellt sind, so wird die Canalsteuer im laufenden Jahre nur den zehnten Theil der Grundsteuer, oder 1,2 % des Miethwerthes der Häuser erreichen, mithin sind alle Befürchtungen wegen der Höhe derselben nicht am Platze gewesen. Eine ganz mäßige Erhöhung derselben läßt sich für die folgenden Jahre allerdings wohl erwarten, weil dann die Capitalien, welche jetzt neu aufgenommen werden, voll zu verzinsen und zu tilgen sind, indessen darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß nach §. 2 des Statuts jeder Besitzer eines Grundstückes, welches an einer mit Canal versehenen Straße liegt, gezwungen ist, Anschluß an das Canalnetz zu nehmen und hierdurch die Zahl der

angeschlossenen Grundstücke bedeutend erhöht, die Steuerlast des Einzelnen aber vermindert wird; nicht mit Unrecht darf daher wohl angenommen werden, daß in den künftigen Jahren höchstens $\frac{3}{4}\%$ des Miethwerthes der Häuser als Canalsteuer erhoben zu werden brauchen. — Sofern sich herausstellen sollte, daß die veranschlagten Ausgaben in ihrer vollen Höhe im laufenden Jahre nicht gebraucht werden, wird auch die Canalsteuer nicht in ihrer ganzen Höhe erhoben werden, sondern es kommen dann vielleicht einige Monatsraten nicht zur Erhebung, weil mit Rücksicht auf die ständige Vermehrung der Canal-Interessenten nur die auf das betr. Jahr entfallenden Beträge eingehoben werden sollen.

Die Finanz-Commission eruchtet schließlich die Versammlung, unter Nachverwilligung der vom Magistrat geforderten 17073 M., den gesammten Etat mit den commissionsseitig vorgenommenen Aenderungen zu genehmigen und demnach den Canal-Neubau-Etat mit 784800 M. abzuschließen.

In die Verhandlung über den gesammten Etat eintretend, nimmt zunächst Herr Stadtrath Schöttler das Wort, um als Vorsitzender der Canalbau-Deputation einige Erläuterungen zu geben. Der in der Reinigungsstation gewonnene Schlamm hat sich als ein viel unangenehmer zu behandelndes Material dargestellt, als von vornherein angenommen wurde und deshalb ist eine Einnahme daraus auch noch nicht erzielt worden. Die Schlammfassins sind nach der Angabe des Patentinhabers gemacht, allein es hat sich auch bereits herausgestellt, daß die Vorkehrungen in diesen Fassins die Abfiltrirung des Wassers aus dem Brei nicht genügend bewirken. Es wird nichts übrig bleiben, als die Fassins bedeutend zu vermehren und denselben mehr Fläche zu geben, um auf diese Weise dem Schlamm Zeit zu lassen, sich zu setzen und die darüber laufenden Wasser abzuseiden. Die Masse des gewonnenen Schlammes ist schon jetzt ziemlich groß, trotzdem doch nur ein verhältnißmäßig kleiner Theil der städtischen Abwässer gereinigt wird. Neuerdings ist nun eine Idee zur Sprache gekommen, welche vielleicht den Absatz des gewonnenen Schlammes fördern wird. Wenn nämlich die Schlammmassen mit dem trockenen Materiale der Straßenabfälle compostirt werden, so erhalten die so erzielten Massen eine festere, die Abholung erleichternde Form, welche zugleich einen guten Düngerwerth enthalten und bei dem Landwirthe Absatz finden wird.

Bezüglich der westlichen Außenstadt soll bestimmt noch in diesem Jahre den größten Uebelständen abgeholfen werden. Das frühere Project, wonach der Hauptcanal durch die Juliusstraße u. s. w. nach dem Eichthale zu gelegt werden sollte, würde viel Geld kosten und auch Schwierigkeiten wegen der tiefen Lage des Canals bieten. Neuerdings hat Ober-Ingenieur Mitgau ein schon vor Jahren von der Herzoglichen Baudirection angeregtes Project wieder aufgenommen, wonach ein Ablaufrohr für die Abwässer jener Gegend an der einen Seite des Okerbettes

entlang gelegt werden sollte; dieses Rohr wäre bei dem Wehre abseits in den anzulegenden Canal zu führen und hätte nur die Abfall- nicht auch die Himmels- wässer aufzunehmen. Schon vor der Legung dieses Rohres kann indeffen mit der Canalisation verschiedener Straßen jenes Reviers (z. B. der Bergfeldstraße) begonnen werden, weil sich die Anschlußrohre in den vorhandenen Canal der Bahnhofstraße einfügen lassen, und auch diese Abwässer in den paar Monaten noch der Oker zugeführt werden können. Die ganze Sache ist in voller Ausarbeitung begriffen und es steht zu hoffen, daß in diesem Jahre mit der Legung des Hauptrohres wenigstens begonnen werden kann, zumal eine Einsprache der maßgebenden Behörde wohl nicht zu befürchten steht.

Herr Lange wünscht zu wissen, welche Ausgabe die Reinigungsstation allein von den für die Canalisirung der Wolfenbüttlerstraße mit Einschluß der Kosten der Reinigungsstation zusammen bewilligten 188000 M erfordert habe, und welches Quantum Wasser für die veranschlagten 15400 M gereinigt werden könne, welche Frage

Herr Oberbürgermeister Pockels dahin beantwortet, daß die Canalisation der Wolfenbüttlerstraße und Nebenstraßen mit Einschluß der Reinigungsstation ungefähr dasselbe gekostet hat, wie früher für die Canalisation allein veranschlagt worden sei und daß für die veranschlagten 15400 M im Ganzen 365000 cbm Wasser gereinigt werden sollten.

Herr Lange hat diese Frage aufgeworfen, um ein klares Bild darüber zu erhalten, welche Kosten der Bau, die Unterhaltung und der Betrieb der Reinigungsstation in Anspruch genommen haben. Jedenfalls stehe die Versammlung vor weiteren Anträgen wegen Vermehrung der Reinigungsstationen und müsse wissen, ob sie denselben mit Rücksicht auf die Kosten zustimmen könne. Redner bekennt sich als einen Gegner der chemischen Reinigung, weil er dieselbe für unvollkommen hält, in welcher Ansicht er durch das Gutachten der von Braunschweig in Verbindung mit Anhalt und der Provinz Sachsen eingesetzten bezüglichen Commission bestärkt sei. Zweckmäßig erscheine es auch, wenn in Zukunft eine specielle Berechnung der durch die Reinigungsstation entstehenden Kosten aufgestellt und jedem Stadtverordneten geliefert werde. Endlich wünscht Redner noch zu wissen, zu welchem Zwecke eine Locomobile für die Reinigungsstation beschafft werden solle.

Herr Oberbürgermeister Pockels will sich kein abschließendes Urtheil über den Werth des chemischen Reinigungsverfahrens anmaßen, trotzdem er sich darüber auch durch das Studium einer größeren Anzahl Brochüren zu informiren gesucht hat. In der von Herrn Lange erwähnten Commission seien hauptsächlich Verwaltungsbeamte, dagegen Chemiker und Aerzte nur sehr schwach vertreten gewesen. Eine genaue Berechnung der Kosten habe i. B. der Versammlung bei der Berathung der

ersten Vorlage vorgelegen, jedoch sei Redner heute nicht mit dem erforderlichen Materiale zur Beantwortung der Frage ausgerüstet.

Herr Blasius verweist wegen der Kosten für die Reinigung der Abwässer auf den im Monatsblatte für öffentliche Gesundheitspflege *Nr. 4*, 1888, enthaltenen bezüglichen Bericht und bemerkt, daß nach seiner Erinnerung die Reinigung von 1 cbm Wasser sich z. B. auf 4,3 \mathcal{L} stelle, während nach einer Erklärung des Ober-Ingenieurs Wittgau dieser Einheitsfuß sich nach der Zuführung der sämtlichen Abwässer auf 1,9 \mathcal{L} ermäßigen werde.

Die Frage wegen Beschaffung einer Locomobile beantwortet Herr Stadtrath Schöttler dahin, daß dieselbe bei dem etwaigen Schadhastwerden der Betriebsmaschine in Benutzung genommen werden solle. Eine Locomobile sei um deshalb gewählt worden, weil dieselbe auch bei anderen städtischen Arbeiten, z. B. Brückenbauten u. dergleichen benutzt werden könne und die Stadt dann die Miethskosten erspare.

Herr Nieß theilt aus dem von Herrn Blasius erwähnten Berichte noch mit, daß die Reinigungsstation vor dem Augustthore jetzt ungefähr den zehnten Theil desjenigen Quantums reinige, welches zu reinigen sei, daß sich also ein Maßstab an die Leistungsfähigkeit und die entstehenden Kosten noch nicht legen lasse. Nach den in dem Berichte aufgeführten Zahlen, welche auch entschieden zutreffend seien, habe ein Kubikmeter Schmutzwasser vor der Reinigung 2500 000 Bacterienkolonien und nach der Reinigung nur 260—3000 enthalten, wodurch die Vortrefflichkeit des Systems wohl erwiesen sei. Im Uebrigen bat Redner um Auskunft über den letzteren Punkt.

Herrn Blasius, welcher bemerkte, daß seiner Meinung nach dieses chemisch-mechanische Reinigungssystem das beste sei, welches man z. B., abgesehen von der Reinigung durch Rieselfelder, kenne.

Herr Stadtrath Schöttler ist erfreut darüber, daß für Braunschweig ein so vollkommenes Reinigungssystem der Abwässer gefunden ist, da das Veriefelungssystem, für welches er früher geschwärmt habe und das dem hiesigen Systeme allein an die Seite zu stellen sei, sich für die hiesige Stadt wegen der enormen Kosten und der sehr geringen Erträge gar nicht durchführen lassen würde.

Herr Reuter richtet die Frage an die Canalbau-Deputation, ob nicht mit der Streichung des großen Canals am Stadtparke nur eine augenblickliche Ersparung der 68000 \mathcal{M} verknüpft sei und sich nicht bei Anlegung des Parks auf dem Exercierplatze u. dergleichen die Nothwendigkeit herausstellen werde, den Graben zu beseitigen, wodurch dann die jetzt für den kleinen Canal verwilligten 35500 \mathcal{M} möglicherweise fortgeworfen sein würden. Der fragliche, übrigens quellenlose Graben sei ein Hauptzufuhrweg des Wassers vom Hagenbruche und der ganzen Umgebung des Exercierplatzes nach der Wabe, derselbe werde indessen in trockenen Zeiten vollständig wasserarm werden, sobald ihm durch die Canalisation dieser

Gegend der Wasserzulauf abgeschnitten sei und dann würden erst recht unleidliche Zustände entstehen. Aus diesem Grunde halte er die Anlegung des vom Magistrate beantragten großen Canals für durchaus nothwendig. — Was die veranschlagte Canalsteuer anbelangt, so lasse sich schon jetzt voraussagen, daß dieselbe nicht so niedrig bleiben könne, weil bis jetzt noch eine Anzahl Canäle vorhanden war, die auf Kosten der Regierung hergestellt sind, während die noch anzulegenden Canäle allein aus städtischen Mitteln bestritten werden müssen und hierdurch der Kostenaufwand sich verhältnißmäßig bedeutend erhöhen werde. Wenn nun auch die Steuer in den folgenden Jahren jedenfalls erhöht werden müsse, so sei doch einzuräumen, daß über die Höhe derselben wirklich übertriebene Befürchtungen im Umlaufe sind.

Herr Blasius erklärt sich mit der Ausführung des kleineren Canals für rund 35000 M, unter Beibehaltung des Grabens, in dem Falle einverstanden, daß der Canal auch wirklich genügt, um die Abwässer seines Entwässerungsgebietes aufzunehmen, was allerdings nach der Versicherung des Ober-Ingenieurs Wittgau der Fall sei. Jener Graben habe vor langen Jahren, ehe die Gegend bebaut worden, stets sehr viel Wasser gehabt, welches namentlich aus einer in der Nähe des Rettungshauses, unterhalb des Streitberges entspringenden Quelle stammte, und es sei ein wunderschöner, fließender Bach gewesen, von welchem Redner in seinen Kinderjahren wohl Brunnenkresse geholt habe; hoffentlich werde der Bach diesen Character nach Entziehung der Abwässer wieder annehmen.

Der Herr Referent gesteht zu, daß der größere Canal sich in ferner Zeit einmal als Nothwendigkeit herausstellen könne und derselbe dann auch gelegt werden müsse, daß indessen die jetzt aufgewendeten 35000 M in ihrem wesentlichen Theil durchaus nicht weggeworfen seien, weil ja die Cementröhren erhalten bleiben und anderweitige Verwendung finden könnten. Der Graben, oder richtiger Bach habe früher stets reines Wasser geführt und könne vorläufig noch so bleiben, wie er seit Jahren gewesen sei. Jedenfalls sei die Canalisation der westlichen Vorstadt dringender, als dieser Canal am Stadtparke, aus welchem Grunde eine Ablehnung der für denselben geforderten unverhältnißmäßig hohen Summe wohl gerechtfertigt erscheine.

Herr Oberbürgermeister Pockels bestätigt Herrn Blasius, daß der von der Finanz-Commission empfohlene kleinere Canal in einer Dimension projectirt sei, um die Abwässer aus dem dortigen Stadttheile voll aufnehmen zu können. Zugleich bemerkt Redner, daß das Entwässerungsproject der östlichen Außenstadt in den einzelnen Tracen neuerdings durch die Genehmigung der Küchengartenstraße etwas verschoben und der Ober-Ingenieur Wittgau beauftragt sei, einen neuen Plan einzureichen. Eine Garantie für die Innehaltung der Anschläge könne in Folge dieser Verhältnisse nicht geboten werden, zumal die Entwässerung dieser Straße auf contractlicher Verpflichtung beruhe; es sei also immerhin möglich, daß der Magistrat demnächst mit einer entsprechenden Nachforderung hervortrete. Im Uebrigen soll,

wie auf bezügliche Anfrage noch erklärt wurde, der vorgelegte Etat den Character einer definitiven Bewilligung haben.

Herr Natalis ist zuerst ein Anhänger des größeren Canalprojectes beim Stadtpark gewesen und nur aus Zweckmäßigkeitsgründen davon abgegangen. Mit Rücksicht darauf, daß der größere Canal für die nächste Zukunft keinen Zweck habe, lasse es sich schwer rechtfertigen, schon jetzt eine Mehrausgabe von 68000 M. zu machen, denn schon nach 12 Jahren würde dieses Capital so viel Zinsen eingetragen haben, daß der kleine Canal vollständig damit herzurichten sei, die Stadt denselben also frei habe und dann ruhig noch den großen Canal hinzufügen könne.

Herr Bültmann tritt den Illusionen von dem prachtvollen Bache entgegen. Derselbe bilde sich im Allgemeinen durch das Grundwasser jener Gegend und habe mit Quellen nichts zu thun, sofern man nicht die Drainröhren bei der Sübelschen Fabrik mit diesem Namen belegen wolle. Bei 14 tägigem heißen Wetter sei der Graben vollständig wasserleer und er stinke stets ganz entsetzlich.

Herr Stadtrath Schöttler theilt in Beantwortung verschiedener Fragen mit, daß die Canalbau-Deputation die Absicht habe, den Canal noch in diesem Jahre in Angriff zu nehmen, weil sie der Meinung sei, daß man den Besuchern des Stadtparks nicht zumuthen dürfe, statt frischer Luft Canal- und Grabengase einzuathmen. Einen bestimmten Antrag habe die Deputation auf Ausführung des großen Canals nicht gestellt, weil sie der Ansicht war, daß schließlich auch der kleine Canal vorläufig genügen werde, denn bei warmem Wetter habe der Graben, wie schon Herr Bültmann ausführte, meistens kein Wasser. Sobald dem Graben das die Ausdünstung verursachende Material durch die Canalisirung genommen werde, höre der Dunst von selber auf, oder werde doch sehr geringfügig. Der Magistrat habe mit dem großen Canal das Beste vorschlagen und es der Prüfung der Versammlung überlassen wollen, ob sie mit dem minder Guten zufrieden sei.

Herr Hollmann schließt sich diesen Ausführungen an und bemerkt noch, daß bei späterer Ausführung des großen Canals das Material des kleinen Canals keine Verwendung finden könne, weil jetzt ein Röhren-, demnächst aber ein gemauerter Canal gemacht werde.

Nachdem noch Herr Sievers erläutert hatte, daß es sich nicht um eine Ersparniß von 68000 M., sondern von 115000 M. handele, weil der kleine Canal für 35500 M. sich bis zur Kastanienallee ausdehne,

schließt der Herr Vorsitzende die Debatte. Da die Versammlung eine Abstimmung über die einzelnen Punkte des Etats nicht wünschte, wurde zur Abstimmung über den ganzen Etat geschritten und derselbe mit den von der Finanz-Commission in Uebereinstimmung mit der Canalbau-Deputation vorgeschlagenen Aenderungen genehmigt und auch die Nachforderung des Magistrats im Betrage von 17073 M. verwilligt.

VI. Mit Rücksicht auf die fortschreitende Bebauung der zwischen der Helmstedterstraße und der Kastanienallee belegenen, im Uebrigen fertiggestellten Strecke der Ringstraße (Altewiekring) hält der Magistrat dort die Legung von Gas- und Wasserröhren für erforderlich. Es ist in Aussicht genommen, die Ringstraße behufs genügender Versorgung auch der von dieser nach außen abzweigenden Straßen mit einem 200 mm weiten Wasserrohre und einem 150 mm weiten Gasrohre zu versehen, welche in den Fußweg verlegt werden sollen, während zur Versorgung der an der anderen Straßenseite zu errichtenden Gebäude in den vor diesen liegenden Fußweg je ein 80 mm weites Wasser- und Gasrohr zu legen sein wird. Die hierdurch entstehenden Kosten sind für die Wasserleitung zu 6122,50 M und für die Gasleitung zu 5026 M veranschlagt.

Im Namen der Finanz-Commission ersucht Herr Sievers, dem Antrage des Magistrats, welcher dahin geht, die beiden eben aufgeführten Beträge aus dem Refervefonds der Werke zu verwilligen, die Genehmigung zu ertheilen.

Zunächst fragt Herr Rieke an, ob die Methode, wonach die Wasser- und Gasröhren in die beiderseitigen Fußwege der Straße verlegt werden, nicht zu theuer zu stehen komme. Im Uebrigen hält es Redner auch für practisch, daß zur Aufnahme der Röhren nicht mehr die Fahrwege benutzt werden.

Darauf erwidert Herr Reuter, daß die Legung doppelter Röhren allerdings, wenn auch nicht sehr erheblich, mehr koste, als wenn nur ein Rohr in den Fahrweg gelegt werde, daß man aber hierdurch die große Unannehmlichkeit umgehe, bei jedem Anlaß die ganze Straße aufbrechen zu müssen und sich solcher Einrichtung auch die meisten größeren Städte bereits bedienen.

Herr Stadtrath Schöttler schließt sich den letzteren Ausführungen an und bemerkt noch weiter, daß beispielsweise in Magdeburg öfters neben dem Hauptrohre ein Nebenrohr für die Abgabe von Wasser an die Anlieger herlaufe, so daß das Hauptrohr nicht jedes Mal brauche angebohrt zu werden, wenn noch eine Haushaltung mit Wasser versorgt werden solle.

Die Versammlung erklärt sich hierauf mit dem Antrage der Finanz-Commission auf Bewilligung der angeforderten Mittel einverstanden.

Herr Lüderßen übernimmt den Vorsitz.

VII. Herr Krahe berichtet für die Baucommission über ein Gesuch von Anwohnern der Marienstraße, welche um Instandsetzung dieser Straße bitten. Die Commission empfiehlt der Versammlung, dieses Gesuch vorläufig so lange zurückzuweisen, bis die für diesen Sommer in Aussicht genommene Canalisation der Marienstraße stattgefunden habe, da hierdurch wohl eine Besserung jener allerdings recht traurigen Zustände zu erwarten sei.

Nachdem noch Herr Stadtrath Metemeyer darauf aufmerksam gemacht hatte, daß das vorliegende Gesuch auch zu denjenigen gehöre, welche an die Stadtverordneten-Versammlung eigentlich nicht zu richten seien, sondern dem Stadtmagistrate zuerst unterbreitet werden müßten, da dieser die Executive habe,

beschließt die Versammlung dem Antrage der Baucommission gemäß, das Gesuch bis zur Vollendung der Canalisation zurückzustellen.

VIII. und IX. betreffen Gesuche des Bauunternehmers Bannow und des Cigarrenfabrikanten Schulze, in welchen dieselben Beschwerde über Entscheidungen des Stadtbauamtes führen. Die Baucommission, für welche Herr Krahe berichtet, erklärt sich außer Stande, hierüber zu beschließen, weil die Beschlüsse des Stadtbauamtes nicht von der Versammlung zurückgenommen werden können, sondern nur das Staatsministerium in dieser Sache competent sei.

Herr Heymann kann sich mit den Ausführungen des Herrn Referenten wenigstens in Bezug auf das Bannow'sche Gesuch nicht einverstanden erklären. Bannow beabsichtigt an einer noch nicht befestigten Straße zu bauen und hat die erforderliche Genehmigung des Stadtbauamtes nicht erhalten. Da nun solche Genehmigung nach §. 6 des Ortsbaustatuts im Einzelfalle seitens der städtischen Behörden erteilt werden kann, so wendet sich derselbe an die Stadtverordneten-Versammlung. Es wäre jedenfalls unrichtig, den Mann an das Herzogliche Staatsministerium zu verweisen und damit gewissermaßen zuzugeben, daß dasselbe in der Lage sei, als Recurs-Instanz die Beschlüsse der städtischen Behörden aus der Welt zu schaffen, denn hierin könnte nur ein unbefugter Eingriff in die Rechte derselben erblickt werden. Das Stadtbauamt hat sich in dem vorliegenden Falle bei seiner Entscheidung der eingeholten Ansicht des Stadtmagistrats angeschlossen. Sobald nun das Ministerium in der Lage sein sollte, den Beschluß des Stadtbauamtes umzustößen, so bleibe doch immer noch der unabhängige Beschluß des Stadtmagistrats bestehen und es müsse bei Beurtheilung dieser Frage immer davon ausgegangen werden, daß hier nicht eine Angelegenheit des Stadtbauamtes, sondern der städtischen Behörden in Frage kommt. Der Magistrat könne allerdings von der Versammlung nicht gezwungen werden, seinen Beschluß umzustößen, indessen sei dieselbe immerhin in der Lage, in einem exorbitanten Falle den Magistrat zu erziehen, diese Frage noch einmal zu prüfen und sich der Ansicht der Versammlung anzuschließen. Wenn der Fall nicht so liege, dann bleibe nichts weiter übrig, als dem Manne zu sagen, er könne dort nicht bauen und der Magistrat habe die Genehmigung mit Recht verweigert. Das Ministerium müsse aber auf jeden Fall hier aus dem Spiele gelassen werden, wenn die städtischen Behörden nicht ein Recht aus den Händen geben wollen.

Herr Reuter bemerkt dazu, daß in dem Bannow'schen Falle das in Frage kommende Grundstück an der Ecke der Hamburgerstraße, also an einer befestigten Straße liege und daher als Recurs-Instanz wohl das Staatsministerium zu betrachten sei. Mit Rücksicht darauf, daß die Frage wegen der Competenz der Versammlung erst noch einmal einer gründlichen Verathung bedürfe, beantragt Redner, die Punkte VIII und IX von der Tagesordnung abzusetzen und sie der vereinigten Statuten- und Baucommission zu überweisen.

Nachdem sich auch die Herren Blasius und Nieß in gleichem Sinne geäußert hatten,

beschließt die Versammlung nach dem Reuter'schen Antrage.

Wie

X. Herr Bültemann für die Baucommission berichtet, bittet eine Anzahl von Bewohnern des unteren Theiles der Kastanienallee um baldige Instandsetzung dieses Straßentheiles. Da indessen ein gleiches Gesuch dem Stadtmagistrate vorgelegt ist und dieser erklärt hat, daß zur Zeit Verhandlungen über diesen Punkt im Magistrate schweben, hält es die Baucommission für angezeigt, die Entscheidung desselben erst abzuwarten, ehe weitere Schritte geschehen und bittet, in dieser Richtung zu beschließen.

Herr Stadtrath Netemeyer bestätigt die auf den Stadtmagistrat bezüglichen Mittheilungen des Herrn Bültemann und bittet, das Gesuch an den Stadtmagistrat abzugeben.

Herr Blasius nimmt diese Bitte als Antrag auf mit dem Zusätze, den Magistrat um Aeußerung über den Ausfall der Verhandlungen zu ersuchen.

Nachdem noch Herr Bültemann den Standpunkt der Baucommission erörtert hat,

genehmigt die Versammlung den Commissionsantrag ohne den Blasius'schen Zusatzantrag.

XI. Der Bauunternehmer Bertram besitzt an der Kramerstraße ein 2 a 34 qm haltendes und ein 15 a 30 qm großes Grundstück, welche durch einen 1 a 17 qm umfassenden Theil der alten Kramerstraße getrennt werden und bittet derselbe, ihm dieses Straßenterrain käuflich zu überlassen. Die städtische Bauverwaltung hat sich für die Abtretung des fraglichen Stückes an Bertram zum Preise von 5 M pro qm, mithin zum Gesamtbetrage von 585 M, ausgesprochen und giebt der Stadtmagistrat anheim, den Verkauf dieses Theiles der alten Kramerstraße zu dem angegebenen Preise zu genehmigen.

Die Finanz-Commission, für welche Herr Seele berichtet, schließt sich dem Antrage des Magistrats bis auf den Preis an, welchen dieselbe nicht für genügend

erachten kann. Die Commission ist von der Erwägung ausgegangen, daß durch die Zusammenlegung der beiden zur Zeit noch unzusammenhängenden Vertram'schen Grundstücke der Werth dieser Besitzung sich ganz bedeutend hebe und deshalb auch ein höherer Preis für die abzutretende Fläche bezahlt werden könne, zumal die städtische Verwaltung bei der Expropriation des Sattler'schen Grundstückes an der neuen Kramerstraße ebenfalls einen höheren Preis zu zahlen gehabt habe. Die Commission beantragt daher,

die Versammlung wolle beschließen, daß dem Bauunternehmer Vertram das fragliche Terrain zum Preise von 7,50 M pro qm, mithin für 1 a 17 qm zum Gesamtbetrage von 877,50 M käuflich überlassen werde.

Herr Bürgermeister Rittmeyer hält es für billig, den Preis von 5 M pro qm bestehen zu lassen, weil Vertram vor einigen Jahren bei der Abtretung einer Fläche an die Stadt auch nur diesen Preis erhalten, obgleich er zuerst 10 M gefordert habe. Außerdem habe Vertram erklärt, nicht bauen zu können, wenn er einen höheren Preis bezahlen solle.

Herr Wolff tritt diesen Bedenken entgegen, indem derselbe es nicht für unbillig halten kann, einen von der städtischen Verwaltung im Wege der Expropriation an der Kramerstraße selbst bezahlten Preis von 7,50 M zu fordern, umso mehr als durch den fraglichen Terraintreifen das Vertramsche Grundstück erst werthvoll werde und ohne denselben gar nicht zu verwerthen sei. Man müsse hier auch mit der allbekannten Thatsache rechnen, daß, wenn die Stadt zu Straßenzwecken Grund und Boden zu erwerben habe, stets ungeheure Preise gefordert werden, während bei der Veräußerung desselben Niemand etwas bezahlen wolle.

Der Antrag der Finanz-Commission wird darauf genehmigt.

XII. In Veranlassung eines auf dem Grundstücke der Wittve Lies am Gieseler *N* 1 auszuführenden Neubaues hat das Stadtbauamt zum Zwecke der Regulirung gedachter Straße sowohl, als namentlich auch der Südstraße auf Feststellung der Baulinie angetragen. Das Stadtbauamt wünscht den Eingang der Südstraße an der fraglichen Stelle 10,80 m breit zu haben, während der Magistrat mit Rücksicht auf die ganz bedeutenden Kosten eine Breite von 9 m für verhältnißmäßig und genügend erachtet, obwohl derselbe mit dem Stadtbauamte darin übereinstimmt, daß eine Verbreiterung der Südstraße mit Rücksicht auf den lebhaften Wagenverkehr dringend geboten erscheint.

Herr Rieß empfiehlt Namens der Baucommission, dem Antrage des Magistrats, die Breite der Südstraße an der betr. Stelle auf 9 m festzusetzen, zuzustimmen, weil die Breite von 10,80 m schließlich doch nur an dieser einen Stelle im Eingange der Südstraße zu ermöglichen sein würde, also der längste Traktus

der Straße über die Breite von 9 m nicht hinausgehe und hierin ein so großer Vortheil nicht erblickt werden könne. Für die Feststellung der Breite auf 9 m spreche dann noch ferner der Umstand, daß bei einer größeren Breite mindestens die ersten Bauplätze an dieser Straße werthlos werden würden und die Stadtverwaltung schließlich in die Lage kommen könne, diese Bauplätze selbst ankaufen zu müssen. In Rücksicht darauf habe die Baucommission beschlossen, der Versammlung vorzuschlagen,

die vom Stadtmagistrate in Aussicht genommene Verbreiterung der Südstraße auf 9 m gutheißen zu wollen.

Bei dieser Gelegenheit sei in der Baucommission zur Sprache gebracht worden, ob nicht die Landesregierung veranlaßt werden möchte, die Okerstrecke von der Gieselerbrücke bis zum Friedrich-Wilhelmsplatz mit einer Böschungsmauer zu versehen und das dadurch gewonnene Terrain von ca. 3¹/₂ m der Straße hinzuzufügen und dem allgemeinen Verkehr zu übergeben. Hierdurch werde dem Bedürfnisse der fraglichen Gegend genügt sein. Die Commission beantragt daher ferner an den Magistrat das Ersuchen zu richten, darauf hinwirken zu wollen, daß die fragliche Strecke (der „Kalen-Wall“) in den öffentlichen Verkehr gezogen werde.

Herr Wilke begrüßt den letzteren Antrag um so freudiger, als von ihm gelegentlich der Pflasterung des „Kalen-Walles“ ein gleicher Antrag eingebracht, damals aber seiner Erinnerung nach abgelehnt sei. Bezüglich der Feststellung der Baulinie für die Südstraßenecke bittet Redner, die Breite von 10,80 m selbst auf die Gefahr hin zu nehmen, daß die Stadt einige Bauplätze anzukaufen habe, denn gerade an der fraglichen Ecke passire fast täglich Unheil durch Zusammenfahren &c. Wenn auch schließlich die Südstraße in ihrer weiteren Ausdehnung nicht breiter gemacht werden könne, so sei durch Verbreiterung der Einfahrt in dieselbe doch schon außerordentlich viel gewonnen, weil die Fuhrwerke sich auf einer geraden Linie leichter auszubiegen vermögen, als an einer Ecke. Mit Rücksicht auf den ganz bedeutenden, täglich noch zunehmenden Verkehr der Südstraße, für welche schon jetzt die verbreiterte Gieselerbrücke zu schmal sei, dürfe man in der Bewilligung von Mitteln nicht zu ängstlich sein, da doch die Stadt auch für die Anlage der Ringstraße, für die Canalisation &c. so bedeutende Summen verausgabe und hier einem zwingenden Bedürfnisse abgeholfen werden solle.

Der Herr Referent erwidert darauf, daß diese Erwägungen auch der Baucommission nicht fern gelegen haben, dieselbe jedoch von einem entsprechenden Beschlusse zurückgekommen sei, weil es vorläufig nur in der Gewalt der städtischen Behörden liege, das eine Haus in die Weite von 10,80 m zu bringen, während die anderen Häuser möglicherweise noch lange stehen könnten und diese Baulinie dann nur auf dem Papiere existirte. Anders würden die Verhältnisse liegen, wenn

die Versammlung sich entschließen wollte, die übrigen Häuser anzukaufen. Die Commission sei ohne Ausnahme der Ansicht, daß die Südstraße für den starken Verkehr zu schmal sei, aber im Allgemeinen seien die sämtlichen Straßen Braunschweigs zu schmal und einen practischen Erfolg werde die Verbreiterung auf 10,80 m nicht haben.

Herr Reuter ist der Ansicht, daß der Südstraßen-Verkehr durch die Landeseisenbahn etwas entlastet sei. Außerdem könne aber auch, selbst wenn die Raismauer der großen Kosten wegen nicht ausgeführt werden solle, der Wagenverkehr auf dem „Kalen Walle“ in umfassenderem Maße freigegeben werden und es lasse sich eine größere Sicherheit dadurch erzielen, daß die Wagen in der einen Richtung die Südstraße, in der anderen Richtung dagegen den „Kalen Wall“ zu befahren haben, wodurch ein Begegnen der Wagen vermieden werde.

Herr Blasius befürwortet den Wilke'schen Antrag und bemerkt dann noch, daß die geringere Breite des übrigen Theiles der Südstraße um so weniger hierbei in Betracht komme, als der Verkehr sich an der Knochenhauerstraße theile.

Während Herr Wilke seinen Antrag nochmals empfiehlt, da derselbe schon deshalb ausführbar sein müsse, weil auch das Stadtbauamt dem Magistrate den gleichen Vorschlag gemacht habe und es nichts schade, wenn bei solchem Nothstande einmal einige alte Häuser expropriirt würden, tritt

Herr Natalis für den Commissionsantrag ein, der sich einmal des Kostenpunktes wegen und dann auch noch aus dem Grunde empfehle, weil durch die in Aussicht genommene Schaffung eines neuen Güterbahnhofes auf St. Leonhard sich der Verkehr mit dem jetzigen Güterschuppen bedeutend vermindern werde, wodurch auch eine Entlastung der Südstraße eintrete.

Herr Wilke erwiderte darauf, daß der jetzige Güterbahnhof für den Localverkehr immer noch bestehen bleiben werde, und daher eine wesentliche Entlastung desselben von den Kohlensendungen u. dgl. kaum zu erwarten sei.

Auf die Erklärung des Herrn Nieß, daß die Baucommission die Vorzüge der Verbreiterung der Südstraße allgemein anerkannt, zugleich aber auch die Ueberzeugung gewonnen habe, daß mit der Verbreiterung eines kleinen Theiles derselben unter Berücksichtigung des Kostenpunktes nicht viel genützt sei, entgegnete

Herr Blasius, daß sich alle Verbreiterungen von bestehenden Straßen nicht anders als von Fall zu Fall bewerkstelligen ließen und nur einmal ein Anfang gemacht werden müßte.

Herr Wilke reicht nunmehr einen Antrag in folgender, von Herrn Oberbürgermeister Pockels befürworteten Fassung ein:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, die Baulinie an dem Lies'schen Grundstücke nach dem Vorschlage des Stadtbauamts in der Weise festzusetzen, daß die Südstraße an der

fraglichen Stelle eine Breite von 10,80 m erhalte; sofern der Stadtmagistrat indessen nicht in der Lage ist, diesem Ersuchen zu entsprechen, erklärt sich die Versammlung mit einer Breite von 9 m einverstanden.

Bei der dann folgenden Abstimmung wird dieser Antrag (mit 13 Stimmen), sowie der zweite Antrag der Baucommission auf Freigabe des „Kalen-Walles“ für den gesammten Wagenverkehr von der Versammlung angenommen.

Herr Semler übernimmt wieder den Vorsitz.

XIII. berichtet Herr Sievers für die Finanz-Commission über die Magistratsvorlage, betr. die Verpachtung der städtischen Badeanstalt. Schon bei Genehmigung der Uebernahme dieser Anstalt seitens der Stadt sei zur Sprache gebracht, daß eine ordnungsmäßige Instandsetzung der Anstalt durchaus erforderlich erscheine und habe die Versammlung einer entsprechenden Vorlage entgegengesehen. Wahrscheinlich in Folge Arbeitsüberhäufung sei indessen von der städtischen Bauverwaltung ein Project noch nicht vorgelegt und könne an die Ausführung eines solchen auch wegen der vorgerückten Jahreszeit für das laufende Jahr nicht mehr gedacht werden.

Da nun einerseits größere Reparaturen auf der Badeanstalt nöthig sind, andererseits aber die Eröffnung der Badesaison nahe bevorsteht, so Masse sich für jezt nur eine provisorische Verpachtung der Badeanstalt auf ein Jahr vornehmen. Unter diesen Umständen falle es nicht auf, daß sich für die Erpachtung der Anstalt nur ein einziger Bewerber, nämlich der Schwimmlehrer der Freibadeanstalt Louis Sauerbier, gemeldet habe, welcher bereit sei, die Badeanstalt für diesen Sommer in der bisherigen Weise und unter gleichzeitiger Beaussichtigung der Freibadeanstalt fortzuführen. Die mit Sauerbier vereinbarten Bedingungen seien folgende:

- 1) Pächter zahlt 2100 M Pacht.
- 2) Derselbe verzichtet auf das Honorar von 540 M für die Freibadeanstalt.
- 3) Desgl. verzichtet Pächter auf die Benutzung des von Mylius erbauten Wohnhauses.
- 4) Pächter besorgt die erforderlichen Reparaturen (insbß. der Budendächer) gegen Zahlung einer Pauschalsumme von 100 M.

Dagegen verlangt Pächter Ueberlassung:

- 1) der neben dem Wohnhause belegenen, bislang zum Trocknen der Wäsche benutzten Wiesenfläche und
- 2) des kleinen zwischen beiden Badeanstalten belegenen Gartens.

Von dem auf der Badeanstalt vorhandenen, den Erben des Bademeisters Mylius gehörenden Inventare beantragt der Magistrat die Brücke, die große Bude auf der Bleicherwiese, die Werkstattbude, die beiden großen und 4 kleinen Röhne,

sowie die beiden kleinen Wassertonnen im Gesamtbetrage von 380 M anzukaufen, weil diese Stücke zum Betriebe der Anstalt erforderlich und die Preise auch von der städtischen Bauverwaltung als durchaus annehmbar bezeichnet seien. Die sonst erforderlichen Inventariestücke, insbesondere die Radewäsche, werde Pächter auf eigene Kosten zu beschaffen haben.

Wenn nun auch die Vorschläge des Magistrats, namentlich wegen des Provisoriums, in der Finanzcommission mancherlei Bedenken erregt haben und insbesondere hervorgehoben worden sei, daß die städtische Verwaltung schließlich eine gewisse moralische Verpflichtung übernehme, den in Aussicht genommenen Pächter auch für die folgenden Jahre mit der Leitung der Badeanstalt zu betrauen, obwohl noch nicht erwiesen sei, daß derselbe sich bewähre, so müsse doch andererseits auch bedacht werden, daß schließlich nur der eine Bewerber vorhanden und dieser mit den Einrichtungen der Anstalt durchaus vertraut sei. Was die pecuniäre Seite betreffe, so könne dieselbe nur als vortheilhaft bezeichnet werden, aus welchem Grunde die Finanz-Commission der Versammlung anheim giebt, den Anträgen des Magistrats, welche dahin gehen

- 1) die obenbezeichneten 380 M für die Beschaffung der nothwendigen Inventariestücke zu bewilligen und
- 2) zu genehmigen, daß dem Schwimmlehrer Louis Sauerbier die Civilbadeanstalt für das laufende Jahr unter den mitgetheilten Bedingungen pachtweise überlassen werde

zuzustimmen.

Herr Ramdohr kann die Bedenken der Commission wegen der Annahme Sauerbier's nicht theilen, weil man nach Verlauf des Jahres in der Lage sei, zu beurtheilen, ob demselben die Verwaltung der Badeanstalt auch für eine weitere Reihe von Jahren übertragen werden könne und man Rücksichten überhaupt nicht zu nehmen brauche. Redner bringt dann noch den Uebelstand zur Sprache, daß der Wassergrund auf der Badeanstalt, sowohl im Bassin, als auch in der Oker selbst derartig mit Schlamm behaftet sei, um bei dem Baden einer Anzahl Personen das Wasser sofort in eine unappetitliche Suppe zu verwandeln. Es möchte sich daher empfehlen, in den später bei der definitiven Verpachtung abzuschließenden Pachtvertrag die Bestimmung aufzunehmen, daß der Pächter verpflichtet sei, den Okergrund mindestens einmal jährlich auszubaggern; auch müsse demselben aufgegeben werden, die innerhalb des Wassers liegenden Leitern und Treppen einer öfteren Prüfung zu unterwerfen, damit die Badegäste nicht Gefahr laufen, sich durch hervorstehende Nägel und Splitter unter Umständen gefährliche Verletzungen zuzuziehen. Für das Abonnementgeld lasse sich in der That etwas mehr Bequemlichkeit und Reinlichkeit verlangen.

Herr Stadtrath Ketemeyer schreibt diese, allerdings vorhandenen Uebelstände dem früheren Pachtcontracte zu, wonach der Pächter neben der Zahlung einer bestimmten Pachtsumme die Verpflichtung gehabt habe, Alles im besten Zustande zu erhalten, wogegen er nicht berechtigt sei, bei seinem Abgange für die etwa gemachten Aufwendungen etwas zu verlangen. Nach der Ansicht des Magistrats müsse die Anstalt nach Schluß der bevorstehenden Badesaison gründlich und den Anforderungen der Jetztzeit entsprechend in den Stand gesetzt und sodann meistbietend verpachtet werden, dann könne auch ein gutes Pachtgeld erzielt werden. Zum Schluß empfiehlt Redner die unter den vorliegenden Umständen als günstig zu bezeichnende Magistratsvorlage zur Annahme.

Herr Günther ist der Meinung, daß es zweckmäßiger wäre, wenn demnächst die Stadt die Verwaltung der Badeanstalt selbst übernehme und einen Director hineinsetzte, weil dann den berechtigten Anforderungen der Badegäste viel eher genügt werden könne, obwohl allerdings der Gewinn aus der Anstalt ein geringerer sein würde. Wenn auch die Anstalt in einen guten Zustand gesetzt werde, so habe doch der Pächter für die Badewäsche zu sorgen und es sei fraglich, ob derselbe die für 500—700 Menschen nöthige Wäsche anschaffe. Das Provisorium lasse sich unter den vorliegenden Verhältnissen nicht umgehen, und er glaube auch, daß Sauerbier sich schon machen werde. Manche anderen Uebelstände seien noch zu beseitigen. Beispielsweise müsse das kleine Bassin vergrößert und die Einrichtung der Freibadeanstalt verbessert werden, auch erscheine es nothwendig, bei beiden Badeanstalten das Flußbett zu ändern, damit nicht die Schwimmer sich beim Kopfsprunge verletzen, wie das schon vorgekommen sei. Die Vorlage eines früher in Aussicht genommenen Regulativs, sowie die Verlegung des Badens möglichst in die Zeit vom 1. Mai bis zum 1. October seien ebenfalls Punkte, welche im Auge behalten werden müßten.

Herr Stadtrath Ketemeyer stellt für den Herbst eine entsprechende Vorlage, in welcher allen billigen Wünschen Rechnung getragen werden könne, in Aussicht, dagegen lasse sich für dieses Jahr nichts mehr erreichen, weil Sauerbier bei der Stellung erschwerender Bedingungen die Badeanstalt nicht provisorisch auf ein Jahr übernehmen werde. Das Badegeld bleibe z. B. unverändert.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herrn Krahe und Sievers wird die Verpachtung der Badeanstalt auf ein Jahr an den Schwimmlehrer Louis Sauerbier unter den oben mitgetheilten Bedingungen, dem Magistratsantrage gemäß, genehmigt.

Außerhalb der Tagesordnung berichtet sodann

XIV. Herr Reuter über einen Antrag des Magistrats, den mit dem Biegelei-Besitzer Franz Eduard Meyer am 7. d. Mts. wegen Anlegung einer

Straße im Hagenbruche notariell abgeschlossenen Contract zu genehmigen. Meyer beabsichtigt nämlich auf dem ihm zugehörigen Grundstücke einen von der Husarenstraße auf der Strecke zwischen Hagenstraße und Stadtpark nach Norden zu abzweigenden, vorläufig von der Husarenstraße bis zu dem Graben reichenden Straßentheil in der Breite von 14 m spätestens bis Ende 1889 vorschriftsmäßig anzulegen und hat um die Genehmigung zur Ausführung dieses Projectes ersucht. Da die projectirte Straße im Ortsbauplane vorgesehen, auch anzunehmen ist, daß dieselbe nach Herstellung des an ihrem Nordende vorgesehenen freien Platzes sehr bald bis zu diesem fortgeführt werden wird und die Bestimmungen des abgeschlossenen Contractes in jeder Beziehung den bisher abgeschlossenen derartigen Verträgen entsprechen, so empfiehlt die Baucommission

die Genehmigung des Vertrages auszusprechen,

umso mehr als der p. Meyer sich auch bereits verpflichtet hat, bei demnächstiger Fortführung der Straße in nördlicher Richtung bis an den schon erwähnten freien Platz die durch etwa nothwendig werdende Ueberbrückung des Grabens entstehenden Kosten gleichfalls zu tragen.

Die Versammlung erteilte darauf dem abgeschlossenen Vertrage ihre Zustimmung.

XV. Im Namen derselben Commission berichtet schließlich ebenfalls Herr Reuter über die Feststellung der Baulinie an der Fallersleberstraße für den von dem Sattlermeister Klauenberg, wohnhaft № 44 daselbst, beabsichtigten Neubau. Nach der Mittheilung des Magistrats hat das Stadtbauamt für dieses Grundstück eine Baulinie in Vorschlag gebracht, bei deren Ausführung an dem Hause des Kaufmanns Trampe ein Winkel entstehen würde, welcher, da das Trampe'sche und das daran grenzende Wechsung'sche Haus voraussichtlich noch eine sehr lange Reihe von Jahren stehen werden, für lange Zeit einen unschönen Anblick gewähren muß. Aus diesem Grunde beantragt der Magistrat eine anderweite Baulinie in der Weise zu genehmigen, daß dieselbe, von der jetzigen Baulinie des Zwilmeyer'schen Grundstückes ausgehend, eine gerade Linie bis an das Trampe'sche Haus bildet.

Die Baucommission kann sich den vom Magistrate vorgetragenen Gründen nicht verschließen und giebt anheim,

die von diesem vorgeschlagene Baulinie zu genehmigen. Der bei Annahme dieser Linie entstehende ganz unbedeutende Knick falle bei der Breite der Straße nicht sehr ins Gewicht und werde überhaupt von dem Uneingeweihten gar nicht bemerkt werden.

Die Versammlung beschließt dem Antrage der Baucommission gemäß.

Schließlich erhält das Wort

Herr Nieß, um die zu Beginn der Sitzung eingebrachten Anträge zu begründen. Derselbe bemerkt, daß es verschiedentlich wünschenswerth erschienen sei, bei Interpellationen eine Besprechung eintreten zu lassen und bittet, da der Antrag einer näheren Begründung wohl nicht bedürfe, denselben zu unterstützen.

Bezüglich des ferneren Antrages bittet Redner, ihm vorläufig eine nähere Auseinandersetzung zu erlassen, da er es für geboten halte, daß diese Angelegenheit erst in der Commission behandelt werde, ehe sie eine öffentliche Besprechung finde.

Beide Anträge werden sodann nach genügender Unterstützung der Statuten-Commission zur Vorberathung überwiesen.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wurde der Polizei-Sergeant Eduard Riemann von hier zum städtischen Executor gewählt.

Schluß 7¹/₂ Uhr.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 17. Mai 1888.

Öffentlich:

- I. Antrag des Stadtverordneten Nieß wegen Entwässerung des Centralfriedhofs.
- II. Verträge über Antauf der Grundfläche zum neuen Gaswerke.
- III. Erwerb einer Grundfläche an der Kreuzstraße.
- IV. Annahme des Assessors Hassel II als Hilfsarbeiter am Stadtmagistrate.
- V. Feststellung der vom Staate zu zahlenden Rente bei Uebernahme der Straßenreinigung seitens der Stadt.
- VI. Antauf von Rischbieter'schem Terrain zur Pflegehausstraße.
- VII. Erwerb von Kohlberg'schem Terrain zu der Verbindungsstraße zwischen der Elm- und Friedrichstraße.
- VIII. Erwerb von Theilgrundstücken zur Limbeckerstraße.
- IX. Abtretung von früherem Ofterterrain an den Kaufmann Holland.
- X. Erwerb eines Theilgrundstückes an der Marienstraße.
- XI. Leitung der Abwässer von Thiederhall durch städtisches Terrain.
- XII. Erwerb eines Theilgrundstückes an der Bertramstraße.
- XIII. Erwerb eines Theilgrundstückes an der Carlstraße.
- XIV. Umschreibung der Friedrichstraße auf die Stadt im Grundbuche.
- XV. Errichtung zweier Parallellassen.
- XVI. Sprachheilkursus für stotternde Kinder.
- XVII. Verbesserung der Beleuchtung am Steinwege und Ritterbrunnen.
- XVIII. Verschiedene Gesuche in Baujachen.
- XIX. Verlegung eines Grundstückes in die Gemeinde Lehdorf.
- XX. Vertrag mit dem Hof-Juwelier Siebrecht wegen seines Neubaus am Bohlwege.
- XXI. Rückzahlung der verauslagten Kosten für die Legung von Gas- und Wasserröhren an den Maurermeister Bewig.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

Wahl eines Mitgliedes der constituirenden Genossenschaftsversammlung der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, sowie eines Stellvertreters desselben.
Wahl der Mitglieder des Ausschusses zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen.

Vertraulich:

Erledigung von Steuer-Reclamationen in der Rekursinstanz.

Sitzung der Stadtverordneten.

Anstellung eines Bürgerichullehrers.

Erlaßgesuch von Abgaben zur Armen- und Wegebesseerungscasse.

Steuer-Reclamationen (Verzeichniß V pro 1887).

Entschuldigt die Herren Buchler, Lange und Schwarzenberg. Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Ketemeyer und Grote.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Vorsitzende, Herr Semler, zunächst ein von Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Albrecht eingegangenes, an den Stadtmagistrat und die Stadtverordneten der Residenzstadt Braunschweig gerichtetes Schreiben folgenden Inhalts:

„Der Stadtmagistrat und die Stadtverordneten der Residenzstadt Braunschweig haben Mich durch die Mir zu Meinem diesjährigen Geburtstage am 8. d. Mts. überreichte kunstvoll gearbeitete Adresse angenehm berührt. Beiden Körperschaften statte Ich daher für die Mir in der Adresse dargebrachten warmen Glückwünsche und für die darin ausgesprochenen Gesinnungen unverbrüchlicher Treue und Anhänglichkeit hiermit gern Meinen aufrichtigsten Dank ab, indem ich zugleich die aufrichtigsten Wünsche für das Gedeihen der unter der Leitung der städtischen Behörden in kräftigem Aufschwunge begriffenen Residenzstadt hege.

Schloß Blankenburg, den 13. Mai 1888.

(gez.) Albrecht, Prinz von Preußen.“

Die Versammlung hörte die Verlesung stehend an.

Darauf wurde das Protokoll der letzten Sitzung genehmigt, nachdem auf Wunsch des Herrn Wille das Wort „Baupläze“ in „alte Häuser“ auf Seite 66 Zeile 23 v. o. geändert war.

In die Tagesordnung eintretend, nimmt zunächst

I. Herr Nieß das Wort, um seinen Antrag mit folgender Begründung zurückzuziehen. In der zur Berathung dieses Antrages stattgehabten Sitzung der

vereinigten Statuten- und Baucommission seien vom Stadtmagistrate zwei Gutachten von der Friedhofs- und der städtischen Bauverwaltung vorgelegt, durch welche festgestellt werde, daß sich allerdings auf einem Theile des Friedhofs bei Begräbnissen einige Mengen Wasser in den Gruben gezeigt haben, daß diese indessen nur localen Ursprungs und durch die außergewöhnlichen Schnee- und Wasserverhältnisse des letzten Winters hervorgerufen seien. Grundwasser als solches finde sich dagegen in derjenigen Tiefe des Friedhofes, in welcher die Gräber angelegt werden, nicht vor, es handle sich vielmehr nur um Tageswasser, welches eine feine, den Boden in wechselnder Tiefe durchziehende Thonschicht nicht habe durchsickern lassen. Aus diesem Grunde liege aber zu einer Entwässerung des Central-Friedhofs in dem vom Redner angenommenen Sinne keine Veranlassung vor.

II. Durch Beschluß der Versammlung vom 28. April v. Js. wurde der Magistrat ermächtigt, im Einverständnisse mit der Finanz-Commission einen etwa 2 ha umfassenden, zur Errichtung einer Gasanstalt geeigneten Complex von Grundstücken im Norden der Stadt anzukaufen. Mit Zustimmung der bezeichneten Commission hat der Magistrat an der Todtentwete und der Taubenstraße von dem Gärtner Preuße, dem Hospital St. Thomae und dem combinirten Convent vier Grundstücke in einer Gesammtausdehnung von 2 ha 67,08 a zum Preise von 8000 M pro 25 a unter den üblichen Bedingungen angekauft und ersucht nun um die Genehmigung der mit diesen Eigenthümern abgeschlossenen Verträge. Während Preuße auf eine Entschädigung für Gail und Gare verzichtet, hat andererseits die Stadt sich mit den Pächtern der übrigen Grundstücke noch abzufinden.

Im Auftrage der Finanz-Commission beantragt Herr Wolff, die Genehmigung zum Abschlusse der Verträge, bezw. zum Ankaufe der betreffenden Grundstücke auszusprechen, da die Verträge zu Bedenken keinen Anlaß geben,

welchem Antrage die Versammlung entspricht.

III. Dem Tischlermeister Brecht hieselbst ist seitens der städtischen Behörden die Errichtung eines Wohnhauses an dem nicht befestigten Theile der Kreuzstraße unter der Bedingung gestattet, daß derselbe zur Sicherstellung der Kosten für die Verbreiterung und Instandsetzung des betreffenden Theiles der gedachten Straße Caution bestellte. Zu dem Ende haben Brecht und dessen Ehefrau neben Bestellung einer Caution für die Wegebaustkosten im Betrage von 1080 M noch denjenigen 2,27 a haltenden Theil ihres dortigen Grundstückes, welcher zur Verbreiterung der Kreuzstraße erforderlich ist, unentgeltlich an die Stadtgemeinde abgetreten.

Der Stadtmagistrat beantragt, die Genehmigung des dieserhalb abgeschlossenen Vertrages auszusprechen

und beschließt die Versammlung, nach Befürwortung der Statuten-Commission durch Herrn Krahe, dem Antrage gemäß.

IV. Nachdem der Gerichts-Assessor Glinde mann aus seiner Stellung als Hilfsarbeiter des Magistrats am 1. v. Mts. in Folge seiner Zurückberufung in den Justizdienst ausgeschieden ist, hat der Magistrat, welcher zur Bewältigung seiner Amtsgeschäfte einer rechtskundigen Hilfskraft einstweilen noch nicht entbehren kann, mit dem Gerichts-Assessor Hassel II. in Helmstedt wegen Eintritts in solche Hilfsstelle Verhandlungen angeknüpft. Derselbe ist bereit, gegen Gewährung einer Remuneration zum Jahresbetrage von vorläufig 2000 M und unter Vorbehalt einer beiden Theilen zustehenden einmonatigen Aufkündigung, bei dem Magistrate einzutreten, nachdem ihm bereits Urlaub auf vorläufig sechs Monate ertheilt worden ist.

Dem Antrage des Magistrats auf Bewilligung der fraglichen Remuneration zunächst für die Dauer des laufenden Jahres schließt sich Herr Lüderßen namens der Statutencommission an,

worauf die Versammlung diesen Antrag zum Beschlusse erhebt.

V. Nach Vereinbarung der Grundzüge einer Neuordnung des hiesigen Straßenreinigungswesens zwischen Magistrat und Versammlung wurde auf eine bezügliche Anfrage des Magistrats von dem Herzoglichen Staatsministerium die Erklärung abgegeben, daß dasselbe nicht abgeneigt sei, in weitere Erwägung zu ziehen, ob die Stadt für den event. Fortfall der dem Staate obliegenden Reinigungspflicht durch Gewährung einer festen Geldrente zu entschädigen sei. Darauf haben zwischen der von Herzogl. Staatsministerium hierzu beauftragten Herzogl. Baudirection und dem Stadtmagistrate Verhandlungen über diesen Punkt stattgefunden, aus denen Folgendes hervorzuhellen ist.

Der gegenwärtige Aufwand des Staates für die demselben obliegende Reinigungspflicht ist von dem Magistrate auf insgesamt 13065,48 M berechnet worden, während die Herzogl. Baudirection diesen Aufwand zu 13523,21 M ermittelt hat. Letzterer Betrag wird nach der Erklärung dieser Behörde wegen der Reinigungskosten der im Gebiete des allgemeinen Pflasterungsfonds noch herzurichtenden 237 Goffen-canäle um 445,00 M zu erhöhen sein, während derselbe um 425,00 M, welche Summe der Staat bisher ohne Verpflichtung zu den Kosten der Abfuhr des Haus-schmutzes aus der Außenstadt beigetragen hat, wieder zu kürzen ist. Hiernach würde der Gesamtaufwand des Staates 13543,21 M betragen. Wenn man der magistratsseitig auf 13065,48 M ermittelten Gesamtheit des Reinigungsaufwandes des Staates den seitens der Herzogl. Baudirection mit 445,00 M angesetzten Posten für die Reinigung der demnächstigen Goffen-canäle hinzurechnet, so ergibt sich der

mit der vorstehenden Summe von 13543,21 M. nahezu übereinstimmende Betrag von 13510,48 M. Die Herzogliche Baudirection hat nun aber bei Festsetzung der Summe noch geltend gemacht, daß, da die Stadtgemeinde den Hausbesitzern die denselben obliegende Reinigungspflicht ohne Entschädigung abnehmen wolle, auch dem Staate die diesem bezüglich seines Privatbesitzes obliegende Reinigungspflicht ohne Entschädigung abgenommen werden und danach der diesbezügliche zu 1066,98 M. ermittelte Betrag in Abzug gebracht werden müsse. Wenn diese Ansicht verwirklicht werden sollte, so liegt darin nach der Meinung des Magistrats eine Bevorzugung, nicht aber eine Gleichstellung der staatlichen Gebäude gegen die Privathäuser, bezw. eine Belastung der Steuerkraft der hiesigen Einwohner zu Gunsten des Fiskus insofern, als die Kosten der Straßenreinigung bei deren Uebernahme auf die Stadt durch die Communalsteuer zu decken sein werden, zu welcher, da diese nach dem Verhältnisse des Einkommens aufgebracht wird, der Staat als Grundbesitzer nicht beiträgt. Dagegen wird natürlich der fiskalische Grundbesitz nach erfolgter Ablösung der auf demselben ruhenden Reinigungslast, von der Leistung eines Beitrages zu den Reinigungskosten in dem Falle befreit bleiben, daß später einmal entweder ein Theil des Gesamtbedarfs der Stadtcasse durch eine Grundsteuer herbeigeschafft werden sollte, oder aber die Stadt von den Hausbesitzern für die stadtseitige Uebernahme der Reinigungspflicht eine Rente fordern würde. Die Herzogliche Baudirection ist gleichwohl auf ihrem vermeintlichen Rechtsstandpunkte, freilich mit der Erklärung stehen geblieben, daß Billigkeitsrücksichten dafür sprechen möchten, die Stadt für Abnahme dieses Theils der Reinigungsausgaben wenigstens zu einem Theile zu entschädigen. Ferner hat die Herzogliche Baudirection hervor- gehoben, daß, wenn auch die Kosten der Straßenreinigung durch deren öftere Wieder- holung und durch ihre Vornahme zur Nachtzeit sich erhöhen würden, diese Steigerung gleichwohl durch die bei Einführung von Maschinenarbeit zu erzielende Ersparniß wieder werde ausgeglichen werden. Der Magistrat vermag diese Ansicht der Herzogl. Baudirection nicht zu theilen, weil dieselbe außer Acht gelassen zu haben scheint, daß Reinigungsmaschinen nur auf breiten und gut gepflasterten Straßen verwendet werden können, die Arbeitslöhne aber und die Kosten der Pferdehaltung eine steigende Tendenz haben, weil ferner auch nicht außer Berücksichtigung bleiben darf, daß bei fortschreitender Entwicklung des Verkehrs die regelmäßige Reinigung des Straßenkörpers unzweifelhaft noch häufiger als jetzt geplant ist und auch die Be- seitigung von Schnee und Eis noch rascher und vollständiger als bisher wird erfolgen müssen, vor Allem aber, daß bei Uebernahme des gesamten Straßen- reinigungswezens seitens der Stadtgemeinde der Staat in die Lage gebracht wird, die zahlreichen Polizeikräfte, welche derselbe gegenwärtig auf die Handhabung und Controle der Straßenreinigung verwenden muß, zu ersparen bezw. zu anderen Zwecken verwendbar zu machen.

Der Magistrat giebt anheim, im Verfolg der mit der Herzogl. Baudirection gepflogenen bezüglichlichen Verhandlungen nunmehr den Betrag der Geldrente, welche die Stadt für Uebernahme der dem Staate obliegenden Reinigungspflicht fordern solle, in Eins festzustellen und eine Rente von jährlich 13500 M zu beanspruchen.

Herr Reuter empfiehlt im Auftrage der Statuten-Commission, sich mit dem Antrage des Magistrats einverstanden zu erklären, damit dieser sodann auf solcher Grundlage mit dem Herzoglichen Staatsministerium in weitere Verhandlung treten und namentlich auch seine, von der Statuten-Commission getheilte Ansicht wegen Freigabe der Reinigung der Flächen vor den fiscalischen Gebäuden geltend machen könne. Durch den Verzicht der Stadt auf den Beitrag zu den Kosten der Kehrichtabfuhr vor den Thoren solle indessen ein Präjudiz nicht geschaffen werden.

Nachdem noch Herr Oberbürgermeister Pockels auf bezüglichliche Anfragen der Herren Wilke und Rieke erklärt hatte, daß durch das vorliegende Abkommen an der Pflicht des Staates zur Reinigung und Erhaltung der Heerstraßen nichts geändert werde und daß nach endgiltiger Regelung der Verhandlungen mit dem Herzoglichen Staatsministerium die Versammlung noch eine Vorlage zu erwarten habe, wurde das Abkommen mit dem Herzoglichen Staatsministerium nach dem Magistratsantrage genehmigt.

Hierauf machte der Herr Vorsitzende der Versammlung Mittheilung von einem an den Stadtmagistrat gerichteten Schreiben der Herzoglichen Landes-Deconomie-Commission, nach welchem die Entschädigung für die von dem Bäsecke'schen Grundstücke an der Ecke der Sonnenstraße und des Martinikirchhofes im Wege der Expropriation abgenommene Fläche von 85 qm einschließlich der Werthverminderung des Restgrundstückes auf 31400 M und ferner für die in der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. October 1887 entgangene Nutzung des Hauses durch Vermietung auf 5075 M, mithin die Gesamt-Entschädigung auf 36475 M festgesetzt sei.

In den Verhandlungen fortfahrend, berichtet

VI. Herr Rieß für die Baucommission über den Ankauf einer Fläche von dem Rischbieter'schen Grundstücke zur Regulirung der Pflegehausstraße, über welche Angelegenheit die Versammlung schon einmal am 1. März d. Js. (Seite 26 des Protokoll's) Beschluß gefaßt hat. Bei dem endgiltigen Abschlusse eines entsprechenden Vertrages mit dem Kunstgärtner Rischbieter habe Letzterer im Gegensaße zu der früher getroffenen Uebereinkunft erklärt, daß er nur dann in eine freiwillige Abtretung von Terrain seines Grundstückes willigen könne, wenn, unter Annahme einer neuen Grenzlinie, ihm nicht eine 33 qm, sondern eine 44 qm haltende Fläche seines Grundstückes zum Preise von 8 M pro qm abgenommen und ihm auf der betreffenden Strecke eine neue Einfriedigung stadtsseitig errichtet werde.

Da die neue Grenzlinie auch im Interesse der Stadt günstiger, als die früher beschlossene sei, so beantrage er namens der Baucommission, den seitens des Magistrats mit Rischbieter abgeschlossenen anderweiten Vertrag zu genehmigen und eine Summe von 352 M für die abzutretende Fläche, sowie die auf 100 M veranschlagten Kosten der neuen Einfriedigung des gedachten Grundstückes zu bewilligen,

welchem Antrage sich die Versammlung anschließt.

VII. Der Bauunternehmer Ernst Kohlberg beabsichtigt auf seinem an der Ecke der Friedrichstraße und der zwischen dieser und der Elmstraße projektirten Verbindungsstraße belegenen Grundstücke drei Wohnhäuser zu errichten und hat deshalb neben Bestellung der erforderlichen Sicherheit wegen der Straßenbaukosten auch diejenige 2,58 a haltende Fläche seines gedachten Grundstücks, welche demnächst zur Herrichtung der fraglichen Verbindungsstraße erforderlich wird, unentgeltlich und unter Vereinbarung der sonst üblichen Bedingungen an die Stadtgemeinde abgetreten.

Der Stadtmagistrat ersucht um Genehmigung des dieserhalb abgeschlossenen Vertrages und beschließt die Versammlung auf Antrag der Baucommission, für welche Herr Bültemann berichtet,

auch demgemäß.

VIII. Zum Zwecke der Herstellung des nördlichen Theiles der Limbeckerstraße und des mittleren Theiles der Biewegstraße bedarf es des stadtseitigen Erwerbs zahlreicher, zum Theil nicht unerheblicher Flächen der angrenzenden Grundstücke. Während ein Theil derselben bereits früher durch die Stadt erworben worden ist, soll nunmehr auch zum Erwerb derjenigen Flächen geschritten werden, welche zur Herrichtung der in diesem Jahre auszubauenden Strecken jener Straßen noch erforderlich sind. Zu diesem Zwecke sind in den Etat für das laufende Jahr bereits 17000 M eingestellt. Die mit den betreffenden Anliegern eingeleiteten bezüglichlichen Verhandlungen haben nun zu dem Resultate geführt, daß die Anlieger sich durchweg mit einer Entschädigung von 6 M pro qm einverstanden erklärt haben, nur dem Polizei-Wachtmeister Schilling sind für das von seinem an der Biewegstraße *Ass.* 4977 belegenen Grundstücke abzutretende Terrain auf die Empfehlung der städtischen Bauverwaltung 8 M pro qm zugebilligt. Die Anlieger Zimmer und Krämer haben dagegen eine Entschädigung für die von ihnen abzutretenden Flächen nicht beansprucht. Bezüglich der den anliegenden Grundstücken von Reising, Zimmer und Michel anzuschneidenden Flächen des alten Straßenterrains haben sich die Eigenthümer zu einem entsprechenden Austausch verstanden. Ueber den Erwerb der in Frage stehenden Flächen ist unter dem 5. d. Mts. ein notarieller Vertrag

abgeschlossen worden. Dabei ist noch zu bemerken, daß der Maurermeister Koloff in diesem Vertrage die Abtretung des von seinem Grundstücke der Biewegstraße zuzulegenden Terrains davon abhängig gemacht hat, daß diese auch auf der Strecke von der Limbeker- bis zur Klausenstraße noch im laufenden Jahre ausgebaut wird. Dieser Bedingung kann um so leichter entsprochen werden, als der Magistrat die Absicht hegt, der Versammlung noch im laufenden Jahre eine diesen Straßenbau betreffende Vorlage zugehen zu lassen. Voraussichtlich wird sich dieselbe indessen auch auf den ordnungsmäßigen Ausbau des westlichen Theiles der Biewegstraße erstrecken.

Die Finanz-Commission, für welche Herr Seele berichtet, empfiehlt die Annahme des oben bezeichneten notariellen Vertrages vom 5. d. M., weil derselbe zu keinerlei Bedenken Veranlassung gegeben habe. Der höhere Kaufpreis des Schilling'schen Terrains sei schon deshalb für angemessen erachtet worden, weil dasselbe von sämmtlichen in Frage kommenden Grundstücken der Stadt am nächsten liege und aus gutem Spargelland bestehe, außerdem aber auch das ganze Besitztum Schilling's durch Anlegung der Straße in zwei Theile getrennt werde.

Die Versammlung spricht ohne Debatte die Genehmigung des Vertrages aus.

IX. Von dem durch die Kanalisation des Okergrabens zwischen der Stecherstraße und der Hagenbrücke gewonnenen Lande, welches den Anliegern überlassen wird, sobald sich diese bereit erklären, die entstandenen Kosten zu tragen, hat nur der Kaufmann Holland den ihm unter solcher Bedingung zufallenden Theil übernommen, wogegen der dort übrig gebliebene Theil solchen Landes an die Stadtgemeinde verlassen ist. Nachträglich hat sich Holland bereit erklärt, auch noch das übrige, dort gewonnene Terrain käuflich zu erwerben und ist mit demselben hierüber bereits ein notarieller Vertrag abgeschlossen worden, welcher indessen auch noch der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums unterliegt. Holland bezahlt hiernach für das 1 a 12 qm haltende bezügliche Terrain einen Preis von 750 M und zwar unter der Bedingung, daß er dasselbe auf seine Kosten nach der Stecherstraße zu durch eine massive Mauer und nach dem vormaligen, zwischen dem Warnecke'schen und dem Wankelius'schen Hause belegenen Wassergange zu durch eine hölzerne Plank einfriedigen, sowie zur Ableitung der Tagewässer eine offene gepflasterte Rinne herrichten läßt. Bei voller Erstattung der aufgewandten Kosten würde Holland 13,70 M pro qm, mithin 1534 M 40 S zu entrichten gehabt haben. Mit Rücksicht darauf, daß demselben die Herrichtung der eben erwähnten Mauer und Plank, sowie die Pflasterung der Fläche auferlegt ist, welche Kosten zu 425 M veranschlagt worden sind und daß außerdem die Stadt das fragliche Terrain in keiner Weise benutzen kann, derselben dagegen eine lästige und nur mit Schwierigkeiten verbundene Ueberwachung des Terrains gegen Eingriffe der Anlieger

aufgelegt wird, ersucht der Magistrat, den mit Holland am 11. v. Mts. abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen. Nach dem letzteren sind Holland auch noch folgende Servitute aufgelegt worden: 1) zu Gunsten des Wanzeliuschen, Scholkmeyerschen und Seydlitzschen Hauses die Verpflichtung zur Aufnahme des hier abfließenden Tageswassers und 2) zu Gunsten der Häuser von Warnecke, Wanzelius, Scholkmeyer, Wegmann, Allerdist und Seydlitz auf dem gekauften Terrain keine Gebäude zu errichten, oder sonstige Vorkehrungen zu treffen, durch welche den in den fraglichen Häusern befindlichen Fenstern Luft und Licht entzogen wird.

Die Statuten-Commission, für welche Herr Heymann berichtet, hat gegen den Vertrag durchaus keine Bedenken und hält auch namentlich die Gründe des Magistrats bezüglich des Preises für vollkommen zutreffend, sie möchte aber noch befürworten, daß Holland die fernere Servitut auflegt würde, auch für die Zukunft den von der Stadt hergerichteten unterirdischen Kanal, welcher zur Aufnahme der Abwässer von den anliegenden Grundstücken bestimmt ist und sich unter dem Hollandschen Terrain durchzieht, auf seinem Grundstücke zu dulden, damit durch Aufnahme solcher Bedingung allen möglichen Unannehmlichkeiten vorgebeugt werde. Die Commission beantragt daher, unter Genehmigung des Vertrages, auch diese Servitut auf das Hollandsche Grundstück eintragen zu lassen. Zugleich wurde von dem Herrn Berichterstatter noch hervorgehoben, daß sowohl der Magistrat, als auch Holland selbst keine Bedenken gegen die Aufnahme dieser Servitut haben.

Die Anfrage des Herrn Rieke, ob Holland auch verpflichtet sei, den in dem vormaligen Wassergange hergerichteten Canal, welcher schadhaft sei, im Stande zu erhalten, wird von Herrn Bürgermeister Rittmeyer dahin beantwortet, daß die dem p. Holland aufzuerlegende Servitut sich nur darauf beschränke, den fraglichen Canal in dem angekauften Terrain zu dulden und Reparaturen an demselben zu gestatten, worauf die Versammlung den mit Holland abgeschlossenen Vertrag unter Hinzufügung der beantragten Servitut genehmigte.

X. Der Zimmermann Karl Kühn hat von seinem an der Marienstraße belegenen Grundstücke eine 2 a 9 qm haltende, zur Herrichtung dieser Straße erforderliche Fläche an die hiesige Stadtgemeinde unentgeltlich abgetreten, nachdem ihm die Errichtung eines Wohnhauses dortselbst gestattet worden ist. Unter Vorlage des mit Kühn dieserhalb abgeschlossenen Vertrages vom 21. v. Mts. ersucht der Magistrat um Genehmigung desselben.

Die Baucommission empfiehlt durch Herrn Bültemann diesem Antrage zuzustimmen und beschließt die Versammlung dementsprechend.

XI. Gegen das in der Sitzung vom 30. December v. Js. verhandelte Projekt der Gewerkschaft Thiederhall, nach welchem dieselbe behufs Ableitung ihrer Abwässer ein eisernes Rohr in die Frankfurter-, Louise-, Julius- und Goslarsche Straße

zu legen beabsichtigte, sind f. B. verschiedene Bedenken geltend gemacht und ist deshalb die Vorlage damals zur Prüfung dieser Bedenken an den Magistrat zurückverwiesen worden. Diese Prüfung hat nunmehr stattgefunden und zwar durch den Ober-Ingenieur Mitgau, welcher sich dahin ausgesprochen hat, daß er die Anlage der projektirten Leitung unter den vom Magistrate in Aussicht genommenen Bedingungen für bedenklich nicht erachten könne. Inzwischen hat sich die Sachlage aber insofern geändert, als die Gewerkschaft Thiederhall das frühere Project aufgegeben und nun die Genehmigung dazu nachgesucht hat, das fragliche Abzugsrohr auf der unteren Strecke nicht durch die Stadt zu führen, sondern in den Körper der Landeseisenbahn zu verlegen und zwar von dem Punkte an, wo die Frankfurterstraße von dem nach dem Staatsbahnhofe führenden Verbindungsgleise der Landeseisenbahn überschritten wird und dasselbe da in die Oker einmünden zu lassen, wo letztere von der Landeseisenbahn gekreuzt wird. Zu dieser Anlage ist die Genehmigung der städtischen Behörden insofern erforderlich, als das Abzugsrohr verschiedene städtische Straßen durchschneiden muß, deren rechtliche Natur auch in denjenigen Flächen, welche jetzt Theile des Bahnkörpers bilden, durch den Umstand, daß ihre Benutzung zur Anlage der Landeseisenbahn gestattet werden mußte, eine Aenderung nicht erfahren hat.

Der Stadtmagistrat giebt anheim, diese Genehmigung unter den früheren Bedingungen, soweit solche überhaupt noch zutreffen, zu ertheilen, wenn die Gewerkschaft Thiederhall sich außerdem noch dazu verstehen will, das Abzugsrohr innerhalb der städtischen Straßen, als: Broikemerweg, Madamenweg, Kreuzstraße, Hilbesheimer- und Roßstraße, sowie des in nächster Zeit auszubauenden Wolfstamper und der etwa noch anzulegenden neuen, das Abzugsrohr durchkreuzenden Ortsstraßen mit einem Schutzrohre zu umgeben. Soweit aus bahnpolizeilichen Rücksichten, insbesondere zur Verhütung bezw. Einschränkung der für die Eisenbahn sich aus etwaigen Rohrbrüchen ergebenden Nachtheile und Gefahren in der Rohrleitung Abschlüsse hergestellt werden würden, erscheint es unbedenklich und dürfte sich sogar im Interesse der nöthigen Kontrolle empfehlen, die oberhalb solcher Abschlüsse zeitweilig — während der erforderlichen Reparaturarbeiten — abfließenden Abwässer in die offenen Gräben zu leiten.

Herr Heymann giebt im Namen der Finanz-Commission anheim, die Magistratsvorlage nunmehr zu genehmigen, da die früher geäußerten Bedenken durch die Veränderung der Sachlage bezw. die Anlegung von Schutzrohren als beseitigt angesehen werden dürften und außerdem auch die Staatsbehörden sich mit dem neuen Projekte im Allgemeinen bereits einverstanden erklärt haben.

Nachdem der Herr Vorsitzende bemerkt hatte, daß auch Herr Lange, welcher ein Gegner des ersten Projectes gewesen sei, sich für das vorliegende Projekt ausgesprochen habe, trat die Versammlung in eine Besprechung der Vorlage ein.

Zunächst äußerte Herr Reiche, daß er es für schädlich halte, die Abwässer ungereinigt in die Oker zu lassen, weil bei Ueberschwemmungen das Kali den Wiesen-Grund verderbe. Mit Rücksicht auf die große Schädlichkeit dieser Abwässer seien in dem vor der Herzogl. Kreis-Direction hieselbst anberaumt gewesenen Termine die ganzen interessirten Ortschaften bis Celle hinauf und die Stadt Celle selbst vertreten gewesen, um gegen die Verunreinigung des Okerbettes durch die Abwässer von Thiederhall zu protestiren.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwiderte darauf, daß die Herzogliche Kreis-Direction ihre Genehmigung zur Einführung der ungereinigten Wässer in die Oker ertheilt habe und den städtischen Behörden ein Widerspruch gegen diese Maßregel nicht mehr zustehe.

Auf eine Anfrage des Herrn Blasius, ob bei Reparaturen an der Rohrleitung die Abwässer thatsächlich in die offenen Gräben der Feldmarken fließen sollen,

entgegnete Herr Stadtrath Ketemeyer, daß zur Vermeidung einer Gefährdung des Bahndammes an mehreren Stellen der Leitung Abschlüsse in Aussicht genommen seien, um bei dem Schadhastwerden eines Rohres die Leitung schnell abschließen zu können. Thiederhall habe beabsichtigt, in solchem Falle die Abwässer während der Zeit einer meistens nur wenige Stunden dauernden Reparatur in den städtischen Canal zu leiten, doch halte es der Magistrat im Interesse der Controle für zweckmäßiger, den Ablauf oberhalb anzubringen, damit stets festgestellt werden könne, wie lange die Abwässer ihrer Leitung entzogen werden. Im Uebrigen sei von dem Sachverständigen erklärt worden, daß die Abwässer gar nicht so gefährlich seien, sondern daß dieselben den Boden desinfectiren.

Herr Blasius hätte es für richtiger gehalten, wenn die Abwässer in solchem Falle dem Canale zugeführt würden, da sich die Anwohner der von der Rohrleitung berührten Straßen bedanken werden, den Zufluß, wenn auch nur für Stunden, in den offenen Gräben zu haben und da es außerdem auch möglich sein müsse, die Zuflüsse zu dem Canale zu reguliren.

Herr Reuter hält es dagegen für zweckmäßig, wenn der Hauptabstellhahn an der Leitung oberhalb zu liegen kommt, damit jeden Augenblick kontrolirt werden könne, ob der Schieberhahn offen, oder geschlossen sei. Bei unterirdischer Anlage desselben komme sehr leicht der Fall vor, daß es verjäumt werde, den Hahn zu schließen und es laufen dann die Abwässer längere Zeit in den Canal, ohne daß solches bemerkt werde. Der Umstand, daß die Wässer ungereinigt der Oker zugeführt werden, schließe keine Bedenken für die Stadt in sich, weil das Wasserwerk nicht in Betracht komme, sondern die Zuführung unterhalb desselben vor sich gehe. Da nun ferner an Stelle der früher in Aussicht genommenen Thonröhren jetzt eiserne Röhren, bei welchen Brüche sehr selten vorkommen, getreten seien, so scheine ihm

der magistratsseitig in Vorschlag gebrachte Ausweg bezüglich der Ableitung bei Reparaturen am zweckmäßigsten zu sein.

Herr Reiche spricht sich gegen die Leitung der ungereinigten Abwässer in die Oker aus, weil Thiederhall ebensogut wie jede Fabrik veranlaßt werden könne, Klärbassin anzulegen, in welchem Falle die Abwässer sogar ohne Anlage dieser großen Leitung in der Nähe von Thiederhall der Oker zugeführt werden könnten.

Herr Wille kann sich von dem projectirten Schutzrohre nicht viel versprechen, weil dasselbe immer zuerst brechen und dann das andere Rohr in Mitleiden- schaft ziehen werde; ihm erscheine es daher sachdienlicher, wenn die Bestimmung wegen des Schutzrohres gestrichen und dafür gesagt werde, daß an den betr. Stellen schmiedeeiserne Röhren zu legen seien.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwiderte zunächst Herrn Reiche, daß die Gewerkschaft Thiederhall ihre Abwässer gern oberhalb der Stadt habe in die Oker leiten wollen, daß aber der Magistrat im Interesse des städtischen Wasserwerkes hiergegen Einspruch erhoben habe; außerdem sei bezüglich des jetzt projectirten Aus- flußpunktes noch die Bestimmung getroffen, daß derselbe auf Verlangen des Magistrats weiter nach Norden verlegt werden müsse, sobald die dortige Gegend bebaut werde. Zu den Aeußerungen des Herrn Wille bemerkte Redner, daß die Anbringung von Schutzrohren erst dann auferlegt sei, nachdem das Herzogliche Eisenbahn-Commissariat in gleicher Weise Bestimmung getroffen habe bezüglich der- jenigen Trakte, welche die Bahngleise durchkreuzen. Im Uebrigen habe sich, wie Redner noch auf eine Frage des Herrn Blasius bemerkte, der Magistrat das Recht vorbehalten, die Abwässer in die städtischen Canäle leiten zu lassen und sei selbstverständlich die Gewerkschaft damit auch einverstanden, jedoch müßten vor allen Dingen überhaupt erst Canäle vorhanden sein. Eine Verpflichtung des Magi- strats liege indessen nicht vor.

Herr Nieß hält im Allgemeinen die Verlegung des Rohrs in den Eisenbahn- damm im Interesse der Stadt nicht für bedenklich, jedoch erscheint es ihm noth- wendig, noch eine Bestimmung zu treffen, nach welcher die Genehmigung nur wi d e r r u f l i c h gegeben werde, damit bei eintretenden Unbequemlichkeiten Aenderungen getroffen werden könnten. Die Aengstlichkeit vor der Genehmigung dieser Vorlage beruhe allein darauf, daß die Versammlung sich der Bürgerschaft gegenüber eine Verantwortung auferlege, deren Tragweite sich jetzt noch nicht ermessen lasse. Wenn übrigens Thiederhall sich in irgend welcher Form städtisches Gebiet nutzbar mache, so sei es wohl angebracht, daß dasselbe dafür eine entsprechende Entschädigung zahle, denn bisher sei es üblich gewesen, daß für die Benutzung von städtischem Grund und Boden eine Gebühr entrichtet würde.

Herr Heymann erwiderte darauf, daß eine solche Entschädigung nicht vorgesehen sei und die Stadt nach den Vertragsbestimmungen nur dann das Recht des Widerrufs der Anlage habe, wenn die Gewerkschaft denselben nicht nachkomme.

Herr Wilke stellte sodann den Antrag, die Vertragsbestimmungen an bezüglicher Stelle dahin zu ergänzen, daß die Rohre an den Straßentrennungen entweder mit einem Schutzrohre zu umgeben, oder aber statt dieser doppelten Rohrlegung schmiedeeiserne Rohre an den betreffenden Stellen anzubringen seien.

Herr Nieß beantragt dagegen, in den Vertrag noch die fernere Bestimmung aufzunehmen, daß der Stadt ihr Widerrufsrecht unbeschränkt gewahrt werde.

Zu dem ersteren Antrage bemerkt Herr Reuter, daß das Eisenbahn-Commissariat die Umhüllung des gewöhnlichen Rohres durch ein Schutzrohr an allen denjenigen Stellen vorgeschrieben habe, an welchen durch das Rohr Bahngleise gekreuzt werden. Durch dieses Schutzrohr solle nicht das in demselben liegende eigentliche Abzugsrohr, sondern der Eisenbahndamm selbst insofern geschützt werden, als bei einem Bruche des inneren Rohres sich das Wasser in das Schutzrohr und nicht in den Eisenbahndamm ergießen könne.

Herr Wilke entgegnete hierauf, daß es fast undenkbar sei, anzunehmen, das innere Rohr breche einmal und das äußere bleibe trotzdem unverfehrt; wenn einmal ein Bruch vorkomme, so treffe er zuerst das äußere und dann erst das innere Rohr, so daß eigentlich von einem Schutzrohre in dem vom Eisenbahn-Commissariate angenommenen Sinne keine Rede sein könne.

Herr Reuter widerspricht dieser Ansicht, weil es ganz darauf ankomme, welche Kraft den Bruch überhaupt hervorbringe! Wenn an dem inneren Rohre in Folge starken Druckes, oder einer Fehlstelle einmal ein Bruch eintrete, so sei es sehr wohl denkbar, daß das innere Rohr platze und das äußere gut bleibe.

Herr Niese macht darauf aufmerksam, daß auch in Bienenburg ein solches Kaliwerk vorhanden sei, welches seine Abflüsse jedenfalls ungereinigt der Oker zuführe und der hiesigen Stadt dadurch das Wasser verschlechtere. Im sanitären Interesse der Stadt sei es nun vielleicht angebracht, darauf hinzuwirken, daß dieses Werk seine Abwässer nur in gereinigtem Zustande in die Oker lassen dürfe.

Nachdem noch Herr Nieß den fernerer Antrag eingebracht hatte, von der Gewerkschaft Thiederhall für die Einführung ihrer Abwässer in städtisches Gebiet eine Entschädigung von 300 M. — die Höhe des Betrages giebt Redner anheim noch näher festzustellen — vertragsmäßig zu fordern,

schreitet die Versammlung zur Abstimmung. Hierbei wird sowohl die Magistratevorlage, als auch diese Vorlage mit den beiden Nieß'schen Anträgen abgelehnt, dagegen die Magistratevorlage mit dem ersten Nieß'schen Antrage bezüglich des unbeschränkten Widerrufsrechtes der Stadt, sowie

mit dem als Resolution aufgefaßten Wilke'schen Antrage angenommen.

Herr Lüddecke übernimmt den Vorsitz.

XII. Dem festgestellten Ortsbauplane zufolge ist von dem an der Bertramstraße belegenen Grundstücke des Dachdeckermeisters Wilhelm Wittendorf hieselbst eine zu 38 qm vermessene Fläche der genannten Straße zuzulegen. Der Stadtmagistrat ist mit dem Eigenthümer übereingekommen, diese Fläche zu einem von der städtischen Bauverwaltung für angemessen erachteten Preise von 8 M pro qm auf die Stadtgemeinde zu übernehmen und hat hierüber am 20. April einen notariellen Vertrag abgeschlossen, welcher zur Genehmigung der Versammlung vorstellt wird.

Die Finanzcommission beantragt durch Herrn Seele den Vertrag zu genehmigen und damit die Zahlung einer Entschädigung von insgesammt 304 M an den p. Wittendorf gutzuheißen, welchem Antrage sich die Versammlung anschließt.

XIII. Der Klempnermeister Otto Nische beabsichtigt auf seinem, an der Ecke der Carlstraße und der ausweislich des Ortsbauplanes zwischen dieser und der Glesmaroderstraße projectirten Verbindungsstraße belegenen Grundstücke ein Wohnhaus zu errichten und hat deshalb das zur Anlegung dieser neuen Straße von seinem Grundstücke demnächst abzuschneidende 1 a 64,5 qm haltende Terrain unentgeltlich an die Stadtgemeinde abgetreten. Gleichzeitig hat sich Nische bereit erklärt, die von seinem gedachten Grundstücke schon früher zur Herrichtung der Carlstraße abgetrennte, bislang jedoch nicht umgeschriebene und zu 99 qm vermessene Fläche ebenfalls unentgeltlich an die Stadtgemeinde aufzulassen. Die Nutzung des erstbezeichneten Theilgrundstückes wird dem p. Nische bis zur Herstellung der gedachten Verbindungsstraße gegen Zahlung eines jährlichen Recognitionsgeldes von einer Mark gestattet.

Der Magistrat ersucht behufs Erwirkung der Umschreibung beider Theilgrundstücke um Genehmigung des überreichten notariellen Vertrages

und beschließt die Versammlung demgemäß, nachdem die Genehmigung des Antrags durch Herrn Krahe, namens der Statuten-Commission, befürwortet worden war.

XIV. Der Stadtmagistrat ersucht, den mit dem eingetragenen Eigenthümer am 9. Februar 1884 abgeschlossenen Contract, inhalts dessen die im verfloffenen Jahre auf Kosten der Stadt in Stand gesetzte Friedrichstraße der Stadt unent-

geltlich abgetreten ist, noch nachträglich zu genehmigen, damit die Umschreibung der gedachten Straße im Grundbuche auf den Namen der Stadt erfolgen kann.

Die Statuten-Commission beantragt durch Herrn Heymann die formelle Genehmigung des betreffenden Vertrages auszusprechen, welchem Antrage die Versammlung entspricht.

XV. Bei der städtischen höheren Mädchenschule müssen zu Michaelis d. Js. zwei Parallellklassen Vb und VIIIb für die alsdann in diese Klassen aus den bestehenden Parallellklassen VIb und IXb zu versetzenden Schülerinnen eingerichtet werden und sind für diese beiden Klassen zwei neue Lehrkräfte anzunehmen.

Der diesjährige Schuletat weist zur Verfügung der städtischen Behörden die Geldmittel für nur eine Lehrkraft und zwar mit 400 M auf, weil bei Aufstellung des Etats noch nicht übersehen werden konnte, ob nicht vielleicht zu Michaelis die unterste Parallellklasse Xb vorläufig entbehrlich sein werde, in welchem Falle die für dieselbe angenommene Lehrerin an die neue Klasse VIIIb hätte versetzt werden können. Da jetzt aber der Fortbestand der ersteren Klasse gesichert erscheint, so wird für die Klasse VIIIb eine Lehrerin gegen jährlich 900 M neu angenommen werden müssen. Zu diesen für das letzte Vierteljahr 1888 auf 225 M sich beziffernden Ausgaben kommen nach Anforderung des Schuldirectors noch 101 M Remuneration für Ertheilung von 4 Zeichen- und 9 Handarbeitsstunden.

Der Stadtmagistrat beantragt daher, die Veräusgabung der oben erläuterten 400 M für einen Lehrer, sowie die Mittel zur Remuneration der für die neuen Klassen weiter erforderlichen Lehrkräfte mit 326 M aus den Mehreinnahmen der Schulkasse an Schulgeldern zu bewilligen.

Die Schulcommission, für welche Herr Reiche berichtet, hat die Vorlage einer Prüfung unterzogen und empfiehlt dieselbe der Versammlung mit Rücksicht auf das vorliegende Bedürfniß zur Annahme.

Die Versammlung beschließt in diesem Sinne.

XVI. Von dem Sanitätsrath Dr. med. Berkhan ist die Frage in Anregung gebracht worden, ob nicht, wie bereits in den Jahren 1883—1885, wiederum für das Schuljahr 1888 bei den unteren Bürger Schulen ein besonderer Unterricht für stotternde und stammelnde Kinder zur Beseitigung ihrer Sprachgebrechen eingerichtet werden könne. Der Schuldirector Schaarschmidt hat diesen Antrag befürwortet und zugleich in Vorschlag gebracht, den fraglichen Unterricht, für welchen bereits 32 Schüler vorhanden sind, in drei Cur sen zu je 78 Stunden und zwar in zwei Cur sen während des Sommer- und in einem Cursus während des Winterhalbjahrs, von zwei Taubstummenlehrern ertheilen zu lassen. Zugleich hat sich der

Sanitätsrath Berkhan zur Mithülfe bei dem Unterrichte bereit erklärt. Die Kosten desselben werden sich auf 1,75 M für die Stunde belaufen, so daß ein Gesamtaufwand bis zu 420 M erforderlich wird. Da der früher erteilte Unterricht von großem Nutzen gewesen ist und die Einrichtung selbst in verschiedenen anderen Städten Nachahmung und in Zeitschriften Würdigung gefunden hat, auch die Wiedereinführung dieses Unterrichts voraussichtlich von gleich gutem Erfolge begleitet sein wird, so hat der Schulvorstand die Einrichtung dieses Cursus ebenfalls befürwortet und sich zur Ueberwachung desselben bereit erklärt.

Der Magistrat ersucht aus allen diesen Gründen, ihm einen Kredit bis zu 420 M behufs Veranstaltung von drei Sprachheilkursen auf die zur Disposition der städtischen Behörden stehenden Mittel der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde zu bewilligen.

Herr Reiche schließt sich namens der Schulcommission dem Magistratsantrage in allen Punkten an und bittet die Vorlage zu genehmigen. Zugleich knüpft derselbe hieran noch das Ersuchen, der Versammlung später von dem Erfolge dieser Curse Kenntniß geben und auch feststellen zu wollen, ob die Heilung von dem Gebrechen des Stotterns eine nachhaltige gewesen sei, oder ob man viele Rückfälle zu verzeichnen habe.

Herr Blasius hat dem Sanitätsrath Berkhan diesen Wunsch der Schulcommission bereits vorgetragen und von demselben eine, zu den Akten eingereichte Mittheilung des Inhalts bekommen, daß in dem ersten Cursus von 23 Stotternden 7, in dem zweiten von 37 ebenfalls 7 und in dem dritten von 36 nur 5 rückfällig geworden und dem jedesmal folgenden Cursus nochmals überwiesen seien. Demnach kommen auf 96 Stotternde 19 Rückfällige, während unter den behandelten 11 Stammelnden ein Rückfall nicht stattgefunden habe. Solche Kinder, welche dem Cursus zwei Monate lang wegen Krankheit oder aus Vorurtheil der Eltern fern blieben, seien hierbei nicht mitgezählt. Wenn nun berücksichtigt werde, daß man zu den Cursen stets nur die hochgradigsten Fälle genommen habe und daß bei den Angehörigen dieser Kinder, welche zu den ärmeren Volksclassen zählen, auf eine häusliche Unterstützung nicht besonders gerechnet werden könne, ferner auch zur Behandlung der Kinder nur die denkbar kürzeste Frist angewendet werde, so sei der erzielte Erfolg außerordentlich günstig zu nennen, da derselbe viel bedeutender sei, als er in den meisten Privat-Stotterheilanstalten erreicht werde. Durch Einrichtung dieser Curse könne den hiesigen Bürgern viel Geld erspart werden, wenn sie überhaupt Werth darauf legen, ihre Kinder von diesem Gebrechen zu befreien. Redner schließt sich dem Wunsche des Sanitätsrath Berkhan an, daß den Volksschulen ein ständiger Sprachheilkursus eingefügt werde und nicht wieder mehrere Jahre bis zur Einrichtung eines solchen vergehen mögen.

Die Versammlung bewilligt darauf ohne weitere Debatte den geforderten Credit.

XVII. Der Magistrat hat im Einverständniß mit der Deputation für die Gas- und Wasserwerke den Antrag gestellt, eine Verbesserung der Beleuchtung des Steinweges und des Nitterbrunnens zu genehmigen. Nach dem Anschlage der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke sollen dort 26 Kandelaber nach dem neueren Modelle aufgestellt werden, wogegen 7 Stützen und 6 Kandelaber nach altem Modelle mit den Laternen disponibel werden und an anderen Stellen der Stadt Aufstellung finden können. Diese 26 Kandelaber werden einen Kostenaufwand von 2730 M erfordern, wozu dann noch 95 M für das Abnehmen und Beseitigen der jetzt vorhandenen Kandelaber und Laternen, sowie für die Veretzung einer Stützenlaterne von der Ecke der Mauernstraße in diese Straße selbst kommen, so daß ein einmaliger Gesamtaufwand von 2825 M in Berücksichtigung zu ziehen ist. Die jährliche Mehrausgabe für die Beleuchtung dieser Straßen wird sich außerdem auf $13 \times 60 \text{ M} = 780 \text{ M}$ belaufen.

Die Finanz-Commission, für welche Herr Sievers berichtet, kann sich nach Prüfung der Vorlage der Ansicht nicht verschließen, daß die Verbesserung in den Beleuchtungsverhältnissen der bezeichneten beiden Straßen außerordentlich wünschenswerth und außerdem gerade jetzt, wo eine Neupflasterung derselben vorgenommen werde, der geeignete Zeitpunkt sei, solche Verbesserung durchzuführen. Wie der Augenschein zeige, sei mit der Setzung der Kandelaber auch schon begonnen worden. Die Commission beantrage daher, sowohl die einmalige Ausgabe mit 2825 M, als auch die jährliche Mehrausgabe mit 780 M zu genehmigen.

Herr Rieke bemängelt die Aufstellung der Kandelaber an der südlichen Seite des Steinweges auf der Strecke Bohlweg-Nitterbrunnen. Einen derselben habe man nur 90 cm vom Hause entfernt auf das Trottoir gestellt und es sei daher einem dicken Menschen kaum möglich, sich zwischen dem Kandelaber und dem Hause durchzuzwängen. Jedenfalls möchte es sich mehr empfehlen, wenn man unter solchen Verhältnissen die Laternen lieber an den Häusern gelassen hätte, als in dieser Weise den Durchgang zu erschweren. Jede Hausthür sei mindestens einen Meter breit, also dürfe man auch hier an einer sehr lebhaften Straße nicht einen schmaleren Durchgang einrichten. Auf der anderen Seite des Steinweges seien dagegen die Kandelaber zweckmäßig aufgestellt worden.

Herr Oberbürgermeister Pockels hält den Standort des von Herrn Rieke bezeichneten Kandelabers unter den gegenwärtigen Verhältnissen ebenfalls nicht für einen glücklichen, weil thatächlich zwischen dem vor den Häusern M 42/43 aufgestellten Kandelaber und den Häusern selbst kaum ein größerer Raum liege, als zum Durchgange eines „dicken“ Menschen erforderlich sei. Ueber diesen Punkt habe er

indessen mit den Mitgliedern der Direction des Gaswerks bereits Rücksprache genommen und man werde daher einstweilen noch abwarten können, wie sich die Direction dem Magistrate gegenüber äußere. Nach seiner persönlichen Ansicht würde es zweckmäßiger sein, den betr. Randelaber wieder fortzunehmen und denselben so lange durch eine Wandlaterne zu ersetzen, bis die Häuser in der vorgeschriebenen Baulinie stehen werden. Uebrigens habe man die Vertheilung der Laternen auf die einzelnen Strecken des Steinwegs nach dem von dem Kreisbauinspector zu Grunde gelegten Ortsbauplane vorgenommen und seien die Randelaber jetzt so aufgestellt worden, wie sie nach der vollen Durchführung dieses Planes stehen müssen.

Herr Günther schließt sich den Ausführungen des Herrn Rieke um so mehr an, als von ihm selbst beobachtet sei, wie ein dicker Mann Mühe gehabt habe, an der betr. Stelle durchzukommen, während es zwei Personen überhaupt nicht möglich sei, dort gleichzeitig durchzugehen. Fraglich erscheine es ihm, ob nicht die Stadt haftpflchtig gemacht werden könne, wenn an solcher Stelle einmal ein Unfall passire. Sofern es statthaft sei, einen Antrag auf Beseitigung des Randelabers zu stellen, werde er sich solchen vorbehalten. Ferner wolle er noch erwähnen, daß ihm das Trottoir an der Wolff'schen Ecke, selbst unter Berücksichtigung der Enge des Steinwegs an jener Stelle, zu schmal erscheine.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwiderte in Bezug auf den letzten Punkt, daß das Trottoir an der bezeichneten Stelle für die dortigen Verkehrs-Verhältnisse allerdings zu schmal sei, daß aber von der an sich schon sehr beengten Fahrbahn unmöglich noch etwas dem Trottoire zugelegt werden könne. Sobald der neue Ortsbauplan für diese Strecke erst durchgeführt sei, werde durch Zurücksetzung der Häuser an beiden Seiten des Steinwegs genügend Platz gewonnen, um auch dem Trottoir die nöthige Breite zu geben. Zur Zeit lasse sich aber eine Aenderung an dieser Stelle nicht vornehmen.

Herr Halle stellt den Antrag, den fraglichen Randelaber wieder zu beseitigen und an dessen Stelle einen Wandarm in der Höhe des jetzigen Randelabers anzubringen. Eine Verbreiterung des Trottoirs auf Kosten des Fahrdammes an der Ecke des Steinwegs vorzunehmen, halte er indessen mit dem Herrn Oberbürgermeister für unmöglich, da gerade für die vielen Fuhrwerke hier eine um so gefährlichere Stelle sei, als die Pferdebahn dort in eine Kurve trete und sich sodann auch noch mit einer anderen Linie kreuze. Eine Verengerung des Fahrdammes werde gerade hier zu den unliebsamsten Vorkommnissen, zu Zusammenstößen u. s. w. führen.

Der Herr Vorsitzende hält die Stellung eines Antrages nicht für erforderlich, weil bei dem Einverständnis von Magistrat und Versammlung die hier gegebene Anregung wohl genüge, um die Angelegenheit einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen.

Herr Rieß macht den Vorschlag, daß Herr Reuter versuchen möge, die Laterne in eine möglichst hübsche Form mit der Kandelaberreihe zu bringen, da es wirklich schön aussehe, wenn die Laternen eine Reihe bilden.

Herr Reuter erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden und bemerkt noch, daß gegen den betr. Kandelaber auch bei seiner jetzigen Stellung Niemand in der Dunkelheit rennen, also ein Unfall dort nicht vorkommen könne, weil die Laternen bekanntlich die ganze Nacht hindurch brennen.

Herr Wille ist mit der Vermehrung der Laternen auf dem Steinwege und dem Ritterbrunnen durchaus einverstanden, da er sich jedesmal freue, wenn sich eine Veranlassung biete, in der Stadt mehr Licht zu schaffen. Er wolle indessen diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um den Magistrat auf die Beleuchtungs-Verhältnisse des Kalen-Walles aufmerksam zu machen. Wenn die beiden electrischen Lichter des Bahnhofes, welche zwei bis drei Stunden der Nacht nicht leuchten, dunkel seien, werde damit auch der ganze Kalen-Wall in Dunkelheit gehüllt.

Herr Krahe fragt noch an, ob es nicht zweckmäßiger sein würde, wenn man die Kandelaber auf dem Steinwege kreuzweise und nicht gerade gegenüber aufstellte, worauf

Herr Rieß erwiderte, daß dieses keinen Eindruck machen würde.

Die Versammlung erklärte sich sodann mit der Magistratsvorlage einverstanden.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz wieder.

XVIII. Es liegen Gesuche vor von dem Redacteur Albert Schwenke um Feststellung der Baulinie für ein neues Wohnhaus, von dem Bauunternehmer J. Bannow und dem Cigarren-Fabrikant August Schulze wegen Genehmigung von Neubauten, sowie von Anwohnern der Marien- und der Kurzenstraße wegen Instandsetzung ihrer Straßen.

Nachdem die vereinigte Statuten- und Bau-Commission in Folge Beschlusses der vorigen Stadtverordneten-Versammlung noch einmal in eine gründliche Berathung der Frage getreten war, ob die Versammlung überhaupt competent sei, in solchen Sachen eine Entscheidung zu treffen, beantragten die Herren Semler und Krahe im Auftrage der bezeichneten Commissionen, derartige Gesuche wegen mangelnder Competenz der Versammlung ohne weitere Verhandlung dem Magistrate zur Kenntnißnahme zu überweisen und der Versammlung in Zukunft nur mitzutheilen, daß solches geschehen werde, oder schon geschehen sei.

Herr Rieße bemerkte, daß es ihm angezeigt erscheine, wenn solche Bittsteller wenigstens an den Magistrat als die maßgebende Stelle verwiesen würden, worauf

der Herr Vorsitzende die Gründe für den Antrag der beiden Commissionen noch einmal darlegte.

Die Versammlung beschloß sodann dem Commissionsantrage gemäß.

XIX. Der Magistrat hat auf einen Antrag der Herzoglichen Cammer, Direction der Domainen, an die Versammlung das Ersuchen gerichtet, sich damit einverstanden zu erklären, daß ein im Eigenthume der Klosterdomaine St. Crucis befindliches 8,34 a haltendes Ackerstück, welches zur städtischen Feldmark Neu-Petrithor gehört, aber bei Gelegenheit der Separation von Lehdorf mit dem Plane des Kreuzklosters „Am Hammerbusch“ auf Lehdorfer Feldmark vereinigt ist und in Folge dessen in den Grundsteuer-Lagerbüchern von Braunschweig und Lehdorf, mithin doppelt geführt wird, der Feldmark Lehdorf beigelegt und aus dem Feldmarks-Verbande Neu-Petrithor ausgeschieden werde. Die Verwaltungs-Deputation der eben bezeichneten Feldmark hat sich mit dieser Maßregel bereits einverstanden erklärt.

Der Herr Vorsitzende beantragt Namens der Statuten-Commission, die Genehmigung auszusprechen, weil für die Stadt kein großes Interesse vorhanden sei, dieses Ackerstück in ihrem Verbande zu behalten,

und schließt sich die Versammlung diesem Antrage an.

XX. Für die Ostseite des Bohlweges auf der Strecke zwischen dem Steinwege und dem Schloßplatze war eine Baulinie bislang nicht festgestellt. Veranlassung, solche Feststellung jetzt vorzunehmen, giebt der Umstand, daß einerseits das daselbst belegene Gebäude der Hofhaltung in nächster Zeit niedergelegt und durch einen Neubau ersetzt werden soll, andererseits aber, daß das dort ebenfalls belegene, kürzlich in das Eigenthum des Hof-Juweliers Siebrecht übergegangene, ehemals Rauch'sche Haus zur Zeit einem vollständigen Umbau unterzogen wird, welcher indessen nach der Ansicht des Magistrats als eine, einem Neubau gleich zu achtende Veränderung im Sinne des §. 9 der Landes-Bauordnung anzusehen ist. Die Vorname dieses Umbaues konnte also fixirt werden, sofern der Ortsbauplan bereits feststand und dem in Angriff genommenen Bauwerke zuwider laufen würde. Siebrecht hat die Richtigkeit dieser Ansicht mit Entschiedenheit bestritten, derselbe ist jedoch unter der Voraussetzung zur Niederlegung des alten Hauses und zur Aufführung eines Neubaus bereit, daß er nicht gezwungen wird, mit den von ihm herzurichtenden beiden Läden auf bestimmte Zeit hinter die Fluchtlinie der südlich belegenen Nachbargebäude zurückweichen zu müssen. Bei dieser Sachlage erschien es dem Magistrate zweckmäßig, mit Siebrecht eine Vereinbarung zu treffen. Nachdem nun in Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamte die Baulinie für jenen Straßentheil in der Weise festgesetzt worden ist, daß die Breite des Bohlweges dort 14 m beträgt,

würde Siebrecht 24 qm seines obenbezeichneten Grundstückes zur Straße abzutreten haben. Die hierfür von dem Genannten beanspruchte Entschädigung von 150 M pro qm, mithin insgesammt 3600 M, dürfte mit Rücksicht auf die in dortiger Gegend bislang gezahlten Preise für angemessen zu erachten sein und ist deshalb mit Siebrecht auf dieser Grundlage ein entsprechender Vertrag abgeschlossen worden. In demselben ist indessen dem Genannten auf dessen Ansuchen ferner die Berechtigung eingeräumt, auf dem abzutretenden Terrain einen ein Stockwerk hohen Vorbau seines zu errichtenden Gebäudes bis dahin unentgeltlich zu unterhalten, daß die beiden südlich angrenzenden Häuser von Gold und Meier gleichfalls in die Baulinie zurückgeschoben sein werden. Zur Bestreitung der Kosten dieses Vorbaues ist ihm eine weitere Entschädigung von 6400 M contractlich in Aussicht gestellt.

Wenn nun auch der Magistrat bislang bei Feststellung von Baulinien stets von der Ansicht ausgegangen ist, daß den Eigenthümern der in Folge solcher Feststellung einstweilen hinter die Fluchtlinie der Nachbarhäuser zurücktretenden Gebäude eine besondere Entschädigung hierfür stadtseitig nicht zu zahlen ist und diese Ansicht auch heute noch vertritt, so giebt derselbe doch zu, daß sich auch für die gegenheilige Auffassung Gründe geltend machen lassen und somit die Möglichkeit nicht ausgeschlossen erscheint, daß dem Eigenthümer bei einer etwaigen Expropriation des der Straße zuzulegenden Terrains eine besondere Entschädigung für das Zurückweichen hinter das Nachbargebäude in dem vorliegenden Falle schon um deswillen zugebilligt werden könnte, weil der Vorsprung des nächsten Nachbarhauses bei Durchführung der in Aussicht genommenen Baulinie nicht weniger als 2,58 m betragen würde. Falls aber eine solche Entschädigung dem p. Siebrecht zugestanden werden sollte, könnten durch dieselbe der Stadt möglicherweise nicht unerhebliche Opfer erwachsen, weil sie vielleicht eine längere Reihe von Jahren hindurch gezahlt werden müßte. Hierzu tritt aber noch der Umstand, daß die Durchführung einer angemessenen Baulinie auf absehbare Zeit in dem Falle für ausgeschlossen erachtet werden muß, daß Siebrecht nicht sollte gehindert werden können, den begonnenen Umbau zu sistiren. Daß der fragliche Vorbau einen Kostenaufwand von 6400 M verursachen wird, ist von der städtischen Bauverwaltung anerkannt worden und es ist außerdem sehr unbestimmt, ob die zu demselben verwendeten Materialien demnächst nach erfolgtem Abbruch anderweit mit Nutzen wieder gebraucht werden können, zumal sich noch gar nicht übersehen läßt, wann dieser Abbruch erfolgen wird. Die unentgeltliche Benützung des abzutretenden Terrains durch p. Siebrecht dürfte der Billigkeit entsprechen, weil die beiden Läden einstweilen nicht gerade vortheilhaft gestaltet werden. — Das Ersuchen des Magistrats geht demnach dahin, sowohl den vorgelegten Theil-Ortsbauplan, als auch den mit Siebrecht am 4. d. Mts. abgeschlossenen notariellen Vertrag genehmigen und somit die fraglichen 10000 M verwilligen zu wollen.

Der Statuten=Commission, für welche Herr Lüderßen berichtet, hat diese Angelegenheit einige Skrupel bereitet. Dieselbe sei allerdings von vornherein in ihrer großen Mehrheit der Ansicht gewesen, daß eine Gelegenheit, an dortiger Stelle die Baulinie des Wohlwegs zu reguliren und insbesondere denselben in der vorgeschlagenen Weise zu verbreitern, ergriffen werden müsse und die Stadt ein über das gewöhnliche Maß hinausgehendes Opfer zu bringen habe, indessen scheine derselben doch das mit Siebrecht getroffene Uebereinkommen allzusehr zu dessen Gunsten ausgefallen zu sein und könne sie namentlich nicht die Ansicht theilen, daß Siebrecht einen solchen Schaden haben werde, wie er durch die in Aussicht genommene Summe aufgewogen werden müsse. Gegen den Preis von 150 M pro qm abgetretenen Terrains sei nichts eingewandt worden, dagegen erscheine die Summe für die Errichtung des Vorbaues zu hoch gegriffen. Nach längeren Verhandlungen, zu welchen auch der Referent des Magistrats zugezogen worden sei, empfehle die Commission, die dem p. Siebrecht zu zahlende Entschädigung auf insgesammt 7000 M in der Weise festzustellen, daß der Preis für 24 qm abzutretendes Terrain mit 150 M pro qm, zusammen also 3600 M der Vorlage gemäß bleibe, während für den Vorbau nicht 6400 M, sondern nur 3400 M angerechnet werden. Ferner beantrage dieselbe, daß Siebrecht zu der Ausführung des Vorbaues noch die Genehmigung des Stadtbauamtes einzuholen habe und derselbe den Vorbau schon dann beseitigen müsse, wenn das zunächst belegene südliche Nachbarhaus von Gold zurückgelegt werde, nicht aber erst dann, wenn die beiden südlichen Nachbarhäuser in die neue Fluchtlinie gebracht werden; endlich aber, daß die Entschädigung für den Grund und Boden mit 3600 M sofort, der Rest für den Vorbau aber erst dann an Siebrecht ausgezahlt werde, wenn der Vorbau wieder beseitigt sei. Als selbstverständlich dürfe dabei noch vorausgesetzt werden, daß der letztere Betrag überhaupt nur dann zu zahlen sei, wenn der Vorbau überhaupt zur Ausführung komme. Sofern Siebrecht indessen auf diese Bedingungen nicht eingehen wolle, dann beantrage die Commission, den Magistrat zu ermächtigen, die Forderung von Siebrecht abzulehnen und von dem Expropriationsrechte Gebrauch zu machen. Es sei hierbei auch der Umstand in Erwägung gezogen, daß immerhin die Möglichkeit eintreten könne, es werde Siebrecht bei dem Expropriations-Verfahren für die Dauer des Zurückweichens mit seinem Gebäude hinter die südlichen Nachbargebäude eine Rente zugebilligt werden, welche die hier geforderte Summe noch für den Fall übersteigen könne, daß dieselbe längere Zeit hindurch zu zahlen sei. Die Statuten=Commission habe mit Mehrheit, aber nicht einstimmig, beschlossen, der Versammlung diese Anträge zur Genehmigung zu unterbreiten.

Die Debatte eröffnend, erklärte sich zunächst

Herr Rieke gegen die Vorlage und die Commissionsanträge. Man müsse von Siebrecht für das abzutretende Terrain doch auch während der Benutzungszeit

eine Gebühr erheben, denn man könne gar nicht wissen, ob nicht das Gold'sche Haus noch zehn und mehrere Jahre stehen werde. Außerdem sei gegen den Vorbau einzuwenden, daß in anderen gleich oder ähnlich liegenden Fällen die betreffenden Hausbesitzer unter Berufung hierauf mit demselben Antrage auf Genehmigung eines Vorbaues hervortreten können und es dann nicht gut möglich sei, den Antrag abzulehnen, daß aber auf diese Weise die Stadt eine ganze Masse solcher Vorbaue bekommen könne, und sie dann noch obenein bezahlen müsse. Das hier in Frage stehende Rauch'sche Haus sei übrigens so schlecht, daß sich der Polizei-Director veranlaßt finden müsse, solche traurigen Gebäude, deren Balken nicht allein faul, sondern auch nicht einmal genügend stark im Holze seien, herunterreißen zu lassen. Redner habe in den 25 Jahren seines Aufenthalts in Braunschweig schon manches alte Haus abreißen sehen, aber ein so gefährliches, schlecht gebautes Haus, welches durch die Entfernung der Verbindung schon ganz schief geworden sei, habe er noch nicht gesehen.

Herr Wolff will sich kein Urtheil über die Baufähigkeit des Hauses erlauben, er ist jedoch überzeugt, daß die betheiligten Behörden von dem Zustande desselben Kenntniß genommen haben und ihre Bedenken nicht so dringend gewesen sein müssen, wie sie Herr Nieke hier vorgetragen habe. Redner vermißt indessen in den Vorschlägen der Commission eine gewisse Billigkeit bezüglich der Auszahlung der 3400 M. Wenn diese Summe erst nach der Beseitigung des Vorbaues gezahlt werden solle, so sei die Entschädigung unter Umständen gleich Null, weil es möglicherweise noch lange Jahre dauern könne, bis das Nachbargrundstück fortgerissen werde. Andererseits sei aber der Mann in der Lage, für den Vorbau das Geld sofort ausgeben zu müssen, so daß er die ihm in Aussicht gestellte Entschädigung als solche gar nicht anfehen könne. Wenn im Interesse der Stadt jetzt, nachdem das Haus von Siebrecht gekauft sei, eine Baulinie festgestellt werde, durch welche die Stadt einen Theil desselben hinnehme und das Grundstück außerdem durch Zurücklegen hinter die jetzige Fluchtlinie entwerthe, so werde Siebrecht dadurch in eine Nothlage versetzt, weil er bei dem Kaufe des Hauses hierauf noch nicht habe Rücksicht nehmen können. Von diesem Gesichtspunkte aus empfehle er, die Anträge der Commission, jedoch mit der Maßgabe anzunehmen, daß die 3400 M nach der Herstellung des Vorbaues gezahlt werden. Das sei ein Zugeständniß, welches der Billigkeit wieder entspreche und das man auch vor den Mitbürgern verantworten könne. Der einzelne Mitbürger dürfe nicht zu Gunsten der Gesamtheit geschädigt werden und im vorliegenden Falle sei es außerdem noch gar nicht ausgeschlossen, daß bei dem Expropriationsverfahren Siebrecht eine Rente zugewilligt werde, welche der Stadt viel theurer zu stehen komme, als der hier vorgeschlagene Vergleich.

Herr Ramdohr tritt der Auffassung entgegen, als ob Siebrecht durch die städtischen Behörden in eine Nothlage versetzt sei. Derselbe habe das Grundstück

in dem Glauben gekauft, es noch eine Reihe von Jahren stehen lassen zu können, nachdem einige Läden in demselben angelegt seien. Die traurige Beschaffenheit des Hauses habe sich erst bei dem Einreißen der Vorderwände gezeigt und es liege nun klar auf der Hand, daß das Haus nicht stehen bleiben könne, sondern nothwendig abgerissen werden müsse. Die Controverse, ob der Umbau einem Neubau gleich zu achten sei, falle demnach ganz fort, wie sich Jeder leicht zu überzeugen vermöge, denn unter solchen Verhältnissen könne von einem Umbau überhaupt nicht mehr die Rede sein. Daß die städtischen Behörden aber die Gelegenheit eines solchen Neubaus benützen, um an einer ihrer wichtigsten Verkehrsstraßen eine bessere Fluchtlinie herzustellen, sei Pflicht und Schuldigkeit derselben und wenn solches den Einzelnen schwer treffe, so sei es ein Unglück für denselben, indessen dürfe man doch nicht zu weit gehen in dem Entgegenkommen gegen den Einzelnen, weil dadurch das gesammte Interesse gefährdet werde. Die Summe für das abzutretende Terrain könne vielleicht noch höher gegriffen werden, damit eine anständige Bezahlung erfolge. Dagegen müsse er sich gegen den Vorbau aussprechen, weil derselbe nicht im Interesse der Stadt liege. Wenn durch einen solchen Beschluß der Versammlung der Eigenthümer des Grundstücks als Geschäftsmann hart betroffen werde, so sei dieses bedauerlich, aber nicht zu ändern, denn zu weit dürfe man nicht gehen.

Herr Stadtrath Metemeyer kann der eben ausgesprochenen Ansicht im Allgemeinen nur beipflichten. Der Magistrat fürchte außerdem aber auch, daß das Abkommen zu Verurtheilungen Veranlassung geben werde. Wenn er es trotzdem getroffen und der Versammlung in Vorschlag gebracht habe, so rühre das daher, daß die Genehmigung zu dem Umbau der unteren Etage, ebenso wie der Beginn des Umbaus selbst in eine Zeit falle, zu welcher eine neue Baulinie noch gar nicht festgestanden habe. Redner glaubt im Namen des Magistrats die Erklärung abgeben zu können, daß, wenn die Baulinie für jenen Straßentheil bereits festgestanden hätte, als Siebrecht um die Genehmigung zum Umbau eingekommen sei, der Magistrat gesagt haben würde: „Hier ist die Baulinie und in dieselbe hat Siebrecht einzurücken“. Unter diesen besonderen Verhältnissen liege demnach mehr ein moralischer Grund vor, Siebrecht zu entschädigen, weil die Baulinie erst jetzt, also nach Inangriffnahme des Baues festgesetzt werde. Bezüglich der finanziellen Seite wolle er noch bemerken, daß, wenn es zur Expropriation komme, die Stadt möglicherweise mit der Zahlung einer Rente allein nicht abkommen, sondern vielleicht auch Siebrecht noch wegen der entgehenden Miete zu entschädigen haben werde, weil derselbe nach eigener Erklärung die sämmtlichen Wohnungen des Hauses bereits zum 1. October vermietet habe und nun mit Rücksicht darauf, daß der Bau durch die Schuld der städtischen Behörden um mehrere Wochen verzögert werde, wahrscheinlich ähnliche Ansprüche geltend mache, wie sie in dem Bassecker'schen Falle haben

bezahlt werden müssen; dann werde natürlich die Summe von 3400 M. bedeutend überschritten. Aus allen diesen Gründen bitte er, wenigstens auf den Commissionsvorschlag mit dem Wolff'schen Antrage bezüglich der Zahlung von rund 7000 M. einzugehen.

Herr Nieß ist der Ansicht, daß ein Gebäude, dessen Bau Anfang Juni begonnen sei, zum 1. October noch nicht bezogen werden dürfe und daß in solchen Fällen die Baupolizei einschreiten solle. Im Uebrigen könne er Herrn Ramdohr, welcher seiner Meinung nach bis jetzt allein das Richtige getroffen habe, nur zustimmen, denn Siebrecht habe ebenso wie jeder Andere sehr gut gewußt, daß dort bei einem Neubau zurückgegangen werden müsse, wenn auch die Baulinie formell noch nicht festgestanden habe. Bezüglich der Beschaffenheit des Hauses erkläre er ebenfalls, daß dasselbe nicht allein schwächlich, sondern auch im Holzwerk faul sei und in keinem Verhältnisse zu den heute geforderten Maßen stehe; der gegenwärtige Zustand desselben sei so gefährlich, daß das Haus umfallen müsse, sobald eine der Stützen zufällig umgeworfen werde. In Hinsicht auf die Entschädigungsfrage liege die Sache so, daß es zum Proceß bezw. zur Expropriation kommen müsse, wenn Siebrecht sich weigere, die neue Baulinie anzuerkennen. Werde dann der Stadt das Expropriationsrecht zugestanden, so nehme dieselbe Siebrecht den betr. Theil des Grund und Bodens mit dem entsprechenden Theile des Hauses weg und entschädige ihm Beides, weil Siebrecht bei dem Ankaufe des Grundstückes noch nicht habe wissen können, daß ein Theil des Gebäudes an die Stadt abgetreten werden müsse. Von diesem Standpunkte aus scheine ihm die Summe von 7000 M. angemessen zu sein, nicht aber die für diese Entschädigung vorgebrachte Begründung. Redner wendet sich sodann gegen den Commissionsantrag auf Zahlung der 3400 M. nach der demnächstigen Wiederniederlegung des Vorbaues. Wenn die Stadt die 3600 M. für den abgetretenen Grund und Boden sofort auszahle und diesen dem Siebrecht auch in demselben Augenblicke wieder in Benutzung gebe, so müsse es fast kumisch wirken, daß die 3400 M. als Entschädigung für den Vorbau, also für eine Ausgabe, welche Siebrecht sofort erwache, ihm noch vielleicht lange Zeit vorenthalten werden sollen: er stimme deshalb für alsbaldige Auszahlung der ganzen Summe. Bezüglich der Genehmigung des Vorbaues selbst wolle er sich dagegen einer Aeußerung enthalten, jedoch erscheine ihm die Entschädigung für denselben durchaus angemessen.

Herr Halle wendet sich zunächst gegen die neue Baulinie, welche wieder einen Knick bei dem Goldsch'schen Hause zeige, obwohl hier nun einmal die Möglichkeit gegeben sei, den Bohlweg auf dieser Seite in eine gerade Linie zu bringen; es empfehle sich daher wohl, diesen Knick noch zu beseitigen. In Betreff des Siebrecht'schen Baues selbst schließe er sich den Ausführungen des Herrn Nieß an, da Siebrecht sehr wohl gewußt habe, daß er bei einem Abbruche des Hauses auch

zurückbauen müsse. Es gehe dieses auch daraus hervor, daß derselbe sein im Bau begriffenes Seitengebäude schon zwei Meter in der Voraussetzung zurückbaue, um das Vordergebäude demnächst abreißen und zurücksetzen zu können. Die Höhe der Entschädigung erscheine ihm angemessen, denn er halte es für gerechtfertigt, daß ein Bürger, welcher durch Gesetz gezwungen werde, einen Theil seines Grundstückes abzutreten, auch eine anständige Entschädigung erhalte. Jedenfalls komme bei diesem Vergleiche die Stadt noch bedeutend billiger weg, als im Bäsedtschen Falle. Der bei dem Siebrecht'schen Grundstücke angenommene Einheitspreis von 150 M sei außerordentlich niedrig bemessen, denn unter 300 M werde man dort keinen Grund und Boden kaufen können. (Widerspruch.) Redner wendet sich schließlich noch gegen die Ausführung des Vorbaues, welcher die Straße verunzieren werde. Sofern die Versammlung überhaupt competent sei, in dieser Sache, welche wohl mehr dem Stadtbauamte zukomme, eine Entscheidung abzugeben, werde er gegen den Vorbau stimmen.

Herr Stadtrath Ketemeyer erläuterte darauf, daß Siebrecht das neue Haus vollständig in die neue Baulinie zurücksetzen und außerdem in der Höhe bis zum ersten Stocke einen Vorbau bis zur jetzigen Fluchtlinie aufführen lassen werde. Der Vorbau solle aus eisernen Säulen bestehen, in welche zwei große Spiegelscheiben und eine Hausthür gesetzt werden, während nach oben zu ein Balkon die Verbindung des eigentlichen Hauptgebäudes mit dem Vorbau zu vermitteln habe. Jedenfalls könne ein solcher Vorbau nicht häßlich aussehen. Ohne die Genehmigung desselben werde die ganze Vorlage für Siebrecht unannehmbar sein und es erscheine unbillig, den Vertrag zu genehmigen, den Vorbau aber hinterher abzulehnen.

Herr Sievers würde die Ablehnung des Vorbaues nur bedauern, denn es müsse häßlich aussehen, wenn der schräge Einbruch in die jetzige Fluchtlinie schon von unten anfangen und es sei ungleich schöner, in die entstehende Lücke den Vorbau zu stellen; aus diesem Grunde wolle er die Genehmigung desselben befürworten.

Herr Blasius bittet im Gegensatz zu Herrn Halle, die vom Magistrate vorgeschlagene Baulinie festzuhalten, weil dieselbe mit der gegenüberliegenden Baulinie, welche bei Böse und Mumme ebenfalls einen stumpfen Winkel bilde, parallel laufe. Redner bittet sodann noch um Auskunft, ob Siebrecht den Vertrag mit der in Aussicht genommenen Zahlung der 3400 M nach Niederlegung des Vorbaues annehmen werde, sofern solches schon bekannt sei, worauf

Herr Stadtrath Ketemeyer erwiderte, daß Siebrecht den Vertrag mit dieser Bedingung ablehne, wogegen derselbe sich wohl bereit finden lasse, den Wolff'schen Antrag, also eine Entschädigung von insgesammt 7000 M, zahlbar nach Abtretung des Terrains bezw. Ausführung des Vorbaues, anzunehmen.

Herr Wilke schließt sich den Wolff'schen Vorschlägen gleichfalls an und erklärt sich auch für die Genehmigung des Vorbaues, da er nicht diesen, wohl aber die ohne den Vorbau entstehende Lücke, welche vielleicht lange Jahre hindurch dort verbleiben werde, für unschön halten müsse. Wenn solche Lücke erst in der oberen Etage beginne, mache sie sich nicht so bemerklich, als wenn sie gleich unten anfangen. Im Uebrigen sehe ein solcher eiserner Vorbau gar nicht so häßlich aus, wie Redner sich in Berlin selbst überzeugt habe.

Zum Schlusse bemerkt noch der Referent, Herr Lüderßen, daß die Commission sich auf den Geldpunkt nicht so sehr gestreift habe und er persönlich für den Wolff'schen Antrag stimmen werde, weil er wünsche, die Sache schon jetzt zum Abschlusse zu bringen. Bezüglich der Baulinie könne er nur die Mittheilungen des Herrn Blasius bestätigen.

Die Versammlung schreitet nunmehr zur Abstimmung. Dieselbe ergiebt Annahme der Commissionsanträge mit dem Abänderungsantrage des Herrn Wolff, sodaß die vom Magistrate vorgeschlagene Baulinie und eine Entschädigung von 7000 M — von welcher 3600 M sofort nach Abtretung des Grund und Bodens und 3400 M nach Ausführung des Vorbaues zu zahlen sind — ebenso auch die Bedingung genehmigt wird, daß der Vorbau schon nach dem Abbruche des Gold'schen Hauses wieder zu beseitigen ist. Im Uebrigen findet der Vertrag mit Siebrecht die Zustimmung der Versammlung.

Außerhalb der Tagesordnung berichtet

XXI. Herr Sievers für die Finanz-Commission, daß der Magistrat beabsichtige, die für Rechnung des Maurermeisters Wilhelm Bewig hieselbst in den Jahren 1874 und 1878 in den nordöstlichen Theil der Okerstraße gelegten Gas- und Wasserröhren auf Antrag des p. Bewig und auf Befürwortung der Verwaltungs-Deputation der Gas- und Wasserwerke zu übernehmen und demselben die vorauslagten Kosten von insgesammt 1778,48 M zurückzuerstatten, weil schon zur Zeit dritte Personen durch diese Röhren Gas und Wasser beziehen.

Die Finanz-Commission empfiehlt die Annahme des Magistratsantrages und beschließt die Versammlung demgemäß.

Damit wird die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten geschlossen.

Unter dem Vorsitze des Herrn Oberbürgermeisters Pockels findet sodann eine gemeinschaftliche Sitzung statt, in welcher auf den Antrag des Referenten, Herrn Stadtrath Ketemeyer,

I. zum Mitgliede der constituirenden Genossenschafts-Verammlung der land- und forstwirthschaftlichen Berufs-genossenschaft der Stadtverordnete und Deconom Theodor Bültemann und zum Stellvertreter desselben der Deconom Otto Dürren, dagegen

II. zu Mitgliedern des Ausschusses zur Auswahl der als Schöffen und Geschworene geeigneten Personen die bisherigen Ausschußmitglieder (siehe Seite 126 des vorjährigen Protokolls) wieder gewählt wurden.

In **vertraulicher gemeinschaftlicher** Sitzung werden darauf Steuerreclamationen in der Recursinstanz erledigt, worauf

schließlich noch eine **vertrauliche Sitzung der Stadtverordneten** unter dem Vorsitze des Herrn Semler stattfindet, in welcher der Lehrer Eduard Oppermann in Lucklum zum 1. Juli d. Js. als städtischer Lehrer mit einem Anfangsgehalte von 2000 Mk gewählt, ein Erlaßgesuch von Abgaben zur Armen- und Begebesserungscasse genehmigt und das Verzeichniß V von Gemeindesteuer-Reclamationen und Erlaßgesuchen pro 1887 erledigt wurde.

Schluß gegen 8 Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 14. Juni 1888.

Öffentlich:

- I. Der Bau einer Aula in der städtischen Mädchenschule.
- II. Theilortsbauplan am Nordbahnhofe.
- III. Verwilligung von Reiseunterstützungen zur Münchener Kunst-Gewerbe-Ausstellung.
- IV. Verwendung einer außerordentlichen Einnahme der Kreis-Communalcasse.
- V. Antrag des Stadtverordneten Nieß wegen Behandlung von Interpellationen.
- VI. Vertrag mit Zimmermeister Jacobs über zwei kleine Grundflächen an der Klosterstraße.
- VII. Verwendung der aus der Canalbaucaße an die Stadtcasse und die Begebaucaße zu erstattenden Summen.
- VIII. Ausbau des Zugangsweges zum Wilhelmithorbahnhofe.
- IX. Aufhebung eines Weges in der Neupetrithor-Feldmark.
- X. Gesuch des Industriewaaren-Händlers Langzettell wegen Genehmigung eines Neubaus an der Grünstraße.
- XI. Begebung von 1200 000 M. Stadtobligationen.
- XII. Der städtische Beitrag zum Schützenfeste in Wolfenbüttel.
- XIII. Erwerb einer Grundfläche an der Vieswegstraße.
- XIV. Neue Linien der Pferdebahn und Fahrpreise derselben.
- XV. Ankauf des Portals vom vormaligen Bartels'schen Hause an der Martinikirche.
- XVI. Terrainerwerb an der Eulenstraße.
- XVII. Terrainerwerb und Terrainabgabe am Hopfengarten u.

Vertraulich:

- Wahl eines Armenpflegers.
Wahl zweier stimmberechtigter Mitglieder des Städtetages u.
-

Entschuldigt die Herren Buchler und Jasper. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Götte, Haake und Ketemeyer und Herr Assessor Hassel II.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnete die Sitzung, hieß zunächst Herrn F ü d e l, welcher an Stelle des verstorbenen Kaufmanns Lösekrug in die Stadtverordneten-Versammlung gewählt ist, willkommen und stellte den zum Hilfsarbeiter am Stadtmagistrate gewählten Gerichts-Assessor Hassel II der Versammlung vor.

Nachdem sodann das Protocoll der vorigen Sitzung genehmigt war, theilte der Herr Vorsitzende mit, daß folgende Anträge bezw. Anfragen eingegangen seien:

- 1) Von Herrn Reiche: Anfrage: Wird die Ueberbrückung des Petriwehres noch in diesem Sommer ausgeführt werden?
- 2) Von Herrn Nieß: a. Antrag: Löbliche Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat um Abbruch des Hauses *Nr.* 26 am Nickelnkulke und um Verbreiterung der dortigen Brücke bezw., falls dies nicht sofort angängig ist, um Herrichtung einer vorchriftsmäßigen Bedürfnisanstalt für jenes Haus zu ersuchen
- b. Anfrage: Ist dem Stadtmagistrate bekannt, daß nicht alle Straßen gleichmäßig an der Besprengung Antheil haben und daher die Anzahl der Sprengwagen unzureichend ist? Bezw.: Erwartet der Magistrat einen Antrag auf Vermehrung dieser Wagen aus der Mitte der Versammlung?
- c. Anfrage: Ist der Stadtmagistrat in der Lage, den Abbruch des Wollermann'schen Hauses zu fördern, damit endlich der Bohlweg an jener Stelle baulich und betreffs des Straßenpflasters vollendet wird?
- 3) Von Herrn Bollmann eine Anfrage, welche sich mit dem Antrage des Herrn Nieß deckt.

Die Begründung erfolgt am Schlusse der Sitzung.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

I. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte am 22. September v. Js. gelegentlich der Berathung und Beschlußfassung über den Bau der städtischen Mädchenschule an der Heinenstraße an den Magistrat das Ersuchen gerichtet: die Turnhalle dieser

Schule so construiren zu lassen, daß vielleicht später einmal ohne große Schwierigkeiten ein Stockwerk zur Einrichtung einer Aula aufgebaut werden könne. Der Magistrat hatte damals die Erklärung abgegeben, daß er nicht unterlassen würde, später mit einer bezüglichen Vorlage zu kommen, sofern vielleicht hinreichende Ersparungen an der angeforderten Bausumme gemacht werden sollten, um daraus die Kosten der Herrichtung einer Aula bestreiten zu können. Die städtische Bauverwaltung hat sich nun dahin ausgesprochen, daß die Turnhalle mit der dafür bewilligten Bausumme in einer die spätere Aufsehung einer Aula ermöglichenden Construction nicht hergestellt werden könne, daß hierzu vielmehr eine Nachbewilligung von 4000 M erforderlich sei, daß ferner aus bautechnischen Gründen und mit Rücksicht auf den Schulbetrieb es sich nicht empfehle, die Frage wegen Errichtung einer Aula auf spätere Zeit zu verschieben, es vielmehr geboten erscheine, hierüber schon jetzt einen endgiltigen Beschluß herbeizuführen, daß endlich die Errichtung einer Aula empfehlenswerth sei und an dem bewilligten Baucredit in Folge vortheilhaften Abschlusses von Lieferungs- und Arbeitsverträgen eine Ersparniß von 11000 M zu erhoffen sein dürfe. Der Magistrat hält die Einrichtung einer Aula nach wie vor für wünschenswerth, aber nicht für geradezu nothwendig und bittet im Uebrigen ebenfalls, die Frage wegen Errichtung derselben sofort zum Austrage zu bringen. Der bewilligte Baucredit werde bei Herrichtung einer Aula um 25700 M — 11000 M = 14700 M zu erhöhen sein. Der Magistrat ersucht nun, entweder die sofortige Herrichtung einer Aula bei der gedachten Schule beschließen und letzteren Betrag bewilligen, oder aber sich damit einverstanden erklären zu wollen, daß der Turnhalle eine die demnächstige Aufsehung einer Aula ermöglichende Construction und Einrichtung nicht gegeben werde.

Herr Krahe empfiehlt namens der Baucommission, die sofortige Ausführung der Aula und damit die Nachverwilligung von 14700 M zu genehmigen, da bei einer Hinausschiebung der Bauausführung durch Fortnahme des Daches, Zersahren des Spielplatzes, Störung des Unterrichts u. s. w. nur Kosten und Unannehmlichkeiten erwachsen werden.

Herr Halle bittet um Ablehnung dieses Antrages, indem derselbe ausführt, daß bei der heutigen Finanzlage der Stadt eine Ausgabe von 25700 M für eine Aula, welche so außerordentlich selten benutzt werde, sich nicht wohl rechtfertigen lasse. Die wöchentlichen Andachten, sowie die wenigen Festlichkeiten der Schulkinder könnten recht gut in der Turnhalle abgehalten werden.

Herr Günther muß sich gegen derartige überflüssige Einrichtungen so lange wenden, wie kein Geld vorhanden sei für Einrichtungen, welche allgemein als nothwendig anerkannt werden, z. B. für Volksbadeanstalten.

Die Versammlung beschließt darauf, die Errichtung einer Aula endgültig aus dem fraglichen Schulprojecte zu streichen.

II. Die Anlage des Nordbahnhofes und der Landeseisenbahn, sowie ferner die Errichtung einer zweiten Gasanstalt auf dem Terrain an der Taubenstraße bedingt eine Aenderung des für den Norden des Stadtgebietes, und zwar für den zwischen Hamburgerstraße und Wültenweg belegenen Theil, festgestellten Ortsbauplanes. Das Stadtbauamt hat für die ganze in Rede stehende Gegend einen neuen Theil-Ortsbauplan ausarbeiten lassen und ersucht der Magistrat unter Vorlage desselben um Genehmigung.

Herr Nieß empfiehlt namens der Baucommission die Annahme dieses Antrages und bemerkt zugleich, daß ein Theil der hier in Aussicht genommenen Veränderungen am Ortsbauplane bereits in der Sitzung vom 8. März d. Js. (Seite 44 des Protocolls) die Genehmigung der Versammlung gefunden habe.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

III. Der Stadt-Magistrat beantragt auf Ersuchen des Schulvorstandes, dem Director Leizen, sowie den drei Haupt- und Fachlehrern an der städtischen Gewerbeschule Vock, Herse und Götting zu den Kosten des Besuches der in diesem Sommer zu München stattfindenden Deutschen Kunstgewerbe-Ausstellung eine Beihilfe von je 150 M., im Ganzen also 600 M. aus den Mitteln der Fortbildungs- und Gewerbeschule zu bewilligen.

Herr Schwarzenberg erklärt sich im Auftrage der Schulcommission mit dem Antrage vollkommen einverstanden und hält die Bewilligung derartiger Stipendien an Lehrer von Gewerbeschulen für durchaus nothwendig.

Der Antrag wird darauf ohne Debatte genehmigt.

IV. Durch den festgestellten Neubau-Stat der Canalbaucaße für 1888 ist vorgesehen, daß der Kreiscommunalcaße die aus deren laufenden Mitteln auf den Bau unterirdischer Straßencanäle vor Erlaß des Stadt-Entwässerungs-Statuts aufgewendeten Summen von insgesammt 34 660,99 M. zum 1. October d. Js. zurückgezahlt werden. Der Magistrat beantragt, von dieser außerordentlichen Einnahme der Kreiscommunalcaße einen Betrag von 12 000 M. an das Extra-Ordinarium der Stadtcasse zur Vollendung der Parkanlagen im Gänsewinkel zu überweisen und die Restsumme mit 22 660,99 M. einstweilen verfügbar zu halten. Zur Ausführung der eben erwähnten Parkanlagen sind bereits 40 238,72 M. bewilligt worden, während für diesen Zweck eine Summe von 53 300 M. veranschlagt war. Da an den Kosten der, einen besonderen Theil der in Aussicht genommenen Parkanlagen bildenden Erweiterung des Okerflußbettes 2000 M. erspart sind und hierdurch der Gesamtaufwand sich auf 51 300 M. verringert, so fehlen zur Vollendung des Parkes anschlagsmäßig noch 11 061,28 M. Dieser Fehlbetrag ist vom Magistrate auf 12 000 M. zu dem Zwecke abgerundet, um demnächst die Mittel zur

Aufstellung von Bänken u. s. w. in den Parkanlagen verfügbar zu haben. Die fernere Summe von 22 660,99 M. möchte vielleicht zweckmäßig Verwendung finden zur Bestreitung der Kosten für die geplante Neueinrichtung der städtischen Badeanstalt, oder zu sonstigen außerordentlichen Zwecken und behält sich der Magistrat Anträge in dieser Richtung einstweilen noch vor.

Die Finanz-Commission beantragt durch Herrn Hollmann, die Magistratsanträge zu genehmigen und beschließt die Versammlung demgemäß.

V. Ueber den am 12. April eingebrachten Antrag des Herrn Nieß:

„Löbliche Versammlung wolle beschließen, die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß Interpellationen auf Beschluß der Versammlung einer Besprechung unterzogen werden können,

berichtet im Auftrage der Statuten-Commission Herr Heymann: Ueber diese Frage habe bereits i. J. 1882 der Stadtverordnete Ramdohr einen Antrag folgenden Wortlauts eingebracht: „Die Geschäftsordnung der Versammlung dahin zu ergänzen, daß das Anfragerrecht (Interpellationsrecht) der Stadtverordneten klar gestellt werde.“ Die Versammlung vom 14. September 1882 habe über diesen Gegenstand verhandelt und sei von Herrn Lüderßen das Referat erstattet. Die Statuten-Commission sei damals schlüssig geworden, der Versammlung in dieser Beziehung keine neuen Vorschläge zu machen, sondern sie habe es einstimmig für das Zweckmäßigste gehalten, es bei dem bisherigen Brauche bewenden zu lassen. Unter Anderen seien damals auch staatsrechtliche Bedenken gegen die ausdrückliche Festsetzung einer derartigen Bestimmung geltend gemacht, ob mit Recht oder Unrecht könne dahin gestellt bleiben. Man wisse überhaupt nicht, so sei damals weiter ausgeführt, ob in der Städte-Ordnung, welche die Befugnisse der Stadtverordneten ganz bestimmt begrenze, eine Bestimmung über das Interpellationsrecht nicht absichtlich fortgelassen sei. Wollte man dasselbe durch Statut zu formeller Gültigkeit bringen, so würde die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums dazu erforderlich sein und dieses würde nicht umhin können, jene staatsrechtlichen Gesichtspunkte zu prüfen. Es könnte sein, daß dasselbe an dem bisherigen Modus nichts auszustellen habe, es könnte aber auch das Gegentheil eintreten und dann frage es sich, ob man die Praxis, welche sich bisher als zweckmäßig bewährt habe, ferner noch würde beibehalten können. Die Versammlung habe damals im Einverständnisse mit dem Herrn Antragsteller folgenden Beschluß gefaßt:

in Erwägung

- 1) daß, wenn zwar auch weder die Städteordnung noch die Geschäftsordnungsstatuten Bestimmungen über Interpellationen enthalten, dennoch die Praxis geübt ist, daß Anfragen einzelner Stadtverordneten an den

Stadtmagistrat, nachdem sie vorher dem Vorsitzenden der Versammlung mitgetheilt sind und dieser wegen Beantwortung sich mit dem Stadtmagistrat verständigt hat, in öffentlicher Sitzung vorgelegt und begründet, auch vom Stadtmagistrat bereitwillig beantwortet sind,

- 2) daß somit thatsächlich das Interpellationsrecht in einer den städtischen Interessen entsprechenden Weise bestanden hat,
- 3) daß ferner der Stadtmagistrat mit Fortdauer der bisherigen Praxis sich einverstanden erklärt hat,
- 4) daß somit ein zwingendes Bedürfnis zu gesetzlicher oder statutarischer Regelung von Interpellationen zur Zeit nicht vorliegt,

geht die Versammlung zur Tagesordnung über.

Wenn nun auch, wie der Herr Referent ausführte, der jetzt vorliegende Antrag sich nicht vollständig mit dem damaligen decke, weil es sich bei dem Letzteren um die Feststellung des Interpellationsrechtes an sich gehandelt habe, während Herr Nieß die Berechtigung der Versammlung, in die Besprechung einer Interpellation einzutreten, wünsche, so seien doch im Allgemeinen noch heute dieselben Gesichtspunkte für die Ablehnung auch des vorliegenden Antrages maßgebend. Jedenfalls werde es nicht angängig sein, eine allein hierauf gerichtete Bestimmung in das Statut aufzunehmen, weil dieselbe keinerlei Stützpunkt finde und daher in der Luft schweben. Wenn man etwas ändern wolle, so müsse man die ganze Materie statutarisch feststellen. Rücksichtlich der staatsrechtlichen Bedenken sei mit Fug und Recht einzuwenden, daß keine statutarische Bestimmung beabsichtigt werden könne, durch welche der Magistrat gezwungen werde, eine Interpellation zu beantworten, und es sei nicht einzusehen, weshalb die Stadtverordneten sich unter einander nicht über Sachen sollten unterhalten können, sobald sie solches für erwünscht halten. Wenn nun aber auch die Statuten-Commission die früher hervorgehobenen staatsrechtlichen Bedenken für hinfällig halte, so glaube sie doch keinen Grund zu haben, dem vorliegenden Antrage zuzustimmen, weil ein Bedürfnis dazu nicht wohl anerkannt werden könne. Sollte es einmal erwünscht sein, eine durch eine Interpellation angeregte Sache weiter zu verfolgen, so lasse sich diese Absicht durch einen sachgemäßen Antrag sehr wohl erreichen, weil kaum ein Fall zu denken sei, in welchem sich die Stellung eines Antrages als unthunlich, oder gar unmöglich herausstelle. Es brauche auch nicht immer erst ein Antrag nach Berathung in der Commission zur Beschlußfassung zu kommen, es könne vielmehr auf Antrag und unter Zustimmung der Versammlung sofort in die Berathung und Beschlußfassung desselben eingetreten werden. Dagegen würden bei Besprechung von Interpellationen häufig ziemlich lange und im Allgemeinen zwecklose Debatten hervorgerufen werden, welche vollständig ohne Kopf seien, weil ein Beschluß nicht folgen könne. Anders werde es sein, wenn ein bestimmter Antrag vorliege, auf welchen sich die Verhandlungen

stützen können und der bestimmte Beschlüsse hervorzurufen vermöge. Dazu komme noch, daß, wenn dieser Punkt statutarisch geregelt werde, höchstwahrscheinlich der bisherige, für die Mitglieder der Versammlung höchst einfache und bequeme Modus, nach welchem jeder Einzelne ohne Weiteres Interpellationen an den Stadtmagistrat richten könne, fortfallen werde. Es könne dann möglicherweise die Bestimmung getroffen werden, daß eine Interpellation nur eine gewisse Anzahl von Mitgliedern einbringen dürfe. — Aus allen diesen Gründen glaube die Statuten-Commission, der Versammlung anheim geben zu müssen, den Antrag Nieß abzulehnen. Herr Oberbürgermeister Pockels habe übrigens in der Commissions-sitzung noch den Wunsch ausgesprochen, daß die Stadtverordneten vor der Einbringung einer Interpellation dem Magistrat entsprechende Mittheilung machen möchten, damit derselbe im Stande sei, sich zur Beantwortung mit dem nöthigen Materiale auszurüsten.

Herr Nieß hat bei der Commissionsberathung seines Antrages zu seinem Erstaunen gehört, daß diese Berathung Gesichtspunkte ins Feld geführt habe, welche ihm bei der Stellung des Antrages vollständig fern gelegen haben. Namentlich sei von ihm nicht geglaubt, daß staatsrechtliche Bedenken herangezogen werden müßten, um diesen Gegenstand zu erledigen. Seiner Meinung nach handle es sich hierbei nur um eine innere Angelegenheit der Stadtverordneten-Versammlung, durch welche die Vollmacht des Vorsitzenden dahin vervollständigt bzw. erweitert werde, daß derselbe bei Interpellationen auf Beschluß der Versammlung eine Besprechung eintreten lassen dürfe. Jedenfalls sei er in keiner Weise davon überzeugt worden, daß so schwere Geschütze herangefahren werden müßten und derartige Bedenken geltend zu machen seien. Wenn diese Bedenken aber der öffentlichen Meinung gegenüber eine Stütze hätten, so müßten auch andere Corporationen ihren Brauch bei Interpellationen einschränken. Von dem Herrn Referenten sei auch geltend gemacht, daß die Städte-Ordnung über das Interpellationsrecht nichts enthalte, gerade deshalb glaube aber Redner, daß die Versammlung in der Lage sei, ihre Einrichtungen ohne irgend welche Beschränkung, der Neuzeit angemessen, treffen zu können, denn was in der Städte-Ordnung nicht verboten sei, dürfe die Versammlung unbedenklich thun (Widerspruch). Diese Behauptung lasse sich mit demselben Rechte, wie die Gegenbehauptung aufstellen. Immerhin könne die Versammlung ruhig abwarten, ob Jemand Einwendungen gegen eine derartige Einrichtung erheben werde. Andere Versammlungen, welche ihre Geschäfte in parlamentarischer Form erledigen, legen auch besonderes Gewicht darauf, daß sie bei Interpellationen in eine Besprechung eintreten können. Die Städte-Ordnung habe außerdem auf die heutigen Zustände noch nicht Bezug nehmen können, weil bei ihrer Abfassung den Stadtverordneten-Verhandlungen noch nicht der Werth und die Bedeutung beigelegt sei, welche sie heute thatsächlich besitzen. Er bitte deshalb um Annahme seines

Antrages. Immerhin werde es gut sein, den Grundsatz des Herrn Referenten, daß staatsrechtliche Bedenken der Annahme des Antrages entgegenstehen, nicht zum Grundsatz der Versammlung zu machen.

Hierauf bemerkt zunächst der Herr Vorsitzende, daß Herr Heymann gerade die im Jahre 1882 vorgeführten staatsrechtlichen Bedenken nicht für begründet gehalten, sondern vielmehr erklärt habe, er nehme diesen Standpunkt nicht ein.

Sodann spricht Herr Günther dem Commissionsantrage gegenüber seine Verwunderung aus, hinzufügend, daß er die jetzige Einrichtung stets als einen Uebelstand empfunden habe, weil sich nicht immer ein Antrag schon wegen der Unterstützungsfrage einbringen lasse. Jedenfalls sei es zu bedauern, wenn diese Angelegenheit in der von der Commission vorgeschlagenen Weise beseitigt werden solle. Bisher habe in der Versammlung ein ganz verschiedenartiger Brauch geherrscht. Während der frühere Vorsitzende stets eine Begründung der Interpellation verlangt habe, sei von Herrn Semler eine Zeitlang eine Begründung gar nicht zugelassen und erst in letzterer Zeit wieder gestattet. Welchen Werth habe nun aber eine Interpellation, wenn sie nicht einmal begründet werden dürfe? Redner bittet, dem Rieß'schen Antrage zuzustimmen, bezw. den Commissionsantrag abzulehnen.

Herr Lüderßen hält den Antrag Rieß für undurchführbar, weil zuerst das Interpellationsrecht geordnet werden müsse, denn zur Zeit kenne das „Statut, enthaltend ergänzende Bestimmungen der Geschäftsordnung der Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig“ noch gar keine Interpellationen.

Herr Heymann erwiderte Herrn Rieß gegenüber, daß er glaube, deutlich genug gesagt zu haben, er halte die damals erhobenen staatsrechtlichen Bedenken für unbegründet. Trotzdem habe Herr Rieß ihm in den Mund gelegt, daß er staatsrechtliche Bedenken hege. Gegen eine derartige Entstellung seines Referats müsse er protestiren. — Die Aeußerung des Herrn Günther veranlasse ihn von Neuem, sich gegen den vorliegenden Antrag zu wenden, weil es gar nicht in dem Wunsche der Versammlung liegen könne, auf den Willen eines Einzelnen hin in eine große Besprechung zu treten, sondern weil die Veranlassung zu solcher Verathung immer von einer gewissen Anzahl Stadtverordneter ausgehen müsse. Jede Anfrage lasse sich schließlich auch in einen Antrag kleiden und ohne einen solchen fehle der Verathung der Kopf. Wenn eine Sache wirklich dringlich und außerdem auch darnach angethan sei, so stehe, wie schon bemerkt, die Geschäftsordnung einer sofortigen Verathung und Beschlußfassung ohne Commissions-Verhandlung nicht entgegen.

Der Herr Vorsitzende äußert sich dahin, daß bei Annahme eines derartigen Antrages möglicherweise eine Masse Zeit mit unnützen Debatten verloren gehe, denn wenn man nicht wisse, worüber eigentlich gesprochen werde, lasse sich meistens recht viel sagen. Mit Rücksicht auf die, wohl allen Stadtverordneten kostbare Zeit sei

es wünschenswerth, sich bezüglich der Zulassung einer Besprechung von Interpellationen recht vorzusehen. Gerade der Umstand, daß nach den Intentionen der Herren Günther und Rieß der Einzelne in der Lage sein solle, eine Debatte über einen beliebigen Gegenstand zu veranlassen, sei für Redner hauptsächlich maßgebend, gegen sich den Antrag auszusprechen. Jedenfalls werde aber Herr Rieß dem Vorsitzenden durch Erweiterung seiner Befugnisse in dieser Richtung keinen Gefallen erweisen.

Herrn Wolff haben die Bedenken der Commission bezüglich der Herausbeschwörung längerer und ohne die Einbringung eines Antrages zweckloser Besprechungen nicht vollständig überzeugen können, denn er habe schon bei verschiedenen derartigen Fällen das Gefühl gehabt, daß die Unzulässigkeit einer Debatte zu bedauern sei. Immerhin seien doch Fälle denkbar, in denen sich im gegebenen Augenblicke nicht gleich ein passender Antrag finden lasse, ja es könne das Bedürfniß zur Stellung eines solchen erst während der Besprechung selbst hervortreten. Auf jeden Fall dürfen aber derartige Besprechungen nicht ohne den Willen der Mehrheit in der Versammlung statthaben und von einem Einzelnen sei die Versammlung in dieser Hinsicht nicht abhängig zu machen. Wenn nun aber die Mehrheit eine Besprechung wünsche, weshalb solle nicht wenigstens die Möglichkeit derselben offen gehalten werden? Zweckmäßig möchte es deshalb sein, den Antrag Rieß dahin zu erweitern, daß zunächst die Frage des Interpellationsrechts einer näheren Erörterung unterzogen, bezw. daß dieses Recht in gehöriger Form der Geschäftsordnung zugefügt werde. An und für sich sei es nur ein natürlicher Zustand, daß, wenn zwei Behörden mit einander arbeiten, von denen die eine die ausführende und die andere die mitberathende und bewilligende Gewalt habe, den Mitgliedern der letzteren die Befugniß und die Möglichkeit zugesprochen werde, bei hervortretenden Anfragen, bezw. Wünschen, welche im hohen Maße das öffentliche Interesse in Anspruch nehmen, eine solche Besprechung eintreten zu lassen, zumal der Magistrat gar nicht gezwungen werden könne, eine Interpellation zu beantworten. Beispielsweise habe es Redner bei der Interpellation Heymann in der Versammlung vom 1. März d. Js. (Punkt XVI.) außerordentlich leid gethan, daß ein anwesendes Mitglied der Versammlung indirect in seiner Thätigkeit getadelt sei, ohne daß diesem das Recht zugestanden habe, irgendwie einzugreifen. Was lasse sich nun in einem solchen Falle gleich für ein Antrag einbringen?

Wenn andererseits auch die Geschäftsordnung nicht ausschliesse, daß sofort in die Berathung eines Antrages eingetreten werden könne, so sei es bei der Tragweite der Beschlüsse nicht einmal gut und zweckmäßig, wenn die Versammlung unter dem Eindrucke des Augenblickes Anträge zu sofortiger Beschlußfassung bringe. Ganz anders liege der Fall, wenn nur eine Besprechung stattfinde, weil dann aus

dieser möglicherweise ein Antrag hervorgehen könne, über welchen erst später Beschluß gefaßt werde. Selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, daß bei Durchführung seines Wunsches hin und wieder kostbare Zeit der Mitglieder geopfert werden müsse, bringe er folgenden Antrag ein:

„Löbliche Stadtverordneten-Versammlung wolle das Interpellationsrecht der Stadtverordneten feststellen und zu diesem Zwecke den Antrag Nieß in dieser erweiterten Richtung an die Statuten-Commission zurückverweisen.“

Wenn bei Berücksichtigung dieses Antrages vielleicht bestimmt werden würde, daß selbst zu einer Interpellation mehrere Stadtverordnete ihre Zustimmung zu geben hätten, so sei solches keineswegs zu beklagen, denn so unbedeutende und lächerliche Fragen, welche nicht einmal die Unterschrift mehrerer Mitglieder der Versammlung finden, werde überhaupt kein Stadtverordneter stellen.

Herr Halle hat dem Beschlusse der Statutencommission nicht zugestimmt, weil er deren Bedenken nicht zu theilen vermöge. Weshalb solle nicht in die Besprechung einer Interpellation getreten werden können, welche der Magistrat bereits beantwortet habe, zumal solches doch öfter sehr wünschenswerth erscheine. Redner schließt sich im Uebrigen den Ausführungen des Vorredners an und bittet um Genehmigung des Antrages Wolff.

Herr Nieß zieht seinen Antrag zu Gunsten des Antrages Wolff zurück.

Herr Heymann hat bei Einbringung seiner Interpellation am 1. März d. Js. nicht mit dem Umstande zu rechnen gehabt, daß ein Mitglied der Direction der Gas- und Wasserwerke zugleich auch Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung sei, denn seine Anfrage habe sich nur allein an den Magistrat, als an diejenige Behörde richten können, welche für die Versammlung einzig in Frage komme. Im Uebrigen sei es auch in dem Falle möglich gewesen, einen entsprechenden Antrag einzubringen.

Herr Niese ist der Meinung, daß bei der Annahme des Antrages gar nichts riskirt werde, weil eine Besprechung doch nur dann stattfinde, wenn sich die Mehrheit der Versammlung dafür entscheide. Außerdem gebe es auch Fälle, in welchen die Form eines Antrages nicht gut gewählt werden könne. Beispielsweise werden der Versammlung alljährlich die Rechnungen über das ganze städtische Cassenwesen vorgelegt und es sei noch niemals etwas an denselben auszusetzen gewesen, obwohl auch hier Unregelmäßigkeiten vorkommen. Wenn z. B. die Rechnungen über das laufende Jahr zur Vorlage kommen, so sei jedenfalls auch an diesen nichts zu tadeln, trotzdem aber werde sich Redner veranlaßt sehen, bei der betr. Position der Ausgaben eine Interpellation des Inhalts an den Magistrat zu richten, ob demselben bekannt sei, daß ein städtischer Vorarbeiter auf Kosten der Stadtcasse ein sehr flottes Leben geführt habe. Uebrigens sei in diesem Falle nicht allein dem Vor-

arbeiter, sondern auch dessen Vorgesetzten die Schuld beizumessen, denn wenn dieser aufgepaßt hätte, würden die Ungehörigkeiten nicht vorgekommen sein. Sobald nun demnächst die Rechnungen zur Berathung kommen, werde Redner wegen dieses Punktes wohl eine Interpellation, nicht aber einen Antrag einbringen können, und möchte es sich dann vielleicht empfehlen, an diese eine Besprechung zu knüpfen. Wenn vorhin anerkannt sei, daß der Magistrat bis dahin in entgegenkommender Weise alle Interpellationen beantwortet habe, so sei das richtig, aber es könne auch einmal der Umstand eintreten, daß derselbe nicht auf Laune sei und die Beantwortung unterlasse, in welchem Falle dann eine Besprechung die Sachlage wohl klarzustellen vermöge. Er bitte deshalb um Annahme des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Pockels glaubt annehmen zu sollen, daß der Herr Vorredner sein eben angeführtes Beispiel auf Thatfachen gestützt habe, in welchem Falle bei einer bestimmten Arbeit, oder einer Menge von Arbeit ein bestimmter Vorarbeiter die Stadtcasse mit Verschulden seines Chefs, also eines städtischen Beamten, geschädigt habe. Wenn der Herr Vorredner seine Behauptung in diesem Sinne aufgestellt habe, so werde der Magistrat wohl billigerweise von ihm fordern dürfen, daß er, wenn auch nicht hier in öffentlicher Sitzung, so doch hinterher vertraulich, Anzeige darüber erstatte, damit der Magistrat die Interessen der Stadt zu wahren vermöge.

Herr Günther will lieber den jetzigen Zustand aufrecht erhalten sehen, als daß erst ein Mehrheitsbeschluß über die Zulässigkeit einer Interpellation gefaßt werden müsse. Wenn der Herr Vorsitzende meine, daß durch Annahme des Riekschen Antrages die Versammlung in endlose Debatten verwickelt werde, so sei solches in dem Maße wohl nicht zu befürchten, weil zum Debattiren immer zwei gehören und es in der Hand der Betheiligten selbst liege, die Debatten durch Nichtbeantwortung abzuschneiden.

Der Herr Vorsitzende bemerkt hierzu, daß das letztere Verfahren sich auch nicht immer empfehle, weil dann von Jemand eine Debatte angeregt und in derselben ein Anderer angegriffen werden könne, von dem es dann hinterher im Publicum heiße: „Dem hat er es mal wieder ordentlich gegeben“, sobald derselbe sich auf eine Widerlegung nicht einlasse.

Herr Reiche erinnert sich noch genau, daß bei der Berathung des Randoehrigen Antrages im Jahre 1882 Herr Rieke sich gegen denselben ausgesprochen und geäußert habe, es liege gar kein Grund zu einer Aenderung des bisherigen Verfahrens vor und es könne auch nicht schaden, wenn bei solcher Gelegenheit einmal der Magistrat Diesem oder Jenem einen Nasenstüber ertheile. Andererseits aber sei es sehr zu bedauern, daß Herr Rieke solche Gelegenheit benutze, um wegen einer noch gar nicht aufgeklärten Angelegenheit hier viel Staub aufzuwühlen und sich hinterher, wenn Namen gefordert werden, ins Dunkle zurückzuziehen. Jedenfalls wäre es besser

gewesen, wenn Herr Kieke bei Entdeckung einer derartigen Unregelmäßigkeit dem Magistrate, oder der Bauverwaltung entsprechende Anzeige erstatte, als daß er sich hier in einer so unbestimmten Weise ausspreche und hinterher die Nennung von Namen verweigere. Hierdurch müsse das Vertrauen zu den städtischen Behörden geschwächt und das Ansehen der städtischen Beamten gefährdet werden und das! sei sehr zu bedauern. (Bravo.)

Herr Wolff bemerkt Herrn Günther gegenüber, daß seiner Auffassung nach Interpellationen entweder einfach durch Anmeldung bei dem Vorsitzenden, oder nach Unterstützung von vielleicht noch zwei Mitgliedern schriftlich einzureichen seien. Wenn dann der Magistrat die Interpellationen beantwortet habe, was natürlich in das Belieben desselben zu stellen sei, so könne ja nach dem Ausfalle der Antwort auf Antrag in die Besprechung eingetreten werden, sofern sich die Mehrheit dafür entscheide.

Herr Kieke verwahrt sich dagegen, daß Herr Reiche ihm einen Gegensatz mit der im Jahre 1882 geäußerten Meinung vorwerfe. Wenn Redner seine Ansicht über diesen Punkt seit der Zeit geändert habe, so habe das Herr Reiche, wenn auch in anderer Weise, ebenfalls schon gethan. Wenn der Vorarbeiter Lehmborg von seinen Vorgesetzten gehörig überwacht wäre, so hätten die Bohlenverkäufe u. s. w. nicht vorkommen können, aus diesem Grunde halte er aber die Vorgesetzten für Mitschuldige. Er habe sich des Beispiels bedient, um seine Ansicht besser zu begründen, deshalb glaube er aber noch nicht, daß er Jemand in der Versammlung beleidigt, oder gegen die Geschäftsordnung verstoßen habe. Man fasse ihn nicht mit Glacehandschuhen an und das verlange er auch nicht, er mache es aber ebenso. Wenn er sich s. Z. gegen den Ramdohrschen Antrag erklärt hätte, so habe er damals keinen Anlaß gehabt, sich über irgend etwas zu beklagen und er müsse auch heute noch anerkennen, daß ihm vom Magistrate jedesmal bei einer Interpellation die gewünschte Aufklärung geworden sei. Mit Rücksicht darauf, daß Herr Reiche damals eine Zurechtweisung vom Herrn Oberbürgermeister erhalten habe, wäre es jedenfalls angebracht gewesen, wenn Ersterer auf jene Verhandlungen gar nicht zurückgegriffen hätte, weil dann kaum noch Jemand daran gedacht haben würde und nachgerade Gras darüber gewachsen wäre, da aber Herr Reiche die Sache jetzt wieder aufrühre, so habe Redner keine Veranlassung, zu schweigen.

Die Debatte wird darauf geschlossen und der Antrag des Herrn Wolff angenommen.

VI. Der Zimmermeister Jacobs hat gebeten, ihm zum Zwecke der Ausführung eines Neubaus auf seinem an der Klosterstraße belegenen Grundstücke eine zu 18 qm vermessene Fläche käuflich zu überlassen, wogegen derselbe sich bereit erklärt hat, eine zu seinem Grundstücke gehörige 1 qm haltende Fläche, welche nach

dem Ortsbauplane einer dort projectirten neuen Straße beizulegen ist, an die Stadt abzutreten. Der Magistrat ersucht um Genehmigung des dieserhalb mit Jacobs abgeschlossenen notariellen Vertrages, in welchem der Einheitspreis für das fragliche Terrain auf 7,50 M festgesetzt ist. Da nun durch den beabsichtigten Neubau die Klosterstraße in unzulässiger Weise verschmälert werden würde, so hat der Provisor des Thomae Hofes sich bereit erklärt, von der für die genannte Stiftung angekauften, vormalß Bierbaumschen Länderei eine 33 qm große Fläche, welche bei späterer planmäßiger Verbreiterung der Klosterstraße ohnehin zur Straße abgetreten werden muß, sofort zur Verfügung zu stellen. Jacobs verpflichtete sich dann ferner, die auf 80 M veranschlagten Kosten der einstweiligen straßenmäßigen Instandsetzung dieser Parcellen zu übernehmen.

Nach Befürwortung des Magistratsantrages durch Herrn Seele, im Auftrage der Finanz-Commission, wird der Vertrag mit Jacobs und damit eine Ausgabe von 127,50 M genehmigt.

VII. Der Neubau-Etat der Canalbaucaße für 1888 hat diejenigen Summen, welche in der Vorzeit aus städtischen Cassen auf den Bau unterirdischer Canäle verwandt worden sind und welche den beteiligten Cassen nach Maßgabe des Statuts, die Entwässerung der Stadt Braunschweig betreffend, zum 1. October d. Js. zu ersetzen sind, festgestellt wie folgt:

1) Stadtcasse

a. Ordinarium . . .	49 847,25 M
b. Extra-Ordinarium . . .	26 674,97 „

Zusammen 76 522,22 M

2) Begebaucasse 209 275,72 „

Die letztere Ziffer ändert sich in Folge verschiedener Umstände, welche zur Zeit der Feststellung dieser Summe noch nicht in Berücksichtigung gezogen werden konnten, auf 209 883,80 M.

Der Magistrat giebt bezüglich der Verwendung dieser Mittel anheim zu beschließen:

- 1) daß die bis zum Jahre 1880 aus der Stadtcasse — welche bis zu diesem Zeitpunkte die einmaligen und die laufenden Ausgaben zusammen buchte — und ebenso die in der Folgezeit aus dem Ordinarium derselben (für laufende Ausgaben) auf Canalbauten verwandten Beträge zu 49 847,25 M dem Ordinarium der Stadtcasse zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen deren diesjährigen Einnahmen und Ausgaben überwiesen werden;

- 2) daß die aus dem Extra-Ordinarium bestrittenen Canalbaukosten mit 26674,97 M dorthin zur Deckung von nachträglich beschlossenen Mehrausgaben zurückgezahlt werden und
- 3) daß die Forderung der Wegebaukasse in Höhe von 209883,80 M als aus früheren Verwaltungen herrührendes Vorrathsvermögen behandelt und dem Neubau-Stat der Wegebaukasse zugeführt werde.

Anlangend die Verwendung der letzteren Summe beantragt der Magistrat ferner, zu beschließen,

daß im laufenden Jahre der Ausbau der nachverzeichneten Straßen, soweit dazu die technischen Kräfte der Stadt ausreichen werden, in der Voraussetzung erfolge, daß die Anlieger dieser Straßen sich zu unentgeltlicher bezw. billig mäßiger Abtretung ihrer zur Straßenanlage erforderlichen Grundflächen verstehen werden, nämlich

- | | |
|--|----------|
| a. Biewegstraße, zwischen Limbecker- und Lutterstraße, eingeschlossen den Areal-Erwerb | 24 620 M |
| b. Limbeckerstraße, zwischen Gertruden- und Lutterstraße, eingeschlossen den Arealerwerb | 13 770 " |
| c. Broitzemer Mühlenweg bis über das Geleise der Landes-Eisenbahn hinaus | 17 000 " |

Zusammen . . . 55 390 M

Außerdem behält sich der Magistrat vor, noch Vorlagen wegen diesjähriger Herstellung des Mittelweges zwischen Neben- und Taubenstraße vom Mittelwege bis zum neuen Gaswerke, der kleinen Bertramstraße und des nicht im Privatbesitz befindlichen Theiles der Hedwigstraße, möglicherweise allerdings mit Beschränkung auf die Instandsetzung der Fußwege auf diesen Straßen einzubringen, sobald die diesbezüglich angeforderten Kostenanschläge eingereicht sein werden. Für das Jahr 1889 hat der Magistrat vorläufig den Ausbau folgender Straßen: Kurze-straße, Madamenweg, Körnerstraße zwischen Martha- und Bertramstraße, Ringstraße durch den vormalig Steding'schen Garten, Marienstraße und Biewegstraße zwischen Charlotten- und Salzdahlumerstraße in Aussicht genommen.

Herr Hollmann ersucht Namens der Finanz-Commission um die Genehmigung der vom Magistrate bezüglich der Verwendung der vorhandenen Mittel gestellten Anträge.

Herr Lange bittet, die Helenenstraße mit in das Netz der auszubauenden Straßen aufzunehmen, weil dieselbe als Zugangsweg zum Wilhelmithor-Bahnhofe bei dem sich steigenden Verkehre immer lebhafter benutzt werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels hält den Ausbau der Helenenstraße nicht für so dringlich, wie den Ausbau mancher anderen Straße, er sei indessen bereit,

die Vorbereitungen zur Lösung der Frage, ob und in welcher Weise die Helenenstraße auszubauen sei, durch die städtische Bauverwaltung treffen zu lassen, so daß die Stadt möglicherweise im nächsten Jahre zur Instandsetzung schreiten könne, während solches für dieses Jahr nicht mehr möglich sei.

Indem Herr Lange nochmals die Bedeutung der fraglichen Straße erläutert, bittet er, dieselbe dann wenigstens im nächsten Jahre auszubauen.

Herr Wolff kann die Ansicht über die Bedeutung der Helenenstraße durchaus nicht theilen, weil dieselbe als Zugangsweg zum Wilhelmithor-Bahnhofs mit dem Augenblicke gesperrt werden solle, in welchem die Wolfstampsstraße fertig gestellt sei.

Die Magistratsanträge werden darauf genehmigt.

VIII. Die Direction der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn hat gebeten, behufs Herstellung eines angemessenen Zugangsweges zum Wilhelmithor-Bahnhofs den Broikemer Mühlenweg auszubauen und hat sich zugleich bereit erklärt, zu den dadurch erwachsenden Kosten einen Beitrag von 3000 M zu leisten. Diesem Gesuche hat sich der Zimmermeister Eggeling, welcher nahezu die sämtlichen, südlich von dem gedachten Wege belegenen Bauplätze besitzt, mit dem Erbieten angeschlossen, der Stadt, gegen Befreiung von den ihm zur Last fallenden Straßenbaukosten, das zur Straßenverbreiterung von seinen Grundstücken abzutretende Terrain unentgeltlich zu überlassen und außerdem am 1. October d. Js. baar 5000 M an die Stadt zu zahlen. Endlich hat sich die hiesige Straßenbahn-Gesellschaft bereit erklärt, die Linie Nordbahnhof—Luisenstraße über die Frankfurterstraße, und nach Instandsetzung des Broikemer Mühlenweges über diesen bis zum Wilhelmithor-Bahnhofs fortzuführen und die durch die 2 m breite Pflasterung des letztgedachten Weges entstehenden Kosten zu übernehmen. Nach dem von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeiteten Projecte sind die Straßenbaukosten für den Fall, daß die Fahrbahn chausfirt wird und die Fußwege mit Bordsteinen versehen und grandirt werden, zu 27 000 M veranschlagt. Dem Antrage der Bauverwaltung: die Fahrbahn zu pflastern und die Fußwege mit Mosaikpflaster zu versehen, kann der Magistrat mit Rücksicht auf die erheblichen Kosten (49 000 M) nicht zustimmen. Nach Absetzung der oben bezeichneten Beträge von 8000 M und der zu 2000 M veranschlagten Pflasterkosten würden seitens der Stadt noch 17 000 M aufzuwenden sein, welche Summe übrigens zu einem nicht unerheblichen Theile bei Bebauung der an der Nordseite des Weges liegenden Grundstücke zurückzuerstatten ist. Wenn nun auch die städtische Bauverwaltung das Angebot von Eggeling zur Annahme nicht empfehlen kann, weil derselbe bei genauer Berechnung 12 876,16 M zu zahlen habe, während er bei Schätzung des abzutretenden Terrains auf 3 M pro qm einschließlich der 5000 M nur eine Gegenforderung von 11 684 M erheben könne, so ist

doch der Magistrat der Ansicht, daß das Abkommen mit Eggeling zur Annahme schon um deshalb empfohlen werden müsse, weil einmal der Einheitspreis für das abzutretende Terrain möglicherweise höher zu greifen sei und außerdem die auf die Eggeling'schen Grundstücke entfallenden Kosten erst nach Bebauung derselben zur Erstattung kommen würden, mithin die fraglichen Beträge bis dahin von der Stadt zu verzinsen wären. Endlich hat auch Eggeling die Wittwen Lüttgerath und Ilfenberg zur unentgeltlichen Ueberlassung der von diesen abzutretenden Straßenflächen bestimmt.

Aus diesen Gründen hat der Magistrat mit den *cc.* Eggeling, Lüttgerath und Ilfenberg, sowie mit der Direction der Braunschweigischen Landesbahn entsprechende notarielle Verträge abgeschlossen. Letztere erklärt sich außer der Zahlung des Zuschusses von 3000 *M* auch noch bereit, die durch Instandsetzung und Unterhaltung der Straße innerhalb des dieselbe kreuzenden Bahnkörpers erwachsenden Kosten zu übernehmen und eine ihr gehörige, zu 1,27 a vermessene Parcellle gegen eine zu 1,36 a vermessene Fläche entbehrlichen Vegeterrains auszutauschen.

Um ein alsbaldiges Wiederaufreißen der Straße zu vermeiden, hält es der Magistrat für angezeigt, daß dieselbe sofort mit einem Abzugscanale, sowie mit Gas- und Wasserröhren belegt werde, diese aber einstweilen an beiden Enden verschlossen zu halten und erst dann in Benutzung zu nehmen seien, wenn die erforderliche Vorfluth für den Canal beschafft bezw. der genügende Gas- und Wasserconsum gesichert sein wird. Veranschlagt sind die Kosten für diese Anlagen zu $10000 + 2467 + 2673,40 \text{ M} = 15140,40 \text{ M}$.

Der Magistrat ersucht um Genehmigung der beiden notariellen Verträge, sowie um Bewilligung der näher bezeichneten Kosten für den Ausbau, die Canalisierung u. s. w. des Broißemer Mühlenweges im Gesamtbetrage von 32140,40 *M*.

Herr Reuter empfiehlt namens der Baucommission die Annahme der Magistratsanträge, indem derselbe besonders hervorhebt, daß die Commission sich den Gründen des Magistrats in allen Punkten, namentlich auch bezüglich des mit Eggeling abgeschlossenen Vertrages anschließe. Uebrigens seien in den Kosten für die Legung der Gasleitung auch bereits die aufzustellenden Kandelaber enthalten, so daß die Straße wegen Legung der Zweigrohre demnächst nicht noch einmal brauche aufgebrochen zu werden.

Die Versammlung beschließt nach den Anträgen.

IX. Die Feldmarks-Interessenschaft Neupetritbor hat beschlossen, einen hinter der Ludovicischen Fabrik belegenen Weg aufzuheben und das dadurch gewonnene 32,44 a haltende Terrain an die Landesbahn-Gesellschaft zum Preise von 1200 *M* pro 25 a zu verkaufen. Da die Anlieger dieses Weges sich mit der Aufhebung desselben einverstanden erklärt haben und auch die gesetzlichen Vorschriften

gewahrt sind, so ersucht der Magistrat, die erforderliche Genehmigung zu der Wegeaufhebung ertheilen zu wollen, indem derselbe noch hervorhebt, daß zum Ver-
kaufe des fraglichen Wegeterrains nur die Genehmigung des Herzoglichen
Staatsministeriums erforderlich ist.

Die Statuten-Commission hat diesen Antrag geprüft und Bedenken dagegen
nicht gefunden, so daß dieselbe durch Herrn Schwarzenberg um die Genehmigung
desselben ersucht.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

X. Der Industriewaaren-Händler Chr. Langzettel, welcher durch den Ankauf
eines an der Kastanienallee belegenen Grundstückes auch Besitzer eines Grund-
stückes an der Grünstraße geworden ist, hatte bei dem Stadtbauamte um die
Genehmigung zur Erbauung eines Wohnhauses an der letztbezeichneten, noch
nicht befestigten und nicht canalisirten Straße nachgesucht und war auf Grund des
§. 6 des Ortsbaustatuts abschlägig beschieden. Derselbe wendet sich nunmehr an
die Stadtverordneten-Versammlung mit der Bitte, diesen Beschluß aufzuheben und
ihm die Erbauung eines Wohnhauses an der Grünstraße zu gestatten.

Herr Reuter bittet namens der Baucommission über das Gesuch mit Rück-
sicht auf die Bestimmung im §. 6 des Ortsbaustatuts zur Tagesordnung überzu-
gehen. Die fragliche Bestimmung laute: „Wohnhäuser außerhalb der angelegten
Straßen und Plätze an den in den Ortsbauplan aufgenommenen Baulinien zu
errichten, ist untersagt. Es kann dies jedoch im Einzelfalle mit Zustimmung der
städtischen Behörden gestattet werden u. s. w.“ Auf Grund dieser Vorschrift habe
das Stadtbauamt bei dem Magistrat angefragt, ob die Grünstraße unter die Zahl
der unbefestigten und nicht canalisirten Straßen aufgenommen werden solle, an
welchen gebaut werden dürfe, welche Frage Letzterer verneinend beantwortet habe.
Demnach dürfe an der Grünstraße vorläufig nicht gebaut werden.

Abgesehen davon, daß die Versammlung gar nicht competent sei, in dieser Frage
eine Entscheidung abzugeben, wie bereits in der vorigen Sitzung (Seite 91 des
Protokolles) ausgeführt worden, werde es entschieden zu großen Unannehmlichkeiten
führen, wenn an jeder beliebigen, im Ortsbauplane vorgesehenen Baulinie Häuser
errichtet werden dürfen und deshalb sei das Vorgehen des Magistrats bezw. des
Stadtbauamtes nur zu billigen. Uebrigens liege es im Interesse des Publicums
selbst, sich endlich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß die Stadtverordneten-
Versammlung gar nicht in der Lage sei, dem Stadtbauamte gegenüber die Be-
schwerde-Instanz zu bilden, daß hierzu vielmehr für die Stadt Braunschweig
das Herzogliche Staatsministerium berufen sei.

Nach einigen Bemerkungen der Herren Hollmann und Stadtrath Rete-
meyer wird der Commissionsantrag angenommen.

XI. Die Ausführung des extraordinären Etats der Stadtcasse für 1888 erforderte die Aufnahme von Anleihen im Betrage von 817 000 M und der diesjährige Neubau-Etat der Canal-Baucasse hat eine Anleihe von 782 000 „

vorgesehen, was einen Gesamtbedarf von 1 599 000 M ausmacht. Die Beschaffung dieser Summe soll beschlußmäßig durch Veräußerung eines entsprechenden Theiles von Obligationen der 1887er Anleihe des Kreis-Communalverbandes erfolgen, aus welcher noch 3 Millionen Mark vorhanden sind. Ein fernerer Capitalaufwand erwächst durch die beschlossene Erweiterung des alten und die Erbauung eines neuen Gaswerkes, sowie die Erweiterung des Gasrohrnetzes, wofür im Ganzen 688 500 M bewilligt wurden. Auch diese Summe soll nach den gefaßten Beschlüssen in Anbetracht der augenblicklichen Erschöpfung des Reservefonds des Gaswerkes einstweilen durch Ueberweisung des Erlöses aus dem Verkaufe von Kreis-Obligationen beschafft werden, so daß der gesammte Bedarf der Stadt 2 287 500 M beträgt. Mit Rücksicht darauf, daß der Fehlbetrag des Neubau-Etats der Wegebaucaasse in Folge der dem Letzteren zum 1. October d. Js. aus dem Canalbaufonds zufließenden Einnahme von 209 275,72 M sich erheblich verringern und auch der Aufwand für Herrichtung der neuen Gasanstalt zu einem nennenswerthen Theile erst im künftigen Jahre zu bestreiten sein wird, außerdem der Fehlbetrag in gewisser Höhe durch Heranziehung von inzwischen wieder angesammelten Vorrathsmitteln des Gaswerkes wird gedeckt werden können, braucht im laufenden Jahre ein der obenbezeichneten Gesamtsumme entsprechender Werth von Kreis-Obligationen nicht voll, sondern vielleicht nur zu einem Betrage von 2 Millionen Mark versilbert zu werden. Während hiervon etwa 1 200 000 M zum 1. Juli bezw. 1. August d. Js. beschafft werden müssen, kann die Beschaffung des Restes bis zum letzten Quartale d. Js. hinausgeschoben werden.

Es sind nämlich erforderlich:

- 1) für die Stadt- und die Wegebaucaasse zur Deckung eines zum 1. Juli d. Js. rückzahlbaren Vorschusses von 130 000 M, sowie zur Bezahlung des vereinbarten Kaufpreises für die Hofstattsgebäude am Ruhfäutchen-Platz 100 000 M und endlich zu Hoch-, Brücken- und Wegebauten 170 000 M, zusammen 400 000 M; hiervon kann indessen die Stadtcasse aus eigenen Mitteln noch 100 000 M decken, mithin bleiben erforderlich 300 000 M;
- 2) für das Gaswerk zur Deckung eines Vorschusses für die Erweiterungsbauten im Betrage von 150 000 M und für den Neubau 250 000 M, sowie endlich eine weitere Rate der Neubaufosten im Betrage von 100 000 M, zusammen also 500 000 M;
- 3) für den Canalbaufonds 400 000 M nach Schätzung.

Von dem hiernach auf 1 200 000 M sich berechnenden Bedarf wird etwa eine Million im Juli, der Rest zu rund 200 000 M im Laufe der Monate August und September d. Js. erforderlich werden.

Der Magistrat stellt nun folgende bezüglichliche Anträge:

- I. daß der Kreis-Communalverband eine zweite Quote seiner 1887er Obligationssanleihe im Nennwerthe von 1 200 000 M und zwar eine Million zum 1. Juli und 200 000 M nach seinem pflichtmäßigen Er-messen innerhalb des nächsten Quartals ausgabe und die aus der Begebung dieser Obligationen erzielten Beträge als im Nennwerthe mit $3\frac{1}{2}$ % verzinsliche Darlehen an die Stadtgemeinde ausleihe;
- II. daß die Stadtgemeinde diese $3\frac{1}{2}$ procentigen Darlehen zum Nennwerthe von 1 200 000 M annehme und davon einen Betrag im Nennwerthe von
 - a. 300 000 M der Stadtcasse,
 - b. 500 000 „ dem Reservefonds des Gaswerkes,
 - c. 400 000 „ dem Canalbaufonds
 überweise.

Endlich beantragt der Magistrat noch, daß, unter Berücksichtigung des dem Consortium von hiesigen Bankhäusern, welches die Obligationssanleihe des Kreis-Communalverbandes von 1880 und 1884 gekauft hatte, zustehenden Vorkaufsrechtes, der Preis des zum 1. Juli d. J. zu verkaufenden Nennwerthes von einer Million Mark auf 100% festgesetzt werde und daß der Magistrat ermächtigt sein solle, im Laufe des nächsten Quartals einen fernerer Nennwerth von 200 000 M auf ihm angemessen erscheinenden Wege zum Mindestpreise von 100% zu verkaufen.

Im Namen der Finanzcommission führt Herr Wolff nach Erstattung dieses Referates noch Folgendes aus: Der Magistrat sei mit der Finanzcommission dahin übereingekommen, daß es angemessen sein möchte, für diese neue Anleihe den Paricurs zu beanspruchen, weil sich dieses Papier, welches in der ersten Serie zu 97,75 % abgegeben sei, inzwischen eingebürgert habe und bereits bis zu einem Course von 101 gestiegen sei. Diesen Course zu fordern, sei dagegen nicht für angezeigt erachtet worden, weil dem Consortium für das Risiko, welches dasselbe beispielsweise bei dem Eintritt wichtiger politischer Ereignisse zu tragen habe, auch ein entsprechender Gewinn gelassen werden müsse und weil außerdem bei dem Paricurse die Stadt sich unter allen Umständen einen festen, selbst durch widrige Umstände nicht abzuschwächenden Course sichere. Außerdem sei derselbe auch unter Berücksichtigung der Course anderer städtischer Anleihen als angemessen erachtet worden. Aus diesen Gründen habe der Magistrat im Einvernehmen mit der Finanzcommission den Paricurs gefordert und sei derselbe auch von dem Consortium angenommen worden, worauf der Magistrat mit demselben das Geschäft, natürlich unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung, abgeschlossen habe.

Gestern sei nun von zwei Bankhäusern, nämlich der Hildesheimer Bank in Hildesheim und der hiesigen Firma Ludwig Peters Nachf. ein nachträgliches Gebot auf 100,25 % eingegangen. Dieses Gebot anzunehmen, empfehle sich indessen aus folgenden Gründen nicht. Wenn der Magistrat ein derartiges Geschäft unter dem erforderlichen Vorbehalte abschließe, so geschehe solches gegenseitig auf Treue und Glauben: der Magistrat müsse namentlich mit Rücksicht auf einen für die Stadt so günstigen Cours annehmen, daß sein Antrag Genehmigung finden werde, während andererseits das Consortium bei Abschluß dieses Geschäfts schon eine gewisse moralische Gewähr für die Annahme des Uebereinkommens erhalte. Da also gewissermaßen eine moralische Verpflichtung für den Magistrat den hiesigen drei Bankhäusern gegenüber vorliege, so sei es nicht wohl gethan, jetzt noch das Angebot derselben zurückzuweisen, wohl aber möchte es sich empfehlen, wenn die Versammlung namentlich mit Rücksicht auf spätere Geschäfte die Erwartung ausspreche, daß das Consortium den von anderer Seite gebotenen höheren Cours von 100,25 % freiwillig annehme und bezahle. Das sei ein nach jeder Richtung hin anständiger Ausweg. Auf solche Weise werden auch die Geschäfte mit der städtischen Verwaltung einen gewissen sicheren Character erlangen und es könne dann Niemand sagen, daß sein Angebot und Abkommen mit dem Stadtmagistrate nichts gelte, wenn er hinterher von anderer Seite überboten werde. Wenn aber der Magistrat diesen Bankhäusern anheimgabe, mit Rücksicht auf spätere Geschäfte das von anderer Seite gemachte höhere Gebot gleichfalls noch einzubringen, so werde solches jedenfalls geschehen und das Geschäft sei dann nach jeder Richtung hin ein solides zu nennen.

Bezüglich der Begebung von 200 000 M. nach Bedarf des Magistrats beantrage die Commission die Annahme des Magistratsantrages, weil in den nächsten beiden Monaten keine Stadtverordneten-Sitzung stattfinden und der Magistrat möglicherweise das Geld schon bis zu der nächsten Versammlung gebrauchen könne. Die Commission beantrage deshalb, den Magistrat zu ermächtigen: 1) dem hiesigen Consortium von Bankhäusern den Zuschlag mit 100 % unter dem oben näher dargestellten Anheimgaben ertheilen und 2) die Anleihe von 200 000 M. nach Bedürfniß und mindestens zu dem Paricurse aufnehmen zu dürfen.

Der Herr Vorsitzende bemerkt bezüglich einer Aeußerung des Herrn Wolff, daß die Versammlung sich in ihrem Beschlusse wegen einer moralischen Verpflichtung des Magistrats dem Consortium gegenüber in keiner Weise zu binden brauche, für die Versammlung liege eine derartige Verpflichtung durchaus nicht vor, sie könne ganz nach freiem Ermessen handeln.

Herr Wolff bittet, den betr. Theil seines Referates dahin zu verstehen, daß es nach Auffassung der Commission einen besseren Eindruck mache, wenn der Magistrat sein Abkommen mit dem Consortium durch Beschluß der Versammlung auf-

recht halten könne, trotzdem noch in letzter Stunde ein etwas höheres Gebot von anderer Seite gekommen sei und daß hierdurch die Geschäfte mit den städtischen Behörden eine solidere Grundlage gewinnen dürften.

Herrn Hollmann, welcher sich zum Worte meldete, konnte dasselbe nicht ertheilt werden, weil derselbe als Vertreter eines der drei theilhaftigen Bankhäuser auf Grund der Städte-Ordnung nicht zur Sache sprechen durfte.

Herr Meyer beantragte, dem Consortium den Vorzug unter der Bedingung zu geben, daß dasselbe den von der anderen Seite gebotenen Kurs von 100,25 % gleichfalls annehme, anderenfalls aber dem Angebote der Hildesheimer Bank u. Gen. Folge zu geben.

Nach einigen Bemerkungen der Herren Halle und Ramdohr wurde zur Abstimmung geschritten.

Dieselbe ergab Ablehnung des Antrages Meyer, dagegen Annahme des Magistratsantrages mit dem Zusatzantrage der Commission, sodaß also dem Consortium die Anleihe zum Kurse von 100 % überlassen und da bei die allerdings nicht zwingende Erwartung ausgesprochen wird, den höheren Kurs von 100,25 % freiwillig zu zahlen.

XII. Die hiesige Schützengesellschaft beabsichtigt, bei dem gegenwärtigen Mangel eines zur Abhaltung des Königschießens geeigneten Platzes in hiesiger Stadt, das diesjährige Königschießen in Wolfenbüttel abzuhalten. Da der etatisirte Beitrag zu den Kosten der Musik beim Königschießen im Betrage von 78 M wohl wesentlich in Rücksicht auf das mit demselben in hiesiger Stadt verbundene Volksfest gewährt wird, so sind Zweifel darüber erhoben, ob der vorgedachte Beitrag auch für das in Wolfenbüttel abzuhaltende Königschießen gezahlt werden kann. Der Magistrat ist geneigt, mit Rücksicht auf die nicht günstige Lage der Schützengesellschaft den fraglichen Beitrag ausnahmsweise auch für das außerhalb Braunschweigs stattfindende Königschießen zu zahlen, er ersucht aber zunächst um die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Statuten-Commission, für welche Herr Heymann berichtet, giebt anheim, sich mit dem Magistratsvorschlage auf Zahlung der 78 M für das laufende Jahr einverstanden zu erklären, obwohl eine rechtliche Verpflichtung zur Zahlung dieser Summe nicht vorliege. Die Schützen-Gesellschaft erhalte neben diesen 78 M noch 462,50 M, während der früher außer diesen beiden Beträgen gezahlte Zuschuß von 600 M fortgefallen sei.

Nachdem noch Herr Günther bemerkt hatte, daß er nicht gegen die Zahlung der 78 M sprechen, aber doch hervorheben wolle, es dürfe durch die etwaige Bewilligung ein Präjudiz nicht geschaffen werden,

wurde der Beitrag von 78 M seitens der Versammlung genehmigt.

XIII. Der Maurer Albert Rosenthal hieselbst, welcher auf seinem im östlichen Theile der Biewegstraße belegenen Grundstücke ein Wohnhaus zu errichten beabsichtigt, hat von dem gedachten Grundstücke zwei, zu 98 bzw. 11 qm vermessene, der bezeichneten Straße dem Ortsbauplan zufolge zuzulegende Flächen an die Stadt unentgeltlich abgetreten. Der Magistrat ersucht um Genehmigung des dieserhalb abgeschlossenen notariellen Contractes,

und schließt sich die Baucommission, in deren Auftrage Herr Bültemann berichtet, diesem Ersuchen an,

worauf die Versammlung den Contract genehmigt.

XIV. Die hiesige Straßenbahn-Gesellschaft hat sich jetzt bereit erklärt, sowohl die Linie Hohethor—Steinthor bis zum Central-Friedhofe, als auch die Linie Nordbahnhof—Luisenstraße bis zum Wilhelmithorbahnhofe zu verlängern. Zur Fortführung der Linie Hohethor—Steinthor bis zum Central-Friedhofe hat sich die Gesellschaft unter folgenden Bedingungen erboten: 1) Wegen der starken Steigung der Helmstedterstraße wird zu der Anlage, nach Ueberschreitung der Steinthorbrücke, der nördliche Theil der Adolfsstraße, die Leonhardstraße und erst von deren östlichen Endpunkte ab die Helmstedterstraße benützt. 2) Zu dem Baue werden eiserne Langschweller nach dem Haarmannschen Systeme verwandt, bei denen sowohl der hölzerne Unterbau, als auch die den übrigen Fahrverkehr leicht belästigende sogenannte Schugrippe fehlt, indem letztere zu einer zweiten Fläche ausgebildet ist. 3) Zwischen und in einer Breite von je 0,5 m neben den Schienen wird die Fahrbahn mit Grauwacke gepflastert. Die Verwendung dieses Materials zu gestatten dürfte, wenngleich sich die städtische Bauverwaltung mit Rücksicht auf die geringere Dauerhaftigkeit dagegen ausgesprochen hat, um deswillen unbedenklich sein, als etwaige Reparaturen auf Kosten der Gesellschaft auszuführen sind. Dafür spricht überdies der Umstand, daß bei Pflastersteinen von Grauwacke im Gegensatz zu Gabbro- und Basaltsteinen die dem Verkehr hinderliche Glätte nicht eintritt. 4) Die durch Einrichtung der verlängerten Linie erwachsenden Kosten werden angerechnet auf diejenigen 100 000 M., zu deren Aufwendung die Gesellschaft zur Ausführung neuer Linien laut notariellen Vertrages verpflichtet ist. 5) Auf die Einrichtung und den Betrieb der auszubauenden Linie werden die Vorschriften des Hauptvertrages vom 11. Juni 1881 analog mit der Maßgabe angewandt, daß die Concession auch rücksichtlich dieser verlängerten Linie am 31. März 1929 erlischt. 6) Um die Fahrzeiten innehalten zu können, ist es erforderlich, daß die Strecken zwischen je zwei Weichen annähernd je 800 m lang sind. Aus diesem Grunde wird beabsichtigt, eine Weiche auf der Helmstedterstraße vor dem Marienstifte und eine zweite auf der Adolfsstraße anzulegen, außerdem aber an Stelle der am alten Museum befindlichen Weiche eine solche auf dem Steinwege zwischen Wilhelmstraße

und Schöppenstedterstraße einzurichten. 7) Die Fahrpreise sollen in der Weise festgesetzt werden, daß für die Strecke Central-Friedhof—Marienstift, für welche entsprechend dem dortigen Verkehr ein gesonderter Betrieb eingerichtet werden wird, ein Preis von 5 \mathcal{L} und für jede der beiden Strecken Marienstift—Theaterweiche und Theaterweiche—Hohethor ein Preis von 10 \mathcal{L} zur Erhebung kommt.

Nachdem sich die Herzogliche Bau-Direction und die Herzogliche Polizei-Direction mit diesen Bedingungen einverstanden erklärt hat, ersucht der Magistrat um das Einverständniß der Versammlung. Außerdem richtet derselbe an letztere das Ersuchen, ihn, vorbehaltlich der Festsetzung der Fahrpreise, zu ermächtigen, die Herrichtung der Linie Luifenstraße—Wilhelmthorbahnhof unter den gleichen Bedingungen genehmigen zu dürfen, der Gesellschaft jedoch ihrem Antrage gemäß zu gestatten, daß sie das vorhandene Schienenmaterial von der bislang benutzten Art auf dieser Strecke verwenden darf.

Herr Heymann, welcher namens der Statuten-Commission das Referat übernommen hat, bemerkt zu dieser Vorlage zunächst, daß die Commission im Allgemeinen mit den Anträgen des Magistrats einverstanden sei. Speciell habe dieselbe allerdings keine Gelegenheit gehabt, sich näher über die Verwendung der Grauwacke gegenüber dem Basalt- oder dem Gabbrosteine zu unterrichten, weil ihr die eingehende Begründung des Stadtbauamts nicht vorgelegen habe und sie auch durch das in Folge eines Irrthums eingetretene Fehlen eines Commissionsmitgliedes in technischer Beziehung nicht vollständig gewesen sei.

Die von der Straßenbahn-Gesellschaft vorgeschlagenen Tariffätze glaube indessen die Commission zur Annahme nicht empfehlen zu können, weil die Vertheuerung der jetzigen Preise im Interesse des Publikums nicht wünschenswerth erscheine und viel böses Blut machen werde. Die Commission habe nicht einsehen können, weshalb das bisherige Verfahren, nach welchem der Preis von Thor zu Thor 10 \mathcal{L} betrage, auf dieser Linie verlassen und in Zukunft schon für die Strecke Hohethor—Theaterweiche — welche übrigens keineswegs am Theater, sondern beinahe mitten auf dem Steinwege liege — ein Preis von 10 \mathcal{L} gefordert werden solle. Da außerdem ein Bedürfniß zu dieser Erhöhung nicht anerkannt werden könne, so sei es zweckmäßig, den Satz von 10 \mathcal{L} bis zum Steinthore bestehen zu lassen und von hier ab weitere 10 \mathcal{L} zu fordern, gleichviel wie weit die Fahrgäste die Pferdebahn noch zu benutzen beabsichtigen, denn der 5 \mathcal{L} Satz erscheine auch nicht sehr zweckmäßig.

Aus diesen Gründen gebe die Commission anheim, sich mit den übrigen Anträgen des Magistrats einverstanden zu erklären, dagegen eine Beschlußfassung über die Höhe der Fahrpreise vorerst noch auszusetzen und den Magistrat zu ersuchen, zunächst eine genaue Messung der in Betracht kommenden einzelnen Strecken vorzunehmen und sodann weitere Mittheilung an die Versammlung gelangen zu lassen.

Herr Krahe kann sich der Ansicht des Stadtbauamts bezüglich der Verwendung des Steinmaterials nur anschließen, da es sich empfehlen möchte, wenigstens auf der viel befahrenen Leonhardstraße Gabbro- oder Basaltsteine vorzuschreiben.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert darauf, daß die Frage des Steinmaterials schon einmal bei anderer Gelegenheit erörtert worden sei. Vor der Pflasterung der Schleinitzstraße sei der Kreisbauinspector Grössel um eine gutachtliche Aeußerung darüber ersucht worden, wie sich die Grauwacke auf der Wolfenbüttelerstraße gemacht habe, worauf von demselben erwidert sei, daß der Stein sich dort sehr gut bewähre und man mit demselben vollständig zufrieden sein könne. Mit Rücksicht auf diesen und den ferneren Umstand, daß die etwa entstehenden Reparaturen von der Straßenbahn-Gesellschaft auszuführen seien, die Stadt also kein Risiko habe, daß endlich die Grauwacke nicht glatt werde, mithin die Pferde nicht zu Falle bringen könne, habe der Magistrat geglaubt, dem Antrage auf Zulassung der Grauwacke zustimmen zu sollen. Außerdem sei von sachverständiger Seite gesagt worden, daß die Gesellschaft bei den heutigen großen Anforderungen an die Steinbrüche gar nicht in der Lage sei, Gabbro- oder Basaltsteine in der erforderlichen Masse zu beschaffen.

Herr Reuter spricht sich für den Magistratsantrag bezüglich der Verwendung von Grauwacke aus, weil der Kreisbauinspector Grössel gelegentlich einer Besprechung diesem Steinmateriale sogar den Vorzug gegeben habe und bei etwaiger geringerer Haltbarkeit die Reparaturkosten der Straßenbahn-Gesellschaft allein zur Last fallen.

Auf eine Anfrage des Herrn Sievers, warum die neue Strecke der Pferdebahn nicht über den Sandweg und die neue Brücke am Magnithore geleitet werden solle, entgegnet

Herr Stadtrath Ketemeyer, daß der Sandweg für diesen Zweck zu eng sein werde und außerdem Werth darauf gelegt werden müsse, daß die Linie bis zum Steinthore erhalten bleibe.

Außerdem würde auch, wie Herr Reuter ausführt, die am Magnithore entstehende große Curve dem dort herrschenden lebhaften Wagenverkehre große Unannehmlichkeiten bereiten.

Herr Nieß fragt an, ob die städtischen Behörden einen Einfluß auf die Festsetzung der Fahrzeiten und die Instanderhaltung der Kleidung des Personals ausüben können. Zweckmäßig erscheine es ihm, den vollen Verkehr im Sommer bereits um 9 Uhr Morgens zu eröffnen und die Kleidung des Personals der Straßenbahn sauberer zu halten, wie das in allen anderen Städten auch der Fall sei.

Herr Heymann erwidert, daß die städtischen Behörden, bezw. die Polizeidirection befugt seien, bezüglich der Fahrzeit und der Kleidung eine Einwirkung auszuüben.

Herr Blasius hält es für bedenklich, zur Pflasterung die sehr wenig haltbare Grauwacke, selbst unter Berücksichtigung des Umstandes zuzulassen, daß die Gesellschaft die Reparaturkosten zu tragen habe, weil Ausbesserungen an dem Straßenpflaster stets hemmend und störend auf den Wagenverkehr einwirken und daher die Anwendung möglichst dauerhaften Materials anzurathen sei.

Dem gegenüber bemerkt Herr Stadtrath Ketemeyer, daß die meisten Reparaturen ihren Grund nicht in der schlechten Beschaffenheit des verwendeten Steinmaterials, sondern in der mangelhaften Construction der Gleise haben. Gerade unter Berücksichtigung dieses Umstandes solle auf der neuen Strecke nach dem Central-Friedhofe die schmale Rippe an den Schienen, welche die meisten Verkehrsstörungen hervorgerufen habe, beseitigt werden.

Herr Wilke tritt für die Annahme des Magistratsantrages ein, bemerkend, daß die Grauwacke für den vorliegenden Zweck vollständig brauchbar sei. Schließlich habe die Gesellschaft, welche ihre Strecke doch selbst am meisten benutze, das größte eigene Interesse daran, ein haltbares Material zu verwenden. Bei dem neuen Schienenmaterialie werden überdies manche Verkehrsstörungen, namentlich solche, welche bisher durch das sich Heben der Gleise entstanden seien, wegfallen. In anderen Städten habe man noch nicht einmal solche Steine, wie sie hier Verwendung finden und dann könne möglicherweise der Bau dieser Strecke auf Jahre hinausgeschoben werden, wenn man verlange, jenes theure Steinmaterial zu verwenden. Darum empfehle es sich, die Magistratsvorlage ausschließlich der Festsetzung der Fahrpreise anzunehmen, damit endlich das langersehnte Project durchgeführt werde.

Die Versammlung genehmigt darauf die Magistratsvorlage und behält sich dem Commissionsantrage gemäß die Festsetzung der Fahrpreise bis auf Weiteres vor.

XV. Von dem Maurermeister Heise, welcher das vormals Bartels'sche Haus an der Martinikirche gekauft und zum größten Theile bereits abgebrochen hat, ist dem Magistrate das an der Ostseite des fraglichen Hauses befindliche, in architektonischer Beziehung bemerkenswerthe und werthvolle Portal zum Preise von 300 M. angeboten worden. Die städtische Bauverwaltung hat den Ankauf dieses Portals dringend empfohlen und zugleich vorgeschlagen, dasselbe an dem zum Altstadt-Rathhause gehörigen Wohnhause wieder aufzustellen. Die Kosten der Abnahme und Wiederaufstellung des Portals sind auf 480 M. veranschlagt.

Der Stadtmagistrat ersucht, zu dem Ankauf und der Wiederaufstellung des fraglichen Portals an der bezeichneten Stelle die Summe von 780 M. zu bewilligen, indem gleichzeitig von demselben bemerkt wird, daß die für die Wiederherbeischaffung und Reparatur der inzwischen verkauften hölzernen Thür des Portals aufzuwendenden geringfügigen Kosten aus dem Unterhaltungsfonds für das Altstadt-Rathhaus bestritten werden können.

Herr Wolff empfiehlt namens der Finanzcommission den Ankauf des schönen und werthvollen Kunstwerks für den äußerst niedrigen Preis.

Herr Rieke hält das Portal allerdings für werth, aufgehoben zu werden, er meint jedoch, daß die Stadt sich den Besitz desselben vor dem Verkaufe des fraglichen Hauses hätte sichern sollen, da sie dort schon genug Opfer habe bringen müssen.

Herr Bürgermeister Rittmeyer erwidert darauf, daß die Stadt gar nicht im Besitze des Hauses gewesen sei, mithin sich das Portal auch nicht habe vorbehalten können. Bekanntlich sei der vom Magistrate beantragte freihändige Ankauf des fraglichen Hauses von der Stadtverordneten-Versammlung abgelehnt und habe demzufolge lediglich die Expropriation des zur Straßenverbreiterung erforderlichen Theiles des Hauses, welcher sich indessen auf das Portal nicht erstreckt habe, stattgefunden.

Herr Günther fragt an, ob an dem Portale die Steine, oder die Kunst den Werth von 300 M darstellen. Im letzteren Falle werfe es auf den jetzigen Besitzer des Portales ein eigenthümliches Licht, wenn derselbe nicht einmal so viel Kunstsinne besitze, um das Portal der Stadt unentgeltlich zu überweisen.

Herr Nieß hält diese Art der Kritik nicht für berechtigt. Es könne jeder mit seinem Eigenthume machen, was er wolle; außerdem aber habe Heise das fragliche Haus auf Abbruch gekauft und suche nun das bei demselben gewonnene Material entsprechend zu verwerthen.

Herr Wolff nimmt den Maurermeister Heise, welchen er als einen außerordentlich anständigen Mann kenne, gegen Herrn Günther gleichfalls in Schutz. Heise habe der Stadt das Portal gegen die von derselben zu erhebende Platzmiete für das Lagern der Materialien vom Abbruche des Bartelschen Hauses überlassen wollen, jedoch sei diese Platzmiete von der Stadt im Betrage von 800 M erhoben worden, so daß dieselbe bei einer Gegenleistung von 300 M noch ein gutes Geschäft mache.

Der Magistratsantrag wird sodann genehmigt.

XVI. Der Kunstgärtner Albert Schwenke wünscht von der s. B. zur Sicherstellung der Kosten für die Verbreiterung und Instandsetzung der Eulenstraße bestellten Kaution im Betrage von 1700 M einen Betrag von 550 M zurückzuhalten. Derselbe hat dafür das ihm zugehörige, zur Verbreiterung der Eulenstraße erforderliche 1 a 65 qm haltende Terrain vertragsmäßig an die Stadtgemeinde unentgeltlich abgetreten. Der Magistrat beantragt, den Terrainerwerb gutzuheißen, und schließt sich die Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, diesem Antrage in jeder Beziehung an.

Herr Reiche macht darauf aufmerksam, daß sich jetzt Gelegenheit biete, die dringend nothwendige Verbreiterung der Eulenstraße unter für die Stadt vortheilhaften Bedingungen durchzuführen, indem sich der Kunstgärtner Schwenke ihm

gegenüber bereit erklärt habe, das zur Verbreiterung allein noch fehlende Terrain der Stadt zu dem Brandcassenwerthe der darauf stehenden Gebäude zu überlassen. Redner stellt darauf den Antrag: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, Schritte zu thun behufs Ankaufs eines dem Kunstgärtner Alb. Schwenke gehörigen Terrains unter den oben näher mitgetheilten Bedingungen.“

Nachdem dieser Antrag genügend unterstützt der Statuten-Commission zur Vorberathung überwiesen war, genehmigte die Versammlung den Antrag des Magistrats.

XVII. (Außerhalb der Tagesordnung.) Die hiesige Baugenossenschaft hat zur Errichtung von Wohngebäuden das an der Ecke vom Hopfengarten und Riddagshäuserwege belegene Grundstück angekauft. Dem festgestellten Ortsbauplane zufolge ist diesem Grundstück eine zu 37 qm vermessene Fläche vom Riddagshäuserwege zuzulegen, während von demselben eine 5 a 52 qm große Fläche behufs Herstellung der Straße „Hopfengarten“ abzutreten ist. Die Stadt ist mit der Baugenossenschaft dahin übereingekommen, daß für die gegenseitig abzutretenden Flächen ein Einheitspreis von 3,67 M pro qm festgesetzt werde und wurde ein diesbezüglicher notarieller Vertrag bereits abgeschlossen. Die Baugenossenschaft braucht statutarischer Vorschrift zufolge zu den Terrainerwerbskosten am Hopfengarten nur in Ansehung einer Fläche von 2 a 76 qm beizutragen, aus welchem Grunde dieselbe auch nur diese Fläche unentgeltlich abtreten muß, während ihr die andere Hälfte entsprechend zu bezahlen ist. Eine baare Ausgabe erwächst indessen durch den Erwerb dieser Fläche schon um deshalb nicht, weil die Baugenossenschaft sich mit Anrechnung des Werthes dieser Fläche auf die ihr demnächst zur Last fallenden Straßenbaukosten einverstanden erklärt hat. Der Magistrat ersucht um Genehmigung des abgeschlossenen Contractes.

Herr Krahe erklärt sich namens der Baucommission mit dem Contracte bezw. dem Magistratsantrage einverstanden, und beschließt die Versammlung demgemäß.

Es folgt nunmehr die Begründung bezw. Beantwortung der im Eingange des Protokolls erwähnten Anfragen und des von Herrn Nieß gestellten Antrages.

Herr Reiche führt zur Begründung seiner Anfrage aus, daß es im öffentlichen Interesse und in Ansehung der an der Maschstraße in Ausführung begriffenen Schule nothwendig sei, die beschlossene Ueberbrückung des Petriwehres baldigst auszuführen,

worauf Herr Bürgermeister Rittmeyer erwidert, daß die Ueberbrückung vor sich gehen werde, sobald das Herzogliche Staatsministerium die zwischen der Herzoglichen Baudirection und dem Stadtmagistrate dieserhalb getroffene Vereinbarung genehmigt habe. Voraussichtlich werde mit den Arbeiten noch im Laufe des Sommers begonnen werden können.

Herr N i e ß empfiehlt zur Begründung seines Antrages der Versammlung, sich die Zustände an dem fraglichen Hause des Mickelnkufes einmal selbst anzusehen, um mit ihm zu der Ueberzeugung zu kommen, daß dort eine Aenderung geboten sei. Die Stadtgemeinde dürfe nicht dulden, daß eine Bedürfnisanstalt an offener Straße stehe und daß die Abfälle derselben in den offenen Okergraben laufen; es möchte deshalb auf den Verkauf bezw. Abbruch des fraglichen Hauses Bedacht genommen werden.

Nachdem noch von Herrn Bollmann, welcher eine hierauf bezügliche Anfrage eingereicht hatte, die entsetzlichen Zustände des fraglichen Wohnhauses geschildert waren,

wurde der Antrag des Herrn N i e ß, nach genügender Unterstützung, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

Wie Herr N i e ß sodann zum Zwecke der Begründung seiner ersten Anfrage ausführt, werden verschiedene Straßen der Außenstadt (Kreuzstraße, Zimmerstraße u. s. w.) von den städtischen Sprengwagen nicht befahren, so daß die Vermuthung nahelege, es fehle der Stadt an dem nöthigen Wagenmateriale.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s behält sich die Beantwortung dieser Anfrage für eine spätere Sitzung vor.

Die zweite Anfrage begründet Herr N i e ß mit der ihm aufgefallenen Thatsache, daß der Photograph W. Kleinschmidt noch jetzt an das Wollermannsche Haus seine Firma habe malen lassen, woraus geschlossen werden könne, daß das Haus noch länger stehen bleiben solle. Im Interesse der Stadt dürfe es aber liegen, dieses „Nashorn“ endlich einmal aus der Welt zu schaffen.

Herr Stadtrath Ketemeyer entgegnet, daß sich aus den geringen Kosten eines Schildes ein solcher Schluß noch nicht ziehen lasse. Der Stadtmagistrat habe seinerseits Alles zur Beschleunigung der fraglichen Angelegenheit gethan und dieselbe stehe jetzt auch so, daß die Stadt berechtigt sei, sich jederzeit in den Besitz des Hauses setzen zu lassen. Wenn das noch nicht geschehen sei, so liege es nur daran, daß mit dem Abbruche des Hauses auch die Neupflasterung des Wohlweges in Angriff genommen werden solle und solches erst nach Beendigung der Pflasterungsarbeiten auf dem Steinwege möglich sei. Demnach habe der Magistrat den Abbruch des Hauses schon für den Herbst dieses Jahres in Aussicht genommen.

Die öffentliche Sitzung wird damit geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wird zunächst der Taubstumm-Lehrer Grewe an Stelle des verstorbenen Particuliers Wille zum Armenpfleger gewählt und darauf dem Stadtmagistrate ein Credit zu 600 M zu Aufwendungen bei dem hier stattfindenden Städtetage bewilligt. Zu Vertretern der Stadtverordneten-Versammlung auf dem 5. Braunschweigischen Städtetage wurden die Stadtverordneten Heymann und Blasius gewählt. Schluß 7^{1/2} Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 5. Juli 1888.

Öffentlich:

- I. Die Haushaltsrechnungen von 1885.
- II. Gesuch des Bauunternehmers Wägnus und Vorlage des Stadtmagistrats in der gleichen Angelegenheit.
- III. Erwerb einer Grundfläche an der Kreuzstraße.
- IV. Belegung eines Theils der Cajernenstraße und Hagenstraße mit Gas- und Wasser-
röhren.
- V. Ausführung der Brücke über das Petriwehr.
- VI. Reparaturen auf dem Gaswerke.
- VII. Straßendurchbruch vom Madamenwege zur Hohethorbrücke.
- VIII. Zwangsenteignung an der Spinnerstraße.
- IX. Austausch von Grundflächen an der Pflagehausstraße.
- X. Bauten am Schlachthause.
- XI. Recanalisirung verschiedener Straßen.
- XII. Erwerb von Straßenterrain zwischen Elm- und Friedrichstraße.
- XIII. Zwangsenteignung an der Taubenstraße und dem Mittelwege.
- XIV. Erwerb von Straßenterrain an der Ferdinandstraße.
- XV. Antrag des Herrn Rieß auf Verbreiterung der Brücke am Nideinfusse.
- XVI. Antrag des Herrn Reiche auf Verbreiterung der Eulenstraße.

• Vertraulich:

- Kündigung eines städtischen Beamten.
 - Wahl zweier Armenpfleger.
 - Steuerreklamationen (Verzeichniß I von 1888).
-

Entschuldigt die Herren Ding, Jasper und Wolff. — Am Magistrats-
tische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadt-
rath Haake, Stadtrath Ketemeyer, Stadtrath Grote und Assessor Hassel.

Nach Eröffnung der Sitzung theilt der Vorsitzende, Herr Semler, zunächst
mit, daß die städtischen Behörden anläßlich des Todes Sr. Majestät des Kaisers
Friedrich III. an Sr. Königliche Hoheit den Prinzen Albrecht ein Beileids-
schreiben gerichtet hätten, worauf folgende Antwort eingegangen sei:

„Die warm empfundenen Worte der Theilnahme, welche nach dem Heim-
gange Sr. Majestät des nun in Gott ruhenden Deutschen Kaisers und
Königs von Preußen Friedrich III. der Magistrat und die Stadtver-
ordneten der Residenzstadt Braunschweig an Mich gerichtet haben, sind
in den verflossenen Tagen tiefer Trauer Meinem Herzen besonders wohl-
thuend gewesen.

Im steten nacheifernden Gedenken an die leuchtenden Vorbilder,
welche die beiden ersten erhabenen Kaiser des wieder errichteten
Deutschen Reichs im Leben und im Sterben uns gegeben haben, in der
echten Treue gegen Kaiser und Reich, deren Bethätigung Magistrat und
Stadtverordnete als eine heilige Pflicht erkennen, und die in den Herzen
der Bewohner der Residenzstadt Braunschweig zu allen Zeiten lebendig
sein und wirken möge, ist nächst Gottes Hülfe die sicherste Grundlage
für eine glückliche Gestaltung der Geschichte Deutschlands nach den Heim-
suchungen der letzten Zeiten geboten.

Dem Magistrat und den Stadtverordneten sage Ich für den Aus-
druck solcher Gesinnungen und für die tröstlichen Worte der Theilnahme
Meinen aufrichtigen Dank.

Camenz, 20. Juni 1888.

Albrecht, Prinz von Preußen.“

Die Verlesung wurde von der Versammlung stehend angehört.

Es sind eingegangen:

1) zwei Anträge des Herrn Nieß, nämlich:

- a. die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadtmagistrat er-
suchen, in den Haushaltsplan für 1889 einen Posten einzustellen,
welcher die Erwerbung des in der Nähe der Kreuzstraße bele-
genen öffentlichen Platzes und des verbindenden Theiles der
Ringstraße ermöglicht, um daselbst im Jahre 1889 einen öffent-
lichen Spielplatz eröffnen zu können;
- b. die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadtmagistrat er-
suchen, die Spielplätze der öffentlichen Schulen an den Mittwoch

und Sonnabend Nachmittagen und während der Schulferien an allen Nachmittagen den Kindern der Umgegend zum Spielen frei zu geben.

2) eine Anfrage des Herrn Gütther:

Ist der Stadtmagistrat in der Lage, Auskunft zu ertheilen, ob das Gerücht begründet ist, daß sich jetzt das Reinigungs-Verfahren nach dem Röckner-Rothe'schen Systeme als unzulänglich erweist?

3) eine Anzahl von Exemplaren der Druckschrift: Geschichte und Thätigkeit des Gabelsberger Stenographen-Vereins zu Braunschweig während der Jahre 1863—1888. Auf Grund der Acten zusammengestellt von C. Harwig. Diese Schrift ist vertheilt worden.

Nach Mittheilung dieser Eingänge wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Der Stadtmagistrat hat die über die Verwaltung des städtischen Haushalts geführten Rechnungen vom Jahre 1885 zur Prüfung und Genehmigung überandt.

Die Versammlung erkennt dieselben als richtig und ordnungsmäßig an, nachdem Herr Seele, welcher von der Finanzcommission mit der Prüfung dieser Rechnungen betraut war, einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

II. Der Bauunternehmer Waßmus hat an die Versammlung das Ersuchen gerichtet, das Stadtbauamt zu veranlassen, ihm nachträglich noch die bisher verweigerte Genehmigung zur Erbauung eines Wohnhauses an einer von der Kreuzstraße abzweigenden projectirten Straße zu ertheilen. Der Magistrat legt dieses ihm früher überwiesene Gesuch mit dem Antrage vor, dasselbe mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen, nach welchen gegen die Entscheidungen des Stadtbauamtes nur ein Refurs an Herzogliches Staatsministerium zulässig ist, zurückzuweisen. — Waßmus hat außerdem den Antrag gestellt, daß ihm derjenige 490 qm haltende Theil seines Grundstückes, welchen er in der Voraussetzung, daß man ihm die fernerweite Errichtung von Gebäuden an der projectirten Straße gestatte, der hiesigen Stadt unentgeltlich zu Eigenthum überlassen habe, wieder ausgeliefert werde. Da nach der Erklärung der städtischen Bauverwaltung keine Aussicht vorhanden sein dürfte, die projectirte Straße innerhalb der nächsten Jahre auszubauen, die fragliche Eigenthumsüberweisung an die Stadt auch nur an Stelle einer Cautionsbestellung für den Fall stattgefunden hat, daß Waßmus die Errichtung von Gebäuden an dem betr. Plaze gestattet werden würde, so ersucht der Magistrat, die Rückgabe des fraglichen Terrains unter der Voraussetzung zu genehmigen, daß

Wafmus die sämtlichen durch die Uebergabe und Rücknahme erwachsenden Kosten übernimmt.

Herr Reuter bittet namens der Statutencommission den Magistratsanträgen gemäß zu beschließen, wogegen

Herr Rieß beantragt, dem Wafmus aus Billigkeitsrücksichten wenigstens die Kosten der Rückschreibung zu erstatten, da er nicht haftbar dafür gemacht werden könne, daß die Straße nicht bebaut werden solle.

Herr Bürgermeister Rittmeyer kann keine Unbilligkeit darin erblicken, wenn dem Wafmus die fraglichen Kosten auferlegt werden. Derselbe habe das betreffende Terrain zu der Zeit freiwillig an die Stadtgemeinde abgetreten, um im Falle der Bebauung seines Grundstücks an der projectirten Straße keine Caution für Terrain-erwerbskosten bestellen zu müssen. Es sei also in der Ueberweisung des fraglichen Terrains an die Stadt keine Schenkung, sondern nur die vorzeitige Erfüllung einer Verpflichtung zu erblicken. Wenn Wafmus dabei vorausgesetzt habe, daß ihm nunmehr sofort das Bauen an der fraglichen Straße gestattet werden würde und derselbe, da diese Voraussetzung nicht zutreffe, es nunmehr in seinem Interesse erachte, jenes Terrain zurückzuerwerben, so sei es ganz in der Ordnung, daß er auch die dadurch erwachsenden Kosten trage.

Nachdem der Herr Vorsitzende darauf aufmerksam gemacht hatte, daß Wafmus seinen Zweck erreichen werde, wenn er noch warten wolle und nachdem Herr Reuter seinem Berichte ergänzend hinzugefügt hatte, daß Wafmus sich selbst bereit erklärt habe, jene Kosten zu tragen,

wurden die Magistratsanträge seitens der Versammlung angenommen.

III. Der mit dem Maurer Julius Köhler magistratsseitig abgeschlossene Vertrag auf unentgeltliche Abtretung einer an der Ecke der Kreuz- und der projectirten Ringstraße belegenen Fläche von 2 a 1 qm wird nach Befürwortung seitens der Statutencommission, für welche Herr Semler berichtet, genehmigt.

IV. Der Stadtmagistrat hält es für geboten, diejenigen Strecken der Kasernen- und der Hagenstraße, welche zwischen der Wiesenstraße und der den Küchengarten demnächst durchschneidenden Hauptstraße (Albrechtstraße) belegen sind, vor ihrer oberirdischen Herstellung mit Gas- und Wasserröhren zu versehen. Daraus erwachsen an Kosten für die Legung der Gasröhren mit den zugehörigen Kandelabern 1658,20 M und der Wasserröhren 1161,70 M. Im Einverständniß mit der Deputation für die Gas- und Wasserwerke ersucht der Magistrat, zur Bestreitung dieser Kosten einen entsprechenden Credit auf den Reservefonds des Gas- bezw. Wasserwerks zu bewilligen.

Namens der Finanzcommission schließt sich Herr Sievers diesem Ersuchen an.

Auf eine Anfrage des Herrn Kiefe, ob durch diese Anlage auch die Möglichkeit gegeben werde, den Anwohnern der Fasanenstraße das schon seit langer Zeit ersuchte und wiederholt erbetene Wasser zuzuführen, antwortet

Herr Reuter, daß die betr. Anwohner nur insgesammt die Zuführung von Wasser auf dem Bureau des Wasserwerkes zu beantragen brauchten, worauf die Röhren gelegt werden könnten, indem z. B. kein Hinderniß mehr vorhanden sei, welches der Legung derselben entgegenstände.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Oberbürgermeister Pockels, Halle und Kiefe

wird die Magistratsvorlage angenommen.

Hiernächst macht der Herr Vorsitzende davon Mittheilung, daß nach einem zur Kenntniß vorliegenden Schreiben das Consortium gern bereit sei, um dem Werthe Ausdruck zu verleihen, welchen dasselbe auf die Geschäfte mit der Stadt lege, den Uebernahmepreis für die am 1. Juli 1888 zu empfangende eine Million Mark Kreiscommunalanleihe nachträglich auf 100,25 % zu erhöhen.

V. Zwischen der Herzoglichen Baudirection und dem Stadtmagistrate ist unter Vorbehalt der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums und der Stadtverordneten-Versammlung wegen der Ueberbrückung des Petriwehres eine Vereinbarung getroffen, welche der Versammlung mit den ausgearbeiteten Projecten vorgelegt wurde. Da diese Vereinbarung zweckmäßig erscheint und den beiderseitigen Interessen der Betheiligten entsprechen dürfte, so ersucht der Magistrat um Genehmigung derselben, mit dem Bemerken, daß durch den Neubauetat von 1888 für die Ueberbrückung des Petriwehres, einschließlich des Grunderwerbs und der Straßenaufkosten bereits 34 500 M. verwilligt worden sind, von welcher Summe indessen nach dem Kostenanschlage der städtischen Bauverwaltung voraussichtlich nur 34 100 M. erforderlich werden.

Aus der Vereinbarung sei hervorgehoben, daß der Stadtmagistrat von der Herzoglichen Baudirection einen 10 a 21 qm haltenden Theil des an der Maschstraße belegenen Schleusenwärtergartens sammt den darauf befindlichen herrschaftlichen Gegenständen zum Preise von 9 M. pro qm anzukaufen und dem jetzigen Nugnießer, Bauverwalter Arneke, eine Entschädigung von 400 M. für die diesem zugehörigen, auf dem gedachten Grundstücke befindlichen Sachen und ferner eine Pachtentschädigung von insgesammt 150 M. für die Jahre 1887 und 1888 zu zahlen hat.

Herr Krahe empfiehlt für die Baucommission die Genehmigung der Vereinbarung, nachdem derselbe die Bedenken wegen etwaiger Verlegung des Wehres und der dadurch entstehenden Gefährdung der Brücke zu zerstreuen gesucht hatte,

worauf die Versammlung sich mit dem Magistratsantrage auf Annahme der Vereinbarung einverstanden erklärte.

VI. Die Deputation zur Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke hat auf Grund eines Berichtes der Direction derselben beantragt, auf dem hiesigen Gaswerke folgende Baulichkeiten ausführen zu lassen, nämlich:

- 1) Aufstellung eines neuen Dampfkessels, veranschlagt zu . . . 4585 M,
- 2) Aufstellung einer neuen Drehscheibe und Verlegung des Eisenbahngleises, veranschlagt zu . . . 2600 "
- 3) Reparatur des dritten Gasbehälters, veranschlagt zu . . . 4130 "

Insgesamt 11315 M.

Der Magistrat ersucht um die Genehmigung zur Ausführung der bezeichneten Baulichkeiten und um die Bewilligung der erforderlichen Mittel aus dem Erneuerungsfonds des Gaswerkes.

Im Namen der Finanzcommission erklärt sich Herr Sievers mit dem Magistratsantrage einverstanden, worauf derselbe ohne weitere Besprechung genehmigt wird.

VII. Zur Anlage einer das Grundstück der hiesigen Actien-Zuckerfabrik durchschneidenden Verbindungsstraße zwischen dem Madamenwege und der Brücke am Hohenthore, welche im öffentlichen Verkehrsinteresse äußerst wünschenswerth erscheint, hat die städtische Bauverwaltung das folgende Project ausgearbeitet. Es wird eine 17 m breite Straße vorgesehen, zu welcher eine etwa 500 qm große Fläche des Grundstückes der Actien-Zuckerfabrik und ein etwa 338 qm haltender Theil der Herzoglichen Polizeistation sammt darauf befindlichem Wohnhause erforderlich ist. Die Direction der Actien-Zuckerfabrik hat bezüglich des von ihr abzutretenden Terrains verlangt, daß ihr das ganze, südlich der Baulinie belegene 1145 qm haltende Theilgrundstück mit dem auf demselben stehenden Wohnhause abgekauft werde, weil das Restgrundstück zu Fabrikzwecken nicht ferner benutzt werden könne. Wenn diesem Verlangen dem Magistratsantrage gemäß entsprochen wird, so würden nach Abzug des zur Straßenanlage nothwendigen Terrains noch 645 qm verfügbar bleiben. Für das ganze Theilgrundstück mit dem Wohnhause ist ein Preis von 38 000 M gefordert. Hierbei ist noch die Bedingung gestellt, daß, wofern der zur Straße nicht erforderliche Theil des Grundstückes der Polizeistation verkauft werden sollte, der Actien-Zuckerfabrik das Vorkaufsrecht eingeräumt werde und daß dieses Theilgrundstück, wenn es zur Errichtung eines neuen Polizei-Stationengebäudes benutzt werden sollte, bis auf 4 Meter Entfernung von dem angrenzenden Gebäude der Zuckerfabrik unbedaut bleibe.

Die Herzogliche Polizei-Direction hat, unter Vorbehalt der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums, sich mit der Ueberlassung des ganzen Grundstückes der Polizeistation unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß ihr in der Nähe des jetzigen Stationsgebäudes ein anderweitiges geeignetes Gebäude zur

Einrichtung einer Polizeistation überwiesen werde. Das jetzige Grundstück hält 523 qm, so daß nach Abzug des zur Straße erforderlichen Terrains noch 185 qm verfügbar bleiben.

Zum Zwecke der Ausführung dieser Straßenanlage sind von der städtischen Bauverwaltung zwei Projecte ins Auge gefaßt, nämlich:

1) Auf der von dem Grundstück der bisherigen Polizeistation verfügbar bleibenden Fläche zu 185 qm wird unter Hinzunahme von 135 qm Straßenterrain ein neues Polizei-Stationengebäude auf städtische Kosten erbaut und dieses Grundstück sodann tauschweise der Herzoglichen Landesregierung zum Eigenthum überwiesen.

Die Gesamtkosten des Terrainerwerbs würden bei Annahme dieses Projectes schätzungsweise betragen:

a. Erwerb des Terrains der Actien-Zuckerfabrik	38 000 M
b. Bau des neuen Polizei-Stationengebäudes	29 000 "
c. Verlegung der Bedürfnisanstalt	500 "

zusammen 67 500 M.

Für den Erwerb der 135 qm herrschaftlichen Straßenterrains ist eine Ausgabe nicht vorgesehen, weil auf eine unentgeltliche Ueberlassung dieses Terrains mit Rücksicht darauf gerechnet wird, daß das neue Gebäude zweistödig gedacht ist, auch im Uebrigen als neues Gebäude einen weit höheren Werth, als das jetzige Gebäude besitz. Von dieser Ausgabe zu 67 500 M würde der Werth des von der Actien-Zuckerfabrik zu erwerbenden, zur Straßenanlage nicht erforderlichen Grundstückes sammt dem darauf befindlichen Gebäude in Abzug zu bringen sein. Der Verkaufswerth desselben ist auf 15—20 000 M geschätzt worden. Bei Zugrundelegung des geringsten Werthes von 15 000 M würde noch eine Ausgabe von 52 500 M verbleiben.

2) Das auf dem abzutretenden Theile des Grundstückes der Actien-Zuckerfabrik befindliche Wohnhaus wird auf Kosten der Stadt zum Polizei-Stationengebäude ausgebaut und sammt der übrigbleibenden, 645 qm haltenden Grundfläche der Herzoglichen Landesregierung tauschweise zum Eigenthum überwiesen.

Nach diesem Projecte berechnet sich die Ausgabe für den Erwerb des zur Straße erforderlichen Terrains um 13 500 M billiger, weil die Kosten des bezeichneten Ausbaues nur auf 15 500 M veranschlagt sind, die übrigen Ausgabeposten aber unverändert bleiben. Auch bei diesem Projecte ist angenommen, daß das herrschaftliche Straßenterrain unentgeltlich abgetreten wird, weil das der Regierung zu überweisende Grundstück 645 qm, das jetzige Grundstück aber nur 523 qm Grundfläche umfaßt. Von dieser Ausgabe würde der Kaufwerth des zwischen der neuen Straße und dem Fabrikgrundstücke zu erzielenden 320 qm großen Bauplatzes in Abzug zu bringen sein, welcher immerhin einen Werth von 10 M pro qm, mithin 3 200 M darstellt, so daß eine Ausgabe von 50 800 M verbliebe.

Der Magistrat hält das erste Project für das empfehlenswerthere, weil nach demselben das Polizei-Stationsgebäude eine günstigere Lage erhalte und der Stadt auch die Möglichkeit gewahrt bleibe, über den nach Herstellung der Straße verbleibenden Theil des von der Zuckerfabrik zu erwerbenden Grundstückes durch Verkauf, oder in anderer Weise zu verfügen.

Wenn nun auch der von der Zuckerfabrik geforderte Kaufpreis von 38 000 M gegenüber der von der städtischen Bauverwaltung abgegebenen Schätzung zu 30 800 M hoch erscheint, so dürfte sich nach der Ansicht des Magistrats die Differenz zwischen Forderung und Werthschätzung nicht unwesentlich verringern, sobald man erwägt, daß im Expropriationsverfahren der Grund und Boden leicht höher als zu 8 M pro qm geschätzt werden könnte. Bedenklicher erscheint es dagegen dem Magistrate, auf die, an die Verkaufsangebote geknüpften Bedingungen (Vorkaufsrecht, bezw. Eigenthumsbeschränkung wegen Bebauung des Grundstückes) einzugehen, weil die Stadt dadurch in ihren Dispositionsbefugnissen beengt, bezw. der Werth des fraglichen Grundstückes verringert werden dürfte. Derselbe spricht sich deshalb gegen die Annahme dieser Bedingungen und, wenn nöthig, für die Expropriation des fraglichen Terrains aus.

Die Kosten der Straßenbefestigung werden anschlagsmäßig betragen:

- | | |
|---|-----------|
| a. bei Pflasterung der Fahrbahn mit Reihenpflastersteinen erster Sorte von Diabas und Herstellung der Fußwege mit Mosaikpflaster | 10 800 M, |
| b. bei gleicher Herstellung der Fahrbahn und gewöhnlicher Fußweg-Chaussirung | 9 500 " |
| c. bei Chaussirung der Fahrbahn und der Fußwege und alleiniger Herstellung von gepflasterten Uebergängen an den Straßenkreuzungen | 6 500 M. |

Der Magistrat stellt nun folgende Anträge:

- 1) Unter Wiederaufhebung des Theilortsbauplanes, in welchem an der betr. Stelle ein freier Platz in Aussicht genommen ist, für die neu anzulegende Straße die jetzt beabsichtigte Baulinie zu beschließen;
- 2) Beschluß darüber zu fassen, ob den weiteren Verhandlungen bezw. den auszuarbeitenden Bauplänen und Anschlägen das Project 1 oder 2 zu Grunde zu legen sei;
- 3) Entscheidung zu treffen, ob auf die Verkaufsangebote, insbesondere die daran geknüpften Bedingungen der Actien-Zuckerfabrik eingegangen, oder aber event. der Weg der Expropriation beschritten werden soll und
- 4) Beschluß darüber zu fassen, in welcher Weise die Befestigung der neuen Straße statzufinden habe.

Namens der Finanzcommission berichtet über diesen Punkt Herr Sievers in folgender Weise. Bezüglich des ersten Antrages sei die Commission mit dem

Magistrate der Ansicht, daß der ursprünglich geplante freie Platz an jener Stelle schon mit Rücksicht auf die erhebliche Breite der neuen Straße überflüssig erscheine und der Werth desselben jedenfalls mit den 15—20 000 M. betragenden Kosten nicht im Einklange stehe, aus welchem Grunde die Anlage des Platzes zweckmäßig fallen gelassen werden könne. — Hinsichtlich des zweiten Antrages halte die Commission die Mehrkosten des Projectes 1 nicht für so wesentlich, um wegen der 1700 M. das bedeutend ungünstigere Project 2 zur Annahme empfehlen zu können: die Finanzcommission beantrage deshalb, dem Projecte 1 die Zustimmung zu ertheilen. — Rücksichtlich des dritten Antrages sei die Commission der Meinung, daß eine Expropriation nach Möglichkeit vermieden werden müsse, weil die in dieser Beziehung gemachten Erfahrungen keineswegs sehr verführerisch und aufmunternd seien. In dem vorliegenden Falle werde entschieden ein höherer Einheitspreis als 8 M. für das abzutretende Terrain geschätzt werden. Die von der Zuckerfabrik gestellte Bedingung wegen Aufstellung des etwa zu errichtenden Gebäudes in einer Entfernung von mindestens 4 Metern halte die Commission nicht für bedenklich und glaube, diese Bedingung sehr wohl zugestehen zu können, zumal sich das neue Stationsgebäude ganz gut unter Beachtung derselben aufstellen lasse und es für die Zuckerfabrik doch sehr wichtig sei, sich auf dieser Seite das nöthige Licht für ihre Gebäude zu wahren. Dagegen könne die Commission nicht empfehlen, der Zuckerfabrik auch das Vorkaufsrecht für das abzutretende Terrain einzuräumen. — In Betreff des vierten Antrages sei die Commission für eine durchaus dauerhafte Pflasterung der Fahrbahn, also mit Pflastersteinen erster Sorte von Diabas, dagegen nicht für die Legung des theuren Mosaikpflasters in die Fußwege; sie halte vielmehr eine gute Chausfiring derselben für genügend.

Die Finanzcommission gebe daher anheim, die Magistratsanträge mit den vorgetragenen Abänderungen bezw. Festsetzungen zu genehmigen.

Herr Bürgermeister Rittmeyer giebt hierauf namens des Magistrats die Erklärung ab, daß derselbe die Bedingung der Zuckerfabrik bezüglich der Errichtung eines Gebäudes in einer Entfernung von mindestens 4 Metern für den Fall annehmen werde, wenn die Fabrik auf die Zuerkennung des Vorkaufsrechts hinsichtlich des frei werdenden Terrains Verzicht leiste.

Herr Schwarzenberg erklärt sich gegen das ganze Project und bittet um Ablehnung desselben, weil es seiner Meinung nach unter den heutigen finanziellen Verhältnissen der Stadt nicht angebracht sei, viel Geld für Straßendurchbrüche und Erweiterungen auszugeben, zumal dieses Project, wenn auch an sich zweckmäßig, doch nicht so dringend nothwendig sei, um dasselbe nicht noch einige Zeit aufschieben zu können. Der Verkehr erheische die sofortige Durchführung desselben keineswegs und die Stadt sei jetzt an so vielen anderen kostspieligen Unternehmungen theilhaftig, daß eine Zurückstellung dieses Projectes gerechtfertigt erscheinen dürfe.

Herr Blasius kann das Project des Straßendurchbruches namentlich mit Rücksicht auf den dort herrschenden starken Wagenverkehr nur befürworten, muß sich indessen gegen eine Ausführung des Herrn Referenten wenden. Wenn von der Commission beantragt werde, die Fußwege nicht mosaikartig zu pflastern, sondern sie zu chaussiren, so wolle er dem entgegen die Versammlung bitten, sich für die erstere, weit bessere Art der Pflasterung zu entscheiden und zwar einmal mit Rücksicht auf den verhältnißmäßig geringen Preisunterschied von 1300 M und dann namentlich auch, weil solche chaussirten Wege ungeheuer viel Staub aufwirbeln. Er beantrage daher, die Herstellung der Fußwege mit mosaikartigem Pflaster zu beschließen.

Herr Oberbürgermeister Pockels weist gegenüber den finanziellen Bedenken des Herrn Schwarzenberg darauf hin, daß eigentlich kaum eine Zeit so günstig für derartige Aufwendungen sei, als die gegenwärtige, weil der Neubau-Stat der Wegbaucaisse im Laufe dieses Jahres ein Capital von über 200 000 M zur Verfügung haben werde, über dessen Verwendung erst theilweise Beschluß gefaßt sei. Die finanziellen Bedenken dürften also um so weniger ins Gewicht fallen, als der Verkehr an der fraglichen Stelle, wie Redner aus eigener Wahrnehmung anführen könne, eine Wandlung zum Besseren durchaus erfordere. Bezüglich des Blasius'schen Antrages müsse er indessen bitten, die Frage wegen Herstellung der Fußwege zur Zeit noch nicht definitiv zur Entscheidung zu bringen, da der Magistrat bereits in Erwägung genommen habe, ob nicht eine systematische Verbesserung der sämtlichen Fußwege der Außenstadt in's Auge zu fassen sei. Aus diesem Grunde habe derselbe die städtische Bauverwaltung mit Prüfung der Frage beauftragt, welcher Kostenaufwand durch Chaussirung, durch Betonirung, bezw. durch Belegung der Fußwege mit Platten, oder aber durch die Verwendung von Mosaikpflaster erforderlich werde. Die Versammlung werde daher binnen nicht zu ferner Zeit in der Lage sein, sich darüber schlüssig zu machen, in welcher Weise die Fußwege vor den Thoren den heutigen Zeitverhältnissen entsprechend zu befestigen seien. Jedenfalls habe sich die Versammlung mit dieser Frage schon früher zu beschäftigen, als zur Herrichtung der Fußwege auf der neuen Verbindungsstraße geschritten werde, aus welchem Grunde dieser Punkt heute noch offen bleiben könne.

Herr Sievers hält auch aus dem Grunde den gegenwärtigen Zeitpunkt für außerordentlich günstig, weil die Zuckerfabrik den gesetzlichen Vorschriften gemäß gezwungen sei, um ihr Grundstück eine Mauer zu ziehen und die Fabrik im Begriff stehe, zur Ausführung dieser Vorschrift zu schreiten. Wenn nun der Ankauf jetzt nicht vollzogen werde, so sei die Stadt später gezwungen, auch noch die Mauer zu bezahlen, wodurch neue Opfer erforderlich werden. Herrn Blasius gegenüber sei zu erwähnen, daß der Unterschied in den Herstellungskosten der Fußwege mittelst Mosaikpflasters oder Chaussirung ziemlich bedeutend sei und die Finanzcommission

es für schwierig halte, die höheren Ausgaben auch bei der Anlage von weiteren Fußwegen aufzuwenden. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß der Fußgängerverkehr an jener Stelle nur gering, der Wagenverkehr aber sehr stark sei, habe die Commission geglaubt, einen sehr dauerhaften Fahrweg, dagegen einen minder kostspieligen Fußweg in Vorschlag bringen zu sollen, zumal die Chauffirung der Fußwege auch gut und dauerhaft ausgeführt werden könne.

Herr Natalis hat in der Commissionssitzung dem Projecte zugestimmt, muß sich jetzt aber gegen dasselbe erklären, nachdem er sich an Ort und Stelle davon überzeugt habe, daß schon jetzt ein genügender Fahrweg vom Madamenwege zum Thore vorhanden sei. Mit Herrn Schwarzenberg sei er unter diesen Umständen der Ansicht, daß die Aufwendung von 60000 M für das fragliche Project jetzt, wo die Stadt in finanzieller Beziehung so vielseitig in Anspruch genommen werde, ein zu großes Opfer in sich schließe: er bitte deshalb um Zurückstellung des ganzen Projectes.

Herr Nieß giebt zunächst seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß die Herren Schwarzenberg und Natalis noch die Frage zur Erwägung verstellen, ob das Project überhaupt ausgeführt werden solle, nachdem doch die Versammlung bereits in der Sitzung vom 1. März d. Js. einen zustimmenden Beschluß gefaßt habe. Der Wagenverkehr an der fraglichen Stelle sei ein ganz bedeutender, weil eine große Menge von Erzeugnissen vom Madamenwege aus über die Brücke am Hohenthore in die Stadt befördert werde; außerdem betrage die Bewohnerzahl des Madamenweges mit Nebenstraßen ungefähr 1500 Seelen. Er hoffe auch annehmen zu dürfen, daß die Mehrzahl der Versammlung noch denjenigen Standpunkt einnehme, welchen sie in der Sitzung vom 1. März zum Ausdruck gebracht habe und der die Veranlassung zur Einbringung der heutigen Vorlage gewesen sei. Hinsichtlich der Herstellung der Fußwege theile Redner den Standpunkt des Herrn Blasius, nicht allein des Staubes, sondern auch der Kosten wegen. Man könne beobachten, wie nach jeder längeren Trockniß mit darauf folgendem Winde bei chauffirten Wegen auch nicht eine Spur des Deckmaterials auf dem Steinschlage haften bleibe, daß vielmehr die Wege ganz blank seien und der Nachschüttung bedürfen. Wenn man dagegen die Herstellung einer starken Befestigung, wie Betonirung, Plattenbelag, oder Mosaikpflaster in Aussicht nehme, so sei dieselbe durch ihre längere Haltbarkeit immer noch billiger, als Chauffirung, bei welcher eben jedes Jahr Reparaturen nothwendig werden. Er bitte schließlich die Versammlung, die Ansicht der Herren Schwarzenberg und Natalis nicht zu der ihrigen zu machen, zumal Herr Schwarzenberg sich überhaupt immer ablehnend verhalte, wenn es sich um die Erweiterung des Straßennetzes handle.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt, daß der Punkt 4 der Magistratsvorlage bezüglich der Herstellung der Fußwege nach der Erklärung des Herrn

Oberbürgermeisters einstweilen auszusetzen sei. Zugleich wolle er nochmals darauf aufmerksam machen, daß schon aus dem Grunde ein günstiger Zeitpunkt zur Durchführung des Projectes vorzuliegen scheine, weil in Folge des Reichsgesetzes die Zuckerfabriken ihr ganzes Terrain mit einer hohen, massiven Mauer zu umgeben haben und die Straßenanlage demzufolge in späterer Zeit erhebliche Mehrkosten verursachen werde.

Herr Blasius zieht mit Rücksicht auf die Erklärung vom Magistratsstische seinen Antrag auf Herrichtung der Fußwege zurück.

Herr Günther kann die Frage nach der Nothwendigkeit des Durchbruches nur bejahen und hält auch den jetzigen Zeitpunkt zur Bewerfstellung desselben schon wegen des Vorhandenseins der nöthigen Mittel für günstig. Dagegen vermöge er sich für die Beseitigung des im Ortsbauplane vorgesehenen freien Platzes nicht auszusprechen, weil es schlecht aussehen werde, wenn auf jener kleinen Ecke ein Haus stehe. Bezüglich der Herrichtung der Fußwege schließe er sich den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters, welche sich mit dem früheren Antrage des Redners decken, vollständig an.

Herr Rieke spricht seine Ansicht dahin aus, daß, wer sich für die Entwicklung des einen Stadttheils interessire, auch dem anderen Stadttheile Interesse entgegenbringen müsse. Es handle sich hier darum, für den Madamenweg, welcher allerdings nicht gerade ein sogenanntes Geheimerathsviertel bilde, sondern der hauptsächlich von Arbeitern bewohnt werde, einen bequemeren Zugang zu schaffen. Da nun das Geld zu solchen Ausgaben augenblicklich vorhanden sei und doch verbraucht werden würde, vielleicht sogar zur Erbauung einer Aula u. dergl., so könne er sich im Interesse einer wünschenswerthen Verkehrserleichterung nur für den Magistratsantrag erklären. Von den beiden Projecten gebe er dem ersten den Vorzug, weil dadurch jener alte Schaffstall — ein anderer Ausdruck lasse sich für das Gebäude der Zuckerfabrik nicht gut gebrauchen — aus der Welt komme. Auf die Beibehaltung des freien Platzes lege er keinen besonderen Werth, wenn nur das demnächst herzurichtende Gebäude eine gefällige Form erhalte.

Herr Schwarzenberg verwahrt sich gegen die Aeußerung des Herrn Rieß, daß er sich in der Regel gegen alle Projecte von Straßendurchbrüchen ablehnend verhalte. Wenn Redner sich beispielsweise gegen den Straßendurchbruch in der kleinen Burg ausgesprochen habe, so sei seine Ansicht von einem großen Theile der Versammlung damals getheilt worden, dagegen habe er in neuerer Zeit niemals gegen ihm zweckmäßig erscheinende Stadt- oder Straßenerweiterungen gestimmt. Bezüglich des hier geplanten Straßendurchbruches wolle er noch erwähnen, daß an der betr. Stelle der Umweg ganz unbedeutend sei und vielleicht 75 Schritte betrage, eine Mehrentfernung, welche für den Wagenverkehr sehr unwesentlich in's Gewicht falle.

Bei der nun folgenden Abstimmung genehmigt die Versammlung den ersten Antrag des Magistrats auf Wegfall des freien Platzes, sowie das Project 1 des Straßendurchbruches. Hinsichtlich des dritten Antrages beschließt dieselbe, daß der Zuckerraffinerie die Forderung: den Platz wenigstens vier Meter von ihrem angrenzenden Gebäude unbebaut zu lassen, für den Fall zugestanden werden solle, wenn die Fabrik die weitere Forderung auf Einräumung des Vorkaufsrechtes zurücknehme. Endlich beschließt die Versammlung noch, das Straßenpflaster mit Reihenspflastersteinen erster Sorte von Diabas herzustellen und den Beschluß über die Herrichtung der Fußwege, dem Magistratsantrage gemäß, auszusetzen.

VIII. Mit der Ehefrau des Händlers Ebeling, welche von ihrem an der Ecke der Amalien- und Spinnerstraße belegenen Grundstücke eine Fläche zur Vergrößerung der letzteren Straße abzutreten hat, konnte bislang eine Einigung über die zu zahlende Entschädigung nicht erzielt werden. Die abzutretende Fläche bildet einen Vorgarten des Wohnhauses, durch welchen die Bewohner des oberen Stockwerkes jetzt ihren Zugang zu dem nach hinten zu belegenen Hofe nehmen. Da denselben nicht zugemuthet werden kann, daß sie nach dem Wegfalle des Vorgartens künftig die öffentliche Straße als Zugang zum Hofe benutzen, so hat die städtische Bauverwaltung es für gerechtfertigt erklärt, daß die Hauseigenthümerin wegen der erforderlich werdenden Herrichtung eines Treppenhauses an der Hinterfront des Hauses entschädigt werde. Während die städtische Bauverwaltung die durch diese Veränderungen entstehenden Kosten zu 600 M und den Werth des abzutretenden Terrains zu 8 M pro qm geschätzt hat, verlangt die Ehefrau Ebeling als Entschädigung für die baulichen Veränderungen 1000 M und für den abzutretenden Grund und Boden 15 M pro qm. Der Magistrat hält es schon mit Rücksicht darauf, daß die übrigen Anlieger der Spinnerstraße im Jahre 1886 mit einer Entschädigung von 2 M pro qm sich begnügt haben, für angezeigt, die zur Straße noch erforderliche Fläche von 1 a 9 qm zu expropriiren und ersucht daher um die Ermächtigung zur Beantragung der Zwangsenteignung.

Die Statuten-Commission läßt durch Herrn Krahe den Magistratsantrag befürworten und

beschließt die Versammlung demgemäß, nachdem die Herren Schwarzenberg und Lüderßen erklärt hatten, sich der Abstimmung enthalten zu müssen.

IX. Die Zuckerraffinerie Brunonia ist zufolge reichsgerichtlicher Bestimmung verpflichtet, ihr an der Pflegehausstraße belegenes Grundstück mittelst einer massiven Mauer einfriedigen zu lassen. Da nun für diese Straße an der betr. Stelle eine anderweite Baulinie im genehmigten Ortsbauplane festgestellt worden ist, so hat

die Raffinerie zum Zwecke der Einhaltung derselben gebeten, ihr von dem Terrain der Pflegehausstraße eine 18 qm haltende Fläche zum Einheitspreise von 8 M käuflich zu überlassen, wogegen sie sich bereit erklärt hat, eine 3 qm große Fläche ihres Grundstückes zum gleichen Preise an die Stadtgemeinde abzutreten.

Der Magistrat richtet an die Versammlung das Ersuchen, den Ankauf bezw. die Abgabe des fraglichen Straßenterrains zum angegebenen Preise zu genehmigen und den Vorschlag der städtischen Bauverwaltung auf Verpflichtung der Antragstellerin zur Zahlung der mit der Grenzregulirung verbundenen Veränderungskosten gutzuheißen.

Nach Befürwortung dieses Antrages durch Herrn Krahe, im Namen der Baucommission,

wird derselbe von der Versammlung genehmigt.

X. Bei dem ständig zunehmenden Verkehre im städtischen Schlachthause hat ein Erweiterungsbau der dortigen Schweineställe sich als ein dringendes Bedürfnis herausgestellt und ist dieserhalb auf Antrag der Schlachthaus-Deputation von der städtischen Bauverwaltung ein Bauproject nebst Kostenanschlag ausgearbeitet worden. In demselben wird eine gleichmäßige Erweiterung der vorhandenen Ställe auf beiden Seiten des Grundstückes, sowie eine entsprechende Vergrößerung des Hofplatzes und die Verlegung der Grenzmauer vorgesehen. Die Kosten der Bau-lichkeit sind auf 47000 M veranschlagt.

Da in dem Etat des laufenden Jahres für Neubauten nur eine Summe von 7000 M enthalten, die Schlachthauscasse auch nicht in der Lage ist, ohne Aufnahme einer besonderen Anleihe die erheblichen Kosten zu bestreiten, so hat die Deputation beschlossen, im laufenden Jahre nur den an der Nordseite des Grundstückes belegenen Schweinestall in vorgeschlagener Weise erweitern zu lassen, indem sie der Ansicht ist, daß mit diesem Erweiterungsbau dem dringendsten Bedürfnis abgeholfen werde und daß die dadurch erwachsenden Kosten zu 20300 M aus den vorhandenen Ueberschüssen zu bestreiten sein würden.

Der Magistrat ersucht um Genehmigung des beabsichtigten Erweiterungsbaues und der durch denselben entstehenden Kosten bis zum Betrage von 20300 M.

Nach Empfehlung dieses Antrages durch die Finanzcommission, für welche Herr Sievers berichtet,

wird derselbe seitens der Versammlung angenommen.

XI. Zur Ergänzung des Canal-Neubauetats für das laufende Jahr beantragt der Magistrat, unter Ueberreichung der betr. Kostenanschläge, zur Canalisirung

1) der planmäßig zu verlegenden Strecke der Casernenstraße .	8090 M
2) der Hagenstraße in deren Zuge zwischen der Wiesenstraße und der den Küchengarten demnächst durchschneidenden Hauptstraße	2500 "
3) der Kleinen Bertramstraße außer den bereits bewilligten 3520 M noch	9480 "
4) der Heinenstraße	1950 "
zusammen 21 930 M	

nachträglich anweisen zu wollen. Der obengedachte Etat wird die Mittel zur Bestreitung dieser nachgeforderten Kosten verfügbar haben, weil einige der darin vorgesehenen Canalbauten im laufenden Jahre kaum zur Ausführung gebracht werden können.

Die Finanzcommission ersucht durch Herrn Hollmann um Genehmigung der Magistratsvorlage.

Herr Sievers stellt im Anschluß an die bei Punkt IV. der Tagesordnung gepflogene Besprechung den Antrag, auch die Fasanenstraße mit in das Canalnetz hineinzuziehen.

Herr Oberbürgermeister Pockels ist der Meinung, daß die Canalisirung der Fasanenstraße bereits für das laufende Jahr mit vorgesehen und genehmigt sei; sollte diese Annahme nicht zutreffen, so werde der Magistrat noch eine entsprechende Vorlage einbringen. Bei dieser Gelegenheit wolle er indessen noch eine Mittheilung in Bezug auf die vom Magistrate in Vorschlag gebrachte Canalisirung der Kleinen Bertramstraße machen. Bei der Einbringung des Antrages sei der Magistrat von der Voraussetzung ausgegangen, daß die interessirten Anlieger der Straße bereit sein würden, das zum Straßenkörper erforderliche Terrain gegen billig mäßige Entschädigung abzutreten. Da nun aber die Anlieger Forderungen in der Höhe von 10—15 M pro qm gestellt und außerdem noch besondere Entschädigungen für Stafeterie u. s. w. beansprucht haben, so sei vom Magistrate beschlossen worden, die Vorlage über die Instandsetzung der Kleinen Bertramstraße vorab zurückzuziehen.

Auf eine Anfrage des Herrn Bültemann, ob die Casernenstraße in ihrem vollen Umfange jetzt Canalisation erhalten werde, da der Zustand auf der kleinen, noch nicht canalisirten Strecke solches dringend erheische, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß er nicht in der Lage sei, darauf eine Erklärung abzugeben, weil er nicht alle Einzelheiten der Canalbauten im Kopfe behalten könne und ihm das bezügliche Actenmaterial hier nicht zur Verfügung stehe. Uebrigens erscheine es zweckmäßiger, wenn sich in solchen Fällen die Interessenten nicht an einen einzelnen Stadtverordneten, sondern an den Magistrat, oder an die

Canalbau-Deputation wenden wollten, da sie hier sofort eine zutreffende Antwort erhalten könnten, während sich solche bei einer Interpellation nicht immer erzielen lasse.

Herr Kiefe fragt darauf an, ob die früher schon in nahe Aussicht gestellte Canalisirung der neuen Knochenhauerstraße, der Mauern- und der Schöppenstedterstraße bald zur Ausführung komme. Ueber die Nothwendigkeit derselben brauche wohl kein Wort verloren zu werden, denn davon zeugen schon die bei dem Magistrate und der Versammlung eingelaufenen vielen Bittgesuche der Anwohner. Namentlich leide die Mauernstraße zur Zeit sehr stark darunter, daß bei heftigem Regen das Wasser vom Theater her in dieselbe fließe und dort Brunnen und Häuser anfülle.

Herr Oberbürgermeister Pockels giebt zu, daß die bezeichneten Straßen der Canalisation bedürftig seien, der Magistrat habe indessen seiner Zeit nur erklärt, daß die Canalisation ausgeführt werden würde, wenn derselben nicht technische Schwierigkeiten entgegenständen. Redner habe den Kreisbauinspector Dieß damals gebeten, wenn irgend thunlich auf die Canalisation dieser Straßen noch im laufenden Jahre Rücksicht zu nehmen und sei von demselben eingewendet, daß, selbst abgesehen von den der Canalisirung der Mauernstraße entgegenstehenden technischen Schwierigkeiten, die fraglichen Arbeiten im laufenden Jahre schon wegen des Mangels an ausführenden Kräften unterbleiben müßten. Es sei nunmehr in Aussicht genommen, die Canalisirung im nächsten Jahre vorzunehmen und bitte er Herrn Kiefe, auf diese Angelegenheit zurückzukommen, falls die Ausführung auch dann unterbleiben sollte.

Der Magistratsantrag wird darauf genehmigt.

XII. Die von dem Bauunternehmer Ernst Kohlberg behufs Herrichtung der projectirten Verbindungsstraße zwischen Elm- und Friedrichstraße abzutretende Fläche seines Grundstückes beträgt nicht, wie ursprünglich auf Grund eines unrichtigen Lageplans angenommen war, 2 a 58 qm, sondern 2 a 75 qm. Der Magistrat ersucht daher, an Stelle des am 17. Mai d. Js. (Seite 79 des Protokollses) genehmigten Vertrages, den mit Kohlberg am 25. Juni d. Js. abgeschlossenen anderweiten Vertrag auf unentgeltliche Abtretung der letztbezeichneten Fläche zu genehmigen,

welchem Antrage die Versammlung, nach Befürwortung durch Herrn Bültemann, im Namen der Baucommission, ihre Zustimmung erteilt.

(Außerhalb der Tagesordnung.)

XIII. Es hat sich als nothwendig herausgestellt, die Taubenstraße bis zur östlichen Grenze des Grundstückes der neuen Gasanstalt und den Mittelweg auf der Strecke von der Nebenstraße bis zu der Stelle, wo die Taubenstraße dem Ortsbauplan zufolge demnächst in den Mittelweg einmünden wird, schleunigst auszubauen.

Da indessen mit den meisten Eigenthümern der anliegenden Grundstücke ein befriedigendes Abkommen wegen Abtretung des erforderlichen Straßenterrains nicht hat getroffen werden können, indem nur die Direktion der Landeseisenbahn und der Gärtner Bode angemessene Forderungen gestellt haben, so ersucht der Magistrat, ihn zu ermächtigen, wegen stadtseitigen Erwerbs der übrigen Flächen die Einleitung und Durchführung des Expropriationsverfahrens beantragen zu dürfen. Wegen des demnächstigen Ausbaues beider Straßenstrecken werden später noch besondere Anträge zur Vorlage kommen.

Herr Heymann giebt namens der Statutencommission anheim, den Magistratsantrag zu genehmigen, da einerseits die Herrichtung der fraglichen Straßen nothwendig sei, andererseits aber die gestellten Forderungen weit über den Werth der Grundstücke hinausgehen. Beispielsweise haben die Anlieger Järber 100 M, Wendt 10¹/₂ M, Königsdorf und Bantler je 10 M, und Hampe 7 M, dagegen die Landeseisenbahn 2¹/₂ M und Bode 4 M pro qm abzutretenden Terrains gefordert.

Der Magistratsantrag wird darauf genehmigt.

XIV. In Sachen, betreffend die Ueberbrückung der Oker an der Ferdinandstraße, ist dem Stadtmagistrate im Auftrage der Interessenten von dem Justizrath Häusler ein Schreiben zugegangen, in welchem gegen den Weiterbau der Brücke mit dem Bemerken protestirt wird, daß andernfalls gerichtlicher Schutz in Anspruch genommen werde. Da nach Lage der Verhältnisse der stadtseitige Erwerb des Terrains der Ferdinandstraße erforderlich werden dürfte, so ersucht der Magistrat, ihn zu solchem Erwerbe im Wege gütlicher Vereinbarung oder, wenn nöthig, nach dem Einverständnisse der Finanzcommission, im Wege der Expropriation zu ermächtigen.

Auch hier befürwortet Herr Heymann im Auftrage der Statutencommission den Magistratsantrag, worauf derselbe angenommen wird.

(Auf der Tagesordnung.)

XV. Im Namen der Statutencommission empfiehlt sodann Herr Krahe, den Antrag des Herrn Nieß bezüglich seines ersten Theiles dem Magistrate zur Erwägung zu überweisen, weil die Versammlung unmöglich darüber entscheiden könne, ob das fragliche Haus am Mickelnkulle abgebrochen und die Brücke verbreitert werden solle, sondern hierzu erst eine Vorprüfung durch den Magistrat angeordnet werden müsse. Der zweite Theil des Antrages, betreffend die Herrichtung einer vorschriftsmäßigen Bedürfnisanstalt für das hier in Frage stehende Haus, ersuche dagegen die Commission unbedingt anzunehmen, da Zustände der vorliegenden Art nicht länger geduldet werden dürften.

Herr Nieß fragt an, ob nicht bei der Herzoglichen Polizei-Direction ein Antrag gestellt werden könne, dahingehend, daß der Geiershagen mit dem Nickelnfulke nur von einer Seite aus befahren werden dürfe, weil bei dem Beegnen zweier Wagen an jener Stelle das Trottoir zum Ausbiegen mit benutzt werden müsse und hierdurch die Fußgänger in Bedrängniß gerathen. Da die Statutencommission den Abbruch des Hauses nicht empfehlen könne, so sei es vielleicht angebracht, mit der Ueberweisung des Antrages auch das Ersuchen an den Magistrat zu richten, eine derartige Bestimmung wenigstens bis dahin zu erwirken, daß der Abbruch des Hauses und die Verbreiterung der Brücke zur Ausführung gekommen sei.

Herr Wilke hat sich bei der Besichtigung des fraglichen Terrains nicht davon überzeugen können, daß durch die Verbreiterung der Brücke etwas gewonnen werde, er halte es vielmehr für angezeigt, die Brücke ganz zu beseitigen, dort schleunigst zu canalisiren und die Canalisation bis zu der Wallpromenade fortzuführen. Aus diesem Grunde stelle er folgenden Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht im Interesse des Verkehrs vom Kadeklinte nach dem Wendenthore vorthellhaft sei, den Endpunkt des Nickelnfulkes durch Ankauf von drei alten kleinen Häusern zu erschließen“

und bitte die Versammlung, das ganze Project unter Zugrundelegung seines Antrages an die Commission zurückzuverweisen. Herr Nieß habe mit der Beseitigung der Brücke beabsichtigt, den Verkehr nach dem Wendenthore zu erleichtern, das könne aber nur geschehen, wenn eins der dort stehenden, erst vor 50 Jahren neu erbauten Häuser für schweres Geld angekauft werde. Ganz anders gestalte sich dagegen der Verkehr, wenn man auf dem Nickelnfulke den alten Thorweg zu beseitigen und die im Wege stehenden paar alten kleinen Häuser anzukaufen suche, dann bleibe nur das alte Fabrikgebäude von Schorse übrig, nach dessen Beseitigung der Weg vom Nickelnfulke bei dem Hospitale herausführe und die Verbindung vom Kadeklinte direct zum Wendenthore aufgeschlossen sei. Jedenfalls werden sich die Kosten dieses Projectes nicht so hoch stellen, als wenn der Geiershagen erschlossen werden solle.

Die Versammlung verwies sodann den ersten Theil des Antrages Nieß mit dem Antrage Wilke an die Statutencommission zurück und genehmigte den zweiten Theil des Antrages Nieß auf Herrichtung einer vorschriftsmäßigen Bedürfnisanstalt für das Haus Nr. 26 am Nickelnfulke.

XVI. Ueber den Antrag des Herrn Reiche auf Verbreiterung der Eulensstraße berichtet für die Statutencommission Herr Reuter. Derselbe bemerkt, daß

die Commission es mit dem Antragsteller für wünschenswerth halte, die Eulenstraße zu verbreitern, daß sich indessen, unter Berücksichtigung der thatsächlichen Verhältnisse, zur Zeit weiter nichts erreichen lasse, als der Versammlung folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen:

„Die Statutencommission hält mit dem Antragsteller die baldige Verbreiterung der Eulenstraße für wünschenswerth, sie war jedoch nicht in der Lage, die Zweckmäßigkeit der sofortigen Erwerbung des erforderlichen Grund und Bodens prüfen zu können und beantragt daher, den Magistrat zu ersuchen, diese Prüfung vornehmen zu lassen“.

Die Commission glaube, hierdurch den Antrag nach Möglichkeit gefördert zu haben.

Der Commissionsantrag wird darauf angenommen.

Nunmehr begründet Herr Nieß seine im Eingange mitgetheilten neuen Anträge in folgender Weise:

Im Ortsbauplane sei rechts von der Kreuzstraße die Anlegung eines Spielplatzes in Aussicht genommen, zu dem noch ein Zugangsweg erworben werden müsse. Da nun schon seit Jahren die Bemühungen vieler interessirten Kreise, namentlich auch hervorragender Schulmänner, dahin gegangen seien, endlich diesen Platz der Oeffentlichkeit zu überweisen, so bitte er, den dort projectirten Theil der Ringstraße schon im Voraus freizugeben und die Angelegenheit des Spielplatzes zu fördern. Die Zeit zur Erwerbung des erforderlichen Terrains sei jetzt günstig, weil die Preise der dortigen Grundstücke bald in die Höhe gehen werden. Das Bedürfniß nach einem solchen Spielplatz in der westlichen Außenstadt werde nicht allein von der dortigen Gegend empfunden, sondern selbst die Bewohner entfernterer Stadttheile, wie der Augustthor- und Steinthor-Districtsverein habe dieses Bedürfniß schon durch die Annahme einer bezüglichen Resolution anerkannt. Die Stadt Braunschweig sei nur in sehr beschränkter Weise mit Spielplätzen für Kinder bedacht, da der Leonhardplatz und ein Theil des kleinen Exercierplatzes die einzigen zugänglichen Spielplätze bilden und diese nicht einmal ausreichend für die Schüler der höheren Lehranstalten seien. Da nun in der westlichen Stadthälfte ein solcher Platz vollständig fehle, so seien die Kinder auf die Belagerung der Straßen angewiesen.

Bezüglich des zweiten Antrages bemerke er, daß es unmöglich großen Schaden verursachen könne, wenn die Spielplätze der Schulen an den Mittwoch und Sonnabend Nachmittagen und den Ferientagen den Kindern zum Spielen geöffnet werden. Da die Kinder nun jetzt durchaus keinen anderen Platz zum Spielen haben als die Straße und einem Gerüchte zufolge die Herzogliche Polizei-Direction eine Verfügung an die ausübenden Beamten erlassen habe, nach welcher die Be-

lagerung der Straßen durch Kinder scharf überwacht und möglichst verhindert werden solle, so sei den Kindern der westlichen Stadt jede Gelegenheit zum Spielen genommen. Aus diesem Grunde dürfe es sich wohl empfehlen, in Erwägung zu nehmen, ob nicht die Schulplätze den Kindern für die erwähnten Zeiten freigegeben werden könnten. Wenn durch solche Einrichtung für die Schulpedellen eine Störung bzw. Beeinträchtigung ihrer Ruhezeit und eine neue Arbeit durch das Reinigen der Plätze hervorgerufen werde, so lasse sich dafür wohl auch eine Entschädigung finden.

Beide Anträge finden sodann die erforderliche Unterstützung und werden der Statutencommission, unter Zuziehung der Schulcommission bezüglich des zweiten Antrages, überwiesen.

Hierauf nimmt Herr Oberbürgermeister Pockels das Wort zu folgenden Mittheilungen: In der letzten Sitzung sei von Herrn Niek die Anfrage gestellt, ob dem Magistrat bekannt sei, daß nicht alle Straßen gleichmäßig an der Beprengung Antheil haben und daher die Anzahl der Sprengwagen unzureichend sei, bzw. ob der Magistrat einen Antrag auf Vermehrung dieser Wagen aus der Mitte der Versammlung erwarte. Nach den dieserhalb eingezogenen Erkundigungen befinde sich die Stadt im Besitze von 15 Sprengwagen, von denen durch Reparaturen durchschnittlich ein Wagen sich außer Gebrauch befinde, so daß auf eine gleichzeitige Thätigkeit von nur 14 Wagen gerechnet werden könne. Seit der allgemeinen Einführung der Straßenbeprengung habe sich nun das Gebiet derselben durch die Hereinziehung der neu ausgebauten Straßen außerordentlich erweitert, sodaß die Leistungsfähigkeit der 14 Wagen erschöpft sei. Nach den dem Redner gewordenen Mittheilungen beanspruchen zur Zeit die Anwohner von noch 26 Straßen mit mehr oder weniger Berechtigung die Beprengung derselben, sodaß, wenn diesen Ansprüchen Folge gegeben werden solle, noch 5 Wagen angeschafft werden müßten. Einen Antrag aus der Versammlung auf Vermehrung des Wagenparks erwarte der Magistrat keineswegs, derselbe werde sich vielmehr mit der Angelegenheit noch näher beschäftigen und voraussichtlich im nächsten Jahre mit einem entsprechenden Antrage hervortreten. Im laufenden Jahre lasse sich dagegen in dieser Sache nichts mehr machen, weil sich wegen der Beschaffung der nothwendigen Wagenbedienung und Wasserwerksbeamten zur Besorgung der Hydranten größere Schwierigkeiten entgegenstellen. Die eine oder andere Straße in das Beprengungsnetz jetzt noch einzufügen, sei außerordentlich schwierig, aus welchem Grunde ein Versprechen bezüglich der Einziehung weiterer Straßen in das regelmäßige Beprengungsgebiet für das laufende Jahr nicht in Aussicht gestellt werden könne. —

In Folge der von Herrn Niek in der vorigen Sitzung gemachten Bemerkung, daß ein städtischer Vorarbeiter auf Kosten der Stadtcasse ein sehr flottes Leben

geführt habe, für welche Unregelmäßigkeit nicht allein dem Vorarbeiter, sondern auch dessen Vorgesetzten die Schuld beizumessen sei, weil, wenn diese aufgepaßt hätten, die Ungehörigkeiten nicht vorgekommen sein würden, sei Herr Kiefe von ihm gebeten worden, Thatfachen, welche dieser Behauptung zu Grunde liegen, mitzuthellen und Namen zu nennen, worauf Herr Kiefe erklärt habe, daß, wenn der Vorarbeiter Lehmborg von seinen Vorgesetzten gehörig überwacht wäre, die Bohlenverkäufe u. s. w. nicht hätten vorkommen können. Nach den eingezogenen Erkundigungen verhalte sich nun die Sache folgendermaßen. Bei Gelegenheit des im vorigen Jahre ausgeführten neuen Bohlenbelages auf der Brücke an der Neuenpromenade seien in einer Nacht eine Anzahl ausgewechselter Bohlen gestohlen, trotzdem ein Vorarbeiter die Nachtwache auszuüben gehabt habe. Dieser Diebstahl sei am folgenden Morgen seitens des Beamten Thieleke bemerkt und der Polizei angezeigt. Durch die von dieser angestellten weiteren Ermittlungen habe sich ergeben, daß jener Vorarbeiter, der übrigens nicht Lehmborg, sondern Siedentopf heiße, in Gemeinschaft mit anderen Arbeitern sich die Bohlen selbst angeeignet habe, in Folge dessen die Schuldigen seitens der Staatsanwaltschaft zur Verantwortung herangezogen seien. Der von Herrn Kiefe erwähnte Schachtmeister Lehmborg sei anfänglich bei dieser Sache anscheinend insofern betheiligt gewesen, als man einen geringen Theil des gestohlenen Bohlenmaterials auf seinem Grundstücke vorgefunden habe, hinterher habe sich aber nichts Belastendes gegen denselben herausgestellt, so daß eine weitere Verfolgung nicht eingetreten sei. Nach diesem Sachverhalte müsse Redner allerdings die Behauptung, daß der Bohlendiebstahl in Folge der Nachlässigkeit eines bauleitenden städtischen Beamten habe ermöglicht werden können, als un wahr zurückweisen. Wenn gleichzeitig hervorgehoben sei, daß im Allgemeinen der p. Lehmborg ein sehr flottes Leben auf Kosten der Stadtcasse geführt habe, so sei auf Grund von Erkundigungen festgestellt, daß während der eben angedeuteten Vorgänge sowohl bei der Herzoglichen Polizei-Direction, als auch der städtischen Bauverwaltung eine größere Zahl anonymer Anzeigen des Inhalts eingegangen seien, daß Lehmborg in Gemeinschaft mit verschiedenen Fuhrleuten ein schwelgerisches Leben führe und die Mittel hierzu theils durch den Verkauf von Bauholz des Thomahofes, des Sitzgebäudes der Schützengesellschaft u. s. w., anderentheils durch Unredlichkeiten erworben habe. Die nach dieser Richtung hin angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß Lehmborg allerdings bei den Versteigerungen der betr. Abbruchmaterialien auf den bezeichneten Grundstücken verschiedene Materialien gekauft habe, daß hierbei aber Unrechtmäßigkeiten nicht vorgekommen sein könnten, weil die Verkäufe sämmtlich durch einen vereidigten Auktionator vorgenommen seien. Es lasse sich annehmen, daß der Umstand dieses Holzverkaufes zu dem Gerüchte Veranlassung gegeben habe, das Holz sei von Lehmborg widerrechtlich angeeignet. Im Uebrigen habe sich nicht ermitteln lassen, ob und inwiefern die städtischen Beamten irgendwie

durch Lehmborg — und zwar entweder durch diesen allein, oder in Gemeinschaft mit dritten Personen — in solcher Weise hintergangen seien, daß die Stadt daraus irgend welche Nachtheile erlitten habe. Unter diesen Umständen müsse er es Herrn Rieke überlassen, den Nachweis für seine Behauptung beizubringen, daß Lehmborg durch die Verschuldung eines städtischen Beamten die Stadtcasse in Wirklichkeit benachtheiligt habe.

Schließlich begründet Herr Günther seine im Eingange erwähnte Anfrage, indem derselbe bemerkt, daß ihm schon vor einiger Zeit mitgetheilt worden sei, das Reinigungsverfahren, wie man es früher hier dargestellt und erläutert habe, genüge den gestellten Anforderungen nicht; er habe indessen auf solche Redereien nichts gegeben. Jetzt sei aber seitens einiger Sachverständigen erwiesen, daß das Wasser mittelst des Röckner-Rothe'schen Reinigungsverfahrens nicht in der Weise gereinigt werde, um es in die Oker überführen zu können, ja, die Sachverständigen haben sogar gewarnt, dieses Wasser der Oker zu übergeben. Hierüber habe er sich umsomehr gewundert, als früher in der Versammlung auf Grund von Untersuchungen und Analysen mitgetheilt sei, daß das gereinigte Wasser bedeutend besser oder doch ebenfogut sein solle, wie das beste Brunnenwasser. Aus diesem Grunde habe er seine Anfrage an den Magistrat gerichtet und bitte um Auskunft darüber.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert hierauf Folgendes: Bekanntlich sei der hiesigen Stadt das Recht, die Schmutzwässer der Außenstadt in die Oker abzuleiten, einstweilen nur mit dem Vorbehalte erteilt, daß die Stadt solche Maßregeln zur vorherigen Reinigung der Abwässer treffe und unterhalte, welche nach Ansicht der Landespolizeibehörde geeignet seien, eine wesentliche Verschlechterung des Flußwassers zu verhindern. Nun sei nach Auffassung der städtischen Behörden das Röckner-Rothe'sche Reinigungssystem eine Methode gewesen, welche den Anforderungen der Landespolizeibehörde wohl entsprechen würde und es sei deshalb mit Genehmigung derselben die Versuchstation zur Reinigung der Abwässer nach diesem Systeme vor der Stadt in Betrieb gesetzt. Auf Grund der chemischen Analysen dieser Abwässer habe der Magistrat sodann bei der Herzoglichen Kreisdirection beantragt, das Röckner-Rothe'sche Reinigungssystem als eine zur Reinigung der Abwässer geeignete Methode anzuerkennen und danach dem Magistrate die Einleitung der Abwässer in die Oker unter der Verpflichtung zur Anwendung dieses Systems definitiv zu gestatten. Die Kreisdirection habe nun über diese Anträge von den Chemikern, Herren Medicinalrath Professor Dr. Otto und Professor Dr. Beckurts ein Gutachten eingezogen, in welchem diese beiden Herren allerdings sich auf den Standpunkt gestellt haben, daß die Reinigung der Abwässer nach dieser Methode eine unzulängliche sei. Das sei aber einstweilen nur eine Behauptung,

während ein Beweis in diesem Gutachten nicht liege, trotzdem es von Chemikern herrühre, denn wenn die einander widersprechenden Ansichten der Chemiker über diesen Punkt gegen einander gehalten werden, so könne man sich eigentlich gar kein festes Urtheil bilden, weil der Eine dieses, der Andere jenes darüber sage und schreibe. Auf das Gutachten selber wolle er nicht näher eingehen, weil es ihm nicht zur Hand sei und er auch nicht gewußt habe, daß die Angelegenheit hier zur Besprechung kommen werde. Die Kreisdirection habe nun geschrieben, sie sei nicht in der Lage, der Stadt das Recht zur Ableitung ihrer auf diesem Wege gereinigten Abwässer in die Oker definitiv zu ertheilen, sie finde aber nichts dagegen einzuwenden, daß die bereits in Betrieb gesetzte Reinigungsstation nach dem Röckner-Rothschschen Verfahren weiter betrieben werde und zwar bis dahin, daß die befürchteten Uebelstände sich als wirkliche herausstellen sollten. — Es entstehe nun die Frage, was weiter zu thun sei. Der Magistrat werde entweder sofort, oder nach Einziehung anderweiter Gutachten die Sache in die Recursinstanz bringen müssen, indeß habe sich derselbe über diesen Punkt noch nicht schlüssig machen können, weil die Resolution der Kreisdirection erst in den letzten Tagen eingegangen sei. Hoffentlich werde der Magistrat noch in die Lage kommen, die von Seiten der genannten Chemiker gegen die Reinigungsstation und deren Wirksamkeit vorgebrachten Bedenken zu zerstreuen und sodann das Recht der Ueberführung der Abwässer in die Oker definitiv zu erhalten.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung genehmigt die Versammlung die Kündigung eines Aufsehers im städtischen Schlachthause zum 1. October d. Js., wählt zu Armenpflegern für zwei erledigte Bezirke den Klempnermeister Gauß und den Kunstgärtner A. Bültmann und erledigt das erste Verzeichniß von Steuerreclamationen für das laufende Jahr.

Endlich wird noch gewählt: Herr Lange in die Deputation für die Gas- und Wasserwerke, Herr Fiedel in die Commission zur Einschätzung der Gebäude behufs der Einquartierung, Herr Nieß in die Deputation für die städtische Gewerbeschule, Herr Krahe in die Schulcommission und Herr Fiedel seinem Wahlbezirke nach in die Gemeindesteuer-Einschätzungs-Commission für den Augustthor- und Steinthor-District.

Schluß 7 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 13. September 1888.

Öffentlich:

- I. Erwerb von Straßenterrain an der Maschstraße.
- II. Desgl. am Königsstiege.
- III. Proceß gegen F. Ch. Unger & Sohn.
- IV. Proceß gegen den Bauunternehmer Wapmus.
- V. Erwerb von Straßenterrain an der Bertramstraße.
- VI. Reparaturen am Stadtparkgebäude.
- VII. Einwendung des Ingenieurs Königsdorf gegen den nördlichen Ortsbauplan.
- VIII. Aufhebung eines Weges an der Salzdahlumerstraße.
- IX. Trinkwasseranlage in der 4. mittleren Bürgerschule an der Ottmerstraße.
- X. Canal von der Petritshorpromenade zur Okerstraße.
- XI. Austausch von Grundstücken an der Obergstraße.
- XII. Bau einer Bedellenwohnung am Prinzenwege.
- XIII. Ausführung von Canalbauten im Küchengarten.
- XIV. Bau eines Gerätheschuppens bei der städtischen Mädchenschule.
- XV. Erstattung von Kosten für Gas- und Wasserrohranlagen.
- XVI. Erwerb von Straßenterrain an der Biewegstraße.
- XVII. Canalisirung verschiedener Straßen der westlichen Außenstadt.
- XVIII. Legung von Gas- und Wasserrohren im Küchengarten.
- XIX. Erpachtung eines Terraintreifens im Hagenbruche.

Vertraulich:

- Wahl zweier Armenpfleger.
Steuerreklamationen (Verzeichniß II von 1888).

Entschuldigt die Herren Blasius, Günther, Hollmann, Krahe, Nieß, Niese, Wilke und Wolff; außerdem fehlte Herr Buchler. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadtrath Haake und Stadtrath Ketemeyer.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und zeigt zunächst den Eingang folgender Schriftstücke an:

- 1) Der Stadtmagistrat theilt der Versammlung mit Bezug auf die früheren bezüglichlichen Besprechungen unter dem 27. August mit, daß nicht nur die jetzige Bedürfnisanstalt des vormals Wendel'schen Hauses am Mickelnkulle sehr mangelhaft sei, sondern daß sich auch dieses selbst in einem so baufälligen Zustande befinde, um eine baldige Niederlegung desselben als nothwendig erscheinen zu lassen. Aus diesem Grunde müsse von der Erneuerung der Bedürfnisanstalt Abstand genommen werden, jedoch sei die städtische Bauverwaltung veranlaßt, die zur Beseitigung des jetzigen mißfälligen Anblicks erforderlichen Reparaturen ausführen zu lassen; zugleich sei aber auch der über das fragliche Gebäude abgeschlossene Miethvertrag zum 1. April gekündigt und werde wegen Niederlegung des betreffenden Hauses der Versammlung demnächst weitere Mittheilung zugehen.
- 2) Eine nicht unterschriebene Eingabe, welche sich mit der ordnungsmäßigen Anbringung bezw. Instanderhaltung der Dachrinnen beschäftigt, im Uebrigen aber unverständlich ist und zu den Acten genommen wird.
- 3) Eine Anzahl Einladungen der Turnerschaft des Handwerkervereins zu dem am 16. d. Mts. in der städtischen Turnhalle hieselbst stattfindenden Schauturnen.
- 4) Einige Exemplare des Programms der Herzoglichen Technischen Hochschule hieselbst für das Studienjahr 1888—1889.

Die unter 3 und 4 aufgezählten Drucksachen kommen zur Vertheilung.

Nachdem dann die Protokolle der beiden letzten Sitzungen genehmigt und die ursprünglich auf der Tagesordnung befindlichen drei Anträge des Herrn Nieß wegen Abwesenheit des Antragstellers für die nächste Versammlung zurückgestellt waren, beginnen die Verhandlungen.

I. Zum Zwecke des Ausbaues und der Verbreiterung der Maschstraße auf der Strecke zwischen Gartenstraße und Petriwehr sind der Maschstraße von den anliegenden Grundstücken insgesamt 14 a 12,5 qm zuzulegen, wovon 3 a 60 qm auf das angrenzende städtische Schulgrundstück entfallen. Während sich 3 Anlieger mit der von der städtischen Bauverwaltung auf 10 M pro qm festgesetzten Entschädigung einverstanden erklärt haben, sind die Forderungen der übrigen Anlieger

durchweg nicht unerheblich höher, während einer derselben überhaupt nicht zur Abtretung des ihm gehörigen Terrains bereit zu sein scheint. Der Magistrat ersucht daher um die Ermächtigung zur Erwerbung der von den Eigenthümern Brandes, Krabsch und Sander abzutretenden Flächen gegen Zubilligung einer Entschädigung von 10 M pro qm, bezw. daneben einer besonders an Sander zu zahlenden Vergütung von 54 M als Ersatz für einen in Wegfall kommenden Pavillon u. s. w., sowie zur Einleitung des Expropriationsverfahrens wegen Erwerbs der übrigen Flächen.

Nach Befürwortung dieses Antrages durch Herrn Halle, im Auftrage der Statutencommission, wird derselbe von der Versammlung angenommen.

II. Der Maurer Wilhelm Siemann hat von seinem Grundstücke am Königsstiege eine zu 1 a 72 qm vermessene, zur Herrichtung dieser Straße demnächst erforderliche Fläche laut notariellen Vertrages an die Stadtgemeinde schon jetzt unentgeltlich abgetreten und wird magistratsseitig um die Genehmigung dieses Vertrages ersucht, welchem Ersuchen die Versammlung entspricht, nachdem Herr Halle namens der Statutencommission den Antrag unterstützt hatte.

III. Der Klempner Johann Karl, welcher seit Anfang April in der Blechwaarenfabrik von F. Ch. Unger & Sohn hieselbst beschäftigt gewesen und am 4. Juni wegen innerlicher Krankheit in das Herzogliche Krankenhaus aufgenommen ist, war, weil er einer organisirten Krankenkasse nicht angehörte, bei der hiesigen Gemeinde-Krankenversicherung versicherungspflichtig und hatte Anspruch auf Unterstützung aus den Mitteln derselben. Diese Unterstützung ist ihm denn auch durch Uebernahme der im Krankenhause während der Zeit vom 4.—18. Juni erwachsenen Kosten von 21 M geleistet. Die oben erwähnte Blechwaarenfabrik, deren Inhaber ihrer Verpflichtung zur Anmeldung des p. Karl bei der Gemeinde-Krankenversicherung nicht nachgekommen sind, haben sich geweigert, den vorauslagten Betrag zu erstatten, und beantragt der Magistrat demgemäß, ihn zur Erhebung der Klage gegen die genannte Fabrik wegen Rückerstattung der 21 M zu ermächtigen.

Herr Heymann befürwortet den Antrag für die Statutencommission, worauf die Versammlung denselben annimmt.

IV. Ein gleicher Fall liegt bezüglich des bei dem Bauunternehmer Wasmus beschäftigt gewesenem Arbeiters Theodor Kresche vor, für welchen wegen einer Fußverletzung die hiesige Gemeinde-Krankenversicherung in der Zeit vom 15. April bis 12. Mai eingetreten ist. Wasmus weigert sich ebenfalls, die durch Krankengeld und Arzthonorar entstandenen Unkosten im Betrage von 42,50 M zu erstatten und sucht der Magistrat um die Ermächtigung zur Erhebung der Klage gegen Wasmus nach.

Nach Unterstützung des Antrages durch die Statutencommission, für welche wiederum Herr Heymann berichtet, wird derselbe gleichfalls angenommen.

V. Behufs Verbreiterung der Bertramstraße haben die Anlieger, Schneidermeister Friedrich Jacobs und Wittve des Bäckermeister Brautlecht, von ihren Grundstücken 26 bzw. 25 qm zum Einheitspreise von 8 M an die Stadtgemeinde abgetreten. Der Magistrat ersucht um Genehmigung der dieserhalb bereits abgeschlossenen notariellen Verträge vom 24. Juli, bzw. 22. August, sowie um Bewilligung der hiernach zu zahlenden Summen von 208, bzw. 200, zusammen 408 M, mit welchem Antrage sich die Versammlung, nach Befürwortung durch Herrn Seele für die Finanzcommission, einverstanden erklärt.

VI. Das Holzwerk der im oberen Geschosse des Wirthschaftsgebäudes im Stadtparke nach der Westseite zu belegenen Umfassungswände hat durch von außen eingedrungene Masse etwas gelitten. Um eine Zerstörung des Holzwerkes zu verhüten, empfiehlt die städtische Bauverwaltung, die dem Wetter besonders ausgelegten Wandflächen in einem Umfange von rund 100 qm mit einer äußeren Schutzbekleidung zu versehen. Als Material wird sowohl aus constructiven, als ästhetischen Gründen Zink in Kantenform empfohlen und dürften sich die Kosten für eine solche Bekleidung auf 750 M belaufen. Der Magistrat beantragt die Bewilligung dieser Summe

und beschließt die Versammlung demgemäß, nachdem Herr Reuter namens der Baucommission den Antrag unterstützt hatte.

VII. Gegen den in der Sitzung vom 14. Juni d. Js. genehmigten Theils-Ortsbauplan für die nördliche Außenstadt hat der Civil-Ingenieur Hermann Königsdorf Einsprache erhoben, weil dadurch sein an dem Bültenwege und der Spargelstraße belegenes Grundstück in einer Weise zerrissen werde, daß dessen Verwerthung ihm unmöglich sei. Wenn nun auch zugegeben werden müsse, daß das fragliche Grundstück bei Ausführung des früheren Ortsbauplans zu Bauzwecken vortheilhafter hätte ausgenutzt werden können, so erfolge doch, wie magistratsseitig ausgeführt wird, die Feststellung der Ortsbaupläne im öffentlichen Interesse und dürfen die Privatinteressen Einzelner ihrer Durchführung nicht hinderlich sein, besonders dann nicht, wenn es sich lediglich um einen entgehenden Gewinn handele. Demnach beantragt der Magistrat, die Einsprache des p. Königsdorf als unbegründet zu verwerfen.

Herr Reuter giebt namens der Statutencommission der Versammlung anheim, sich dem Magistratsantrage anzuschließen,

wogegen der Herr Vorsitzende sich für die Zurückverweisung der Vorlage in die Commission ausspricht, weil sich erst nach der Commissionsberatung herausgestellt habe, daß das Einwendungsschreiben Königsdorfs unvollständig sei und in demselben ein Grund fehle, welcher von besonderer Bedeutung und wohl werth sei, die Angelegenheit nochmals in der Commission zu besprechen. Königsdorf habe nämlich erst jetzt mitgetheilt, er erleide durch die beschlossene Aenderung des betr.

Theil-Ortsbauplans noch dadurch Schaden, daß er in Rücksicht auf die anzulegende Straße von seinem dortigen Grundstücke ein Theilstück verkauft und zu dessen Gunsten auf das ihm verbliebene Terrain eine Servitut bis zur Einrichtung der Straße habe eintragen lassen. Diese Servitut werde er aber niemals los, wenn die Straße dort ausfalle. Es frage sich nun, ob die Stadt in solchem Falle nicht doch entschädigungspflichtig sei, da hier ein besonderes Recht constituirte worden und nicht nur ein gehoffter Gewinn entgangen, sondern ein wirklicher Schaden entstanden sei. Aus diesem Grunde bitte er, einen Antrag auf Zurückverweisung dieses Punktes der Tagesordnung in die Commission, behufs nochmaliger Berathung, einzubringen.

Nachdem sodann Herr Heymann einen dahingehenden Antrag gestellt hatte, giebt Herr Stadtrath Ketemeyer die Erklärung ab, daß der Magistrat allerdings gegen die Zurückverweisung der Magistratevorlage an die Commission nichts einzuwenden habe, daß aber der neue Einwand von Königsdorf nach der Ansicht des Magistrats, welcher sich in seiner heutigen Sitzung hiermit schon beschäftigt habe, die Sachlage in keiner Weise ändere. Bei Feststellung und Aenderung der Ortsbaupläne sei stets der Grundsatz als maßgebend erachtet worden, daß die Baupläne im öffentlichen Interesse aufgestellt werden und auf die Privatinteressen Einzelner dabei keine Rücksicht genommen werden könne. Rechtsverhältnisse und Schädigungen, wie sie Königsdorf hier vorgeführt habe, werden bei jeder Aenderung des Ortsbauplanes vorkommen und es sei bei Berücksichtigung derselben schwer, schließlich eine Grenze zu finden. Wenn die Rechte Dritter an einem Grundstücke, oder vielleicht ein eingeräumtes Vorkaufsrecht und dergleichen bei Aufstellung der Ortsbaupläne Berücksichtigung finden müssen, dann werde es nicht möglich sein, den Ortsbauplan auch nur an irgend einer Stelle zu ändern und könnten dann Hunderte, ja Tausende für die Ablösung solcher Rechte bezahlt werden.

Der Herr Vorsitzende will zu der Einwendung selber keine Stellung nehmen, er hält aber dafür, daß die Commission wenigstens diesen Punkt einmal in Erwägung ziehe.

Herr Halle ersucht, bei so eingreifenden Aenderungen des Ortsbauplanes den Stadtverordneten in Zukunft zeitig vor der Berathung Abzüge der betr. Pläne zugehen zu lassen, damit Jeder in der Lage sei, sich die beabsichtigte Aenderung im Hause mit Ruhe zu überlegen und danach seine Entschließung zu fassen. Jedemfalls könne sich Niemand in den wenigen Augenblicken, welche dem Einzelnen vor oder während der Sitzung zur Besichtigung der Pläne zur Verfügung stehen, ein abschließendes Urtheil über die Zweckmäßigkeit einer Aenderung bilden. Gegen den Grundsatz, daß die Ortsbaupläne lediglich im Interesse der Gesamtheit gestaltet werden müssen, sei nichts einzuwenden, jedoch lasse sich hier und da bei genauer Kenntniß der einschlägigen Verhältnisse durch eine kleine Aenderung in dem Bauplane auch das Interesse des Einzelnen wahrnehmen, ohne daß die Gesamtheit dadurch irgend welchen Schaden erleide.

Die Vorlage wird sodann an die Statutencommission zur nochmaligen Berathung zurückverwiesen.

VIII. Der Deconom Wolters beabsichtigt, auf den beiden ihm gehörigen, neben der Salzdhumerstraße belegenen Plänen ein Wohnhaus nebst Stallgebäude zu errichten und hat, da beide Pläne durch einen Wannenweg getrennt werden, mit der Verwaltungs-Deputation der Feldmarksinteressentschaft Altewiek ein Abkommen getroffen, wonach ihm ein Theil jenes Weges abgetreten wird, während Wolters verpflichtet ist, der Interessentschaft eine andere Fläche seines Grundstückes als Wegeterrain zu überweisen, auch die Kosten einer ordnungsmäßigen Ueberbrückung des Chausseegrabens zu tragen. Die bei dieser Wegeverlegung interessirten Grundeigenthümer haben sich mit derselben einverstanden erklärt und ist solche auch durch die städtische Bauverwaltung befürwortet. Der Magistrat beantragt daher, die Genehmigung zur Aufhebung der fraglichen Wegestrecke auszusprechen.

Die Statutencommission giebt durch Herrn Schwarzenberg die Genehmigung des Antrages anheim und beschließt die Versammlung demgemäß.

IX. Nachdem sich durch die chemische Untersuchung des Trinkwassers aus dem Brunnen des Schulhofes der vierten mittleren Bürgerschule an der Ottmerstraße herausgestellt hat, daß das Wasser derartig mit organischen Substanzen durchsetzt und zugleich so reich an salpetriger und Salpetersäure ist, um die Verwendung desselben als Trinkwasser im hohen Grade bedenklich und der Gesundheit nachtheilig erscheinen zu lassen, ist während der letzten großen Ferien, unter Zustimmung des Schulvorstandes, die anderweite Beschaffung guten Trinkwassers in der Weise ausgeführt, daß über dem bereits vorhandenen Brunnenschachte ein aus der Wasserleitung gespeister Wasserpfeifen mit sechs Wasserkrähnen angelegt wurde. Der Magistrat stellt nun den Antrag, die durch diese Anlage entstandenen Kosten von 275 M aus den voraussichtlichen Mehreinnahmen des diesjährigen Schulcassenetats, oder aber aus dem Dispositionsfonds der Stadtcasse zu bewilligen.

Herr Schwarzenberg befürwortet namens der Schulcommission diesen Antrag, worauf derselbe von der Versammlung angenommen wird.

X. Der Stadtmagistrat beantragt, den von dem Grundstücke des Kaufmanns Lupprian an der Petritthorpromenade bis nach der Osterstraße im vorigen Jahre hergestellten und von Lupprian bezahlten Abzugscanal auf die Stadt zu übernehmen und denselben bis zu dem Grundstücke des Dr. jur. Aronheim fortzuführen. Im Falle der Genehmigung dieses Antrages sind an Lupprian die Canalbaukosten, welche 1340 M 44 S betragen haben, auf Grund des Entwässerungstatuts vom 14. März d. Js. zurückzuzahlen und außerdem die Kosten für die Fortführung des Canals im Betrage von 1915 M, zusammen also 3255 M 44 S zu bewilligen.

Die Finanzcommission empfiehlt durch Herrn Seele die Genehmigung des Antrages, welche sodann auch von der Versammlung beschlossen wird.

XI. Zum Zwecke der Begrabigung des östlichen Theiles der Hennebergstraße bei ihrer Einmündung in die Obergstraße ist eine 9 qm große Fläche vom städtischen Grundbesitz dem benachbarten Grundstücke des Commerzienrathes Seeliger aus Wolfenbüttel zuzulegen, während von diesem Grundstücke zu der fraglichen Straße eine zu 14 qm vermessene Fläche abzutreten ist. Seeliger hat sich mit einem Austausch beider Flächen unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß sein Grundstück auf der Grenzlinie angemessen eingefriedigt werde. Letzteres ist auf Kosten des Rudolphstiftes bereits geschehen. Mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit der beiden auszutauschenden Flächen wird der Abschluß eines notariellen Vertrages nicht für erforderlich erachtet und beantragt der Magistrat, den Tausch gutzuheißen.

Die Statutencommission, für welche Herr Heymann berichtet, kann den Tausch nur empfehlen, sie setzt indessen voraus, daß die Auflassung der auszutauschten Flächen erfolgen werde. Die Versammlung beschließt demgemäß.

XII. Die in dem nordwestlichen Kellergeschoße des Schulhauses am Prinzenwege untergebrachte Bedellenwohnung entspricht den gesundheitlichen Anforderungen nicht in genügendem Maße, weil die Luft in derselben bei der hohen Lage der Fenster und wegen der periodischen Ausdünstungen des vorbeifließenden Ockerarmes und der benachbarten Abortsanlagen nur sehr unvollständig erneuert werden kann und die Wohnung daher namentlich auch nicht geeignet erscheint, kränklichen oder kranken Personen zum Aufenthalt zu dienen. Aus diesem Grunde ist für den Bedellen eine andere Wohnung zu beschaffen. Von der Errichtung einer solchen Wohnung auf einem durch Erwerb des Nachbargrundstückes zu gewinnenden Platze muß des hohen Kostenaufwandes wegen Abstand genommen werden, so daß nach der Ansicht des Magistrats nur erübrigt, einen Neubau auf dem Schulhofe selbst auszuführen. Die Kosten eines solchen zweistöckigen Neubaus sind von der städtischen Bauverwaltung, in der Annahme, daß derselbe auf der nordöstlichen Ecke des Schulhofes hart an der Echternstraße ausgeführt wird, auf 8000 M veranschlagt und giebt der Magistrat anheim, sich mit der Ausführung dieses Projectes einverstanden zu erklären, zumal der Spielplatz namentlich im Vergleiche mit den älteren hiesigen Schulen durch den Neubau nicht zu sehr verkleinert werde.

Herr Reiche führt namens der Schulcommission aus, daß der Spielplatz der fraglichen Schule gerade nicht allzu geräumig sei und es sich auch nicht sehr schön machen werde, wenn auf dem Schulhofe noch ein kleines Häuschen stehe. Da nun mit dem Grundsatze der Dienstwohnungen für Schulinspectoren längst gebrochen sei, denn in einzelnen Schulen gebe es solche schon jetzt nicht mehr, so dürfe es sich im vorliegenden Falle empfehlen, die jetzige Inspectorwohnung theilweise dem Bedellen als Dienstwohnung anzuweisen und die frei werdenden

Zimmer im Bedarfsfalle als Schulzimmer zu verwenden. Die Schulcommission stelle daher folgende Anträge: 1) die Nothwendigkeit, dem Bedellen eine andere Wohnung zu beschaffen, anzuerkennen und 2) den Neubau eines Bedellenhauses auf dem Schulhofe nicht zu empfehlen, sondern den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob nicht vorzuziehen sei, dem Schulinspector Töpke statt seiner jetzigen Dienstwohnung Miethsentschädigung zu gewähren und erstere theilweise dem Bedellen als Dienstwohnung zu überweisen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt hierzu, er habe sich schon in der Commissionsitzung mit dem vorgetragenen Auskunftsmittel unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß vom Schulstandpunkte aus die Unterbringung des Bedellen in der zwei Stock hoch belegenen Inspectorwohnung zulässig sei. Gegen die von der Commission vorgeschlagene Resolution wolle er daher im Allgemeinen Einwendungen nicht erheben, jedoch bitte er, den zweiten Punkt lauten zu lassen: „den Neubau eines Bedellenhauses auf dem Schulhofe für jetzt nicht zu empfehlen u. s. w.“, weil der Magistrat auf seinen Antrag für den Fall wieder zurückkommen müsse, daß der Commissionsvorschlag sich nicht durchführen lasse.

Nachdem noch Herr Schwarzenberg den Commissionsantrag befürwortet und namentlich hervorgehoben hatte, daß derselbe selbst in finanzieller Beziehung empfehlenswerth sei, weil die an den Schulinspector Töpke zu zahlende Miethsentschädigung von 600 M durch Ersparung der Zinsen für den Bau des Bedellenhauses, sowie durch Verpachtung der jetzigen Bedellenwohnung als Lagerraum und durch die Benützung einiger Zimmer zu Schulzwecken gedeckt werde,

beschließt die Versammlung nach den Commissionsanträgen mit dem magistratsseitig gewünschten und vom Berichterstatter gestellten Zusatzantrage.

XIII. Mit Rücksicht darauf, daß in der Sitzung vom 5. Juli d. Js. die Mittel zur Canalisirung eines Theiles der Casernen- und Hagenstraße mit 10500 M bereits verwilligt sind und der zwischen der Casernen- und Hagenstraße belegene Theil des Röhrengartens in nächster Zeit behufs Bebauung verkauft werden soll, erscheint die alsbaldige Canalisirung der übrigen, diesen Theil des Röhrengartens durchschneidenden bzw. berührenden Straßenzüge geboten. Im Einvernehmen mit der Canalbau-Deputation beantragt deshalb der Stadtmagistrat, zur Ausführung dieser Canalanlagen einen Gesamtkredit von 21 300 M auf den diesjährigen Canalbauetat, welcher diese Mittel noch verfügbar habe, anweisen zu wollen. Für diese Summe sollen die Hauptstraße zwischen Casernen- und Hagenstraße, die Hagenstraße zwischen dieser Hauptstraße und der Fasanenstraße und die Fasanenstraße zwischen Casernen- und Hagenstraße, die erstere mit einem Beton-, die beiden letzteren aber mit einem Röhrencanale belegt werden.

Im Namen der Finanzcommission empfiehlt Herr Seele, mit Rücksicht darauf, daß die Stadtgemeinde durch Vertrag zur Ausführung der Canalisirung gezwungen

sei und außerdem auch außerordentliche Gründe dieselbe nothwendig machen, die Genehmigung der Vorlage,
welche von der Versammlung zum Beschlusse erhoben wird.

XIV. Nachdem die Errichtung einer Aula für die städtische Mädchenschule an der Heinenstraße abgelehnt worden ist und demnach auf die gleichzeitige Benutzung der Turnhalle für Schulfestlichkeiten Bedacht genommen werden muß, erscheint es nothwendig, behufs Unterbringung der für letztgedachten Zweck anzuschaffenden Bänke, sowie auch andererseits der beweglichen Turngeräthe, für die Herstellung eines einfachen Gerätheraumes neben der Turnhalle Sorge zu tragen, zumal eine Aufbewahrung der Bänke in dem Schulhause selbst nicht thunlich ist. Ein solcher Gerätheschuppen könnte auf dem neben der Turnhalle befindlichen hinteren Hofe aufgestellt und mit derselben durch eine bereits vorgesehene kleine Thür verbunden werden. Die Kosten dieses im Mittel 2,25 m hoch zu erbauenden Schuppens werden ungefähr 1500 M betragen und können aus den Ersparnissen des Schulhausbaufonds genommen werden. Die Genehmigung dieser Anlage wird magistratsseitig anheimgegeben und von der Versammlung beschlossen, nachdem Herr Reuter namens der Baucommission solche befürwortet hatte.

XV. Der Antrag des Magistrats auf Rückzahlung der von dem Rentier Iken im Jahre 1881 verauslagten Kosten von 156,36 M für die Legung von Gas- und Wasserrohren in der Nierstraße aus dem Reservefonds des Gas- bzw. Wasserwerks wird gemäß dem Antrage der Finanzcommission, für welche Herr Sievers berichtet, gleichfalls angenommen.

XVI. Mit den Anliegern der Biewegstraße, zwischen Limbecker- und Lutterstraße, ist wegen Abtretung des zur Straße nothwendigen Terrains eine Vereinbarung dahin erzielt worden, daß dieselben durchweg 6 M pro qm erhalten; nur der Particulier Rudolph hat 7 M gefordert und auch zugebilligt erhalten, weil auf dessen Terrain Bäume, Gesträucher und sonstige Anlagen vorhanden sind, deren anderweite Verwerthung nicht möglich ist. Eine von den Eigenthümern, Geschwister Walter abzutretende Fläche von 8 qm ist der Stadt unentgeltlich, jedoch unter der Bedingung überlassen, daß bei etwaiger Heranziehung des betreffenden Grundstückes zu den Straßenbaukosten der zu 48 M festgestellte Werth der abgetretenen Fläche auf solche Kosten zur Anrechnung kommen soll.

Die Versammlung ertheilt die vom Magistrate beantragte und von der Finanzcommission durch Herrn Seele befürwortete Genehmigung zu den mit den betreffenden Anliegern abgeschlossenen notariellen Verträgen.

XVII. Die Canalbau-Deputation hat empfohlen, von den seitens der Stadtverordneten-Versammlung bereits am 12. April bewilligten Kosten für die Canalisation der westlichen Außenstadt im Betrage von 200 000 M zunächst eine Summe

von 158 600 M anzuweisen, um hierfür folgende Straßenzüge mit Abzugsanläufen zu versehen: Frankfurterstraße von der Bahnhofstraße bis zum Wolfscampe bezw. zur Helenenstraße (60 600 M), Kramerstraße von der Frankfurter- bis zu der projectirten Straße (18 000 M), Bergfeldstraße (3200 M), Cammannstraße (35 000 M), Döringstraße (5300 M), Hedwigstraße (4500 M), Wolfscamp bezw. Broigemer Mühlenweg von der Frankfurterstraße bis zum Straßenzuge 23 (10 000 M) und Sophienstraße (22 000 M).

Von der oben angeführten Summe zu 158 600 M ist indessen ein Betrag von 10 000 M zur Canalisirung des Broigemer Mühlenweges bereits am 14. Juni d. Jz. verwilligt worden, auch haben die Unternehmer der Hedwig- und Döringstraße in Gemäßheit des mit denselben seiner Zeit abgeschlossenen notariellen Vertrages einen Betrag von 8000 M für die Canalisirung dieser Straßen hinterlegt, so daß sich die angeforderte Summe auf 140 600 M ermäßigt. Die Bewilligung dieser Summe wird magistratsseitig anheimgegeben. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der obenbezeichneten Canalbauten ist der Canalbau-Deputation übrigens bereits im Monat Juli von dem Magistrate aufgegeben, mit der Ausführung der Arbeiten zu beginnen.

Nach Unterstützung des Antrages durch die Finanzcommission, für welche Herr Sievers berichtet, stimmt die Versammlung demselben zu.

XVIII. Da die im Gebiete des Küchengartens vorgesehenen Straßen unter bestimmten Voraussetzungen mit Gas- und Wasserröhren zu versehen sind, so stellt der Magistrat den Antrag, mit Rücksicht auf die geringeren Kosten der Rohrlegung in unbefestigten Straßen und die demnächstige Schonung der baldigst in Stand zu setzenden Straßen die Legung dieser Röhren schon jetzt zu genehmigen und hierfür eine Summe von insgesammt 31 383,35 M zu verwilligen. Von dieser Summe entfallen 15 172,95 M auf die Gasrohrleitungen mit 56 Kandelabern und 16 210,40 M auf die Wasserrohrleitungen, welche dem Reservefonds des Gas- bezw. Wasserwerks zu entnehmen sein würden. Da die Aufstellung der Kandelaber nur nach Bedürfniß vorgenommen werden wird, so ist die Gesamtsumme erst im Laufe der Jahre erforderlich.

Herr Sievers kann sich namens der Finanzcommission den magistratsseitig für die alsbaldige Bewilligung der Summe vorgebrachten Gründen nur anschließen, da es sehr wünschenswerth sei, alle neu anzulegenden Straßen möglichst schon vor ihrer Bebauung herzustellen.

Die Bewilligung der geforderten Summe wird sodann von der Versammlung beschloffen.

XIX. Zur Legung der Röhren für den am 12. April d. J. genehmigten Canal neben dem Hagenbruchgraben, in dessen Zuge zwischen Kastanienallee und Glies-

maroderstraße, ist in der ganzen Länge ein neben der Grabengrenze liegender Terrainstreifen von 5 m Breite erforderlich, welcher nach Fertigstellung des Canals wieder eingeebnet und bis auf die Stellen, an denen sich Einsteigeschächte befinden, auch ferner landwirthschaftlich benutzt werden kann. Da sich ein Terrainerwerb seitens der Stadt in jener Gegend zur Zeit noch nicht empfiehlt, so beantragt der Magistrat, einstweilen der Stadt ein Nutzungsrecht an dem erforderlichen Terrain in der Weise zu sichern, daß mit den Anliegern entsprechende Pachtverträge abgeschlossen werden. Die Genehmigung der zum größten Theile bereits abgeschlossenen, bezw. der noch abzuschließenden Pachtverträge wird anheim gegeben. Es handelt sich im vorliegenden Falle um die Erpachtung eines Terrains von 55—56 a zum Preise von insgesammt 278 M.

Herr Lüderßen empfiehlt im Auftrage der Statutencommission die Annahme des Magistratsantrages, da es nach Lage der Verhältnisse zweckmäßig sei, die Sache in der vorgeschlagenen Weise zu reguliren. Sofern sich aus dem Pachtverhältnisse Unzuträglichkeiten ergeben sollten, bleibe immer noch die Möglichkeit, das Terrain zur Straße zu erklären und eigenthümlich zu erwerben. Der Pachtpreis könne, wenn auch nicht als gering, so doch als den Umständen nach angemessen bezeichnet werden.

Die Versammlung genehmigte darauf die Magistratsvorlage.

Nach Erledigung der Tagesordnung nimmt sodann noch Herr Meyer das Wort zu folgender Anfrage an den Magistrat: Der unfertige Brückenbau an der Ferdinandstraße, namentlich aber die seit längerer Zeit eingestellte Arbeit zur Vollendung der Brücke haben einen Zustand geschaffen, der nicht ohne erhebliche Gefahr für die Passanten sei. Hieraus nehme er Veranlassung, an den Magistrat die Anfrage zu stellen, ob Aussicht vorhanden sei, diesen mangelhaften Zustand recht bald in einen regelrechten überzuführen, bezw. aber, sofern die Verhandlungen in dieser Angelegenheit noch schweben, ob nicht dafür gesorgt werden könne, daß die Brücke schnelligst ein Geländer erhalte, um wenigstens das Gefahrvolle des Zustandes zu beseitigen.

Herr Stadtrath Ketemeyer beantwortet diese Anfrage in folgender Weise:

Die Principalfrage bestimmt zu beantworten sei nicht möglich, denn es lasse sich nicht behaupten, daß der unleidliche Zustand bald seine Erledigung finde, dagegen könne er mittheilen, daß das Geländer voraussichtlich noch Ende dieser Woche auf die Brücke gesetzt werde. Mit Rücksicht darauf, daß jener Zustand ein ungewöhnlicher sei, wolle er indessen kurz den Verlauf der ganzen Angelegenheit schildern. Der Magistrat habe seiner Zeit mit Ermächtigung der Versammlung die Einleitung des Expropriationsverfahrens beantragt, worauf die Anlieger der Ferdinandstraße sofort das ihnen bis dahin gar nicht gehörende Straßenterrain umsonst zu erwerben gewußt und sodann Entschädigungsansprüche geltend gemacht haben, welche sich auf ungefähr 24000 M für das umsonst erworbene Terrain und

60000 M für die Entwerthung der Grundstücke be ließen. Der Magistrat habe nunmehr bei dem Herzoglichen Staatsministerium um die Ertheilung der Genehmigung zur Expropriation gebeten, wogegen seitens der Anlieger der Antrag gestellt sei, dieselbe zu versagen, bezw. aber nur unter der Bedingung zu ertheilen, daß die gegenüberliegenden Grundbesitzer, deren Grundstücke durch die Ueberbrückung erheblich gewinnen würden, zur Tragung der sämmtlichen, aus der Durchführung des Projectes erwachsenden Kosten verpflichtet werden möchten. Das Ministerium habe auf letzteren Antrag erwidert, es sei solches weder gesetzlich noch praktisch ausführbar und könne daher das Gesuch Berücksichtigung nicht finden, dagegen werde nunmehr der Stadt das Recht der Expropriation ertheilt. Hiernach sei magistratsseitig bei der Herzoglichen Kreisdirection um die Anberaumung eines Termins zur gütlichen Vereinbarung gebeten und zugleich beantragt, die Stadt sofort in den Besitz desjenigen Theiles der Straße einzuweisen, welcher zur Leitung des Verkehrs von der Promenade auf die Brücke nöthig sei. In dem am letzten Dinstage dieserhalb stattgehabten Termine seien nun sämmtliche Anlieger der Ferdinandstraße erschienen und hätten erklärt, wenn auch das Ministerium die Expropriation der Ferdinandstraße genehmigt habe, so müßten sie doch dagegen protestiren, daß über den Erwerb eines Theiles der Straße verhandelt und der Magistrat vorläufig nur in den Besitz eines Theiles derselben gesetzt werde, da es sich hier nur um die Besitzergreifung der ganzen Straße handeln könne. Auf diesen Einwand sei die Kreisdirection eingegangen und habe es in Folge dessen abgelehnt, dem Magistratsantrage zu entsprechen. Der Magistrat habe nunmehr heute Morgen beschlossen, gegen die ablehnende Verfügung der Herzoglichen Kreisdirection sofort die Beschwerde bei dem Herzoglichen Staatsministerium zu verfolgen.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wählt die Versammlung noch den Hof-Bäckermeister Alb. Koch, Steinweg 9, und den Kaufmann Joh. Wöhlert, Luisenstraße 12, für zwei freigewordene Bezirke zu Armenpflegern und erledigt das Verzeichniß II von Steuerreclamationen nach den Vorschlägen der Commission.

Schluß gegen 5^{3/4} Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 18. October 1888.

Öffentlich:

- I. Antrag des Herrn Nieß auf Freigabe der Schulhöfe als Spielplätze.
 - II. Antrag des Herrn Nieß auf Erwerb eines Spielplatzes an der Kreuzstraße.
 - III. Antrag der Herren Nieß und Wolff auf Aenderung der Geschäftsordnung.
 - IV. Regulirung der Thurmuhren nach Mahrhofer's System.
 - V. Tarif der Straßenbahn auf der Strecke Hohethor-Marienstift.
 - VI. Erwerb eines Grundstückes an der Hedwigstraße.
 - VII. Desgl. an der Kreuzstraße.
 - VIII. Veräußerung einer Fläche an der Biewegstraße.
 - IX. Regulirung der Feldmarksgrenze gegen Delper und Lammie.
 - X. Einrichtung einer Schätzungscommission für die Grundsteuer.
 - XI. Verpachtung eines Grundstückes an der Casernenstraße.
 - XII. Verwilligung für das neue Gaswerk.
 - XIII. Annahme zweier bezw. dreier Aufseher im Schlachthause.
 - XIV. Ausbau der Nordstraße.
 - XV. Erwerb verschiedener Grundstücke an der Limbeckerstraße.
 - XVI. Erwerb eines Grundstückes am Wolfscampe.
 - XVII. Proceß gegen den Maurermeister Bewig.
 - XVIII. Einwendung des Ingenieurs Königsdorf gegen den nördlichen Ortsbauplan.
 - XIX. Kanalisirung des kleinen Markstalles.
 - XX. Verleihung von Darlehen an die Braunschweigische Baugenossenschaft.
- Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.
- Pensionirung eines städtischen Beamten.

Entschuldigt Herr Blasius; außerdem fehlt Herr Buchler. —

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadtrath Haake, Stadtrath Ketemeyer, Assessor Hassel und später noch Herr Stadtrath Götte.

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Semler, eröffnet.

Nach Genehmigung des Protocolls № 8 theilt der Herr Vorsitzende folgende Eingänge mit:

1) Anfrage des Herrn Nieß:

Ist der verehrliche Stadtmagistrat in der Lage, auf die in Aussicht genommene Art und Weise des Verkaufs der Baupläze im Küchengarten einzuwirken?

2) Antrag des Herrn Lange:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, daß an den verehrlichen Stadtmagistrat das Ersuchen gerichtet werde, den einzelnen Stadtverordneten zu ihrer Orientirung die Theilpläne des neuen Stadtbauplanes möglichst umgehend zustellen zu lassen.

Die Begründung erfolgt am Schlusse der Sitzung.

In die Tagesordnung eintretend, berichtet

I. Herr Schwarzenberg, namens der Statutencommission über den am 5. Juli d. Jz. von Herrn Nieß eingebrachten Antrag:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, die Spielplätze der öffentlichen Schulen an den Mittwoch und Sonnabend Nachmittagen und während der Schulferien an allen Nachmittagen den Kindern der Umgegend zum Spielen frei zu geben.

Die Tendenz dieses Antrages sei in der Commissionsberathung vollständig anerkannt worden und die Commission habe auch keine Bedenken gehabt, denselben dem Stadtmagistrate zur Erwägung zu überweisen, wenn nicht Herr Oberbürgermeister Pockels in der Commissionsitzung die Erklärung abgegeben hätte, daß den Kindern der Umgegend schon jetzt und auch ferner gestattet sei, die Spielplätze zu benutzen, vorausgesetzt natürlich, daß dort kein Unfug getrieben werde. Unter diesen Umständen könne die Commission, zugleich auch im Einverständnisse mit dem Herrn Antragsteller, nur empfehlen, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herrn Nieß ist die Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters, ebenso wie wahrscheinlich manchem anderen Mitgliede der Versammlung, neu gewesen. Da indessen der Zweck des Antrages durch die mitgetheilte Einrichtung erreicht worden sei, so habe er sich mit dem Commissionsbeschlusse nur einverstanden erklären können, denn es handele sich nicht darum, den Kindern ein unablässiges Recht auf die

Spielfläche einzuräumen, sondern es genüge die jetzt getroffene Einrichtung in jeder Beziehung, zumal auch durch die Veröffentlichung der Verhandlungen die interessirten Kreise von der Anordnung Kenntniß erhalten werden.

Herr Günt her erscheint die von Herrn Nieß bei der Begründung des vorliegenden Antrages erwähnte polizeiliche Verfügung, nach welcher den Kindern das Spielen auf den Straßen verboten sein solle, neu und zugleich unwahrscheinlich, weshalb er um weitere Mittheilung hierüber bitte.

Herr Schwarzenberg erwidert, daß eine solche polizeiliche Verfügung auch gar nicht erlassen worden, sondern daß die Polizeiorgane nur angewiesen seien, den etwa durch spielende Kinder auf den Straßen hervorgerufenen Unfug nach Möglichkeit zu verhindern. Man könne sich auch täglich, namentlich auf der Langenstraße, überzeugen, daß den Kindern das Spielen auf der Straße nach wie vor erlaubt werde.

Der Commissionsantrag wird darauf angenommen.

II. Herr Nieß hat in der Sitzung vom 5. Juli d. Js. den ferneren Antrag gestellt:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, in den Haushaltsplan für 1889 einen Posten einzustellen, welcher die Erwerbung des in der Nähe der Kreuzstraße belegenen öffentlichen Platzes und des verbindenden Theiles der Ringstraße ermöglicht, um daselbst im Jahre 1889 einen öffentlichen Spielplatz eröffnen zu können.

Wie Herr Reuter für die Statutencommission berichtet, halte man solche Plätze im Interesse der Jugend für sehr wünschenswerth und zweckmäßig, dagegen sei in der Commission aber auch hervorgehoben worden, daß mit Rücksicht auf die an jener Stelle einschneidende Ringstraße diese Angelegenheit nicht überstürzt werden möchte, zumal außerdem in der Nähe des weißen Hofes ein großer Platz liege, welcher schon jetzt zum guten Theile hergestellt werde und als Spielplatz von der Jugend benutzt werden könne. Die Herrichtung des von Herrn Nieß in Aussicht genommenen Platzes erfordere gleichzeitig die Instandsetzung verschiedener Zugangsstraßen zu demselben und das lasse sich zur Zeit um so weniger durchführen, als noch gar nicht feststehe, ob jener Platz überhaupt als solcher beibehalten werden, oder ob derselbe zur Aufnahme städtischer Gebäude (z. B. Schulen) Verwendung finden solle und demnach den Character eines Spielplatzes gar nicht erhalten werde. Schon aus diesen Gründen könne die Commission nicht empfehlen, dem Magistrate zur Herrichtung des fraglichen Platzes die Einstellung einer Summe in den nächstjährigen Etat anheimzugeben, wozu dann noch der fernere Umstand trete, daß auch die erforderlichen Mittel hierzu gar nicht vorhanden seien.

Dagegen beantrage die Statutencommission,

dem Magistrate zur Erwägung zu verstellen, ob sich mit Rücksicht darauf, daß es wünschenswerth sei, solche Spielplätze für die Schuljugend zu besitzen, hinsichtlich des in dem Antrage näher bezeichneten Platzes schon jetzt etwas unternehmen lasse.

Diesen Antrag erhebt die Versammlung zum Beschlusse.

III. In der Sitzung vom 12. April d. Js. hatte Herr Nieß den Antrag eingebracht:

Löbliche Versammlung wolle beschließen, die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß Interpellationen auf Beschluß der Versammlung einer Besprechung unterzogen werden können.

Bei der in der Sitzung vom 14. Juni d. Js. stattgehabten Berathung dieses Antrages, wurde derselbe von Herrn Nieß zurückgezogen, nachdem Herr Wolff folgenden neuen Antrag gestellt hatte:

Löbliche Stadtverordneten-Versammlung wolle das Interpellationsrecht der Stadtverordneten feststellen und zu diesem Zwecke den Antrag Nieß in dieser erweiterten Richtung an die Statutencommission zurückverweisen.

Der letztere Antrag fand sodann die Zustimmung der Versammlung.

Nachdem die Statuten-Commission den Antrag durchberathen hat, steht derselbe heute zur Verhandlung.

Herr Heymann hat als Berichterstatter über die bezüglichlichen Einrichtungen verschiedener Städte, wie Berlin, Hamburg, Leipzig, Cassel, Karlsruhe Erkundigungen eingelegt und hierbei gefunden, daß in Hamburg — woselbst die Bürgerschaft allerdings eine staatliche Corporation sei — und in Berlin auf Antrag einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern in eine Besprechung von Interpellationen getreten werden könne, daß dagegen in den übrigen Städten den hiesigen ähnliche Bestimmungen bestehen und dort noch niemals zu Unzuträglichkeiten Veranlassung gegeben haben. Die Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlungen interpelliren dort ganz nach Belieben und der Magistrat habe stets mit großer Liberalität darauf geantwortet. Sofern nun seitens der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung trotzdem eine Aenderung der bestehenden statutarischen Bestimmungen beschlossen werden sollte, könne das nur im Wege der Vervollständigung des Statuts der Geschäftsordnung erfolgen und erscheine es in solchem Falle zweckmäßig, wenn die Versammlung den Magistrat um Ausarbeitung und demnächstige Vorlage eines anderweiten Statuts ersuche. — Nach reiflicher Erwägung des Für und Wider sei indessen die Statutencommission zu dem Entschlusse gekommen, der Versammlung eine Aenderung nicht vorzuschlagen, sondern derselben folgenden Antrag zu unterbreiten:

In Erwägung, daß sich herausgestellt hat, wie in verschiedenen gleichartigen deutschen Städten dieselben Einrichtungen vorhanden sind und sich bewährt haben, welche sich auch hier vorfinden,

in Erwägung ferner, daß der von dem Antragsteller in Aussicht genommene Apparat der statutarischen Gesetzgebung weitläufiger und mit mancherlei Nachtheilen verbunden ist, da bei dem Einbringen von Interpellationen dann in der bisherigen einfachen Weise nicht mehr wird verfahren werden können,

in Erwägung endlich, daß mit Fug und Recht nicht behauptet werden kann, es seien bei der vollständigen Bereitwilligkeit des Magistrats; auf Interpellationen zu antworten, mit dem bisherigen Zustande irgend welche Bedenken verbunden,

sieht die Versammlung von einer weiteren Verfolgung des Antrages ab und läßt es bei der bisherigen Einrichtung bewenden.

Herr Wolff bemerkt einleitend, daß er zu der betr. Commissionsitzung Einladung nicht erhalten habe und daher verhindert gewesen sei, seine Gründe gegen die Ansicht der Commission geltend zu machen. Nach seiner Auffassung habe die Versammlung durch Annahme seines oben aufgeführten Antrages gewissermaßen der Commission schon eine Weisung erteilt, in welcher Richtung dieselbe vorgehen möchte, denn der Antrag sei zu dem Zwecke an die Statutencommission verwiesen, um das Interpellationsrecht zu ordnen und hierin liege schon die Absicht der Versammlung, dieses Recht durch die Commission derartig geregelt und geordnet zu sehen, daß eine nächste Versammlung über die von der Commission gewählte anderweilige Fassung der Geschäftsordnung in Berathung treten könne. Jetzt seien nun innerhalb der Commission wieder ähnliche Bedenken laut geworden, wie bei der früheren Berathung eines verwandten Antrages. Erfreulich sei ihm die Mittheilung des Herrn Berichterstatters gewesen, daß in den beiden größten Gemeinwesen Deutschlands es für nothwendig erachtet worden, den Stadtverordneten-Versammlungen ein Recht auf Besprechung von Interpellationen einzuräumen und das Beispiel dieser beiden Städte erscheine ihm maßgebender und nachahmungswerther zu sein, als das Beispiel der übrigen kleineren Städte. Wenn in Hamburg Stadt und Staat mit einander verschmolzen seien, so erhalte hierdurch die dortige Bürgerschaft den übrigen Städten gegenüber eine noch hervorragendere Bedeutung, während sich hinsichtlich des in Frage kommenden Punktes dadurch nichts ändere. Aus diesem Grunde stehe er auch noch auf dem früher eingenommenen Standpunkte, denn es sei nicht zu viel verlangt, wenn in bescheidener Weise für die Versammlung das Recht festgestellt werde, über vorgekommene Interpellationen eine Berathung, oder Besprechung eintreten zu lassen. Bei der letzten Berathung dieses Gegenstandes habe er auch schon die Grenzen und Vorichtsmaßregeln bezeichnet, in deren Rahmen

dieses Recht eingeschlossen werden könne. Hiernach solle es nicht mehr genügen, daß ein einzelnes Mitglied der Versammlung eine Interpellation einbringe, sondern es müssen sich mindestens noch zwei Mitglieder zur Unterschrift derselben verpflichten und es könne erst dann in eine Besprechung eingetreten werden, wenn die Versammlung durch Mehrheitsbeschluß einen solchen Wunsch zu erkennen gebe. Mit Hülfe derartiger Vorsichtsmaßregeln lasse sich einer Vergeudung von Zeit und einer Wichtigkeit der Besprechung wirksam vorbeugen, sodaß auch in dieser Beziehung nichts zu befürchten stehe. Da nun andererseits verhältnißmäßig viel unbedeutendere Sachen in statutarische Form gebracht seien, so möchte es sich auch verlohnen, dieses Recht in die Geschäftsordnung noch einzufügen, um eine sachgemäße und durchaus nicht unbedachte Erweiterung der den erwählten Vertretern der Stadt gegebenen Rechte statutarisch festzustellen. Es erscheine auch gar nicht so ungeheuerlich, etwas zur That werden zu lassen, was die Versammlung für richtig und angezeigt halte. Nachdem dieselbe durch Mehrheitsbeschluß zu erkennen gegeben habe, daß sie eine Regelung dieser Angelegenheit wünsche, bitte er, heute einen Beschluß zu fassen, welcher dahin gehe,

den verehrlichen Stadtmagistrat zu ersuchen, eine Aenderung des „Statut, ergänzende Bestimmungen der Geschäftsordnung der Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig enthaltend“ nach dieser Richtung hin der Versammlung behufs Berathung und Beschlußfassung vorzulegen.

Der Herr Vorsitzende ist der Ansicht, daß die Statutencommission zunächst in Berathung darüber einzutreten gehabt habe, ob überhaupt eine Aenderung des Statuts für erforderlich erachtet werde. Im bejahenden Falle sei sie sodann nur in der Lage gewesen, der Versammlung anheim zu geben, an den Magistrat das Ersuchen um Ergänzung des Statuts zu richten, während sie die Aenderung selbst nicht habe in Vorschlag bringen können. Der Versammlung bleibe es jetzt immer noch unbenommen, in der einen oder anderen Richtung zu beschließen, sie sei durch den Beschluß vom 14. Juni in keiner Weise gebunden.

Herr Günther will das Interpellationsrecht der Stadtverordneten nicht beschränkt und gern den Einzelnen in den Stand gesetzt sehen, Anfragen an den Magistrat richten zu dürfen, welche zu beantworten dieser verpflichtet werden müsse, ebenso erscheine es nothwendig, daß solche Anfragen zur Diskussion gestellt werden können. Aus dem bisherigen Verlaufe der Verhandlungen über diesen Punkt entnehme er indessen, daß die Versammlung nicht gewillt sei, derartige Bestimmungen zu treffen. Es müsse aber Wunder nehmen, wenn Herr Heymann sich erst in verschiedenen Städten nach den dortigen Einrichtungen erkundige, da doch die hiesige Stadtverordneten-Versammlung selbst wissen werde, welche Bestimmungen sie für sich treffen wolle; man hätte ja dann auch einmal bei dem Gemeinderathe in Dölpel dieserhalb anfragen können. Im Uebrigen erkläre sich Redner für den Commissions-

antrag und zwar aus dem Grunde, weil er den einzelnen Stadtverordneten nicht verpflichten wolle, sich bei Einbringung einer Interpellation erst von anderen Stadtverordneten abhängig zu machen; beispielsweise werde er und Herr Kieße nach Einführung solcher Bestimmungen, wie sie Herr Wolff wünsche, kaum noch in der Lage sein, zu interpelliren, weil ihnen die dritte Stimme fehle. Unter den heutigen Verhältnissen könne Jeder interpelliren und man wisse auch, daß der Magistrat, so lange er so liberal, oder wenigstens annähernd liberal wie jetzt bleibe, auf die Interpellation antworten werde. Aus allen diesen Gründen erkläre er sich für den Commissionsantrag.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag der Statuten-Commission gegen 11 Stimmen verworfen und der Antrag des Herrn Wolff mit 13 gegen 10 Stimmen angenommen.

Die Versammlung geht nunmehr zur Berathung der Magistratsvorlagen über.

IV. Nachdem der Magistrat zu Beginn des vorigen Jahres die Einbringung einer Vorlage wegen einheitlicher Regulirung der hiesigen städtischen Thurmuhren in Aussicht gestellt hatte, ist derselbe in der Zwischenzeit bemüht gewesen, darüber Erkundigungen einzuziehen, welchem der verschiedenen Systeme bei etwaiger Ausführung solcher Anlage der Vorzug zu geben sei. Hierbei hat sich die Ueberzeugung herausgebildet, daß das von dem Ingenieur Mayrhofer aus Wien erfundene und jetzt von der Deutschen Central-Uhren-Gesellschaft in Berlin practisch angewandte System der Uhrenregulirung das beste sei. Bei Anwendung desselben werden die jetzigen Thurmuhren mit ihren Schlagwerken beibehalten und durch besondere Apparate, welche mit einer Normaluhr vermittelt eines electrischen Drahtes in Verbindung stehen, fortwährend so regulirt, daß sie genau mit einander übereinstimmen und — wenn nicht äußere Störungen eintreten — stets die astronomisch richtige Zeit angeben. Die treibende Kraft (verdünnte Luft) bewirkt zugleich selbstständig das Aufziehen der Uhren. Da sowohl das System, als auch der Erfinder desselben von maßgebenden Persönlichkeiten warm empfohlen worden, so ist der Magistrat mit Mayrhofer in Verhandlung getreten. Mit Rücksicht darauf, daß es bei den bedeutenden Fortschritten, welche die Technik in jüngster Zeit auch auf diesem Gebiete gemacht hat und noch weiter machen wird, für die hiesige Stadtgemeinde nicht unbedenklich sein würde, ihrerseits eine Anlage der fraglichen Art unter Aufwendung nicht unerheblicher Mittel auf eigene Kosten zur Ausführung bringen zu lassen, hat sich die Deutsche Central-Uhren-Gesellschaft auf bezügliches Ersuchen bereit erklärt, mit der hiesigen Stadt ein Abkommen zu treffen, nach welchem die Ausführung der erforderlichen Regulierungsanlagen auf Kosten jener Gesellschaft zu erfolgen und letztere allein für den richtigen Gang der Uhren aufzukommen hat, ohne daß für die Güte des Systems irgend welche Gewähr übernommen wird. Die Unternehmerin

verlangt dagegen, daß die Stadt, neben Unterhaltung der Thurmuhren selbst, für die Regulirung jeder mit Schlagwerk versehenen Thurmuhr der Gesellschaft jährlich 200 M. zahlt und ihr eine entsprechende Concession auf 50 Jahre ertheilt. Da nun auch das hiesige königliche Eisenbahn-Betriebsamt dem p. Mayrhofer bereits den Auftrag gegeben hat, für den hiesigen Bahnhof eine derartige Anlage auszuführen, außerdem die Herzogliche Cammer, Direction der Domänen, ebenfalls ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gab, demnächst auch die hiesige Domuhr durch die fragliche Anlage reguliren zu lassen und überdies die Aussicht vorhanden ist, daß auch die hiesige kaiserliche Ober-Post-Direction sich mit ihren Uhren möglicherweise anschließen wird, so ersucht der Magistrat um die Ermächtigung zum Abschlusse eines entsprechenden Vertrages mit dem Zusage, daß der Stadt die Aufkündigung mit halbjähriger Kündigungsfrist bei wiederholter Vertragsverletzung seitens der Unternehmerin zustehen soll.

Bislang erhielt der Thurmuhren-Fabrikant Weule in Bockenem für die Wartung der sieben Stadtkirchenuhren eine Entschädigung von jährlich 1000 M. aus der Kirchenkasse gezahlt. Da aber die Unterhaltung dieser Uhren und die Beschaffung einer richtigen und einheitlichen Zeitangabe derselben, nach Ansicht des Magistrats, nicht sowohl Sache der Kirchen- als vielmehr der politischen Gemeinde ist, so erscheint es zweckmäßig, die Kirchenkasse von dieser Ausgabe zu entlasten. Die Normirung der Frist, innerhalb welcher die hiesige Anlage zur Ausführung gebracht werden muß, bittet der Magistrat, ihm zu überlassen, weil die Unternehmerin zur Zeit mit Ausführung gleicher Anlagen in Berlin noch vollständig beschäftigt ist.

Nachdem Herr Krahe für die Statutencommission über diesen Punkt eingehend berichtet hat, empfiehlt derselbe, den Magistratsantrag zu genehmigen.

Herr Lange will sich für die Annahme des Antrages aussprechen, dabei aber doch bemerken, daß er die Bedingung bezüglich der Verpflichtung auf 50 Jahre für sehr bedenklich halte, weil möglicherweise im Laufe der Zeit neue Apparate auftauchen, welche das jetzt als vorzüglich hingestellte System vollständig in den Schatten stellen könnten, während die Stadt alsdann an den Vertrag gebunden sei. Die von der Gesellschaft geforderte Summe würde ihn trotz ihrer Höhe vor der Annahme des Vertrages nicht zurück schrecken, wenn nicht die eben bezeichnete Bedingung in demselben enthalten wäre.

Herr Stadtrath R e t e m e y e r erwidert, daß der Magistrat der Unternehmerin ausdrücklich die Bedingung auferlegt habe, für den richtigen Gang der Uhren aufzukommen und sich zu verpflichten, daß die sämtlichen Uhren auch die absolut richtige Zeit angeben. Hierdurch habe sich aber die Stadt auch in der von Herrn Lange angedeuteten Richtung vollkommen gedeckt, denn es gebe bekanntlich nur eine absolut richtige Zeit und die Wissenschaft sei heute so weit, um diese Zeit ganz genau feststellen, mithin auch die Uhren kontrolliren zu können. Wenn wiederholt

der Fall eintreten sollte, daß diese Verpflichtung seitens der Gesellschaft nicht erfüllt werde, habe der Magistrat das Recht zur Kündigung des Vertrages.

Die Versammlung ermächtigt darauf den Magistrat zum Abschlusse eines entsprechenden Vertrages mit der Deutschen Central-Uhren-Gesellschaft in Berlin.

V. Der Magistrat hat, einem in der Versammlung vom 14. Juni d. J. ausgesprochenen Ersuchen gemäß, eine Messung der hiesigen Straßenbahnlinien vornehmen lassen und legt die gewonnenen Resultate behufs Festsetzung des Fahrpreises für die neue Linie Hohethor—Marienstift vor. Der Ausbau der Schlußstrecke Marienstift—Centralfriedhof verzögert sich noch dadurch, daß die Straßeneisenbahn-Gesellschaft sich weigert, auf die ihr von der Staatseisenbahn in Betreff der Durchkreuzungsweise der Helmstedterbahn gestellten Bedingungen einzugehen; aus diesem Grunde kann von der Feststellung des Fahrpreises für die letztere Strecke vorerst noch abgesehen werden. Die Strecke Hohethor—Marienstift hat eine Länge von 3391 m, während die Entfernung der Steinwegswende vom Hohethore 1625 m beträgt. Die Straßeneisenbahn-Gesellschaft hat nun neuerdings folgenden Tarif für diese Strecke in Vorschlag gebracht.

Hohethor — Steinhof 10 S,

Steinwegswende — Marienstift 10 S,

und umgekehrt dieselben Preise. Der Magistrat hält diese Sätze für angemessen und beantragt die Genehmigung des Tarifs,

welchem Antrage sich die Statutencommission, für welche Herr Krahe berichtet, nur anschließen kann.

Die Vorlage wird sodann seitens der Versammlung angenommen.

VI. In Veranlassung eines Antrages des Maurers Bank hieselbst auf Ertheilung der Genehmigung zur Errichtung eines Wohnhauses an der Ecke der Hedwigstraße und einer zwischen dieser und der Juliusstraße projectirten Straße hat der Gärtner Friedrich Bosse laut notariellen Vertrages die zur Herstellung dieser neuen Verbindungsstraße erforderliche Fläche von seinem Grundstücke unentgeltlich an die Stadtgemeinde abgetreten und ersucht der Magistrat um die Genehmigung dieses Vertrages.

Herr Lüderßen bittet namens derselben Commission um Annahme des Magistratsantrages.

Herr Lange will bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Döring- und die Hedwigstraße sich noch in einem durchaus trostlosen Zustande befinden, trotzdem dieselben seines Wissens bis Ende dieses Jahres seitens der Unternehmer fertig zu stellen seien. Wenn man den Zustand der fraglichen, mit Häusern voll besetzten Straßen heute ansehe, so müsse man sich sagen, daß es gar nicht möglich

sein werde, dieselben bis zum Schlusse dieses Jahres in Stand zu setzen, dennoch möchte er aber den Magistrat bitten, wenigstens dafür einzutreten, daß die Straßen in einen Zustand versetzt werden, welcher ein gefahrloses Passiren derselben mindestens am Tage zulasse. Des Nachts könne sich dort ohne Lebensgefahr Niemand bewegen, weil den Straßen sogar die Beleuchtung fehle und dort ganze Haufen Unrath lagern, welche wegen der Grundlosigkeit der Straßen nicht abgefahren werden können. Die Beseitigung der hier nur dürftig geschilderten Unzuträglichkeiten empfehle sich nicht nur aus Rücksichten der Bequemlichkeit, sondern namentlich auch der Gesundheit, um den Ausbruch epidemischer Krankheiten zu verhindern.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß die bezeichneten beiden Straßenzüge Privatstraßen seien, zu deren Instandsetzung sich die Unternehmer unter Tragung der Kosten verpflichtet haben, während die Ausführung durch die städtische Bauverwaltung erfolgen werde. Den Zeitpunkt, bis zu welchem solches vertragsmäßig geschehen müsse, wisse er nicht genau. Die Instandsetzung dieser Straßen verzögere sich lediglich dadurch, daß die städtischen Behörden bislang nicht in der Lage gewesen seien, die Straßen vorher unterirdisch fertig zu stellen. Wahrscheinlich werden aber die Unternehmer keine Neigung haben, die Straßen vorerst provisorisch in Stand setzen und das Definitivum folgen zu lassen. Hierüber müsse der Magistrat mit den Unternehmern erst einmal in Verhandlung treten. Jedemfalls wolle er sich für die ordnungsmäßige Instandsetzung der bezeichneten Straßen interessieren, jedoch könne er eine Garantie für die baldige Ausführung nicht übernehmen.

Herr Heymann bemerkt hierzu, daß die Unternehmer vertragsmäßig verpflichtet seien, die Straßen bis Ende dieses Jahres in Stand zu setzen und daß die Canalisation hauptsächlich dadurch eine Verzögerung erfahren habe, weil die Anwohner die Kosten theilweise erst sehr spät eingezahlt haben.

Herr Wolff kann der Schilderung, welche Herr Lange von den beiden Straßen entworfen habe, nur vollständig beistimmen und hält dieselbe sogar noch für eine milde. Den Bewohnern jener Straßen möchte er den Rath geben, sich, wenn aus technischen Gründen die vollständige Instandsetzung derselben bis zum Schlusse dieses Jahres nicht möglich sein sollte, zunächst an die Unternehmer der Straßen zu wenden und, sofern diese gegen eine vorläufige Instandsetzung sich ablehnend verhalten, die Hülfe der Polizei-Verwaltung zu erbitten. Seiner Ueberzeugung nach sei die Herzogliche Polizei-Direction verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß solche Zustände, welche den Verkehr hiesiger Einwohner mit ihren Mitbürgern geradezu abschneiden, nicht geduldet werden und daß die Unternehmer anzuhalten seien, die Straßen wenigstens passirbar herrichten zu lassen.

Die Magistratsvorlage findet darauf die Genehmigung der Versammlung.

VII. Der Bauunternehmer Eggelsmann hat laut notariellen Vertrages vom 25. September die von seinem an dem noch nicht ausgebauten Theile der Kreuzstraße belegenen Grundstücke zur Straße abzugebende Fläche von 1,86 a unentgeltlich an die Stadtgemeinde abgetreten. Der Magistrat ersucht um Genehmigung des bezeichneten Vertrages unter dem Bemerken, daß Eggelsmann zur Sicherstellung der von ihm demnächst noch zu zahlenden Terrainerwerbskosten einstweilen eine Caution von 700 M hinterlegt habe.

Herr Lüderßen giebt namens der Statutencommission die Genehmigung des Vertrages anheim und

beschließt die Versammlung demgemäß.

VIII. Dem festgestellten Ortsbauplane zufolge würde dem an einem Knick der Biewegstraße belegenen Grundstücke des Telegraphisten Ruperti eine Fläche des jetzigen Straßenterrains zuzulegen sein. Ruperti ist jedoch nicht geneigt, diese ganze, sondern nur eine bei Abstumpfung des Knickes übrigbleibende, zu 13 qm vermessene Fläche, welche sein Grundstück parallel begrenzt, für den Preis von 20 M zu erwerben. Da ein anderes Abkommen mit demselben nicht zu erzielen und auch eine anderweite Benutzung des fraglichen Terrains nicht zu ermöglichen war, so ersucht der Magistrat um die Genehmigung zur Ueberlassung jener Fläche an Ruperti, indem zugleich bemerkt wird, daß Letzterer auf den Abschluß eines notariellen Vertrages verzichtet und sich zur Tragung der durch die Auflassung erwachsenden Kosten bereit erklärt hat.

Die Statutencommission empfiehlt durch Herrn Lüderßen, das Abkommen mit Ruperti gutzuheißen, obwohl nicht zu verkennen sei, daß der Preis als ein äußerst geringer bezeichnet werden müsse, worauf

die Versammlung die Genehmigung ausspricht.

IX. Zwischen der hiesigen Stadt, bezw. der Feldmarks-Interessentschaft Neu-Pettrithor einerseits und den Gemeinden Delper und Lamme andererseits wird zum Zwecke der Grenzregulirung ein Flächentausch beabsichtigt, demzufolge an die hiesige Stadt von der Delper und Lammer Feldmark eine Fläche von 82,09 a und von der hiesigen Stadt eine 77,65 a große Fläche an die Gemeinde Delper abzutreten sein würde. In solchem Falle bildete der auf Kosten des Gastwirths Wolter im v. Pawel'schen Holze angelegte neue Abzugsgraben, sowie ein außerdem daselbst vorhandener Graben die Grenze zwischen der städtischen und Delper'schen bezw. Lamme'schen Feldmark. Da sowohl die städtische Bauverwaltung, als auch die Delper und Lammer Gemeinde und die General-Versammlung der Neu-Pettrithor-Interessentschaft sich mit dem fraglichen Flächenaustausche einverstanden erklärt haben, so beantragt der Magistrat, die Genehmigung zu demselben auch seitens der

städtischen Behörden und zwar unter den von der städtischen Bauverwaltung wegen Instandhaltung der Gräben gestellten besonderen Bedingungen zu ertheilen.

Außerdem ersucht der Magistrat noch, die Aufhebung einer als Zugangsweg allein zu Wolter'schen Grundstücken bei der Separation angelegten Wegestrecke, deren Wegfall unbedenklich erscheine, gutzuheißen.

Auf Antrag der Statutencommission, für welche Herr Schwarzenberg berichtet,

genehmigt die Versammlung die Magistratsanträge.

X. Nach den Bestimmungen des Grundsteuergesetzes vom 24. August 1849 erfolgt rücksichtlich derjenigen Gebäude, welche in der Zeit zwischen den alle zehn Jahre vorzunehmenden allgemeinen Revisionen des Miethwerthes der Wohnhäuser neu errichtet werden, bezw. deren bisherige Steuerfreiheit alsdann aufhört, die Veranlagung zur Grundsteuer seitens des Herzoglichen Steuer-Collegiums auf Grund eines Gutachtens der Localbehörde. Diese Gutachten sind in der letzten Zeit auf Grund von Schätzungen erstattet, welche von der städtischen Bauverwaltung abgegeben wurden. Da indessen mit dieser Einrichtung verschiedene Uebelstände verbunden gewesen sind, der Stadt auch an der richtigen und schnellen Einschätzung von Neubauten zur Grundsteuer mit Rücksicht auf die von derselben abhängige Canalsteuer gelegen sein muß, so beantragt der Magistrat drei Mitglieder derjenigen Commission, welche bei der letzten allgemeinen Revision thätig gewesen ist, gegen eine auf 9 M pro Person und Arbeitstag zu bemessende Entschädigung, zu der fraglichen Einschätzung heranzuziehen. Auf bezügliche Anfrage haben sich die Herren Hof-Zimmermeister Genter, Ober-Inspector a. D. Tüscher und Provisor Otto Schrader zur Annahme dieses Amtes bereit erklärt. Die Uebernahme der fraglichen Kosten auf die Stadtcasse ist erforderlich, weil Herzogliches Staatsministerium bei einer früheren ähnlichen Einrichtung die Zahlung solcher Kosten aus Staatsmitteln abgelehnt hat.

Herr Lüderßen empfiehlt im Auftrage der Statutencommission die Genehmigung der Magistratsvorlage.

Herr Rieke hält die Wahl einer besonderen Commission zu dem bezeichneten Zwecke mit Rücksicht auf die vielen Neubauten für vollständig angezeigt, er sei jedoch bezüglich der Besetzung dieser Commission der Meinung, daß lieber technisch vorgebildete jüngere Leute, welche noch nicht versorgt seien — und deren gebe es eine ganze Menge — in die Commission gewählt werden möchten, nicht aber „Particuliers“, welche sich von ihrer Thätigkeit bereits zurückgezogen haben und der Unterstützung nicht mehr bedürfen. Es empfehle sich auch bei dieser Gelegenheit, den persönlichen Verhältnissen der zu wählenden Commissionsmitglieder Rechnung zu tragen, gerade wie das bei der Besetzung anderer Ämter geschehe.

Herr Stadtrath Kete meyer erwidert, daß die Auswahl der Commissionsmitglieder nach practischen Gesichtspunkten erfolgt sei, da der Magistrat es für nothwendig erachtet habe, nur solche Personen in Vorschlag zu bringen, welche der Commission zur Einschätzung der sämmtlichen Gebäude angehört haben, damit wenigstens in den Grundsätzen der Einschätzung Uebereinstimmung herrsche. Wenn die Commission für die Zwischenschätzungen aus anderen Personen bestehe, so sei keine Garantie dafür geboten, daß diese auch nach den bei der Hauptschätzung maßgebend gewesenen Grundsätzen verfahren, und es müsse auf solche Uebereinstimmung um so mehr Werth gelegt werden, als die Einschätzungen bekanntlich unanfechtbar seien und sie demnach unter Umständen mit großen Nachtheilen für die Hausbesitzer verbunden sein könnten. Sobald ein neues Haus eingeschätzt worden, bleibe es auf dem betreffenden Sage bis zur nächsten Hauptschätzung stehen und der Eigenthümer könne dagegen durchaus nichts machen.

Herr Lüderßen ergänzt diese Ausführungen noch dahin, daß den betr. Commissionsmitgliedern eine nennenswerthe Einnahme aus dieser Stellung nicht erwachse, da nicht gerade sehr viele Zwischenschätzungen vorzukommen pflegen und außerdem in einem Tage viel abgemacht werden könne.

Herr Rieke ist der Ansicht, daß es junge Zimmermeister und Maurermeister genug gebe, welche solche, wenn auch geringe Einnahmen sehr gut vertragen könnten und daß es vollständig gleich sein müsse, wer die Schätzungen vornehme, sobald ein festes Princip für dieselben aufgestellt sei. Aus diesem Grunde brauchten nicht gerade Mitglieder der Hauptschätzungs-Commission zu solchen Zwischenschätzungen verwendet zu werden.

Herr Krahe hält die Aufstellung eines überall maßgebenden Principes für die Schätzungen gar nicht für so leicht. Er selbst habe die letzte Hauptschätzung geleitet und könne versichern, daß in der Commission sehr viel habe verhandelt werden müssen, weil man sich in manchen Fällen über die Einschätzung gar nicht habe einigen können. Deshalb bitte er dringend, Mitglieder jener Commission zu wählen, welche mit den Einschätzungen durchaus vertraut seien, denn die Versammlung werde hierdurch den Mitbürgern den besten Dienst schon um deswillen leisten, weil die Einschätzungen, wie schon hervorgehoben, unanfechtbar seien.

Der Magistratsantrag und damit auch die Wahl der benannten Personen, sowie die Höhe der denselben zu zahlenden Remuneration findet hiernach die Zustimmung der Versammlung.

XI. Das der hiesigen Stadtgemeinde gehörende, an der Casernenstraße südlich vom katholischen Friedhofe belegene Ackerstück ist vom 1. April 1889 ab anderweit auf sechs Jahre zu verpachten und hat in dem bereits abgehaltenen Termine der Tischlermeister August Wilkens das Höchstgebot mit 90 Al jährlich abgegeben. Der

Magistrat ersucht um Genehmigung dieser Verpachtung an Willens unter den näher dargelegten Bedingungen. Nach denselben muß die Länderei während der Pachtzeit in guter Kultur erhalten, darf nur mit Feld- oder Gartenfrüchten bestellt und nicht anders als landwirthschaftlich bebaut werden. Das Pachtverhältniß erlischt und der Pächter geht einer Entschädigung verlustig, wenn er das Land unbeackert liegen läßt, oder auf andere Weise benützt.

Herr Wolff empfiehlt namens der Finanzcommission die Genehmigung des vorgelegten Vertrages, da derselbe allen einschlägigen Bedingungen und Anforderungen entspreche.

Auf eine bezügliche Anfrage des Herrn Halle erwidert Herr Stadtrath Ketemeyer, daß Willens nicht beabsichtige, den Platz zum Lagern von Bauutensilien u. s. w., sondern nur zu landwirthschaftlichen Zwecken zu benutzen. Sollte derselbe dennoch einmal im Winter dort Baumaterialien lagern wollen — und das könne unmöglich einen großen Schaden für die Stadt in sich schließen — so müsse er erst die Genehmigung des Magistrats hierzu einholen.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XII. Zur Ermöglichung der Verlegung des Hauptgasrohres in dem vom Mittelwege bis zur östlichen Grenze des Grundstücks der neuen Gasanstalt laufenden Theile der Taubenstraße hat der Magistrat mit den Grundeigenthümern Preuße und Balke ein gütliches Abkommen wegen entsprechender Benutzung ihrer Grundstücke getroffen. Hiernach gestattet Preuße die Verlegung des Rohres durch den Keller seines dort belegenen Hauses ohne Entschädigung, während der Gärtner Balke sich zur sofortigen Abtretung des zur Taubenstraße erforderlichen Theiles seines Gartens unter der Bedingung bereit erklärt, daß die abzutretende Fläche auf beiden Längsseiten durch einen Harzzaun eingefriedigt, außerdem ihm der Werth der in diesem Gartentheile befindlichen Gail und Gaare, sowie der Werth der Bäume und Früchte nach der Schätzung des Garten-Geschworenen Bültemann ersetzt und ihm endlich der noch festzustellende Werth der abzutretenden Grundfläche vom Tage der Besitzergreifung an mit 5 % verzinst werde. Der Harzzaun erforderte einen Kostenaufwand von 303,03 M., während die Entschädigung für Gail und Gaare u. s. w. auf 267,44 M. ermittelt worden ist. Der Magistrat ersucht, den dieserhalb mit Balke abgeschlossenen notariellen Vertrag zu genehmigen und die erforderlichen Mittel aus der Wegebaucasse zu bewilligen.

Die durch den Ausbau des fraglichen Theiles der Taubenstraße erwachsenden Kosten sind von der städtischen Bauverwaltung auf 17000 M. veranschlagt, während die Legung eines 100 mm weiten Wasserrohres zum Anschlusse des neuen Gaswerkes an die städtische Wasserleitung, welcher nach dem Antrage der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke noch in diesem Herbst erfolgen mußte, in den

Mittelweg und die auszubauende Strecke der Taubenstraße 4158,70 M Kosten verursachen wird. Das Ersuchen des Magistrats geht demnach ferner dahin, diese beiden Beträge und zwar 17000 M aus der Wegebaucasse und 4158,70 M aus dem Reservefonds des Wasserwerkes zu verwilligen.

Die Finanz-Commission, für welche ebenfalls Herr Wolff berichtet, empfiehlt die Genehmigung der Magistratsanträge und beschließt die Versammlung dem Antrage gemäß.

XIII. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß der Verkehr im städtischen Schlachthause während der letzten Jahre in allen Zweigen, wie durch Zahlen nachgewiesen worden, ganz erheblich zugenommen hat und demzufolge eine Vermehrung des Beamtenpersonals dringend erforderlich ist, beantragt der Magistrat auf eine entsprechende, von der Schlachthaus-Deputation befürwortete Vorstellung des Directors Rudolph, die Annahme eines Aufseher's für den ausgeschiedenen Gremmers und zweier weiterer Aufseher zunächst provisorisch auf 6 Monate zur Probe gegen ein Jahresgehalt von 1000 M und 120 M Wohnungsgeldzuschuß. Für diese Stellen werden zugleich in Vorschlag gebracht die Tischler Claus und Haars, sowie der Privatdiener Raute von hier, welche sämmtlich gut beleumundet und mit den besten Zeugnissen versehen sind. Die hierdurch für das laufende Rechnungsjahr erwachsende Mehrausgabe von 560 M kann aus den Ueberschüssen der Schlachthauscasse gedeckt werden und giebt der Magistrat deren Bewilligung gleichfalls anheim.

Herr Wolff beantragt namens der Finanzcommission die Genehmigung der Vorlage, da in Folge des überaus starken Verkehrs im Schlachthause die Arbeitskräfte jetzt ganz ungeheuer angestrengt werden und eine Entlastung des Personals eintreten müsse,

welchen Antrag die Versammlung zum Beschlusse erhebt.

XIV. Der Ingenieur Königsdorf hat gebeten, die Frist zur Vollendung der Nordstraße bis zum 1. Juli f. Js. hinaus zu schieben und ersucht der Magistrat, im Einvernehmen mit der städtischen Bauverwaltung, dieser Bitte zu willfahren, indem ein Bedürfniß zur Fertigstellung der Nordstraße bis zum Schlusse dieses Jahres nicht vorliege.

Die Baucommission giebt durch Herrn Reuter anheim, dem Antrage zuzustimmen, da der bebaute Theil der Nordstraße bereits fertig gestellt sei und beschließt die Versammlung in diesem Sinne.

XV. Nachdem in der Sitzung vom 14. Juni d. Js. die zum Ausbau der Limbeckerstraße auf der Strecke zwischen Gertruden- und Lutterstraße erforderlichen

Mittel bewilligt worden sind, hat der Magistrat Veranlassung genommen, daß zu diesem Straßenbau noch erforderliche Terrain zu erwerben. Während ein Theil desselben bereits früher gelegentlich der dort errichteten Neubauten an die Stadt unentgeltlich abgetreten ist, bedarf es noch des Erwerbs einer dem Particulier Rudolph gehörenden Fläche von 8,70 a, für welche derselbe einen auch von der städtischen Bauverwaltung für angemessen erachteten Einheitspreis von 6 M fordert. Am südlichen Ende der Limbeckerstraße und zwar an der Einmündung der Lutter-, Elm- und Friedrichstraße ist außerdem ein freier Platz im Ortsbauplane vorgesehen, dessen Terrain ebenfalls von Rudolph noch angekauft werden muß. Da indessen zur Zeit nicht feststeht, ob der Platz in seiner vollen Größe zur Ausführung kommen und ob die dort vorgesehene Fluchtlinie bestehen bleiben, oder geändert werden wird, so hat sich der Magistrat hierüber und auch über die Verwendung des überflüssig werdenden Theiles der alten Limbeckerstraße die Entschließung noch vorbehalten. Dagegen beantragt der Magistrat ferner, daß das zur Anlegung des fraglichen Platzes, sowie zur weiteren Fortführung der Lutterstraße erforderliche Terrain von 12,01 bzw. 10,29 a und eine von dem Platze, der alten und der neuen Limbeckerstraße eingeschlossene freiliegende Fläche von 3,19 a, zusammen also 25,49 a zum Einheitspreise von 5 M dem Rudolph abgekauft werde. Magistratsseitig wird anheim gegeben, den diesbezüglich unterm 15. September mit Rudolph abgeschlossenen notariellen Vertrag zu genehmigen und die aus demselben resultirende Summe von insgesammt 17965 M aus der Begebaucasse zu verwilligen. Ueberweisung und Auflassung dieser Flächen soll vertragsmäßig auf Antrag des Magistrats erfolgen.

Nachdem Herr Bültemann für die Baucommission eingehend über diese Vorlage berichtet hatte, beantragt derselbe die Annahme der Magistratsanträge, jedoch mit dem Vorbehalte, daß der an der westlichen Seite der neuen Limbeckerstraße projectirte Fußweg vorerst noch nicht zur Ausführung komme, weil sich zur Zeit gar nicht bestimmen lasse, was mit dem hinterliegenden Terrain geschehen solle.

Die Vorlage wird darauf mit diesem Vorbehalte von der Versammlung angenommen.

XVI. Der Zimmermeister Eggeling hat in Veranlassung der Errichtung eines Gebäudes an der Ecke des Wolfscampes und der von diesem in südöstlicher Richtung abzweigenden, im Ortsbauplane projectirten Straße, zwei zur Anlegung dieser Straße erforderliche Flächen von 3,92 a bzw. 3,48 a, zusammen 7,40 a unentgeltlich an die Stadtgemeinde abgetreten. Der Magistrat ersucht nun, den diesbezüglich mit Eggeling unter dem 29. September abgeschlossenen notariellen Vertrag zu genehmigen. Die Ueberweisung jener Flächen an die Stadt soll auf Verlangen des Magistrats

erfolgen, bis zu welchem Zeitpunkte Eggeling dieselben gegen Zahlung einer Recognitionsgeld von jährlich einer Mark in Nutzung behält.

Nachdem die Statutencommission durch Herrn Lüderrsen den Erwerb empfohlen hatte, wird der Magistratsantrag seitens der Versammlung gutgeheißen.

XVII. Der Maurermeister W. Bewig hat wider den Magistrat eine Klage auf Entschädigung erhoben und in derselben behauptet, daß er in Folge der Instandsetzung des vor seinem Grundstücke befindlichen Theiles der Okerstraße zu kostspieligen Umbauten seines Hauses, deren Kosten sich auf 4300 M. belaufen sollen, gezwungen sei und daß ihn durch den Straßenbau erhebliche Geschäftsnachteile, welche er auf 3000 M. beziffert, betroffen haben. Nach dem in dieser Angelegenheit eingeholten Berichte der städtischen Bauverwaltung, sowie nach den angestellten weiteren Ermittlungen hält der Magistrat die Klage für unbegründet, mindestens aber die geforderte Entschädigung für zu hoch und ersucht deshalb, ihn zur Aufnahme des Processes wider Bewig zu ermächtigen.

Zugleich wird hierbei bemerkt, daß in Gemäßheit des mit dem Tischlermeister Jung hieselbst unterm 9. März 1887 abgeschlossenen Vertrages der p. Jung den fraglichen Straßenbau, im Allgemeinen zwar nach Vorschrift und unter Aufsicht der städtischen Bauverwaltung, ausgeführt hat und für etwaige vorschriftswidrige Handlungen, sowie für dadurch herbeigeführte Benachtheiligungen des Klägers haftbar erscheint. Magistratsseitig wird daher beabsichtigt, dem p. Jung erforderlichenfalls den Streit zu verkündigen und wird um Einverständnißerklärung hierzu ebenfalls ersucht.

Herr Heymann berichtet über diesen Punkt namens der Statutencommission in folgender Weise. Die Gefahr eines Sinkens des Bewigischen Hauses erscheine allerdings nicht ausgeschlossen, jedoch haben die behufs Vermeidung solcher Gefahr von dem Baumeister Menadier angeordneten Bodenanschlüttungen nicht ausgeführt werden können, weil Bewig den hiermit beauftragten Leuten die Weiterführung der Arbeiten untersagt habe. Nach der Meinung der städtischen Bauverwaltung hätte der Uebelstand durch solche Maßregel als beseitigt gelten können, so daß dann von weiteren baulichen Veränderungen keine Rede zu sein brauche. Es möchte sich daher empfehlen, wenn seitens des Magistrats dem Bewig die Ausführung solcher Arbeiten wiederholt angeboten würde. Da nun auch der unterste Trittsstein vor dem Hauseingange durch die Tieferlegung der Straße etwas hoch geworden sei, so könne zur Beseitigung jeden Zweifels dem Eigenthümer mitgetheilt werden, er möge sich auf Kosten der Stadt einen zweiten Trittsstein vorlegen lassen. Was die Sperrung der Passage betreffe, so sei die von dem Kläger behauptete Geschäftsbenachtheiligung nach eingeholten Erkundigungen stark übertrieben, wenn auch nicht

in Abrede gestellt werden solle, daß mit derartigen Straßenregulirungen gewisse Unbequemlichkeiten und Unzuträglichkeiten, welche sich die Anwohner indessen gefallen lassen müßten, immer verbunden seien. Ein Grund zur Klage könne nur dann anerkannt werden, wenn bei den Arbeiten in heilloser Weise verfahren worden, welcher Fall hier indessen nicht vorliege, so daß auch in dieser Richtung von einem Entschädigungsansprüche gegen die Stadt nicht gesprochen werden könne. Sollte aber dennoch der Tischlermeister Jung bei Ausführung der Erdarbeiten in ordnungswidriger Weise vorgegangen sein und in Folge dessen die Stadt zur Tragung des Schadens verurtheilt werden, so sei Jung der Stadt gegenüber wieder ent- schädigungspflichtig, aus welchem Grunde ihm auch der Streit verkündigt werden müsse. Dem Magistrate sei darin beizupflichten, daß die Klage entweder ganz unbegründet erscheine, oder doch die geforderten Summen viel zu hoch geschraubt seien, so daß die Statutencommission nur beantragen könne, dem Magistrate die Genehmigung zur Aufnahme des Prozesses und zur Streitverkündigung an Jung zu ertheilen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

XVIII. Die von dem Ingenieur Königsdorf gegen den genehmigten Theil- ortsbauplan für die nördliche Außenstadt erhobene Einsprache war, wie Herr Heymann im Auftrage der Statutencommission berichtet, derselben in der letzten Sitzung zur nochmaligen Berathung überwiesen worden, weil Königsdorf in Rück- sicht auf die anzulegende Straße von seinem dortigen Grundstücke ein Theilstück verkauft und zu dessen Gunsten auf das ihm verbliebene Terrain eine Servitut bis zur Einrichtung der Straße habe eintragen lassen, diese Servitut aber niemals wieder los werden könne, wenn die Straße dort ausfalle und es sich nun frage, ob die Stadt in solchem Falle nicht doch entschädigungspflichtig sei. Der Statuten- commission erscheine es nach eingehender Berathung und nach Einsicht einer Ab- schrift des notariellen Vertrages über den Verkauf jenes Theilstückes, sowie des Auflassungsprotocoll'es einigermaßen zweifelhaft, ob Königsdorf dem Käufer des Theilstückes wirklich eine Wegegerechtigkeit bis zur Herstellung der damals projec- tirten Straße eingeräumt habe. Außerdem müsse man sich auch auf den Stand- punkt stellen, daß die Stadt für derartige Fälle nicht entschädigungspflichtig sei, da es an einer rechtlichen Basis für die Construirung der Ersatzpflicht zu mangeln scheine. Nach der Bauordnung für das Herzogthum Braunschweig (§. 3) haben die Behörden das Recht, die Ortsbaupläne festzustellen und nach Bedürfniß abzu- ändern, ohne daß sie zur Leistung einer Entschädigung gezwungen wären. Dort sei (§. 8) auch weiter bestimmt, daß für diejenigen Eigenthumsbeschränkungen, welche hierdurch die Grundeigenthümer erleiden, durchaus keine Entschädigung gezahlt zu werden brauche, während §. 10 die specielle Bestimmung enthalte, daß

die Gemeinde den Besitzern von Gebäuden, welche anlässlich der Durchführung der in dem Ortsbauplane festgesetzten Straßenniveaus in der seitherigen Benutzung ihrer Gebäude beeinträchtigt oder, um dieselben sich zu erhalten zu baulichen Aenderungen gezwungen seien, den entstehenden Schaden ersetzen müsse. Demnach scheine die Absicht des Gesetzes dahin zu zielen, daß, abgesehen von diesem speciellen Punkte, eine Entschädigung nicht beansprucht werden könne, vielmehr die Stadt nur ihr gutes Recht ausübe, wenn sie die Ortsbaupläne nach Maßgabe des Bedürfnisses abändere. In dem vorliegenden Falle habe eben Königsdorf die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Außerdem sei es aber auch bedenklich, hier ein anderes Prinzip anzunehmen, denn man könne sich nicht verhehlen, daß Aenderungen im Ortsbauplane ziemlich häufig vorkommen und es ungeheuer viel Geld kosten werde, wenn die Stadt stets Entschädigung leisten solle. Die Statutencommission beantrage deshalb, sich mit der Verwerfung der Königsdorffschen Einsprache einverstanden zu erklären.

Die Versammlung stimmt diesem Antrage zu.

XIX. Der Restaurateur Fritz Sievers hat namens der Anwohner des kleinen Markstalles gebeten, diesen Straßentheil möglichst noch in diesem Herbst canalisiren zu lassen und stellt der Magistrat, das Bedürfniß der Canalisation anerkennend, den Antrag auf Bewilligung der mit derselben verbundenen Kosten im Betrage von 350 M.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Wolff die Genehmigung dieser Vorlage beantragen

und beschließt die Versammlung demgemäß.

XX. Die Braunschweigische Baugenossenschaft hat an die städtischen Behörden das Ersuchen gerichtet, ihr auf ihre an der Ecke von Ribdagshäuser Weg und Hopfengarten errichteten beiden Wohngebäude Darlehen in Höhe von $\frac{2}{3}$ des Brandcassenwerthes und zu 4 % verzinslich zu gewähren. Da diese Häuser zu kleineren Wohnungen eingerichtet sind und ihr Pfandwerth von der städtischen Bauverwaltung zu 12000 bzw. 15800 M. ermittelt wurde, so erscheint es dem Magistrat angezeigt, dem Antrage auf Herleihung von 11100 bzw. 13700 M. zu entsprechen, auch auf eine Kündigung innerhalb der nächsten zehn Jahre unter der Voraussetzung zu verzichten, daß die Zinsen pünktlich gezahlt und die verpfändeten Gebäude in einem ordnungsmäßigen Zustande erhalten werden.

Der Herr Vorsitzende empfiehlt, die Ausleihung dieser Summen aus der Stadt- bzw. Kreis-Communalcasse zu genehmigen, da ein Risiko nicht damit verbunden sei.

Herr Riecke will bei dieser Gelegenheit zur Geschäftsordnung bemerken, daß der jetzige Herr Vorsitzende stets sehr lange Tagesordnungen, welche sich meistens

zwischen 16 und 24 Punkten bewegen, aufstelle und dadurch allerdings weniger Sitzungen einzuberufen habe. Gegen dieses Verfahren sei im Allgemeinen nichts zu erinnern und Redner werde mit derselben Ruhe auch noch weitere Punkte, wenn solches nöthig werde, mit erledigen, daß aber nach Erledigung einer langen Tagesordnung regelmäßig noch fernere Vorlagen zur Verhandlung gestellt werden, erscheine ihm doch so wichtig, um auch hierüber eine Bestimmung in das Statut aufzunehmen, zumal vorhin unter Punkt 3 der Tagesordnung betreffs des Interpellationsrechtes mit einer winzigen Majorität bereits eine Aenderung des Statuts beschlossen worden sei.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß von einer winzigen Majorität bei 13 gegen 10 Stimmen keine Rede sein könne. Bezüglich der großen Tagesordnungen bemerke er, daß kein Mitglied der Versammlung in seinen Auslassungen eingeengt werde und daher solche Klage der Begründung umsomehr entbehre, als beispielsweise die heutige Tagesordnung schon bis 6 Uhr erledigt worden und doch wohl Niemand behaupten könne, daß diese Zeit zu lang sei, andererseits könne er als Vorsitzender aber auch nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn die Tagesordnung sich einmal nicht so schnell erledigen lasse.

Nachdem Herr Heymann zu den Ausführungen des Herrn Rieße noch bemerkt hatte, daß das Statut über die Erledigung von Sachen, welche nicht auf der Tagesordnung stehen, bereits eine entsprechende Bestimmung enthalte,

erläutert Herr Rieße seine Auslassungen noch dahin, daß, wenn man eine frühere Praxis verschlechtern, bezw. in das Statut einzwängen wolle, man auf der anderen Seite in gleicher Weise vorgehen, d. h. auch diese Angelegenheit im Statute regeln möchte. Hierin liege kein direkter Vorwurf für den Herrn Vorsitzenden, sondern nur für die Praxis, welche sich eingeschlichen habe.

Der Magistratsantrag findet darauf die Genehmigung der Versammlung.

Da die Tagesordnung hiermit erledigt ist, so erhält zunächst das Wort

Herr Rieße, um seine im Eingange angeführte Anfrage zu begründen. In den letzten Tagen sei, durch Zeitungen verbreitet, ein Plan und ein Vertragsentwurf allgemein bekannt geworden, nach welchem die Grundstücke in dem früheren Rüchengarten u. s. w. verkauft werden sollen. Gegen den Verkauf an sich sei natürlich nichts einzuwenden, man habe vielmehr aus den Bekanntmachungen mit Vergnügen erfahren, daß die Erweiterung der Stadt nach jener Richtung hin endlich möglich geworden sei, dagegen müsse er die Form, in welcher der Verkauf vorgenommen werden solle, für eine sehr unglückliche und unvorsichtige halten, ja, er sei sogar der Ansicht, daß aus dieser Form eine große Schädigung des gesammten Grundbesitzes der Stadt hervorgehen werde. Deshalb möchte er wohl einmal fragen, ob nicht die Möglichkeit vorliege, daß der Verkauf in irgend einer anderen bestimmten

Richtung vor sich gehen könne. Die Baupläge sollen in acht Blöcken verkauft werden und haben nach den Taxen schon einen Werth von etwa 1 250 000 M, während auf diesen Plätzen 110—120 Häuser, je nach der Größe derselben, errichtet werden können. Da der erwähnte Prospect beispielsweise auch der in ganz Deutschland verbreiteten Berliner Baugewerkzeitung beigelegt habe, so müsse man hierin schon die Absicht erblicken, daß der Grundbesitz in ganz Deutschland ausgebaut werden solle, weil sich möglicherweise am Plage keine Käufer für so große Complexe finden könnten. Wenn nun aber auswärtige Firmen den Grundbesitz ankaufen sollten — es bleibe sich dabei gleich, ob ein einzelner Block von einer einzelnen Firma, oder ob von mehreren Baubanken u. dgl. das Ganze gekauft werde — so sei nichts natürlicher, als daß die oben erwähnte Summe von 1 250 000 M sich bald zinsbar verwerthen solle, was aber nur durch schnelle Bebauung erreicht werden könne. Der Bauwerth der dort entstehenden Grundstücke dürfe sich auf 7—8 Millionen belaufen, sodaß je nach dem Preise der Baupläge, ein Capital von vielleicht insgesammt 9 Millionen Mark festgelegt werde. Sobald aber eine solche Erweiterung des hiesigen Grundbesitzes auf ein Mal erfolge, könne unmöglich ein Krach für den gesamten Grundbesitz der Stadt Braunschweig ausbleiben. An den Magistrat wolle er deshalb die Anfrage richten, ob derselbe im Interesse der Stadt nichts dafür thun könne, daß die Bebauung der ganzen Grundfläche auf ein Mal verhindert werde. Er halte es für ein Unglück, das in Jahrzehnten nicht wieder auszuweichen sei, wenn die Bebauung auf ein Mal vor sich gehe.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann auf die Anfrage nur erwidern, daß es die Stadtverwaltung nichts angehe, ob Jemand seine Grundstücke so oder so verkaufe.

Sodann führt Herr Lange zur Begründung seines Antrages aus, daß jeder Stadtverordnete bei Prüfung einschlägiger Fragen wohl schon das Bedürfniß nach einem guten Bauplane empfunden habe. Dieses Bedürfniß sei auch bereits zu den verschiedensten Zeiten zur Sprache gebracht und allseits in der Versammlung anerkannt worden, nur habe der Magistrat bei solchen Gelegenheiten bislang immer hervorgehoben, daß ein vollständiger Bauplan nicht vorhanden sei und daß noch eine gewisse Zeit darüber vergehen werde, bis ein solcher fertiggestellt vorliege. Redner habe jetzt aber bemerkt, daß Exemplare eines sehr guten Theilplanes, welcher einen ganzen Plan vollkommen zu ersetzen vermöchte, vorhanden seien und möchte er deshalb an den Magistrat das Ersuchen gerichtet sehen, diesen Theilplan, soweit er fertig, den Stadtverordneten zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag wird sodann genügend unterstützt der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen

und damit die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten geschlossen.

Unter dem Vorsitze des Herrn Oberbürgermeisters Pockels wird schließlich

in gemeinschaftlicher Sitzung

die Pensionirung des am 1. Januar 1879 als Schreiber angestellten, zur Fortführung seines Amtes wegen unheilbarer Geistesstörung unfähigen Stadtcassen-Buchhalters Hermann Denecke zum 1. November d. Jrs. beschlossen, nachdem Herr L ü d e r s e n als Berichterstatter einen bezüglichen Antrag gestellt hatte.

Schluß gegen 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 6. December 1888.

Öeffentlich:

- I. Antrag des Herrn Lange auf Mittheilung von Theilortshauplänen an die Mitglieder der Versammlung.
- II. Regulirung der Feldmarksgrenze gegen Lehnndorf.
- III. Abtretung einer Fläche vom Schulgrundstücke an der Heinenstraße zu der St. Martini-Pfarre.
- IV. Anlage einer Bedürfnisanstalt am Augustthore.
- V. Proceß gegen den Bauunternehmer Jung wegen Zahlung von Krankengeld.
- VI. Vertrag mit der Landesregierung wegen der Straßenreinigung.
- VII. Ankauf des Friede'schen Hauses an der Wendenstraße.
- VIII. Anwendung der §. §. 7—12 des Ortsbaustatuts auf verschiedene Straßen.
- IX. Wahl von Schägern in Gemäßheit des Viehsteuergesetzes.
- X. Vertrag mit dem Verlagsbuchshändler Heinrich Bieweg.
- XI. Anstellung eines Technikers bei der städtischen Banverwaltung.
- XII. Anstellung von drei Schreibern.
- XIII. Erweiterung des Gas- und Wasserrohrnetzes.

Vertraulich:

- Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.
- Pensionirung eines städtischen Beamten.
- Erledigung von Steuer-Reklamationen in der Rekursinstanz.
-

Entschuldigt Herr Wille.

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels und die Herren Stadträthe Götte, Haake, Schöttler und Ketemeyer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Semler, genehmigt die Versammlung zunächst das Protokoll *N* 9 und nimmt darauf Kenntniß von folgenden Eingängen.

Die Direction der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn-Gesellschaft theilt der Versammlung die Abschrift einer Eingabe an den Stadt-Magistrat mit, in welcher gebeten wird, die Bestrebungen der Direction, insbesondere die Anlage von Nebengleisen, thunlichst fördern und beschleunigen zu wollen. — Die Eingabe wird in Umlauf gesetzt.

Der Industriewaaren-Händler Langzettler ersucht die Versammlung nochmals, ihm den Bau eines Hauses an der Grünstraße zu gestatten und droht im Falle der Ablehnung dieses Gesuches mit dem Rechtswege. Mit Rücksicht auf die in der Sitzung vom 14. Juni d. Js. gepflogenen bezüglichlichen Verhandlungen (Seite 117 des Protokolles) kann auf das Gesuch nicht weiter eingegangen werden.

Anwohner des Broikemer Mühlenweges haben um Aenderung des Namens „Wolfscamp“ gebeten, worauf denselben bereits mündlich erwidert ist, daßes nur zu bedauern sein würde, wenn derartige charakteristische Straßennamen durch farblose neue Namen ersetzt werden sollten.

Der Stadt-Magistrat macht die Mittheilung, daß der Proceß mit dem Finanz-Collegium wegen der Beleuchtungsfrage in zwei Instanzen zu Ungunsten der Stadt entschieden sei und knüpft daran die Anfrage, ob die Revision verfolgt werden solle. Da dieselbe nach dem Gutachten der rechtskundigen Mitglieder der Versammlung aussichtslos sein dürfte, so wird von einer weiteren Verfolgung des Processes abgesehen werden.

Die Herren Ebeling und Alie haben sich über eine von Herrn Heymann in der letzten Sitzung gemachte Aeußerung beschwert, nach welcher die Canalisation der Döring- und Hedwigstraße hauptsächlich dadurch eine Verzögerung erfahren habe, daß von den Anwohnern die Kosten theilweise erst sehr spät eingezahlt seien. Obgleich eine Verpflichtung für den einzelnen Stadtverordneten nicht vorliege, sich über irgend welche Aeußerungen in der Versammlung hinterher zu rechtfertigen, so will der Herr Vorsitzende doch in dem vorliegenden Falle, allerdings ohne ein Präjudiz für die künftige Behandlung solcher Sachen zu schaffen, ausnahmsweise an Herrn Heymann die Frage richten, ob derselbe geneigt sei, auf die Eingabe etwas zu erwidern.

Herr Heymann entgegnet, daß er umsomehr bereit sei, darauf zu antworten, als sein Schweigen den Anschein erwecken könne, er habe absichtlich in der Versammlung etwas Unrichtiges gesagt. Zur Begründung seiner Aeußerung wolle er

nur Folgendes anführen. Im Laufe des Sommers habe er für eine Anzahl Anlieger jener Straßen an den Stadtmagistrat das Ersuchen gerichtet, die Instandsetzung derselben zu beschleunigen, weil der Zustand der Straßen unerträglich sei, worauf der Stadtmagistrat im Monat August erwidert habe, daß die Instandsetzung erst nach Fertigstellung der Canalisation erfolgen könne und die letztere sofort in Angriff genommen werde, sobald die Herren Alie und Ebeling die Kosten dafür eingezahlt haben. Hiernach habe für ihn aber ein Zweifel nicht bestehen können, daß die Einzahlung nicht rechtzeitig erfolgt sei und hierin der Grund für die Verzögerung liege. In Folge der Behauptung von Alie, die Kosten rechtzeitig eingezahlt zu haben, habe Redner die Magistratsacten eingesehen und aus denselben entnommen, daß magistratsseitig am 6. Juli die Aufforderung zur Zahlung an die Unternehmer ergangen sei und diese daraufhin um vorläufige Befreiung von der Einzahlung aus dem Grunde gebeten haben, weil sie die auf die einzelnen Grundstücke entfallenden Kosten erst wieder von den Käufern der Bauplätze einziehen müßten und dieses mit Schwierigkeiten verbunden sei. Nachdem der Magistrat die Eingabe abschlägig beschieden habe, seien die Unternehmer am 14. August im Auftrage mehrerer Anwohner aufgefordert, nunmehr die Kosten einzuzahlen, widrigenfalls Klage erhoben werden müsse. Auf die mündliche Vorstellung des Herrn Alie, daß er erst dann die Kosten einzuzahlen brauche, wenn die Contrahenten ihm den ratirlichen Antheil überwiesen hätten, sei ihm am 16. August vom Redner erwidert, daß Alie von der Verpflichtung zur Zahlung dem Magistrate gegenüber nicht befreit werden könne und er eine Klage zu erwarten habe, wenn er nicht schleunigst einzahle. Erst hierauf sei die Einzahlung erfolgt. Aus diesen Mittheilungen dürfe aber zur Genüge hervorgehen, daß die Aeußerung des Redners in der Versammlung vom 18. October den thatsächlichen Verhältnissen durchaus entspreche. Wenn jetzt von den beiden Unternehmern behauptet werde, sie hätten insofern rechtzeitig eingezahlt, als die Canalisation wegen mangelnder Vorfluth doch nicht früher auszuführen gewesen sei, so habe das durchaus keinen Bezug auf die betr. Aeußerungen des Redners.

Da hiermit diese Sache erledigt ist, so tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein.

Zunächst berichtet

I. Herr Reuter namens der Statutencommission über den in der letzten Sitzung gestellten Antrag des Herrn Lange, welcher lautet:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, daß an den verehrlichen Stadtmagistrat das Ersuchen gerichtet werde, den einzelnen Stadtverordneten zu ihrer Orientirung die Theilpläne des neuen Stadtbauplans möglichst umgehend zustellen zu lassen.

Obwohl nun derartige Wünsche bereits öfter aus der Versammlung geäußert und selbst schon Geldmittel zu solchem Zwecke verwilligt seien, so habe der vorliegende Antrag von der Statutencommission dennoch aus verschiedenen Gründen nicht befürwortet werden können. Zunächst müsse erwähnt werden, daß von den etwa 20 Blättern des Planes zur Zeit erst 4 der Innenstadt und 7—8 der östlichen Außenstadt fertiggestellt seien, von denen die letzteren aber in Folge der Bahnanlage Braunschweig-Gifhorn theilweise noch der Abänderung bedürfen. Die Kosten für die 20 Theilpläne werden sich bei Verwendung von Rollenpapier auf durchschnittlich 4,50 M das Stück, zusammen also für einen vollständigen Plan auf 90 M stellen, so daß eine Ausgabe von 2430 M erwachsen würde, wenn jedes Mitglied der Versammlung einen solchen Plan erhalten sollte. Diese 20 Blätter erforderten außerdem zur Aufbewahrung eine große Mappe und zum Gebrauche einen sehr großen Tisch, auf welchem sie ausgebreitet werden müßten, sodaß dieselben auch recht unhandlich sein dürften. Dazu komme, daß die einzelnen Pläne einen dauernden Werth für die Mitglieder nur dann haben werden, wenn man die vorkommenden vielen Aenderungen stets rechtzeitig nachtrage. Dagegen lasse sich nicht verkennen, daß es für jedes Mitglied von großem Werthe und durchaus wünschenswerth sein müsse, wenn dasselbe in der Lage sei, solchen Plan im Bedarfsfalle einsehen zu können. Aus diesem Grunde sei in der Commission zur Sprache gekommen, ob es nicht zweckmäßig sein möchte, zwei solcher Mappen anfertigen zu lassen, sobald die sämmtlichen Blätter fertig gestellt worden und von denselben ein Exemplar im Stadthause zur jederzeitigen Benutzung und das andere Exemplar in der Versammlungslokale auszulegen. Nach Ansicht der Commission werde es außerdem zweckmäßig sein, für die Mitglieder selbst zum fortwährenden Gebrauche Pläne im kleineren, vielleicht 1:6000 Maßstabe anfertigen zu lassen. Wenn in solchem Falle der Stein, auf welchem der Plan stehe, im Besitze der Stadt verbleibe, dann können die vorgekommenen Aenderungen alljährlich, oder alle zwei Jahre auf dem Steine nachgetragen und sodann neue Abzüge hergestellt werden, so daß die Stadtverordneten auf diese Weise immer einen absolut richtigen Plan besäßen. Durch solche Einrichtung dürfte aber dem an sich als berechtigt anzuerkennenden Wunsche des Herrn Lange Rechnung getragen werden. Die Ausgabe für die Herstellung der Pläne werde sich in diesem Falle nur auf 140—150 M belaufen und unter Berücksichtigung des mit derselben verbundenen Zweckes nicht zu hoch erscheinen. Ein solcher kleiner Plan sei für den Einzelnen nicht allein übersichtlicher, sondern auch zweckmäßiger, denn auf dem großen Plane werde sich namentlich an denjenigen Stellen, wo zwei Blätter in einander greifen, leicht etwas finden lassen.

Die Statutencommission wolle indessen diese ihre Ansicht nicht als maßgebend hinstellen, sondern sie lege der Versammlung folgenden Vermittlungsantrag vor:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, in Erwägung zu ziehen, auf welche Weise die Mitglieder derselben baldigst in den Besitz eines zweckmäßigen Stadtplanes zu setzen sind.

Hierdurch werde der Zweck des von Herrn Lange gestellten Antrages jedenfalls vollkommen erfüllt werden.

Herr Lange bemerkt einleitend, daß er in Folge einer Reise an der Commissions-Sitzung nicht theilnehmen und daher seine Meinung nicht geltend machen konnte. Im Allgemeinen wolle er anerkennen, daß der Commissionsvorschlag den Zweck seines Antrages voraussichtlich erfüllen werde, wenn er auch den vorgebrachten Gründen nicht überall beipflichten könne. Das Format der Theilpläne erscheine ihm für den Gebrauch des einzelnen Stadtverordneten in der Wohnung durchaus praktisch, da wohl Jeder einen zur Ausbreitung dieser Pläne passenden Tisch besitze. (Widerspruch.) Praktischer und einfacher als eine Kollkarte erscheine das Format jedenfalls, weil jene sich in der Wohnung immer schlecht anbringen lasse, auch als eine Zimmerdekoration unmöglich angesehen werden könne. Ein einzelnes Stück des Theilplanes lasse sich dagegen bald aus der Mappe nehmen und auf dem Tische behufs Prüfung einer beantragten Aenderung ausbreiten, namentlich wenn einem früher von der Versammlung ausgesprochenen Wunsche gemäß die zur Vorlage kommenden Zeichnungen nicht allein im Sitzungszimmer ausgehängt, sondern auch den einzelnen Mitgliedern vor der Sitzung autographisch vervielfältigt überwiesen werden. Bei der jetzigen Praxis, nach welcher man erst vor oder während der Sitzung an eine Prüfung der betr. Vorlagen herantreten könne, lasse sich in den allermeisten Fällen ein sicheres Urtheil gar nicht bilden.

Was die zeitige Unvollkommenheit der Theilpläne anlange, so könne er sich nur dafür aussprechen, dieselben so wie sie vorliegen, vervielfältigen zu lassen, weil man selbst an der Hand solcher unvollkommenen Theilpläne die bevorstehenden ferneren Aenderungen doch verfolgen könne. Wenn die Theilpläne noch nicht sämmtlich fertig seien, so möge die Versammlung zunächst wenigstens diejenigen nehmen, welche fertig vorliegen, denn etwas sei besser als nichts, zumal man heutzutage durchaus keinen ordentlichen Uebersichtsplan erhalten könne. Die Beschaffungskosten dürften hier wohl kaum in Betracht kommen, wo es sich darum handle, ein paar tausend Mark zu bewilligen, um dem Stadtverordneten ein Mittel an die Hand zu geben, mit welchem er sich über die eingehenden Magistratsvorlagen genügend zu unterrichten vermöge, um sodann sein Urtheil mit gutem Gewissen nach Prüfung der einschlägigen Verhältnisse abgeben zu können. Uebrigens müßten wohl schon eine ganze Anzahl von Theilplänen fertig sein, denn es seien ihm bereits solche zum Preise von 4,50 M pro Stück für die Außenstadt und 25 M für die gesammte Innenstadt angeboten worden. Sollte die Versammlung der Ansicht sein, sich dem Commissionsvorschlage anzuschließen, dann habe er auch nichts dagegen einzuwenden, weil der Zweck seines

Antrages im Grunde genommen durch den Commissionsantrag erreicht werde. In diesem Falle bitte er jedoch, die Ausführung des Beschlusses zu beschleunigen und zu veranlassen, daß eine Mappe mit den Plänen nicht in dem Bureau des Stadtbauamtes, sondern in der Registratur des Magistrats zur Einsicht ausgelegt werde.

Auf eine bezügliche Anfrage des Herrn Vorzihenden giebt sodann Herr Oberbürgermeister Pockels die Erklärung ab, daß aus dem Etat für 1889 ersichtlich sein werde, wie die Vervielfältigung der Karten ihrem Ende entgegenstehe. Die Verzögerung sei mit durch das Bestreben hervorgerufen, alle im Laufe der Jahre vorgekommenen Aenderungen noch in die einzelnen Sectionen des Planes vor seiner definitiven Herausgabe aufzunehmen, um mit dem Erscheinen des Planes auch etwas Vollständiges zu besigen. Da die große Karte im nächsten Jahre fertig werde, so sei der Magistrat bereit, noch eine Uebersichtskarte nach dem Maßstabe 1:5000 herstellen zu lassen und dadurch den Wünschen der Commission Rechnung zu tragen. Soviel ihm bekannt, seien die einzelnen Sectionen sämmtlich auf den Stein getragen, jedoch müssen dieselben noch corrigirt werden, so daß vollgültige Abzüge zur Zeit noch nicht zur Verfügung stehen. Die Herrn Lange zum Kauf angebotenen Theilpläne könnten nach den heutigen Verhältnissen nicht als richtig gelten, sondern würden uncorrigirte Abzüge sein.

Herr Reuter bestätigt die letztere Mittheilung und bemerkt weiter, daß zu dem großen Plane auch noch eine Uebersichtskarte gehöre, welche die Grenzen der einzelnen Sectionen enthalte, weil man sonst eine einzelne Straße nur sehr schwer aus dem großen Plane herausfinden könne. Für die Mehrzahl der Mitglieder möchte solcher Plan nichts als ein Ballast sein, während ein kleinerer Plan eine außerordentliche Erleichterung für Jeden bieten werde, der denselben öfter zu gebrauchen habe. Sobald nun im Stadthause ständig ein Exemplar des großen Planes ausgelegt sei, dürfe dem Bedürfnisse genügt sein und man werde trotzdem eine wirklich nicht unbedeutende Summe Geldes ersparen. Er empfehle deshalb nochmals die Annahme des Commissionsvorschlages, durch welchen alle zwei Jahre nur eine Ausgabe von 150 M. entstehe, die recht wohl getragen werden könne. Bei dem raschen Wachsthum der Stadt werde ein Uebersichtsplan bald unbrauchbar, so daß sich auch schon aus diesem Grunde die öftere Herstellung eines solchen empfehle; der große Plan werde aber aus den vorgebrachten Gründen thatsächlich nicht so viel nützen, wie er koste.

Herrn Fiedel will es scheinen, als ob ein großer Plan nicht so practisch sei, wie ein kleiner. Es möchte dabei aber auch noch in Erwägung genommen werden, ob nicht die Theilpläne auf photographischem, oder einem anderen passenden Wege verkleinert und dann vervielfältigt werden, weil hierdurch die Uebersichtlichkeit nur wachse und auch die Kosten sich in mäßigen Grenzen halten.

Herr Buchler erblickt seinen Hauptwerth darin, daß die Stadtverordneten überhaupt einen Plan erhalten, weil bis jetzt trotz mancherlei Versprechungen noch keiner vorhanden sei. Er könne auch keinen besonderen Werth darauf legen, einen recht großen Plan zu erhalten, wenn er auch annehmen müsse, daß die Stadtverordneten, sofern ihnen ein solcher überwiesen werden sollte, dafür Sorge tragen, daß sie ihn gebrauchen können. Ihm komme es darauf an, recht bald einen Stadtplan, gleichviel welchen Formats, zu bekommen.

Herr Lange richtet nochmals das Ersuchen an den Magistrat, alle Theilpläne, welche bereits auf den Stein gebracht worden, sofort in einigen Exemplaren behufs Auslegung abziehen zu lassen, ungeachtet der etwa noch ausstehenden Correctur, denn geändert werde an den Plänen ohne Unterbrechung und die Versammlung komme sonst in zehn Jahren noch nicht in den Besitz eines Planes.

Herr Oberbürgermeister Bockels bemerkt, daß weder der städtischen Bauverwaltung noch dem Magistrat ein Verschulden bezüglich der Verzögerung in der Herstellung des Planes zur Last gelegt werden könne, weil die behördliche Revision der Vermessungsergebnisse vor der Herstellung eines Planes erst habe zu Ende geführt werden müssen.

Herr Lange erklärt sich nunmehr mit dem Commissionsantrage einverstanden.

Herr Natalis ist der Ansicht, daß sich der Wunsch nach Plänen in zwei Theile zerlege. Der eine wolle wirkliche Pläne haben, während der andere von den zur Vorlage kommenden Abänderungsvorschlägen vor der Sitzung kleine Pläne erhalten möchte. Der letztere Wunsch sei in einer früheren Sitzung ausgesprochen und auch zum Beschlusse erhoben, worauf der Magistrat einige Male den Einladungen zur Versammlung solche Pläne beigegeben, später dieses aber wieder unterlassen habe. Rathsich möchte es daher auch sein, den Magistrat nochmals zu ersuchen, den Stadtverordneten die beabsichtigten Aenderungen des Ortsbauplanes jedes Mal durch einen Uebersichtsplan anschaulich zu machen und solchen mit der Einladung zur Versammlung zu versenden.

Der Herr Vorsitzende bemerkt zunächst, daß über diesen Punkt ein Beschluß nicht gefaßt werden könne, weil derselbe heute nicht zur Berathung stehe und läßt sodann über den Commissionsantrag abstimmen. Letzterer wird von der Versammlung angenommen.

II. Die Herzogliche Kreisdirection hieselbst hat den Stadtmagistrat ersucht, eine Entschliebung der städtischen Behörden darüber herbeizuführen, ob gemäß einem Antrage der Lehnendorfer Localcommission die 2,4 a haltende Hälfte des Grabens, welcher das in Folge eines früheren Beschlusses in den Gemeindebezirk Lehnendorf übergegangene Ackerstück begrenzt, ebenfalls in diesen Bezirk übergehen soll, so daß

demnächst die Mitte dieses Grabens die Grenze zwischen den Feldmarken Behndorf und Neupetrithor bildet. Die Verwaltungs-Deputation der Feldmarks-Interessenschaft Neupetrithor erklärte sich mit dem Antrage bereits einverstanden.

Herr Schwarzenberg schließt sich namens der Statutencommission dieser Zustimmungserklärung an

und beschließt die Versammlung in diesem Sinne.

III. Bereits bei der Aufstellung des Programmes über die Erbauung eines neuen Schulgebäudes für die städtische Mädchenschule auf den Grundstücken des Thomahofes und des Schuhmachermeisters Töpke war in Aussicht genommen, einen der Schule entbehrliehen Terrainstreifen von 62 qm den Hof- und Gartenräumen der Pfarrgrundstücke von St. Martini zuzulegen und hatte sich damals der Kirchenvorstand auf bezügliche Anfrage bereit erklärt, diesen Streifen zum Preise von 2000 M zu übernehmen. Durch eine geringe Verschiebung des ursprünglichen Projectes ist nun die entbehrliehe Fläche auf rund 48 qm festgesetzt und beabsichtigt der Magistrat, dieselbe dem Kirchenvorstande zum Preise von 1500 M neben Sicherung des Fenster- und Traufenrechtes und der Berechtigung zur Vornahme von Bauausbesserungen unter Benützung des Pfarrgrundstückes anzubieten, sofern sich die Versammlung mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt.

Nachdem Herr Wolff den Antrag für die Finanzcommission befürwortet hatte

wird derselbe seitens der Versammlung angenommen.

IV. Die wegen der Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt in der Nähe des Augustthores zwischen dem Stadtmagistrate und den betr. Staatsbehörden seit mehreren Jahren gepflogenen Verhandlungen haben jetzt zu dem Ergebnisse geführt, daß Herzogliches Staatsministerium unter Ablehnung aller übrigen Vorschläge die Errichtung der fraglichen Anstalt über dem 2 m tief liegenden Hofe des östlichen Thoreinnehmerhauses gestattet und Herzogliche Baudirection ausbedungen hat, daß die Abwässer nicht direct in die Oker, sondern in den öffentlichen Straßen-canal geleitet werden. Der Magistrat ersucht um die Genehmigung dieser Anlage und die Bewilligung einer Summe von 3750 M für den Etat von 1889.

Die Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, hat gegen den Antrag nichts zu erinnern, zumal ein anderer Platz überhaupt nicht zur Verfügung stehe. Bei der Durchsicht des Kostenanschlages sei es auffällig gewesen, für die Beschaffung und Einrammung von 30 Stück Pfählen einen Betrag von 105 M verzeichnet zu finden und werde bei dieser Preisbemessung voraussichtlich ein Irrthum untergelaufen sein, der einer späteren Berichtigung bedürfe. Im Uebrigen gebe die Commission die Genehmigung der Vorlage anheim.

Herr Lange kommt bei dieser Gelegenheit auf seinen am 30. December v. Jz. gemachten Vorschlag bezüglich der Beschaffung billigerer Bedürfnisanstalten zurück und bittet, wenigstens einmal einen Versuch mit denselben zu machen. Jetzt werden wieder 3750 M für ein einziges derartiges Häuschen gefordert, während sich 3—4 verschiedene Anstalten für diesen Betrag herrichten lassen und es angebracht sein dürfte, den hier projectirten Monumentalbau entsprechend zu vereinfachen. Bei der Besichtigung der Anstalt am Steinthore habe er sich die Frage vorgelegt, ob es überhaupt vortheilhaft sei, diese Bauten in Zukunft in gleicher Weise auszuführen. Bislang habe man den Zu- und Abfluß des Wassers in die Mitte der Anstalt gelegt, während derselbe in der Steinthoranstalt an den Seiten liege und dadurch zu einem wahren Bespritzer der Bekleider werde. Dazu komme, daß in der fraglichen Anstalt der Abzugscanal sich sehr leicht verstopfe und dann eine kleine Ueberschwemmung eintrete, wenn der Canal nicht schleunigst wieder geöffnet werde. Der in jener Anstalt verwendete Sandstein sei schon jetzt derartig angefressen, daß man die Krusten, welche sich an demselben gebildet haben, mit dem Stocke abtragen könne, so daß sich annehmen lasse, der Stein werde in einigen Jahren vollständig verbraucht sein. Es empfehle sich, einmal Versuche mit billigeren Anstalten, die auch schön aussehen könnten, zu machen.

Herr Nieß erwidert darauf, daß die Einwendungen des Herrn Lange für die gegenwärtige Vorlage nicht zutreffen, weil die Herzogliche Baudirection einen anderen Platz nicht zur Verfügung stelle und die Mehrausgaben durch die tiefere Lage des Hofes, welche von der Oker aufwärts künstlich gestützt und ausgefüllt werden müsse, entstehen. Im vorliegenden Falle lasse sich also die Ausgabe nicht ermäßigen. Bei der Anstalt am Steinthore habe man außerdem Sandstein nur zu den Platten, welche die Wände bilden, verwendet und das sei Belpfer, also der härteste Sandstein dieser Gegend. In dem Locale selbst seien Schieferplatten, an denen es doch wohl wenig zu tadeln gebe, benutzt. Hier handle es sich darum, eine Anstalt auf einem Platze der Promenade zu errichten, welchen die Herzogliche Baudirection der Stadt überwiesen habe und daran lasse sich nichts ersparen.

Herr Lange wiederholt, daß die Abschürfungen in der Anstalt am Steinthore thatsächlich vorhanden seien, wenn er auch als Laie in dieser Sache nicht feststellen könne, woher dieselben stammen und namentlich, ob sie an der Qualität des Sandsteines liegen. Er wolle aber nochmals hervorheben, daß er den Wasser-einlauf in der Mitte der Anstalt für besser halte.

Herr Nieße schreibt die Vertheuerung der hier in Frage stehenden Anstalt auch dem Umstande mit zu, daß das ablaufende Wasser nicht direct in die Oker gelassen werden dürfe, sondern für dasselbe ein längerer Canal angelegt werden müsse. Das liege aber hauptsächlich an dem mangelnden Einvernehmen zwischen den städtischen und den staatlichen Behörden, denn sonst könne es der Baudirection

doch gleich sein, auf welchem Wege das Wasser in die Oker laufe und den Fischen werde es ebensoviel oder so wenig schaden, ob das Wasser direct, oder auf einem Umwege zur Oker komme. Jedenfalls werde die Anlage hierdurch theuer und die Stadt müsse die Kosten tragen, welche für den Canal sich schon auf ungefähr 600 M. belaufen.

Herr Stadtrath Metemeyer bestreitet, daß die städtischen und staatlichen Behörden in Conflict leben. Es habe sich allerdings zwischen der Herzoglichen Baudirection und dem Magistrate eine Differenz bezüglich der Wahl des Platzes ergeben, aber daraus gehe noch nicht hervor, daß zwischen beiden Behörden kein gutes Einvernehmen herrsche. Der Canal sei außerdem auch nicht zu 600 M., sondern zu 240 M. veranschlagt. Daß die Abwässer nicht direct in die Oker, sondern in den städtischen Canal geleitet werden sollen, sei ganz in der Ordnung, da dieselben auf diese Weise der Reinigungsanstalt zugeführt und gereinigt in die Oker geleitet werden, während dieses am Steinhore nicht möglich sei.

Herr Günther wiederholt seinen Vorschlag vom 30. December v. Js. und bittet, darauf Bedacht zu nehmen, daß vor dem Magnithore, oder auf dem Leonhardplatz eine Bedürfnisanstalt errichtet werde, denn seit der Eröffnung des Central-Friedhofes habe sich der Verkehr in jener Gegend noch bedeutend vergrößert, so daß heute, namentlich auch mit Rücksicht auf die verschiedenen Messen und Märkte, welche auf diesem Platze abgehalten werden, ein dringendes Bedürfnis vorliege, hier Wandel zu schaffen. Vielleicht erkläre sich der Stadtmagistrat bereit, die Frage in Erwägung zu ziehen, anderenfalls werde Redner einen entsprechenden Antrag einbringen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt sodann die Bereitwilligkeit des Magistrats, in eine Prüfung dieser Frage zu treten
und wird die Magistratsvorlage darauf von der Versammlung angenommen.

V. Der in dem Gewerbebetriebe des Bauunternehmers Jung hieselbst beschäftigte, gegen Krankheit nicht versichert gewesene Arbeiter Wilhelm Ehbrecht ist in Folge eines Betriebsunfalles erkrankt und erwerbsunfähig geworden, wodurch der Gemeinde-Krankenversicherung 18,75 M. Unkosten erwachsen sind. Da Jung sich aus ganz wichtigen Gründen weigert, diese Kosten zurückzuerstatten, so beantragt der Magistrat, ihn zur Klageerhebung gegen Jung wegen Erstattung dieser Kosten zu ermächtigen.

Herr Heymann giebt namens der Statutencommission die Genehmigung des Antrages anheim, weil Jung unzweifelhaft nach dem Krankenversicherungsgesetze zur Zahlung dieser Kosten verpflichtet sei
und beschließt die Versammlung demgemäß.

VI. In der Angelegenheit, die Neuordnung des Straßenreinigungswesens in hiesiger Stadt und die Entschädigungsleistung für den Fortfall der staatlichen Reinigungspflicht betreffend, hat das Herzogliche Staatsministerium nunmehr den Entwurf eines bezüglichlichen Vertrages zwischen der Herzoglichen Landesregierung und der hiesigen Stadt behufs Einholung der Zustimmung seitens der städtischen Behörden überandt. Der Stadtmagistrat giebt unter Vorlegung des Vertragsentwurfes dessen Genehmigung anheim, da derselbe den von der Versammlung am 10. März 1887 und am 17. Mai 1888 dieserhalb gefaßten Beschlüssen entspreche.

Der wesentliche Inhalt des Vertragsentwurfes ist folgender. Der vom Staate zu leistende Zuschuß zu den Kosten der städtischen Straßenreinigung soll insgesammt 13500 M jährlich betragen. Dagegen kommen alle diejenigen Zuschüsse und Beiträge in Fortfall, welche bisher auf Grund öffentlichrechtlicher oder privatrechtlicher, insbesondere vertragsmäßiger Verpflichtung aus staatlichen Kassen zur Bestreitung der Kosten des Straßenreinigungswesens vor den staatlichen Grundstücken erfolgt sind. Insoweit die Hausbesitzer auch in Zukunft neben Reinigung der Hausgassen, privater Reinigungsschächte und Gassenbrücken zc. zu weiteren Reinigungsarbeiten, insbesondere zur Reinigung des Trottoirs und der Gassen von Schnee und Eis, Abstumpfung des Trottoirs bei Glätteis, Grasauskrautung zc. und zu außerordentlichen Reinigungen verpflichtet sind, findet solche Verpflichtung auch in Betreff der dem Fiskus oder der Herzoglichen Kammer zc. gehörigen, bezw. von denselben vertretenen Grundstücke gleichmäßige Anwendung. Für den Fall, daß über die vorerwähnte Verpflichtung hinaus die öffentliche Straßenreinigung unter Entlastung der Stadtkasse den Hausbesitzern ganz oder theilweise wieder übertragen würde, oder die Stadt von denselben für die stadtseitige Uebernahme der Straßenreinigung eine Rente fordern, oder aber ein Theil des Gesamtbedarfes der Stadt durch eine Grundsteuer aufgebracht werden sollte, bleibt jedoch der Staat bezw. die Herzogliche Kammer hinsichtlich der genannten Grundstücke — eintretendenfalls durch Zahlung entsprechender Entschädigung — von obiger Leistung, Rente oder demjenigen Theile der Grundsteuer befreit, welcher auf die Kosten der Straßenreinigung in deren procentualen Verhältniß zur Gesamtheit der laufenden Ausgaben der Stadtkasse entfallen würde. Vorbehalten bleibt die im bisherigen Umfange dem Staate obliegende Reinigung der äußeren Thorbrücken, sowie der im Stadtbezirke belegenen Staatsstraßen. Das Gleiche gilt in Betreff der Wallpromenaden ausschließlich der Fahrbahn des sogenannten Kalen-Walles, jedoch einschließlich der mit demselben in Verbindung stehenden Fußwege.

Nachdem Herr Reuter, als Berichterstatter der Statutencommission, den Vertrag verlesen hatte, führte derselbe noch aus, daß der Commission der oben gesperrt gedruckte Zwischenatz „eintretendenfalls durch Zahlung entsprechender Entschädigung“ aufgefallen und magistratsseitig für denselben folgende Erklärung ge-

geben sei: „Befreiungen von Gemeindelaſten können nicht erworben werden. Daſern und ſobald alſo die Stadt kraft öffentlichen Rechtes zur Beſtreitung der Reinigungskosten eine Grundſteuer zc. ausſchreiben ſollte, würde der Staat in ſeiner Eigenſchaft als Grundbeſitzer — ungeachtet ſeiner vertragsmäßig feſtgeſtellten Befreiung — beitragspflichtig werden. Um nun für ſolche Fälle dem Staate einen privatrechtlichen, durch Klage zu verfolgenden Anſpruch auf Rückerſtattung derartiger Beträge zu ſichern, ſei der betr. Zwiſchensatz mit dem Sinne und der Bedeutung eingefügt, daß die aus einer etwaigen Abgabeerhebung ſich ergebende Verpflichtung des Staates durch Zahlung der in der Rente enthaltenen entſprechenden Entſchädigung bereits erfüllt ſei.“ Wenn ſich nun auch dieſer Punkt hierdurch vollſtändig aufkläre, ſo bleibe doch immerhin noch die Thatſache beſtehen, daß die Auslegung jener Worte eine verſchiedene ſein könne, wie ſich das auch ſchon bei den Commissionsmitgliedern gezeigt habe, aus welchem Grunde er beantrage, dieſe Worte entweder zu entfernen, oder denſelben eine deutlichere Faſſung zu geben. Schließlich wolle er zur Vermeidung von Zweifeln noch bemerken, daß dem Staate auch nach Abſchluß des Vertrages dieſelben Pflichten verbleiben, welche jeder Bürger nach Uebernahme der Straßenreinigung durch die Stadt behalte, daß nämlich bei beſonderen Naturereigniffen, wenn die gewöhnlichen Kräfte nicht ausreichen, Jeder ſelbſt Hand anzulegen habe, um beſpielsweiſe bei ſtarkem Schneefall, bei Glatteis u. ſ. w. die erforderlichen Reinigungen und Vorſichtsmaßregeln gegen die Schädigung von Paſſanten vorzunehmen. Wenn biſher öfter darüber Klage geführt worden, daß bei außergewöhnlichen Vorkommniſſen die Reinigung vor den öffentlichen Gebäuden meiſtens ſpäter erfolgt ſei, als vor den Bürgerhäusern, ſo habe das an der zu geringen Anzahl der Arbeiter gelegen, welche eine ſo umfangreiche Arbeit in der kurzen Zeit nicht hätte bewältigen können. In Zukunft werde aber dieſer Uebelſtand durch das Inkrafttreten des Vertrages beſeitigt, indem dann bei außergewöhnlichen Vorkommniſſen ſeitens der betr. Staatsbehörden für ihre Gebäude direct geſorgt werden müſſe. Der Antrag der Commission laute:

Die Stadtverordneten-Verſammlung ertheilt ihre Zuſtimmung zu dem vorgelegten Vertrage unter der Bedingung, daß im §. 4 die Worte „eintretendenfalls durch Zahlung entſprechender Entſchädigung“ entweder geſtrichen, oder in nicht mißzudeutender Weiſe ergänzt werden.

Auf eine entſprechende Anſfrage des Herrn Wolff erwidert Herr Oberbürgermeiſter Poſſels, daß die Aufwendungen des Staates für die Straßenreinigung biſlang ſtets verſchieden hoch und zwar von der Stärke des Schneefalles bedingt geweſen ſeien, man habe bei Bemefſſung der Abfindungſumme einen zehnjährigen Durchſchnitt genommen, welcher ſich auf rund 13500 M. ſtelle. Bezüglich des Commissionsantrages wolle er noch anheimgeben, zu beſchließen, daß dem Magiſtrate überlaſſen bleibe, entweder die Streichung, oder eine andere Faſſung des Zwiſchen-

sages mit der Landesregierung zu vereinbaren. Uebrigens lege die Regierung Werth darauf, den Vertrag auf dieser Seite bald abgeschlossen zu sehen, weil derselbe erst noch der Landes-Versammlung vorgelegt werden müsse und, deren Genehmigung vorausgesetzt, sodann noch eine Aenderung der Straßen-Polizei-Ordnung herbeizuführen sei. Dagegen habe der Magistrat neuerdings beschlossen, die Rehrichfabuhr vom 1. Mai k. Js. ab stadtseitig zu übernehmen, weil der bisherige Unternehmer die zeitige Entschädigung von 18000 M auf 25000 M erhöht wissen wolle und die Stadt glaube, die Abfuhr für diese Summe selbst beschaffen zu können.

Herr Reuter constatirt, daß durch die Fassung des Commissionsantrages dem Magistrate schon freie Hand bezüglich des fraglichen Zwischensages gegeben sei.

Der Herr Vorsitzende erläutert auf eine Anfrage des Herrn Günther den §. 4 des Vertrages noch dahin, daß nach demselben der Staat nicht besser gestellt sein solle, als jeder Private. Insofern also dem Privaten auch nach der Uebernahme der Reinigung durch die Stadt bei besonderer Veranlassung die Pflicht der Reinigung verbleibe, solle dieselbe auch der Staat beibehalten. Uebrigens werde durch die Annahme des Commissionsantrages die Magistratsvorlage an sich vollständig genehmigt.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Commissionsantrag angenommen.

VII. Behufs Herstellung einer besseren Verbindung zwischen Kaiser- und Wendenstraße ist schon seit längerer Zeit das Project in's Auge gefaßt, in gerader Fortsetzung der Kaiserstraße eine neue Straße herzustellen, welche da, wo der Werder von der Wendenstraße abzweigt, in diese münden würde. Zur Förderung dieses Projectes hat der Magistrat das an der Wendenstraße Nr. 1478 belegene Grundstück der Fricke'schen Erben zum Preise von 24000 M angekauft und ersucht derselbe um Genehmigung des dieserhalb unterm 22. October d. Js. abgeschlossenen Kaufvertrages.

Herr Wolff führt namens der Finanzcommission aus, daß schon längst das Bedürfniß anerkannt sei, den sehr regen Verkehr über den Nickelnkuff durch den Geiershagen zu entlasten und daß auch ein bezügliches Gesuch verschiedener Anwohner sich dahin ausgesprochen habe. Den Schlüssel zu dem hier projectirten Straßenzuge bilde das Fricke'sche Haus, welches eine Tiefe bis an den ehemaligen Burgmühlengraben besitze und das mit 24000 M auch nach der Meinung der städtischen Bauverwaltung nicht zu hoch bezahlt werde. Da nun ferner die Anlage der neuen Straße nicht viel Geld kosten könne, weil ein z. B. nahezu werthloses Terrain erschlossen werde, so habe die Commission die Vorlage sehr sympathisch aufgefaßt, umso mehr als eine so günstige Gelegenheit zum Erwerbe dieses Grundstückes voraussichtlich nicht wiederkehre. Wenn das ganze Project sich nicht sofort durchführen lasse, so könne das Haus vorläufig wieder vermiethtet werden, bis der

Straßendurchbruch zur Ausführung komme. Die Commission empfehle daher die Annahme der Vorlage.

Herr Lange hält die projectirte neue Verbindung für sehr wichtig, wenn er auch der Ansicht sei, daß die Vortheile derselben erst dann vollständig zur Geltung kommen, sobald die von Herrn Wilke in der Sitzung von 5. Juli d. Js. (Seite 146 des Protocoll'es) angeregte Aufschließung des Rickelnkultes nach dem Gausdenkmale hin durchgeführt sei. Er möchte deshalb der Hoffnung Ausdruck geben, daß beide Verbindungen im Zusammenhange behandelt werden, weil sie nothwendig zusammengehören. Der Verkehr auf der Wendenstraße werde sich nach der Ausführung des ersten Projectes noch erhöhen, so daß dadurch die Verengerung der Wendenstraße an dem Krankenhause für den Durchgangsverkehr gefährlich werden könne und die Aufschließung des Rickelnkultes demnach dringend erforderlich sei. Bei dieser Gelegenheit wolle er auch noch an den Magistrat die Anfrage richten, ob besondere Gründe vorliegen, welche die Herrichtung einer vorchriftsmäßigen Bedürfnisanstalt an dem Hause Rickelnkult *N.* 26 verzögern, da die Angelegenheit sich noch in dem alten Zustande befinde.

Herr Stadtrath Kete meyer erwidert, daß der Versammlung am 13. September d. Js. magistratsseitig die Verhältnisse des Hauses *N.* 26 am Rickelnkulte dargelegt seien (Seite 154 des Protocoll'es) und die Versammlung sich damit einverstanden erklärt habe, daß unter den vorliegenden Umständen von einer Erneuerung der Bedürfnisanstalt Abstand genommen und die zur Beseitigung des jetzigen mißfälligen Anblickes erforderliche Reparatur ausgeführt werden solle und dieses auch geschehen sei.

Die Versammlung nimmt darauf die Magistratsvorlage an.

VIII. Nachdem die Heitbergstraße und der Wolfscamp als Ortsstraßen ausgebaut und die erforderlichen Mittel zum Ausbau der Limbeckerstraße zwischen Gertruden- und Lutterstraße, des Neustadtringes zwischen Oker und Cellerstraße, der Taubenstraße vom Mittelwege bis an die Ostgrenze des neuen Gaswerkes und des Wendenringes zwischen Hamburgerstraße und Oker verwilligt sind, ersucht der Magistrat, die Aufnahme der bezeichneten sechs Straßen in das Verzeichniß derjenigen Straßen genehmigen zu wollen, auf welche die §§. 7 bis 12 des Ortsbaustatuts Anwendung finden.

Der Herr Vorsitzende bemerkt hierzu namens der Statutencommission, im §. 4 des Ortsbaustatuts sei ausgesprochen, daß die in den §§. 7—12 desselben über Herstellung und Unterhaltung der Straßen und Plätze enthaltenen Bestimmungen auf alle bereits bestehenden, oder durch den Ortsbauplan oder Theile desselben festgestellten Straßen, Wege und Plätze von dem Tage ab Anwendung finden, an welchem der auf eine solche Herstellung oder Unterhaltung derselben gerichtete

und vom Herzoglichen Staatsministerium genehmigte Beschluß der städtischen Behörden vom Stadtmagistrate in den Braunschweigischen Anzeigen bekannt gemacht werde, während der §. 5 vorschreibe, daß ein Verzeichniß dieser Straßen anzulegen sei. Die Commission empfehle die Aufnahme der benannten Straßen in das Verzeichniß.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

IX. Zu dem Amte eines Schiedsmannes bei etwaigen Abschätzungen der in Gemäßheit des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880, betr. die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, getödteten Thiere sind seitens der Stadtverordneten-Versammlung für das Jahr 1889 aus den sachverständigen Eingefessenen wiederum Personen in der erforderlichen Anzahl zu wählen.

Auf Antrag der Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, wählt die Versammlung die bisherigen Vertreter, nämlich Amtmann August Pott, Amtmann Albert Hoffmann, Oberamtmann Otto Krug und Particulier Diedrich Kimpau hieselbst, für das Jahr 1889 wieder.

X. Zum Zwecke des Ausbaues der Limbeckerstraße hat der Verlagsbuchhändler Heinrich Bieweg hieselbst von seinem Gartengrundstücke, insbesondere von dem nach diesem führenden Zufahrtswege, eine zu 2 a 1 qm vermessene Fläche an die Stadtgemeinde abzutreten. Derselbe ist zu einer freiwilligen Abtretung dieser Fläche für den Preis von 6 M pro qm nur unter der Bedingung bereit, daß die dem Ortsbauplane zufolge sein Grundstück in gerader Fortsetzung der Charlottenstraße durchschneidende Straße aufgehoben, oder doch derart nach Westen zu verlegt werde, um sie als eine gerade Fortsetzung der jetzigen Limbeckerstraße zwischen Adolfs- und Ottmerstraße in die Campestraße einmünden zu lassen. Sofern diese Aenderung des Ortsbauplanes vorgenommen wird, ist Herr Bieweg bereit, der Stadt eine Fläche von 16 a 8 qm, sowie den sein Gartengrundstück an der Campe- und Schillstraße begrenzenden Fußweg und Graben in einer Ausdehnung von 45 a 68 qm, insgesamt also ein Areal von 61 a 76 qm unter den folgenden Bedingungen unentgeltlich abzutreten. Die Stadt verpflichtet sich, von dem jetzigen Sudhop'schen Grundstücke, sofern sie demnächst in den Besitz desselben kommen sollte, eine Fläche von 3 a 10 qm zum Einheitspreise von ebenfalls 6 M, sowie von dem alten Regidienkirchhofe unter der gleichen Voraussetzung eine Fläche von 15 qm unentgeltlich an Bieweg abzutreten. Die Stadt vergütet demselben die Kosten der Einfriedigung seines Grundstücks auf der 94,50 m langen Strecke mit 19 M pro lfd. Meter, zusammen also 1795,50 M. Ferner verpflichtet sich die Stadt, den gegenüber der kleinen Campestraße belegenen Vorsprung des Bieweg'schen Gartens vor Durchführung der Baulinie nicht zu beseitigen und an Bieweg die auf dem

abzutretenden Fußwege und Grabenterrain stehenden Bäume unentgeltlich für den Fall zu überlassen, daß dieselben nicht beibehalten werden können.

Der Magistrat befürwortet die Annahme des dieserhalb mit Herrn Bieweg abgeschlossenen notariellen Vertrages vom 13. November d. Js. wesentlich aus folgenden Gründen. So lange nicht die Ottmerstraße mit der Promenade durch eine Fahrbrücke verbunden werde, sei für den Fahrverkehr die von Bieweg erbetene Verlegung der aufzuhebenden Straßenstrecke ohne Nachtheil, weil sich bis auf Weiteres der Hauptverkehr nach der Wolfenbüttlerstraße zu bewegen werde. Für den Fußgängerverkehr dürfe es aber gleichgültig sein, ob die eine, oder die andere Straßenstrecke gebaut werde. Sofern auf den Bieweg'schen Vorschlag nicht sollte eingegangen werden, werde die Stadt voraussichtlich vorläufig keine von beiden Straßenstrecken ausbauen, vielmehr lediglich auf eine andernfalls nicht erforderliche Verbreiterung der Biewegstraße Bedacht zu nehmen haben. Die hierdurch entstehenden erheblichen Kosten werden indessen zunächst von der Stadt allein zu tragen sein, weil die anliegenden Grundstücke durchweg bebaut seien und überdies die fragliche Straßenstrecke für den Verkehr bei Weitem nicht so günstig liege, wie die von Bieweg in Vorschlag gebrachte Straße. Endlich erscheine die Annahme der Bieweg'schen Vorschläge schon um deshalb zweckmäßig, weil die Stadt durch dieselben nahezu unentgeltlich in den Besitz des Grabens und Fußweges an der Campestraße gelange und die längst als dringendes Bedürfnis anerkannte Instandsetzung des fraglichen Fußweges ohne Weiteres ermöglicht werde.

Aus diesen Gründen ersucht der Magistrat

- 1) die in Vorschlag gebrachte Aenderung des Orsbauplanes gutzuheißen,
- 2) den mit Herrn Bieweg abgeschlossenen notariellen Vertrag vom 13. November 1888 zu genehmigen und
- 3) die auf Grund dieses Vertrages an Bieweg zu zahlenden Beträge von 1206 M. und bezw. 1795,50 M. zu verwilligen.

Herr *Krahe* spricht sich im Auftrage der Baucommission für die unveränderte Annahme des Vertrages aus, da ein günstigeres Uebereinkommen nicht erwartet werden könne und der Vertrag daher in jeder Beziehung nur willkommen zu heißen sei.

Bei der dann folgenden Abstimmung nimmt die Versammlung die obigen drei Magistratsanträge unverändert an.

XI. Der Stadtbaurath Winter hat die feste Anstellung des seit dem Jahre 1878 bei der städtischen Bauverwaltung als technischer Hilfsarbeiter beschäftigten Bau-technikers Wilhelm Wiese zum 1. Januar f. Js. gegen ein Jahrgehalt von 2100 M. beantragt. Da dem Wiese in Bezug auf Tüchtigkeit, Pflichttreue und Führung das beste Zeugniß ertheilt wird und die Nothwendigkeit zur Anstellung eines ferneren

technischen Hilfsbeamten bei der Hochbauabtheilung der städtischen Bauverwaltung schon längere Zeit vorliegt, so schließt sich der Magistrat dem Antrage vollständig an.

Nachdem die Baucommission durch Herrn Reuter den Antrag ebenfalls hatte befürworten lassen,

wird derselbe von der Versammlung genehmigt.

XII. Der Magistrat beantragt die Anstellung der Hilfschreiber Fuhrmann, Dehlmann und Lindrum zum 1. Januar k. Js. als Schreiber mit dem Anfangsgehalte von 1200 M., da die bezeichneten Beamten schon länger als fünf Jahre im städtischen Dienste beschäftigt sind und sich als zuverlässig erwiesen haben.

Herr Lüderrßen schließt sich diesem Antrage namens der Statutencommission an,

worauf die Versammlung denselben zum Beschlusse erhebt.

XIII. Die zur Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke verordnete Deputation hat die Erweiterung des Gas- bzw. Wasserrohrnetzes in folgenden Richtungen empfohlen:

- 1) Legung des Hauptgasrohres auf dem Büldenwege, veranschlagt zu 1460,80 M.,
- 2) Belegung der kl. Bertramstraße mit Gasröhren, veranschlagt zu 2481,00 "
- 3) Belegung der Hufarenstraße zwischen Jägerstraße und Stadtpark mit Gasröhren, veranschlagt zu 1858,20 "
- 4) Verlängerung des Wasserrohres in der Campestraße bis zum Magnikirchhofe, veranschlagt zu 828,90 "
- 5) Verbindung des Wasserrohres in der Stecherstraße mit dem Hagenmarke, veranschlagt zu 481,35 "
- 6) Belegung der Höfenstraße mit Wasserrohren, veranschlagt zu 2773,30 "
- 7) Belegung des südlichen Theiles der Hedwigstraße mit Gasröhren, veranschlagt zu 320,40 "

Der Magistrat giebt die Genehmigung dieser Vorschläge, jedoch zu Punkt 2 mit dem Vorbehalte anheim, daß der Eigenthümer des noch im Privatbesitze befindlichen Theiles der kleinen Bertramstraße sich zur unentgeltlichen Duldung der Canalanlage in seinem Grundstücke verpflichten werde.

Die Deputation hat ferner beantragt, zu der nothwendig gewordenen Verlegung einer Strecke Gasrohr in der verbreiterten Fajanenstraße die Summe von 493,60 M. zu bewilligen.

Herr Sievers befürwortet namens der Finanzcommission die gesammte Vorlage und hebt bezüglich des Punktes 7 noch besonders hervor, daß die Unternehmer der Hedwigstraße sich geweigert haben, bezüglich des bereits im Besitze der Stadt befindlichen Theiles dieser Straße den Kostenvorschuß für die Legung der Gasröhren zu leisten. Obwohl nun die Unternehmer statutengemäß verpflichtet seien, die Kosten der Rohrlegung bis zum Anschlusse an das Hauptrohr zu verauslagen, so empfehle es sich doch, in diesem Falle davon abzugehen, weil die Rückerstattung von Seiten der Stadt alsbald erfolgen müsse.

Herr Günther hält die Beleuchtung des ganzen Hopfengartens für durchaus nothwendig, weil man dort am Abend bei schlechtem Wetter gar nicht durchkommen könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels ersucht, von der Stellung derartiger Anträge für heute abzugehen, weil der Versammlung zu der nächsten Sitzung eine Vorlage über die Erweiterung der städtischen Beleuchtung zugehen werde. Im Uebrigen könne es sich bei dem Hopfengarten nur um Petroleumlaternen handeln.

Herr Nieß bittet, die auf der unteren Husarenstraße frei werdenden Petroleumlaternen dem Königsstiege zukommen zu lassen, worauf

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß über den Königsstieg eine besondere Vorlage eingehen werde.

Nachdem auch Herr Hollmann die Beleuchtung des Hopfengartens warm empfohlen hatte, erklärt sich die Versammlung mit den gestellten Anträgen einverstanden. — Schließlich erhält noch

Herr Oberbürgermeister Pockels das Wort zu der Mittheilung, daß der unter Zustimmung der Versammlung als rechtskundiger Hülfсарbeiter des Magistrats eingestellte Gerichtsassessor Hassel II seit Ende October, voraussichtlich auf längere Zeit erkrankt sei und der Magistrat für denselben den Gerichtsassessor Brandes unter den gleichen Bedingungen zugezogen habe. Der Magistrat dürfe sich wohl für berechtigt halten, die für Hassel ausgesetzte Remuneration von jährlich 2000 M auch für dessen Nachfolger zu verausgaben.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden, und wird darauf die öffentliche Sitzung geschlossen.

Unter dem Voritze des Herrn Oberbürgermeisters Pockels wird in gemeinschaftlicher vertraulicher Sitzung zunächst die Pensionirung des Magistratsdieners Severit genehmigt und darauf eine größere Anzahl von Steuerreklamationen in der Rekursinstanz erledigt.

Schluß nach 7¹/₂ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 28. December 1888.

Öffentlich:

- I. Erwerb von Straßenterrain an der Vertramstraße.
- II. Desgl. am Königsstiege.
- III. Anstellung von zwei Technikern bei den Gasanstalten.
- IV. Anstellung eines Büreaudieners bei den Gas- und Wasserwerken.
- V. Wahl eines Mitgliedes der Armen-Direction.
- VI. Wahl von Bezirks-Vorstehern, stellvertretenden Bezirks-Vorstehern und Armenpflegern.
- VII. Vermehrung der Straßenlaternen.
- VIII. Jahresbericht und Rechnungsabchluß des Wasserwerkes für 1887.
- IX. Die städtischen Haushaltspläne für 1889.
- X. Das Wasserregulativ.
- XI. Erwerb des alten Officier-Casinos.
- XII. Verpachtung der Eisenbüttler Mühlen.
- XIII. Erwerb von Straßenterrain an der Eulenstraße.
- XIV. Verkauf eines weiteren Theiles der Obligationen-Anleihe von 1887.
- XV. Erwerb einer Fläche von der Feldmarks-Interessentschaft Hagen.

Vertraulich:

- Pensionirung einer Lehrerin.
Geiuch um Erlaß der Abgabe zur Armen- und Wegebefferungs-Casse.
Steuerreclamationen. (Verzeichniß III von 1888.).

Entschuldigt die Herren Jasper, Reiche und Rieke; unentschuldigt fehlen die Herren Hollmann und Lüderßen.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Götte, Haake, Schöttler und Metemeyer und Herr Gerichts-Assessor Brandes.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung, verliest das Protokoll Nr. 10 zur Genehmigung und giebt der Versammlung nach der Genehmigung desselben Kenntniß von dem Eingange eines gedruckten Berichtes über den sechsten internationalen Congreß für Hygiene und Demographie zu Wien 1887, welcher dem Vereine für öffentliche Gesundheitspflege im Herzogthume Braunschweig von seinen Delegirten Dr. med. A. Rossmann und J. Landauer erstattet worden ist. Der Bericht soll in dem Archive der Versammlung den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Sodann tritt die Versammlung in die Berathung der Tagesordnung ein.

I. Zu der im Ortsbauplane vorgesehenen und theilweise schon durchgeführten Verbreiterung der Vertramstraße sind von dem pensionirten Eisenbahn-Portier Klüchelhahn und der Wittve des Amtmanns Dieckmann zwei 28 bzw. 5 qm große Flächen für den in der dortigen Gegend allgemein bezahlten Einheitspreis von 8 M angekauft worden und ersucht der Magistrat um die Genehmigung des dieserhalb abgeschlossenen Kaufvertrages, sowie um die Bewilligung der 264 M betragenden Kaufsumme.

Herr Reuter befürwortet namens der Baucommission diesen Antrag, worauf derselbe von der Versammlung angenommen wird.

II. Der Monteur Christian Fricke hieselbst hat behufs Errichtung eines Wohnhauses von seinem am Königsstiege belegenen Grundstücke eine Fläche von 1 a 26 qm zur Verbreiterung dieser Straße unentgeltlich an die Stadtgemeinde überlassen und wird magistratsseitig ersucht, dem mit Fricke abgeschlossenen Vertrage die Genehmigung zu ertheilen.

Diesem Antrage entspricht die Versammlung, nachdem Herr Krahe denselben für die Baucommission befürwortet hatte.

III. Die Deputation für die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke hat beantragt, für die unmittelbare Leitung des Betriebes der beiden städtischen Gasanstalten Techniker mit Pensionsberechtigung fest anzustellen und die Gehaltsverhältnisse nach den für die Cassirer bei dem Gaswerke geltenden Bestimmungen zu ordnen, so daß das Anfangsgehalt der Techniker auf 1800 M, die nach Ablauf von je drei Dienstjahren zu gewährende Alterszulage auf 200 M und das Höchst-

gehalt auf 3300 M festgesetzt werde. Die den Technikern in der Form von Wohnung, Heizung, Licht und Wasser etwa zu gewährenden Emolumente sollen indeß auf deren Baargehalt im Geldwerthe von jährlich 300 M zur Anrechnung kommen. Zugleich hat die Deputation vorgeschlagen, jene Dienststellen bei der älteren Gasanstalt, zunächst in Vertretung des in hohem Lebensalter stehenden Gasmeisters Stübing, dem Techniker Beuthner und bei der neuen Gasanstalt dem Maschinentechniker Moers zu übertragen. Der Magistrat beantragt, diese Vorschläge mit der Maßgabe zu genehmigen, daß dem Techniker Beuthner, welcher schon seit dem 1. Januar 1885 etatsmäßig angestellt ist und seit dem 1. Januar 1887 neben freier Wohnung u. s. w. ein Baargehalt von 2400 M bezieht, eine fernere Gehaltsaufbesserung am 1. Januar 1890 und dem Techniker Moers ein Dienstalter vom 1. Januar 1887 zugestanden werde, so daß derselbe bei einem Anfangsgehalt von 1800 M die erste Aufbesserung ebenfalls am 1. Januar 1890 zu gewärtigen habe.

Herr Wolff erklärt sich namens der Finanzcommission mit dem Antrage einverstanden, weil sich aus der Nothwendigkeit, für die beiden Gaswerke festangestellte, zuverlässige Betriebsleiter zu erhalten, die Begründung des Antrages von selber ergebe.

Die Versammlung nimmt darauf den Antrag an.

IV. Seitens der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke ist im Einverständnisse mit der ihr vorgesetzten Deputation beantragt worden, den seit October 1876 im Lohnverhältnisse beschäftigten Diener Theodor Hansen mit einem Anfangsgehalt zu 1050 M vom 1. Januar 1889 ab als Gemeindediener anzustellen und demselben neben diesem Gehalt für die Dauer der ihm gegenwärtig obliegenden nächtlichen Vernehmung des Telegraphendienstes im Feuerlöschgebäude diejenigen, in Wohnung, Heizung, Licht, Wasser und einem Baarbetrage von 48 M bestehenden Emolumente zu belassen, welche er für diesen Nebendienst gegenwärtig bezieht.

Der Magistrat befürwortet diesen Antrag und wird derselbe von der Versammlung auch angenommen, nachdem ihn Herr Wolff im Auftrage der Finanzcommission ebenfalls zur Annahme empfohlen hatte.

V. Von denjenigen drei Mitgliedern der Armen-Direction, welche durch die Stadtverordneten-Versammlung gewählt werden, scheidet mit dem Schlusse dieses Jahres Herr Ramdohr aus und ersucht der Magistrat um Vornahme einer Ersatzwahl.

Commissionsseitig wird, wie der Herr Vorsitzende berichtet, die Wiederwahl des Herrn Ramdohr empfohlen

und von der Versammlung auch gutgeheißen.

VI. Mit dem Schlusse dieses Jahres läuft die dreijährige Amtsdauer von 6 Bezirksvorstehern und 60 Armenpflegern, sowie die einjährige Amtsdauer der sämtlichen stellvertretenden Bezirksvorsteher ab und sind daher Ersatzwahlen vorzunehmen. Ferner hat sich die Nothwendigkeit ergeben, die Zahl der Quartiere im dritten Bezirke um 2 und im neunten Bezirke um 1 mit Rücksicht auf die Zahl der in den betr. Stadttheilen wohnenden Armen zu vermehren. Von den ausscheidenden 60 Armenpflegern haben die Herren Karl Spierling, Gustav Wegmann, Karl Schuhart, Karl Neddermeyer, Hermann Bruns und Christian Wille, von denen die drei letzteren zugleich stellvertretende Bezirksvorsteher waren, eine Wiederwahl abgelehnt und werden für dieselben neu in Vorschlag gebracht die Herren Hermann Siebert, Adolf Kuhlmann, Albert Berglein, Ferdinand Eichhorn, Hermann Fritsch und August Sievers, sowie als stellvertretende Bezirksvorsteher die Armenpfleger Herren Oppermann, Hingst und Jarina, wogegen als Armenpfleger für die drei neuen Quartier die Herren Adolf Hillegeist, Robert Levin und Hermann Rödiger empfohlen werden.

Die Versammlung erklärt sich mit der Wiederwahl der bisherigen 6 Bezirksvorsteher und der 54 Armenpfleger, sowie mit der Neuwahl der eben genannten 9 Armenpfleger einverstanden, auch bestätigt sie die bisherigen stellvertretenden Bezirksvorsteher, unter Berücksichtigung der oben bezeichneten, von ihr gutgeheißenen Aenderungen, im Amte, nachdem der Herr Vorsitzende entsprechend berichtet hatte.

VII. Die Deputation für die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke hat neuerdings eine Revision des Straßenbeleuchtungsnetzes vorgenommen und darnach für erforderlich erklärt, insgesamt 46 neue Laternen aufzustellen. Die Kosten der Aufstellung dieser Laternen und der hierdurch nothwendig werdenden Versetzung von 10 bereits vorhandenen Laternen sind zu 5200 M veranschlagt. Der Magistrat hat im Einvernehmen mit der Herzoglichen Polizei-Direction die Aufstellung der Laternen für geboten erkannt und giebt anheim, die Vorschläge der Deputation zu genehmigen. Auf folgenden Straßen bzw. Plätzen sollen die 46 neuen Laternen Aufstellung finden: Mittelweg und Taubenstraße 7, Nordstraße 6, Giesmaroderstraße 5, Campestraße und Kleine Vertramstraße je 4, Augustthorbrücke, Neue Promenade und Am Wendenthore je 2, Fallersleberthor-Promenade, Am Fallersleberthore, Am Steinhore, Wolfenbüttlerstraße, Siegesplatz, Ferdinandstraße, Cammannstraße, Madamenweg, Gellerstraße, Am Petrihore, Rosenthal und Petri-Kirchhof je 1 Kandelaber, sowie am Königsstiege 2 Petroleumlaternen.

Die Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, erklärt sich mit diesen Vorschlägen einverstanden und empfiehlt die Genehmigung derselben.

Herr Halle lenkt die Aufmerksamkeit auf die Wabestraße, welche mit ihren mehr als 20 Häusern nur durch eine Petroleumlaterne von der Hagenstraße aus beleuchtet werde und daher die Aufstellung einiger Petroleumlaternen dringend nöthig habe.

Herr Lange ist ein Schreiben von Anwohnern der Eisenbüttlerstraße zugegangen, welches die durch den Mangel jeglicher Beleuchtung entstehenden Widerwärtigkeiten zutreffend schildere. Er bitte deshalb, jenen Leuten wenigstens einige Petroleumlaternen zu gewähren, weil nach den ihm gewordenen Mittheilungen an eine Legung von Gasröhren dort vorläufig noch nicht zu denken sei. Ferner halte er es für nothwendig, die Beleuchtung der namentlich vor den abfahrenden Eisenbahnzügen stark mit Wagen befahrenen Gieselerbrücke um eine Laterne zu verbessern, weil die Passanten bei der jetzt herrschenden Dunkelheit leicht in Gefahr gerathen könnten, überfahren zu werden. Schließlich wolle er noch an Herrn Reuter die Bitte richten, den Kandelaber vor dem Hause Steinweg Nr. 43 durch einen Wandarm ersetzen zu lassen, da ersterer an der schmalsten Stelle des Trottoirs am Steinwege nur 900 Millimeter von der Wand des angrenzenden Hauses entfernt stehe und den Durchgang sehr erschwere.

Herr Bollmann hält es für dringend nothwendig, an der Hagenmarkts-Apothekc eine Laterne anzubringen und bittet, eine solche in das Verzeichniß noch aufzunehmen.

Herr Günther giebt seiner Verwunderung Ausdruck, daß auf seinen in der letzten Versammlung geäußerten Wunsch, dem Hopfengarten einige Oellaternen zukommen zu lassen, nicht gerücksichtigt sei, obwohl eine dringende Nothwendigkeit vorliege, auch dort für Beleuchtung zu sorgen. Außerdem frage er noch an, ob die für die Campestraße in Aussicht genommenen 4 Laternen etwa nur für die Strecke bis zum Leonhardsplazc bestimmt seien, in welchem Falle er bitte, dem Leonhardsplazc wenigstens theilweise Beleuchtung zu geben.

Herr Reuter erwidert auf die verschiedenen Anregungen, daß die Laternen der Campestraße nur bis zum Kirchhofe vorgesehen seien, weil weiter oben keine Häuser stehen. Der Wunsch des Herrn Günther auf Beleuchtung des Hopfengartens habe bei dem vorliegenden, schon längere Zeit fertigen Verzeichnisse nicht mehr berücksichtigt werden können und müsse deshalb wohl bis zum nächsten Jahre zurückgestellt werden. Was den Kandelaber auf dem Steinwege angehe, so habe es sich nach eingehender Untersuchung herausgestellt, daß dort eine Wandlaterne schwer anzubringen sei, weil der Arm, um die Laterne mit den übrigen nur einigermaßen in eine Reihe zu bringen, gar zu lang werden müsse und in solchem Falle zu befürchten stehe, daß derselbe durch das Gegenlegen der Leiter beim Putzen recht bald schadhast und abgängig werde. Da nun andererseits die Laternen die ganze Nacht hindurch brennen, so könne man wohl einmal bei Regenwetter mit dem Schirme gegen den Kandelaber stoßen, aber sonst niemals trotz der engen Passage

dagegen rennen, wenn man nicht seines Augenlichtes beraubt sei. In Berlin seien ähnliche Verhältnisse selbst in neueren Straßen anzutreffen und nehme dort Niemand Anstoß daran. Da die Vorlage übrigens nicht nur von der Deputation, sondern auch von dem Magistrate und der Herzoglichen Polizei-Direction geprüft sei, so lassen sich Aenderungen an derselben nur noch sehr schwer vornehmen und bitte er deshalb, die geäußerten Wünsche für nächstes Jahr zurückzustellen.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann die Berechtigung der vorgetragenen Wünsche nicht sofort übersehen und giebt daher anheim, dieselben bis auf zwei, welche die Hagenmarkts-Apotheke und die Gieselerbrücke betreffen, vorläufig zurückzustellen. Bezüglich dieser beiden Punkte habe sich die Herzogliche Polizei-Direction auch schon dahin geäußert, daß es, wenn auch nicht nothwendig, so doch wünschenswerth erscheine, an jenen Stellen noch Laternen aufzustellen und wolle der Magistrat deshalb nichts dagegen einwenden, wenn die Versammlung die Vorlage noch auf diese beiden Laternen erstrecken wolle.

Herr Halle bemerkt, daß die Versammlung sich bei der Verathung der Steinwegsbelleuchtung einstimmig über den Platz des betr. Kandelabers mißbilligend geäußert habe und man daher wohl auf die Beseitigung desselben habe rechnen können. Es müsse auch bezweifelt werden, daß die Ersetzung des den Verkehr in empfindlichster Weise hemmenden Kandelabers durch einen Wandarm unausführbar sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet, ihm denjenigen Beschluß der Versammlung zu bezeichnen, durch welchen dieselbe die Beseitigung des Kandelabers einstimmig gewünscht habe.

Herr Günther schließt sich den Ausführungen des Herrn Halle an und ergänzt dieselben dahin, daß allerdings kein einstimmiger Beschluß, sondern nur ein einmüthiger Wunsch der Versammlung ausgesprochen sei. Bezüglich des Hopfengartens habe Herr Reuter den betr. Anwohnern nur einen geringen Trost gegeben, denn jener traurige Zustand müßte im allgemeinen Interesse so bald als möglich abgestellt werden. Aus diesem Grunde bitte er den Magistrat, der Beleuchtungsfrage im Hopfengarten möglichst noch in diesem Winter näher zu treten.

Herr Wolff macht den Vorschlag, daß die Versammlung beschließe, alle heute in Bezug auf die Beleuchtungsfrage laut gewordenen Wünsche von vornherein zu genehmigen und dem Magistrate die Mittel zur Anlegung und Unterhaltung der neuen Laternen unter dem Vorbehalte zu bewilligen, daß die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit derselben von dem Magistrate und der Deputation nach eingehender Prüfung anerkannt werde. Auf diese Weise werde allen berechtigten Wünschen nach mehr Licht Genüge geleistet, sodaß sich Niemand über Zurücksetzung beklagen könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels macht darauf aufmerksam, daß der Magistrat durch die Annahme des letzten Vorschlages in eine recht unbehagliche Lage versetzt werden könne, weil er dann gezwungen sei, entweder die hier gewünschten Laternen

aufzustellen, oder aber sich mit den betr. Anwohnern in Conflict zu bringen. Da nun außerdem Wünsche auf Vermehrung der Laternen nicht nur bei den Stadtverordneten, sondern auch bei dem Magistrate stets in großer Anzahl einlaufen, so dürfte es nicht der Billigkeit entsprechen, die bei den Mitgliedern der Versammlung vorgebrachten Wünsche allein zu berücksichtigen und sei es jedenfalls richtiger, wenn die Versammlung den Magistrat ersuche, dieselben nochmals zu prüfen und event. mit einer Nachforderung hervorzutreten.

Herr Wolff nimmt diesen Wunsch als Antrag auf und zieht seinen Vorschlag zurück.

Herr Halle hebt nochmals hervor, daß die Stadtverordneten-Versammlung thatsächlich bei der Berathung der Steinwegsbeleuchtung einstimmig den Wunsch auf Beseitigung des fraglichen Kandelabers geäußert habe und müsse das Protokoll über jene Versammlung seine Behauptung bestätigen. Im Uebrigen wolle er nun auch formell den Antrag stellen:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für die baldigste Beseitigung des Kandelabers vor den Häusern Steinweg 42/43 Sorge tragen zu wollen.

Der Herr Vorsitzende verliest darauf die betr. Stelle des Protocollés Nr. 5 vom 17. Mai 1888, welche lautet:

„Herr Halle stellt den Antrag, den fraglichen Kandelaber wieder zu beseitigen und an dessen Stelle einen Wandarm in der Höhe des jetzigen Kandelabers anzubringen. etc.. Der Herr Vorsitzende hält die Stellung eines Antrages nicht für erforderlich, weil bei dem Einverständnisse von Magistrat und Versammlung die hier gegebene Anregung wohl genüge, um die Angelegenheit einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen.“

Bezüglich des von Herrn Wolff gestellten Antrages nehme er übrigens an, daß die durch denselben gegebene Anregung genüge, um den Magistrat zu der gewünschten Prüfung und event. Einbringung einer Nachforderung zu veranlassen und daher eine formelle Abstimmung in dieser Richtung nicht herbeigeführt zu werden brauche.

Herr Günther bittet, den Antrag des Herrn Halle dahin zu erweitern, daß nicht nur die Beseitigung des Kandelabers, sondern auch die Ersetzung desselben durch einen Wandarm beschlossen werde. Es komme nicht so viel darauf an, daß die Laterne eines Wandarmes um eine Kleinigkeit hinter die Linie der übrigen Laternen zurücktrete, sondern die Hauptsache bleibe, daß der verkehrshemmende Kandelaber von jener Stelle fortkomme.

Die Versammlung nimmt darauf sowohl die Magistratsvorlage, als auch den Antrag des Herrn Halle mit der von Herrn Günther beantragten Ergänzung in folgendem Wortlaute an:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für die baldigste Ersetzung des Randelabers vor den Häusern Steinweg 42/43 durch eine Wandlaterne Sorge tragen zu wollen.

VIII. Nach dem Rechnungsabschlusse des städtischen Wasserwerkes für das Jahr 1887 sind ohne Berücksichtigung des Gewinnes von dem Privat-Einrichtungsgeschäfte und von den Mühlen, sowie unter Hinzurechnung der Ausstände für geliefertes Wasser am Schlusse des Jahres 1887, auch unter Abrechnung der aus dem Jahre 1886 überkommenen Ausstände, 21 555 M 10 S mehr eingenommen und 8887 M 58 S weniger ausgegeben, als veranschlagt war. Die Gesamteinnahme für das durch Privatleitungen abgegebene Wasser hat statt des angenommenen Betrages von 140 000 M eine Höhe von 160 112 M 99 S erreicht. Diesem Umstande und der eingetretenen Verminderung der Betriebskosten ist es zuzuschreiben, daß statt des nach dem Voranschlage angenommenen Fehlbetrages von 13 301 M 76 S ein Ueberschuß erzielt ist, der nach Abzug des Gewinnes vom Privat-Einrichtungsgeschäfte 979 M 36 S beträgt. Letzteres hat im Jahre 1887 einen bedeutenden Umfang angenommen und bei einem Umfaze von 155 206 M 75 S einen Gewinn von 36 821 M 15 S, oder von 23,7 % ergeben, sodaß der Gesamtgewinn vom Jahre 1887 sich auf 37 800 M 51 S beläuft. Der Gewinn von den Mühlen in Eisenbüttel beträgt 1578 M 52 S, wobei allerdings die Zinsen für die Kaufgelder nicht berücksichtigt sind. Der Erneuerungsfonds schloß im Vorjahre mit einem Guthaben von 84 942 M 12 S und hat in diesem Jahre einen Bestand von 110 988 M 30 S aufzuweisen. Der Reservefonds war bei einem Bestande von 5900 M 37 S auf 49 900 M 37 S angewachsen und behielt nach Erstattung der erwachsenen Kosten nur eine Summe von 115 M 19 S verfügbar. Dem Fonds für den Erweiterungsbau des Wasserwerkes verblieben bei einer Einnahme von 34 094 M 03 S nach Deckung der Ausgaben noch 997 M 09 S im Bestande. Die Kosten der gesamten Erweiterungsbauten des Wasserwerkes, welche im Jahre 1883 begonnen und im Jahre 1887 beendet wurden, haben einschließlich der Ausgaben für Grunderwerb und der Kaufgelder für die Mühlen in Eisenbüttel 1 205 213 M 03 S betragen.

Nachdem die allgemeine Einführung der Wassermesser beschlossen war, wurde nach Prüfung der verschiedenen Systeme die Lieferung aller erforderlichen Wassermesser der Firma A. C. Spanner in Aachen übertragen. Von dieser sind im Jahre 1886 zusammen 3800 Stück und 1887 noch 269, insgesammt also 4069 Stück bezogen, wozu dann noch 177 Reservemesser kommen. Die gelieferten

4069 Wassermesser haben einen Kostenaufwand von 187 126 M erfordert, während die gesammten, aus der Einführung der Wassermesser erwachsenen Kosten sich bislang auf überhaupt 256 168 M belaufen haben. Die Zahl der im Jahre 1887 an das Werk angeschlossenen Grundstücke beträgt 278 und ist die städtische Rohrleitung um rund 4 Kilometer verlängert worden.

Eine Zusammenstellung der seit Eröffnung des Werkes erzielten finanziellen Resultate giebt folgendes Bild:

	Einnahme	Ausgabe (incl. Amortisation u.)	Ueberschuß
	M	M	M
1865/69	281 689	235 993	45 696
1870/74	546 547	361 132	185 415
1875/79	742 350	404 825	337 525
1880/84	888 866	466 722	422 144
1885	203 520	137 493	66 027
1886	209 718	185 099	24 619
1887	215 955	178 154	37 801

Der Gesamtgewinn hat demnach betragen 1 119 227 M.

Derselbe ist in folgender Weise verwendet worden:

Ansammlung eines Betriebsfonds	60 000 M
Herstellung von Erweiterungen	200 903 "
Auswechselung des Hauptrohres auf den Wallpromenaden	113 972 "
Amortisation von Obligationen	67 500 "
" bei der Stadtcasse	168 068 "
Bau der Bureau- und Werkstätten-Gebäude	102 000 "
Beschaffung von Inventar	4 500 "
Erneuerungsfonds	58 770 "
Reservefonds	161 027 "
Zur Disposition der städtischen Behörden	182 487 "

Wie oben 1 119 227 M.

Die nach den Baurechnungen auf das Werk verwandten Kosten belaufen sich auf insgesammt 2803 005 M 91 S, welche Summe sich durch Einnahmen und Erstattungen um 1 104 437 M 14 S bereits vermindert hat, so daß auf dem Werke noch eine Schuld von 1 698 568 M 77 S lastet.

Aus dem technischen Theile ist zu erwähnen, daß im Jahre 1887 elf Rohrbrüche vorgekommen und neunzehn Privatleitungen auf Kosten des Werkes ausgebessert bezw. gereinigt sind, soweit die Leitungen in den Straßen lagen. Die Zahl der öffentlichen Hydranten ist im Laufe des Jahres um 52 vermehrt und

beträgt am Schlusse desselben 569 Stück. Außerdem sind noch in Privatgebäuden (72), auf dem Bahnhofe (42) und der Bühne des Hoftheaters (1) zusammen 115 Stück, insgesammt also 684 Hydranten vorhanden.

Die interessanteren Betriebsergebnisse des Werkes haben folgende Resultate ergeben:

Kohlenverbrauch			Wasserverbrauch			
durchschnittlich kg			durchschnittlich cbm			
			am Tage des			
	im Jahre	in der Stunde	im Jahre	im Tage	größten	geringsten
					Consums.	
1865/69	560 100	63,90	712 082	1 949,55	4 323,88	674,50
1870/74	1 072 750	122,49	1 570 428	4 300,17	7 707,45	2 209,14
1875/79	1 589 016	181,30	2 657 131	7 276,25	10 641,67	4 849,85
1880/84	1 771 180	201,96	3 792 002	10 377,80	15 173,86	6 878,11
1885	1 477 800	168,69	4 410 927	12 084,73	16 232,50	8 348,43
1886	1 520 000	173,57	3 875 591	10 618,06	16 146,75	4 061,50
1887	721 700	82,38	2 052 181	5 516,62	8 962,50	3 761,50

Der allgemeine Theil des Jahresberichtes giebt noch zu folgenden Mittheilungen Veranlassung. An Selbstkosten sind in den Jahren 1885—1887 bezw. 2,32; 3,87 und 6,97 \mathcal{M} für 1 cbm Wasser verausgabt, während die Einnahmen bezw. 4,60; 5,41 und 10,51 \mathcal{M} betrugen. Mit den im Jahre 1887 hinzugekommenen 278 neuen Consumenten belief sich die Anzahl der Consumenten auf 4127. Auf jedes der angeschlossenen Grundstücke sind in den drei letzten Jahren bezw. 1216, 1027 und 514 cbm, oder täglich 3331, 2813 und 1408 Liter Wasser entfallen.

Die Finanz-Commission, für welche Herr Sievers berichtet, hat Ausstellungen zu dem Rechnungsabschlusse nur insofern gefunden, als sie es im Einverständnisse mit der Deputation für richtiger halten möchte, die Bilanz mehr in kaufmännischer, den Ueberblick erleichternder Weise zu ziehen. Es lasse sich allerdings nicht verkennen, daß eine Aenderung der Buchführung nicht so leicht durchzuführen sei, jedoch werde mit der Zeit wohl auf eine Aenderung Bedacht genommen werden können. Im Uebrigen gebe die Commission die Genehmigung des Jahresberichtes und die Entlastung bezüglich des Rechnungsabschlusses anheim, mit welchem Antrage sich die Versammlung einverstanden erklärt.

IX. Der Haushalts-Plan der Stadt Braunschweig für das Jahr 1889, welcher nebst einem erläuternden Begleitschreiben jedem Mitgliede der Versammlung Anfang December zugestellt ist, enthält:

- 1) den Etat der Stadtcasse im Ordinarium und Extraordinarium;
- 2) die Etats der mit der Stadtcasse in Verbindungen stehenden Verwal-

tungen: der städtischen Realschule, der höheren Mädchenschule, der städtischen Mädchenschule, des Lehrerinnen-Seminars, der Bürgerschulen, der Böttge-Harber'schen Mädchenschule, der Turnhalle, der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule, der Armenkasse, der Wegebaukasse, des Gaswerks, des Wasserwerks und der Neustadtmühle;

- 3) den Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushalts incl. der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden Verwaltungen;
- 4) einen Anhang, enthaltend die selbstständigen Etats der Canalbaukasse, des Schlachthauscs, der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde und des Kreisfonds.

Herr Wolff bemerkt als Berichterstatter der Finanzcommission einleitend, daß dem Brauch der früheren Jahre folgend der Haushaltsplan capitel- bezw. seitenweise durchgegangen und nur da eine besondere Erläuterung gegeben bezw. Anfrage gestellt werde, wo sich seitens der Finanzcommission etwas zu bemerken gefunden habe. Die Versammlung wolle dann auch ihrerseits etwaige Wünsche und Bemerkungen bei den einzelnen zur Verhandlung stehenden Seiten bezw. Punkten äußern.

1. Etat der Stadtkasse.

A. Ordinarium.

Der in Einnahme und Ausgabe vorgesehene eiserne Betriebsfonds von 69500 M ist, wie Herr Wolff ausführt, in früheren Jahren zur Verstärkung der Betriebsmittel der Stadtkasse aus den Ueberschüssen des ordentlichen Etats gebildet. Diese außerordentlichen Betriebsmittel habe die Stadtkasse allerdings unter heutigen Verhältnissen in Folge der anderweiten Organisirung des ganzen städtischen Dienstes nicht mehr nöthig, weil ihr doch genügende Mittel zur Verfügung stehen; es sei indessen noch nicht beschlossen, diesen Fonds aufzulösen, weil er eine ständige Rücklage für etwaige Fehlbeträge in Ausführung der ordentlichen Etats bilde. Glücklicherweise sei der Betriebsfonds bis jetzt noch niemals in Anspruch genommen worden und stehe zu hoffen, daß er auch im Jahre 1889 unangerührt bleibe, obwohl der Etat mit einer Fehlsomme von 68 000 M schließe, denn durch den Beschluß vom 14. Juni d. J. seien dem Ordinarium der Stadtkasse größere Beträge aus den Canalbaugelbern zugeflossen.

Cap. I. Cämmerei-Vermögen:

Einnahme 128 496,16 M,

Ausgabe 270 294,75 M.

Herr Halle hält den für den Keller des Altstadttrathhauses und für das dazu gehörende Wohnhaus ausgeworfenen Miethzins von 2280 M für sehr gering und stellt deshalb die Anfrage, ob contractliche Verpflichtungen vorliegen, welche eine

augenblickliche Erhöhung des Miethpreises ausschließen. Er wolle bemerken, daß das Haus ohne den Keller zur Grundsteuer mit 2800 M. eingeschätzt sei und gebe er anheim, bei Gelegenheit eine Erhöhung des thatsächlich äußerst geringen Preises eintreten zu lassen, sofern dieses überhaupt möglich sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß nur nach zuvoriger einjähriger Aufkündigung seitens der städtischen Behörden eine Aenderung vorgenommen werden könne.

Bezüglich des Ausfalles der Pacht von der Länderei am Giersberge bemerkt der Herr Berichterstatter, daß im Jahre 1889 die Kasernenbauten in Angriff genommen werden.

Herr Günther stellt mit Rücksicht auf die wieder mit 2100 M. eingestellte Pachtsumme für die städtischen Badeanstalten die Anfrage, wie es mit der Verbesserung der in der Versammlung vom 12. April d. Js. allgemein als baufällig anerkannten Civil-Badeanstalt stehe und ob schon ein Project zum Neubau derselben vorliege, da doch die jetzige Anstalt nur provisorisch für das laufende Jahr verpachtet sei.

Herr Stadtrath Ketemeyer entgegnet, daß, wenngleich ein Project noch nicht ausgearbeitet sei, der Magistrat dennoch bereits Veranlassung genommen habe, mit verschiedenen theilhabenden Badegästen und dem Stadtbaurath Winter ein Programm für die Neueinrichtung aufzustellen. Da nun die städtische Bauverwaltung bei ihren vielen eiligen Arbeiten noch nicht zu der Ausarbeitung eines Projectes habe kommen können und der Magistrat auch der Ansicht sei, daß der Neubau wegen des Frühjahrs-Hochwassers und der schon frühzeitig beginnenden Badezeit doch erst im Herbst begonnen werden, so sei die Erledigung der Angelegenheit nicht beschleunigt, doch sei fest zu hoffen, daß die Vorlage wenigstens so früh eingehe, um den Neubau im nächsten Herbst ausführen zu können.

Auf die Bemerkung des Herrn Sievers, daß nach seiner Kenntniß der Stadtbaurath Winter bereits ein Project ausgearbeitet habe, erwidert

Herr Stadtrath Ketemeyer, daß nur eine Skizze vorliege.

Die zu 3 % angenommene Dividende auf 15 000 M. Actien der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn-Gesellschaft wird, wie Herr Wolff bemerkt, im Jahre 1889 als Einnahmequelle noch versagen, jedoch lasse sich in den folgenden Jahren auf eine Dividende rechnen.

Für laufende Reparaturen im Militair-Etablissement am Giersberge sind 1700 M. ausgeworfen, weil dringende Ausbesserungen an der straßenseitigen Einfriedigung, sowie an den Dächern und am Pflaster mit Rücksicht darauf beschafft werden müssen, daß das gegenwärtige Verhältniß noch mindestens bis zum Jahre 1891 bestehen bleiben werde.

Zu der Ausgabe für Instandhaltung des Stadtparks will Herr Halle darauf hinweisen, daß die Retiraden- und Abortsanlagen im Stadtpark bei dem starken Verkehr vollständig unzulänglich und der Abhilfe dringend bedürftig seien, er stelle deshalb den Antrag:

Die Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, für eine baldige Vergrößerung der Retiraden- und Abortsanlagen im Stadtpark Sorge tragen zu wollen.

Dieser Antrag wird seitens der Versammlung genehmigt.

Cap. II. Kirchliche Zwecke:

Einnahme —, Ausgabe 3438,50 M.

Cap. III. Unterrichtswesen.

Einnahme 298547,41 M., Ausgabe 753727,91 M.

Die Beschlußfassung erfolgt erst nach Durchberathung der Specialstats für die verschiedenen Schulen.

Cap. IV. Kunst und Wissenschaft:

Einnahme —, Ausgabe 8874,90 M.

In der Commission ist darauf hingewiesen, daß die hier vorgesehene Ausgabe verhältnißmäßig klein sei, worauf magistratsseitig betont worden, daß es sich empfehlen möchte, das Ordinarium auch ferner in der bisherigen bescheidenen Weise auszustatten und bei sich darbietenden Gelegenheiten außerordentliche Ausgaben zu machen, so daß in solchem Falle eine besondere Vorlage des Magistrats zu erwarten, bezw. herbeizuführen sei.

Cap. V. Armenpflege:

Einnahme 107300,00 M., Ausgabe 265700,00 M.

Die Beschlußfassung erfolgt nach der Durchberathung des Specialstats IX.

Cap. VI. Medicinalwesen:

Einnahme —, Ausgabe 1070,00 M.

Cap. VII. Vereinszwecke und Volksfeste.

Einnahme 616,67 M., Ausgabe 2117,17 M.

Cap. VIII. Feuerlöschwesen

Einnahme 18471,31 M., Ausgabe 63050,50 M.

Cap. IX. Ortspolizei:

Einnahme 22903,00 M., Ausgabe 190034,70 M.

In der Commission ist, wie der Herr Berichterstatter ausführt, das Nachtwachewesen der Stadt, namentlich vor den Thoren, bemängelt worden, man habe indessen von der Stellung eines bezüglichen Antrages mit Rücksicht darauf Abstand genommen, daß Verhandlungen wegen anderweiter Regelung des Nachtwachewesens im Gange sein sollen und man zu dem Magistrate das Vertrauen habe, er werde das Interesse der Stadt auch in dieser Beziehung vollständig wahren. Ferner sei

mitgetheilt worden, daß eine neue Straßenpolizei-Ordnung in der Ausarbeitung befindlich sei und hierbei alle seitens der Versammlung geäußerten Wünsche mit in Betracht gezogen werden sollen, wenn auch natürlich eine Berücksichtigung derselben nicht ohne Weiteres zugestanden werden könne. Uebrigens biete sich demnächst Gelegenheit, etwaige weitere Wünsche der Versammlung zum Ausdruck zu bringen.

Bei dem Punkte: „Aufwendungen für die öffentlichen Bedürfnisanstalten“ sei wiederholt der nicht sehr befriedigende Zustand derselben und außerdem ein Mangel in der Beziehung zur Sprache gekommen, daß es für das weibliche Geschlecht noch keine öffentliche Bedürfnisanstalt gebe. Mit Rücksicht auf die fortwährende Ausdehnung und die daraus folgenden längeren Wege der Stadt müsse nun auch angeschlossen werden, in dieser Beziehung auf das weibliche Geschlecht Rücksicht zu nehmen. Es werde vorläufig schon die Anlage von zwei solchen Anstalten vielleicht am Kohlmarke und am Hagenmarke, oder in der Nähe derselben genügen. Dazu sei noch bemerkt worden, daß diese Anstalten keineswegs monumentale Bauwerke zu sein brauchten, sondern daß eine hübsche, aber billige Holzansführung genüge und es sich vielleicht auch empfehle, diese Anstalten mit Abortsanlagen für das männliche Geschlecht — wie das in anderen Städten auch der Fall sei — in Verbindung zu bringen, so daß die eine selbstverständlich abgetrennte Seite für das weibliche und die andere für das männliche Geschlecht bestimmt werde. Da in einer solchen Einrichtung nach der Ansicht der Finanzcommission entschieden ein Fortschritt und die Befriedigung eines ernstlichen Bedürfnisses liege, so stelle die Commission folgenden Antrag:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, die Herstellung von öffentlichen Bedürfnisanstalten für das weibliche Geschlecht ins Auge zu fassen, auch dabei in Ueberlegung zu ziehen, ob sich mit denselben nicht Aborte für das männliche Geschlecht in Verbindung bringen lassen.

Eine Erhöhung der im Etat vorgesehenen Ausgaben wolle die Commission nicht beantragen, sondern zunächst nur den Magistrat auf das vorliegende Bedürfnis aufmerksam machen und könne derselbe im zustimmenden Falle mit einer Nachforderung hervortreten.

Herr Nieß bemerkt auf die Aeußerung des Herrn Lange in der vorigen Sitzung, daß das vermeintliche Abschürfen der Steine in der Bedürfnisanstalt an der Martinikirche nicht an den Steinen selber, sondern an einem Ueberzuge von Wasserfarbe liege und nur dieser sich mit dem Stocke abtragen lasse. Es sei daher zu empfehlen, in Zukunft nur Delfarbe zu diesen Anstrichen zu verwenden.

Herr Lange erwidert, daß seine Erinnerungen sich auf die Anstalt am Steintore bezogen haben, und er dieselben aufrecht halten müsse, denn dort sei thatsächlich der Stein angefressen. Da er nun auch einen guten Anstrich der Anstalten für

durchaus nothwendig halte, so sei seiner Ansicht nach die im Etat für die Instand-
erhaltung und Reinigung sämmtlicher Bedürfnisanstalten ausgeworfene Summe
von 300 M viel zu gering.

Herr Günther begrüßt den Antrag der Finanzcommission mit Freuden, zu-
mal er schon vor Jahren das Bedürfniß nach solchen Anstalten hervorgehoben habe.
Uebrigens liege seiner Ansicht nach der Schwerpunkt des Bedürfnisses nicht immer
in der Stadt selbst, sondern häufig auch an den Promenaden, weil gerade hier die
weiblichen Personen am ehesten in Verlegenheit kommen könnten, wie er das in
der Nähe des Steinhores zu bemerken schon öfter Gelegenheit gehabt habe. Es
sei deshalb bei der Wahl des Platzes für solche Anstalten hierauf Rücksicht zu
nehmen und wolle er namentlich auch bitten, den Leonhardplatz wegen der dort
abzuhaltenden Messen und Märkte zu berücksichtigen.

Die Versammlung erhebt sodann den Antrag der Finanzcommission zum
Beschlusse.

Herr Ramdohr macht auf einen mit der Abfahrt des Düngergrubeninhalts ver-
bundenen Uebelstand aufmerksam, welcher darin bestehe, daß die Bauern sich un-
dichter Wagen bedienen und die von ihnen durchfahrenen Straßen in ekelerregender
und gesundheitschädlichster Weise beschmutzen. Man könne häufig zur Nacht-
zeit den Fahrweg nicht überschreiten, ohne sich entsetzlich zu beschmutzen und außer-
dem sei der fürchterliche Gestank, welcher sich namentlich im Frühjahr und Spät-
herbste oft wochenlang nicht verziehe, besonders in den zu den nördlichen Thoren
führenden Straßen eine arge Belästigung der Anwohner, auch sei diese Ausdünstung
in erheblichem Maße der Gesundheit nachtheilig und dürfte zu der Entstehung,
oder Verbreitung ansteckender Krankheiten vermuthlich beitragen. Da nun diesem
Uebelstande schon auf Grund der jetzigen Straßenpolizei-Ordnung abgeholfen werden
könne, so handle es sich nur darum, daß der Magistrat die zuständige Behörde
ersuche, ihren Organen in dieser Beziehung mehr Strenge anzuempfehlen, was
Redner hierdurch angeregt haben wolle.

Zu dem Punkte „Straßenbeleuchtung“ erwähnt der Herr Berichterstatter,
daß gegen den Anschlag des Vorjahres 128 Laternen mehr in Aussicht genommen seien.

Cap. X. Straßen- und Canalbau:

Einnahme 2800,00 M, Ausgabe 38416,00 M.

Dieses Capitel hat, wie Herr Wolff erläutert, insofern eine rückwirkende Be-
deutung, als die dort eingestellten Summen bereits im Jahre 1888 verausgabt
worden seien. Ganz besonders habe natürlich der Steinweg zu der Erhöhung
dieses Ausgabenpostens beigetragen. Nach den gewordenen Mittheilungen sollen
dagegen Straßen-Neupflasterungen im größeren Maßstabe für 1889 nicht zu er-
warten stehen, es sei vielmehr nur eine Umpflasterung des Bohlweges und der
Sonnenstraße in Aussicht genommen, weil die Regierung zur Zeit größere Mittel

zu diesem Zwecke nicht zur Verfügung habe. Bei Berathung dieses Punktes in der Commission sei magistratsseitig eine Auskunft bezüglich des am 30. December d. Js. angenommenen, bisher aber nicht ausgeführten Antrages auf Neupflasterung der Straße am alten Petrithore und insbesondere auf Verbreiterung der beiden Bürgersteige zugesagt worden und werde eine diesbezügliche Erklärung vom Magistratsrathe aus erfolgen.

Herr Bürgermeister Rittmeyer hat Veranlassung genommen, mit dem Regierungsbaubeamten, Kreisbauinspector Dieff, über den fraglichen Gegenstand zu verhandeln. Derselbe habe ihm mitgetheilt, daß schon vor einigen Jahren der Versuch gemacht sei, die betr. Hauseigenthümer zu freiwilligen Beiträgen für die Umpflasterung und Verbreiterung der Bürgersteige zu veranlassen, jedoch sei diese Angelegenheit an dem Widerstande einzelner Anlieger gescheitert. Es bleibe daher nichts weiter übrig, als den Straßenzug bis zum Eingange nach dem Südklinterneu zu pflastern und werde eine bezügliche Vorlage baldthunlichst erfolgen.

Cap. XI. Gemeindesteuer und sonstige Abgaben:

Einnahme 981 200,00 M., Ausgabe 3680,00 M.

Die Berathung hierüber findet am Schlusse statt.

Cap. XII. Staatsbedürfnisse u.

Einnahme 98 600,00 M., Ausgabe 20 550,00 M.

Cap. XIII. Stadtverwaltung:

Einnahme 28 125,00 M., Ausgabe 158 950,33 M.

Cap. XIV. Insgemein:

Einnahme 33 787,86 M., Ausgabe 8942,65 M.

Wiederholung:

Einnahme 1315 000 M., Ausgabe 1383 000 M.

Fehlsumme 68000 M.

B. Extraordinarium.

Cap. I. Bewegung des Stammvermögens:

Einnahme 431 128,32 M., Ausgabe 1128,32 M.

Cap. II. Vorrathsvermögen:

Einnahme 124 851,50 M., Ausgabe —.

Hierbei erwähnt Herr Wolff, daß ein Gewinn des Wasserwerks aus dem Betriebsjahre 1888 nicht gebucht sei, obwohl ein solcher thatsächlich eintreten werde, weil die Einstellung nur nach Maßgabe des Voranschlages erfolgen könne und dieser bekanntlich eine Einnahme nicht in Aussicht stelle.

Cap. III. Verkaufte bezw. angekaufte Grundstücke und Berechtigungen.

Einnahme —, Ausgabe 130 319,83 M.

Auf eine in der Commissionsitzung gestellte Anfrage, wie lange der unleidliche Zustand bezüglich des Wollermann'schen Hauses noch dauern werde, hat der Magistrat die Antwort ertheilt, daß die Sache nunmehr im besten Flusse sei. Es habe schon einmal eine Schätzung stattgefunden, gegen welche aber erhebliche Bedenken laut geworden seien, so daß eine neue Schätzung durch anderweit bestellte Personen vorgenommen werden solle und es könne nun nicht mehr allzulange dauern, bis die Angelegenheit zu einem endgiltigen Schlusse komme.

Cap. IV. Erstattete Vorschüsse, sowie Bauten und öffentliche Anlagen.

Einnahme 121,33 M., Ausgabe 427 753,00 M.

Bezüglich der vorgesehenen Bauten zc. sind entweder schon bestimmte Vorlagen dargewesen, oder es sind solche noch zu erwarten.

Die gesammte Summe für die parkartige Instandsetzung der Wiesen im Gänsewinkel ist, wie der Herr Berichterstatter hervorhebt, bereits aus den Ueberschüssen der Stadtcasse und der Kreis-Communcalcasse bewilligt worden, aber die Buchung habe die Cämmereicasse nicht ganz den Beschlüssen gemäß vorgenommen, sondern es seien von derselben die erzielten Ueberschüsse wieder vereinnahmt und hinterher die vorgekommenen Ausgaben auf den außerordentlichen Etat wieder in Ausgabe gestellt.

Cap. V. Insgemein:

Einnahme 6500 M., Ausgabe 3400 M.

Die hier vorgesehene Ausgabe von 3400 M., welche als Entschädigung des Goldarbeiters Siebrecht für etwaige Herrichtung eines provisorischen Laden-Vorbaues beim Hause M. ass. 2017 am Bohlwege bestimmt ist, kommt nur dann zur Auszahlung, wenn der Vorbau auch thatsächlich ausgeführt wird.

Wiederholung:

Einnahme	Ausgabe
<hr/>	
562 601,15 M.	

2. Die Etats der mit der Stadtcasse in Verbindung stehenden Verwaltungen.

I. Städtische Realschule:

Einnahme und Ausgabe 74 549,41 M., Fehlsomme 31 600 M.

II. Städtische höhere Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 66 676 M., Fehlsomme 22 300 M.

III. Städtische Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 46 222 M., Fehlsomme 17 800 M.

IV. Lehrerinnen-Seminar:

Einnahme und Ausgabe 5100 M., Fehlsomme 2050 M.

V. Bürgererschulcasse:

Einnahme und Ausgabe 516 495,50 M., Fehlsomme 371 500 M.

Commissionsseitig wird darauf hingewiesen, daß eine Verstärkung des Schulbesuches nur für die mittleren Bürgereschulen und zwar um 300 Kinder in Aussicht genommen sei. Aus der schon jetzt vorgesehenen Erneuerung der Feuerkassen an fünf Lustheizungsöfen der Schule am Bültenwege mit 2600 M. könne wohl der Schluß gezogen werden, daß die Lustheizung doch eine recht theure Einrichtung sei.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß ein Antrag des Herrn Krahe vorliege, welcher eine anderweite Normirung der Lehrergehälter ins Auge fasse. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gegenstandes sei es jedoch angemessen, diese Frage nicht nebenbei mit zu erledigen, sondern dieselbe als selbstständigen Antrag zu behandeln und zu begründen.

Der Herr Antragsteller erklärt sich hiermit einverstanden.

VI. Lüttge-Hardersche Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 4580 M., Fehlsomme 1635 M.

Herr Wolff theilt im Anschluß an diese Verathung eine Zusammenstellung mit, aus welcher zu ersehen ist, welche Zuschußkosten ein Kind in den verschiedenen städtischen Schulen nach Maßgabe der soeben genehmigten Stats erfordert. Danach betragen die Kosten pro Jahr und Kind in der

städtischen Realschule	67 M.	
städtischen höheren Mädchenschule	44 "	
städtischen Mädchenschule	37 "	
Bürgererschule	35 "	(ohne die Zuschüsse aus dem Kreisfonds und der Klosterreinertragscasse aber 38 M.)

Lüttge-Harder'schen Schule. 65 "

VII. Städtische Turnhalle:

Einnahme und Ausgabe 1620 M.

VIII. Städtische Fortbildungs- und Gewerbeschule:

Einnahme und Ausgabe 34 560 M., Zuschüsse 27 870,50 M.

IX. Armen-Casse:

Einnahme und Ausgabe 265 700 M., Fehlsomme 158 400 M.

Das Gehalt des Pflegehaus-Inspectors Bock ist in der irrigen Annahme, daß derselbe eine Zulage zu erwarten habe, um 150 M. erhöht worden; da er in dessen erst im vorigen Jahre mit einer Zulage bedacht sei, so müsse dieselbe für 1889 in Fortfall kommen, obwohl der pflichttreue Beamte eine Gehaltsaufbesserung wohl verdient habe. Der hier abgesetzte Betrag ist am Schlusse des Cap. „Insgemein“ wieder zugesetzt worden, sodaß die Endsummen des Stats unverändert

bleiben. Die Summe der vorgesehenen Verwendungen auf die hier unterstützungswohnsitzberechtigten Armen ist, wie der Herr Berichterstatter weiter ausführt, allerdings gegen das Vorjahr um 3000 M ermäßigt worden, es dürfe hieraus aber nicht der Trugschluß auf eine Verbesserung der hiesigen Armenverhältnisse gezogen werden, denn es seien von diesem Capitel ungefähr 6000 M auf Unterstützungen an hiesige Hilfsbedürftige mit auswärtigem Unterstützungswohnsitz übertragen worden.

X. Wegebau=Casse.

A. Unterhaltung.

Einnahme und Ausgabe 70 500 M, Zuschuß 41 600 M.

Für den Wegebaucommissair Denecke beantragt der Stadtmagistrat nachträglich eine Erhöhung des Gehalts von 2900 M auf 3000 M. Die Commission befürwortet diesen Antrag umsomehr, als Denecke einem besonderen Etat nicht angehöre und derselbe sich durch große Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit in seiner Geschäftsführung auszeichne, mithin gewissermaßen eine moralische Verpflichtung zu der Erhöhung vorliege. Der bei dem Gehalte von Denecke in Zugang gebrachte Betrag von 100 M sei zweckmäßig bei dem Punkte „Unbestimmbare kleine Ausgaben“ wieder abzusetzen, in welchem Falle die Schlußsummen nicht verändert zu werden brauchen.

B. Neubau.

Einnahme und Ausgabe 454 350 M, -Zehlsomme 200 000 M.

Folgende Straßenbauten sind neu vorgesehen: Limbeckerstraße zwischen Gertruden- und Lutterstraße, Körnerstraße zwischen Martha- und Bertramstraße, Kurzestraße, Ringstraße zwischen Leonhard- und Helmstedterstraße, Marienstraße von der Jägerstraße bis zum Hauptgraben, Mittelweg zwischen Neben- und Taubenstraße, Taubenstraße vom Mittelwege bis zum Gaswerke, Durchbruchstraße zwischen Hohe- thor und Madamenweg, Madamenweg zwischen Ring- und Goslarischestraße, Hedwigstraße südlicher Theil, kleine Bertramstraße, wozu dann noch ein Beitrag zur Fertigstellung des nördlichen Theiles der Marthastraße, des östlichen Theiles der Körnerstraße und der Landstraße kommt.

Der Herr Berichterstatter bemerkt hierzu, daß hinsichtlich der in den Etat aufgenommenen Straßenbauten entweder der Versammlung über jeden einzelnen Punkt bereits eine Magistratevorlage unterbreitet gewesen, oder eine solche noch zu gewärtigen sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels hält es dem gegenüber für der bisherigen Praxis zuwiderlaufend, wenn die im Neubauetat in Aussicht genommenen Straßenbauten seitens der Versammlung nur einstweilen im Principe als wünschenswerth empfohlen werden und die Versammlung einer endgiltigen Vorlage noch entgegen- setze. Die im Etat ausgeworfenen Summen beruhten auf speciellen Anschlägen der städtischen Bauverwaltung und der Magistrat habe sich bislang immer auf Grund

der Etatsverwilligung für ermächtigt gehalten, die Ausführung der im Etat vorgesehenen Straßen vorzunehmen, während eine besondere Vorlage nur dann erfolgt sei, wenn bei einzelnen Straßenbauten noch ein Arealerwerb erforderlich werde. Zugleich wolle er auch auf den Punkt 3 des Begleitschreibens besonders aufmerksam machen, wonach der Magistrat bezüglich derjenigen Straßen, zu deren Ausbau die Anlieger Areal abzutreten haben, die Stellung billig mäßiger Entschädigungsforderungen als eine Voraussetzung der wirklichen Ausführung dieser projectirten Neubauten bezeichne. Es sei nöthig, dieses ausdrücklich hervorzuheben, weil schon jetzt in Bezug auf zwei neue Straßen seitens der terrainabtretenden Anlieger so außerordentlich hohe Forderungen gestellt seien, daß der Magistrat darauf beschloffen habe, es solle mit dem Ausbau der betr. Straßen noch gewartet werden.

Die Finanzcommission erklärt sich mit dieser Auffassung einverstanden.

XI. Städtisches Gaswerk:

Einnahme 717 640,00 M., Ausgabe 622 156,50 M.

Ueberschuß 95 483,50 M.

Herr Wolff knüpft an diesen Punkt die Bemerkung, daß das neue Gaswerk im Norden der Stadt an einem der nächsten Tage in Betrieb gesetzt werde und damit wohl die Klagen des nördlichen Stadttheiles über den unzulänglichen Druck des Gases verstummen werden.

XII. Städtisches Wasserwerk:

Einnahme 205 973,66 M., Ausgabe 189 990,13 M.

Ueberschuß 15 983,53 M.

XIII. Neustadtmühle:

Einnahme 42 800 M., Ausgabe 35 920 M.

Ueberschuß 6880 M.

Nach der Ansicht der Finanzcommission wird es kaum nöthig sein, den Reservefonds für außerordentliche Ausgaben höher als auf 25000 M. auszustatten und erscheine daher bei der jetzigen Höhe dieses Fonds im Betrage von 14 950 M. ein Zuschuß von 5000 M. für das Jahr 1889 ziemlich hoch, zumal das große Werk nur noch mit 94000 M. (von ursprünglich 185500 M.) zu Buche stehe.

Herr Stadtrath Schöttler spricht dem gegenüber die Befürchtung aus, daß der Reservefonds unter Umständen noch nicht hoch genug gegriffen sein könne. Bei der Prüfung dieser Frage habe er allerdings noch nicht Gelegenheit gehabt, sich gründlich über die einschlägigen Verhältnisse zu unterrichten, er halte es indessen für sehr wahrscheinlich, daß seine Annahme zutreffe, weil eine Menge der wichtigsten Theile in der Mühle sehr alt und in vermuthlich nicht zu ferner Zeit nicht allein reparatur-, sondern sogar ersatzbedürftig werden, wie z. B. die ganze Einrichtung der Schützen und der Turbinen, ferner die Dampfmaschine und die Dampfkessel. Beispielsweise entspreche die Maschine nicht mehr den heutigen Anforderungen in

Bezug auf Kohlenverbrauch, wenn dieses auch im vorliegenden Falle kein Grund für die Beseitigung derselben zu sein brauche. Da aber jene Theile der Fabrik alt und abgänglich seien und der Reservefonds zu ihrer Neubeschaffung Verwendung finden solle, so erscheine ihm die Höhe desselben nur sehr mäßig bemessen.

Herr Wolff erwidert, daß das Werk heute nur ungefähr zur Hälfte seines Werthes zu Buche stehe und daher zu etwaigen Neubeschaffungen nicht der Reservefonds, sondern eine neue Anleihe auf das Werk verwendet werden müsse. Bei größeren Betrieben, beispielsweise Actien-Gesellschaften, müsse es als ein unmöglicher Zustand bezeichnet werden, wenn alle umfangreicheren Neubeschaffungen aus den Ueberschüssen des Betriebes gedeckt werden sollten. Zur Vermeidung einer weiteren Erhöhung der Gemeindesteuer sei es nothwendig, auch bei den städtischen Betrieben ein solches Verfahren einzuführen und dieselben auf diese Weise zur Tragung der regelmäßigen städtischen Lasten mit heranzuziehen. Da auf die Neustadtmühle schon die Hälfte abgeschrieben sei, so empfehle es sich, bei größeren Verbesserungen und Erneuerungen im Betriebe eine neue Anleihe aus dem Kreis-Communalfonds aufzunehmen. Das hier anscheinend beabsichtigte Verfahren entspreche einem Zustande so übergroßer Vorsicht, daß die städtischen Finanzen das auf die Dauer kaum würden ertragen können. Im Uebrigen erhalte die vorliegende Frage erst dann practische Bedeutung, wenn etwa eine weitere Erhöhung der Gemeindesteuer beabsichtigt werde.

Herr Stadtrath Schöttler kann dem Herrn Vorredner nur in den Fällen Recht geben, wo es sich um Verbesserung der Anlagen eines Unternehmens handle, wenn also beispielsweise eine neue, weniger Kohlen verbrauchende Maschine, welche den Werth des Etablissements erhöhe, beschafft werden solle. Dagegen halte er es für angezeigt, die Kosten für abgänglich gewordene und neu zu beschaffende Sachen dem Reservefonds zu entnehmen. Redner habe wenigstens diese Einrichtung bei seinen industriellen Unternehmungen stets getroffen, obwohl er zugestehle, daß sich über die Nichtigkeit derselben streiten lasse. Für heute habe indessen die Frage noch keine practische Bedeutung.

Der Herr Vorsitzende hält den Streit zur Zeit ebenfalls für einen rein academischen, bei welchem die Grundlage fehle und bitte er deshalb, die Verhandlung hierüber nicht zu weit auszuspinnen.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann der Ansicht bezüglich des nur academischen Streites nicht beipflichten. Den Ausführungen des Herrn Berichterstatters habe er entgegenzuhalten, daß Magistrat und Versammlung früher beschlossen haben, für die Neustadtmühle einen Reservefonds bis zu 50 000 M. anzusammeln. Da nun der Magistrat auch heute noch diese Summe für erforderlich halte, so werde er aus den Mittheilungen des Herrn Berichterstatters keine Veranlassung nehmen, der Frage wegen geringerer Dotirung des Fonds näher zu treten.

3. Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushalts

incl. der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden Verwaltungen:

	Einnahme		Ausgabe		Ueberschuß		Fehlsumme	
	M	S	M	S	M	S	M	S
I. Cämmereivermögen (im engeren Sinne)	128 496	16	270 294	75	—	—	141 798	59
II. Kirchenwesen	—	—	3 438	50	—	—	3 438	50
III. Unterrichtswesen . . .	—	—	455 180	50	—	—	455 180	50
IV. Kunst und Wissenschaft .	—	—	8 874	90	—	—	8 874	90
V. Armenpflege	—	—	158 400	—	—	—	158 400	—
VI. Medicinalwesen	—	—	1 070	—	—	—	1 070	—
VII. Vereinswesen und Volks- feste	616	67	2 117	17	—	—	1 500	50
VIII. Feuerlöschwesen . . .	18 471	31	63 050	50	—	—	44 579	19
IX. Ortspolizei	22 903	—	190 034	70	—	—	167 131	70
X. Straßenbau	2 800	—	38 416	—	—	—	35 616	—
XI. Gemeindesteuern	981 200	—	3 680	—	977 520	—	—	—
XII. Staatszuschüsse u. Staats- bedürfnisse	98 600	—	20 550	—	78 050	—	—	—
XIII. Stadtverwaltung . . .	28 125	—	158 950	33	—	—	130 825	33
XIV. Insgemein	33 787	86	8 942	65	24 845	21	—	—
Zusammen	1315 000	—	1383 000	—	1080 415	21	1148 415	21
Fehlsumme	68 000 M.				68 000 M.			

Der Stadtmagistrat stellt dazu folgende Anträge:

- 1) Die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß diese Fehlsumme, insoweit dieselbe nicht durch Ersparnisse oder Mehreinnahmen sollte gedeckt werden können, dem f. Z. aus Ueberschüssen der laufenden Verwaltung gebildeten eisernen Betriebsfonds von 69 500 M. entnommen werde.

2) Die Versammlung wolle beschließen:

- a. daß die von den Steuerpflichtigen der beiden untersten Classen zu entrichtende Gemeindesteuer, wie solches auch in den Vorjahren geschehen, für das Jahr 1889 außer Hebung bleibe, und
- b. daß pro 1889 die Gemeindesteuer wiederum mit elf Simplen ausgeschrieben werde.

Diese Anträge werden von der Versammlung nach Befürwortung der Finanz-Commission angenommen.

Hiernächst constatirt der Herr Vorsitzende, daß nach der Annahme der verschiedenen Special Etats nunmehr auch der ordentliche und außerordentliche Hauptetat der Stadtcasse angenommen sei.

Darauf giebt Herr Wolff in üblicher Weise eine

Uebersicht

über den procentualen Antheil der einzelnen Capitel an den Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Stadthaushalts.

A. Einnahme:	1889	1888
Gemeindesteuern	85,12 $\frac{0}{100}$	88,26 $\frac{0}{100}$
Staatzzuschüsse	6,80 "	7,11 "
Insgemein	2,16 "	— "
Fehlsumme	5,92 "	4,63 "
	100,00 $\frac{0}{100}$	100,00 $\frac{0}{100}$

B. Ausgabe:		
Cämmereivermögen	12,35 $\frac{0}{100}$	13,02 $\frac{0}{100}$
Kirchenwesen	0,30 "	0,32 "
Unterrichtswesen	39,64 "	40,38 "
Kunst und Wissenschaft	0,77 "	0,63 "
Armenpflege	13,80 "	15,10 "
Medicinalwesen	0,09 "	0,10 "
Bereinswesen zc.	0,13 "	0,15 "
Feuerlöschwesen	3,88 "	4,58 "
Ortspolizei	14,55 "	13,74 "
Straßenbau	3,10 "	0,61 "
Stadtverwaltung	11,39 "	11,09 "
Insgemein	— "	0,28 "
	100,00 $\frac{0}{100}$	100,00 $\frac{0}{100}$

Es steht nunmehr zur Berathung

4. Der Anhang.

I. Etat der Canalbaucaſſe.

A. Neubau:

Einnahme und Ausgabe 503 400,00 M.

Für die hier ausgeworfene Summe iſt die Canalifiſirung der folgenden Straßen vorgeſehen: a. Innenſtadt: Mauernſtraße mit Gölndenſlinke, Schöppenſtedterſtraße zwiſchen Gölndenſlinke und Steinweg, Breiteſtraße nördlicher Theil, Gölrdelingerſtraße nördlicher Theil, Gölldenſtraße zwiſchen Malertwete und Sonnenſtraße und weſtlicher Theil der Ritterſtraße mit einem Theile des Klints. b. Außenſtadt: Körnerſtraße von Bertram- bis Marthaſtraße, Altemwieſering von Helmſtedter- bis Leonhardſtraße, Kajernenſtraße von Faſanenſtraße bis zur Waſſerſcheide, Kaſtanienallee von der Conſervfabrik bis zum gr. Exercierplaze, Marienſtraße, Taubenſtraße zwiſchen Mittelweg und erſter Querſtraße, Mittelweg zwiſchen Tauben- und Rebenſtraße, Lampeſtraße (Nothauslaß von der Hamburgerſtraße bis zur Oker), Maſchſtraße zwiſchen Gartenſtraße und Petriwehr, Verbindungsſtraße zwiſchen Petriwehr und Maſchſtraße, Goſlarſcheſtraße zwiſchen dem nördlich von der Kreuzſtraße projectirten Straßenzuge bis zum Madamenwege, Verbindungsſtraße zwiſchen Hohethor und Madamenweg, Madamenweg zwiſchen Ringſtraße und Goſlarſcheſtraße Broigemerſtraße von Juliusſtraße bis Madamenweg, Juliusſtraße, Sophienſtraße, Küchengarten zwiſchen Kajernenſtraße und Oker und Wendenring zwiſchen Hamburgerſtraße und Oker, wozu dann noch eine Rohrleitung im weſtlichen Umfluthgraben, ſowie allgemeine Koſten für Herſtellung von Einſteigegächten, Ventilationsvorrichtungen zc. in vorhandene Canäle treten.

B. Unterhaltung:

Einnahme und Ausgabe 70 000 M.

Zuſchuß 19 666 M.

Hierzu wird bemerkt, daß die Stadtcaſſe ein Drittel und die Anlieger zwei Drittel der geſamnten Unterhaltungskoſten des ſtädtiſchen Canalweſens zu tragen haben. Nach dem biſherigen Ergebniffe der Caſſenverwaltung für 1888 und im Hinblick auf die fortſchreitende ſtarke Vermehrung der Hausanſchlüſſe wird angenommen werden können, daß der in 1888 für neun Monate erhobene Abgabebetrag von 1 % des Grundſteuercapitals im Jahre 1889 für zwölf Monate in dem verhältnißmäßig nahezu gleich hohen Betrage von 1,3 % des Steuercapitals ausreichen werde.

Der Herr Berichtſtatter führt zu dem Punkte 1 der Ausgabe „Unterhaltung der Reinigungsſtation 14 000 M.“ aus, daß, wie wohl Niemand bezweifle,

das bisherige Verhalten der Reinigungsstation für die Nasen der Anwohner ein höchst unerquickliches gewesen sei und zu ganz besonders schweren und begründeten Klagen Anlaß gegeben habe. Die Canalbau-Deputation habe nun darauf Bedacht genommen, Abhilfe zu schaffen und der Commission mitgetheilt, daß zunächst probeweise ein Wagen angeschafft sei, um die Schlammmassen, für welche sich jetzt auch ein Abnehmer gefunden habe, aus den Bassins abzufahren. Dieses Verfahren scheine sich nun derartig gut zu bewähren, daß die Deputation noch drei weitere Wagen bestellt habe, um eine Einrichtung zu treffen, nach welcher der Schlamm gar nicht mehr gelagert werde, sondern direkt aus den Bassins in die Wagen komme, so daß die Klagen über das Ausströmen übler Dünfte voraussichtlich verstummen werden. Die Finanz-Commission habe hiervon mit großer Befriedigung Kenntniß genommen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die gehegten Wünsche auch thatsächlich in Erfüllung gehen möchten.

Herr Stadtrath Schöttler kann diese Mittheilungen nur bestätigen und dieselben zur Beruhigung der gehegten großen Befürchtungen noch dahin ergänzen, daß der häßliche Geruch in der letzteren Zeit wesentlich dadurch veranlaßt sei, weil große Massen des abgelagerten Schlammes zur Aufbesserung des Bodens in dem benachbarten neuen Stadtpark auseinandergestreut seien und einen widerlichen Geruch verbreitet haben. Die Schlammmassen strömen aber nur dann einen üblen Dunst aus, wenn sie angerührt werden, da man bei ruhiger Lagerung derselben über sie fortgehen könne, ohne etwas von dem Geruche zu verspüren. Sobald aber die Anstalt nicht mehr nöthig habe, Schlamm bei sich zu lagern und denselben später als eine in Gährung übergegangene Masse anzurühren und abzufahren, werde der Geruch von selbst aufhören. Demnach werde das neue Verfahren jedenfalls eine vollständige Abhilfe schaffen, denn die Massen gelangen nach demselben direct aus den Schlammumpfen in die Wagen und werden abgefahren.

Herr Lange fragt an, ob der Absatz des Schlammes in der jetzigen Form auch für die Zukunft gesichert sein werde, selbst wenn derselbe in größeren Massen vorkomme, weil anderenfalls die Ausgabe für die Wagen unnütz gewesen sei. Die Meinung des Herrn Vorredners, daß die Schlammmassen nur duften, wenn sie angerührt werden, müsse er bestreiten, da dieselben auch stinken, sobald die Sonne darauf scheine und eine Fersehung bewirke.

Herr Stadtrath Schöttler erwidert, daß die Abnahme des Schlammes vorläufig auf fünf Jahre durch Vertrag gesichert sei und der Magistrat sich hierbei ein Kündigungsrecht vorbehalten habe, während der Unternehmer für die ganze Zeit gebunden sei. Ob der Schlamm auch bei größeren Massen einmal einen Werth erhalten werde, sei eine Frage, über welche sich streiten lasse. Redner selber sei der Ansicht, daß der Schlamm in Verbindung mit den Abfuhrstoffen der Stadt einen guten Dünger abgeben werde, welcher nicht nur unentgeltlich, sondern auch

gegen Zahlung einer Entschädigung, die einen Theil der Kosten zu decken im Stande sei, Absatz finden müsse, sobald der Werth dieses Düngers nur erst erkannt sei. Diese Frage werde allerdings erst in einigen Jahren in Erwägung zu ziehen sein, indessen lasse sich erhoffen, die sehr schwerwiegende Frage demnächst zu einer für die städtischen Interessen günstigen Entscheidung bringen zu können.

II. Etat des städtischen Schlachthauses:

Einnahme und Ausgabe 119 000,00 M.

Wie Herr Wolff hervorhebt, habe man eine Verminderung der Schlachthausgebühren nicht in Aussicht genommen, weil dieselben schon jetzt so billig seien, daß die Schlachter selbst eine Ermäßigung nicht wünschen und bei der derzeitigen Höhe auch kleinere nothwendig werdende Erweiterungen mit aus den Einnahmen bestritten werden können. Dem Ansätze der Schlachtgebühren in der Höhe von 68 970 M. liege die Annahme zu Grunde, daß im Jahre 1889 geschlachtet werden:

2700 Ochsen und Stiere	à 3,25 M	=	8775 M
4500 Kühe und Rinder	à 2,00 "	=	9000 "
34000 Schweine	à 1,25 "	=	42500 "
9600 Kälber	à 0,60 "	=	5760 "
8700 Schafe	à 0,30 "	=	2610 "
130 Pferde	à 2,50 "	=	325 "

Zusammen 68 970 M.

Bezüglich der Ausgabe geht der Beschluß der Finanzcommission dahin, die Annahme derselben in Würdigung der magistratsseitig vorgebrachten Gründe, namentlich auch bezüglich der in Aussicht genommenen Gehaltserhöhungen der Versammlung in dem vom Magistrate gewünschten Umfange zu empfehlen. Allseitig sei anerkannt, daß gerade die Beamten des Schlachthauses eine sehr schwierige Stellung bekleiden und ihnen deshalb eine Zulage in der deputationsseitig beantragten Höhe sehr wohl zu gönnen sei, daß aber die unausbleibliche Berufung anderer städtischen Beamten zur Zeit kaum gestatte, die Wünsche der Deputation im vollen Maße zum Ausdruck zu bringen.

III. Etat der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde.

Einnahme und Ausgabe 16 148,27 M.

Es sind hier widerrufliche Zuschüsse für folgende Wohlthätigkeitsanstalten vorgeesehen:

Dienstboten-Erziehungsanstalt	600 M
Anstalt für dürftige Reconvalescenten	105 "
Volkskindergarten im Hagen	600 "
Herberge zur Heimath	400 "

Seite 1705 M

	Uebertrag 1705 M
Invalidenstiftung beim Schill'schen Denkmale . . .	150 "
Jüdische Wohlthätigkeitsanstalt Ez Chajim . . .	450 "
Kinderhospital des Rettungshauses	100 "
Volksküche	500 "
Handelschule	200 "
Knabenbewahranstalt	500 "
Feriencolonien	100 "
Deutscher Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke	30 "
Mägdeheim	100 "
	<hr/> 3835 M.

Dazu treten 10 500 M zur Unterhaltung der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule. Es bleibt dann noch ein Ueberschuß von 1153,27 M zur Verfügung, welcher weiteren Wohlthätigkeitsanstalten zu Gute kommen kann.

IV. Etat der Kreis-Communalcasse.

Einnahme und Ausgabe 1339 200,00 M.

Zur Disposition 18819,45 M.

Herr Lange vermißt in dem ganzen Etat eine Summe, welche zum Bau einer schon längere Zeit als nothwendig erkannten gemeinnützigen Anstalt, nämlich einer Volksbadeanstalt Verwendung finden könne. Er denke sich eine solche keineswegs in dem Sinne eines großen Schwimm- und Wannenbades, sondern in der allereinfachsten und bescheidensten, nur ihren Zweck erfüllenden Weise als Brause-Douche-Bad, wie man solche Bäder in anderen Städten schon besitze. Den Magistrat bitte er deshalb, die hier zur Disposition verbleibende Summe von 18 819,45 M möglichst zu diesem Zwecke mit zu verwenden.

Der Herr Vorsitzende erachtet es nicht für thunlich, den Bau einer Volksbadeanstalt jetzt noch nachträglich in den Etat einzustellen und ersucht daher Herrn Lange, demnächst einen besonderen Antrag einzubringen,

mit welchem Vorschlage sich Herr Lange einverstanden erklärt.

Herr Wolff theilt hierzu noch mit, daß bereits Berathungen behufs Errichtung einiger Volksbäder stattfinden, indem sowohl der Verein für das Wohl der arbeitenden Classen, als auch der Bürgerverein sich der Sache angenommen und Gelder zu diesem Zwecke zur Verfügung haben. Es sei deshalb zu erhoffen, daß schon im Frühjahr die erste derartige Anstalt hieselbst ins Leben trete, namentlich wenn es gelingen sollte, dieselbe auf einem städtischen Grundstücke mit einem Zuschusse der Stadt unterbringen zu können.

Herr Lange hält die Stadt bei der Gemeinnützigkeit solcher Anstalt für verpflichtet, die Errichtung derselben selbst in die Hand zu nehmen und sich nicht von der privaten Wohlthätigkeit abhängig zu machen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet, nicht allzusehr auf den Ueberschuß der 18800 M zu rücksichtigen, da bei Gelegenheit der Verwendung von zurückgezahlten Canalbaugeldern, aus welchen der Ueberschuß überhaupt stamme, in der Sitzung vom 14. Juni d. J. (Seite 105 des Protocoll'es) die Versammlung mit dem Magistrate schon stillschweigend übereingekommen sei, die Gelder zur Verbesserung der Flußbadeanstalt zu verwenden.

Der Herr Vorsitzende giebt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Errichtung einer Volksbadeanstalt wiederum angeregt worden und hofft, daß der Magistrat im neuen Jahre bei der Berathung des Lange'schen Antrages sich weniger ablehnend gegen das Project verhalten werde, als im vorigen Jahre.

Herr Wolff trägt schließlich noch den persönlichen Wunsch vor, in dem Versammlungslocale stets ein Exemplar der Stadtverordneten-Verhandlungen bereit zu halten, damit bei Bedarf Einsicht in dasselbe genommen werden könne

und wird die Erfüllung dieses Wunsches von dem Herrn Vorsitzenden zugesagt.

Damit ist die Berathung des Haushaltsplans nebst Anhang erledigt und constatirt der Herr Vorsitzende noch besonders, daß nunmehr die gesammten Etats seitens der Versammlung angenommen worden seien.

X. Bestimmungsgemäß soll zum 1. Januar 1889 eine Prüfung des unterm 18. December 1885 erlassenen Regulativs über die Abgabe von Wasser aus dem städtischen Wasserwerke namentlich in der Richtung stattfinden, ob auf Grund der inzwischen gemachten Erfahrungen eine Aenderung des Tarifs über das Wassergeld zulässig bezw. geboten erscheine. Die Deputation zur Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke hat eine Prüfung der Bestimmungen des Regulativs vorgenommen und ist hierbei namentlich auf der Grundlage des Rechnungsabchlusses des Wasserwerks für 1887 zu der Ueberzeugung gelangt, daß der regulativmäßige Wasserpreis als zu dauernder Erfüllung der Aufgabe des Wasserwerkes richtig bemessen anzuerkennen und demnach unverändert beizubehalten sei. Zu Bedenken könnten vielleicht die Bestimmungen im §. 5, 2, c des Regulativs, nach welchen für Wasser zu Bauzwecken, wenn für die Dauer der Bauzeit eine besondere Zuleitung hergestellt wird, 1 pro mille des aufzuwendenden Baucapitals zu entrichten ist, Veranlassung geben, weil bei Neubauten nicht selten eine Wasserverschwendung eintrete, oder auch Wasser zu hauswirthschaftlichen Zwecken abgegeben werde. Es verlohne sich indessen nicht, deswegen eine Aenderung der bezüglichen Bestimmungen eintreten zu lassen.

Der Stadtmagistrat giebt ebenfalls anheim, sich mit der unveränderten Beibehaltung des Regulativs für jetzt einverstanden zu erklären, und beschließt die Versammlung auch demgemäß, nachdem Herr Heymann für die Statutencommission sich in gleichem Sinne ausgesprochen hatte.

XI. Im Jahre 1879 ist dem Stadtmagistrate von der hiesigen Garnison-Verwaltung zum ersten Male das Militair-Casino am Wilhelmsplatze zum Kaufe angeboten und hat sich derselbe unterm 20. August 1879 auf Grund einer vom jetzigen Stadtbaurath Winter vorgenommenen Abschätzung zur Zahlung eines Kaufpreises von 33 500 M bereit erklärt, auf welches Angebot indessen eine Antwort nicht erfolgt ist. Der Magistrat hat sodann unterm 16. April 1887 dieses Gebot wiederholt, worauf ihm unterm 4. Juni desselben Jahres die Antwort zuging, daß dasselbe unannehmbar sei und dem freihändigen Verkaufe des Casinogebäudes nur dann nähergetreten werden könne, wenn von den städtischen Behörden ein Kaufpreis geboten werde, der den Betrag der von der Königl. Intendantur des 10. Armee-corps aufgestellten Werthtaxe von 80 800 M übersteige, oder demselben doch mindestens gleichkomme. Der Stadtbaurath Winter, zum nochmaligen Berichte über diese Forderung ersucht, schätzte den Werth des Grundstückes im allergünstigsten Falle auf 55 000 M ab, worauf der Magistrat unterm 13. Juni der Garnison-Verwaltung mittheilte, daß er auf den freihändigen Erwerb des Casinos verzichte. Auf eine nochmalige Anfrage der Garnison-Verwaltung vom 11. Mai 1888, ob der Magistrat nunmehr geneigt sei, das fragliche Grundstück zu dem neuesten Taxpreise von 81 776 M zu erwerben, erfolgte auf Magistratsbeschuß die Antwort, daß er den Ankauf des Grundstückes unter dieser Bedingung nicht beabsichtige. Dagegen machte sich der Magistrat im Einverständnisse mit der Finanzcommission der Stadtverordneten-Versammlung darüber schlüssig, bei dem meistbietenden Verkaufe des Grundstückes einen Preis bis zu 60 000 M bieten zu lassen. Am 25. Juli brachte sodann der Magistrat in Erfahrung, daß der Architect Till das Grundstück zu dem Taxpreise freihändig gekauft habe und hierzu vom Königl. Kriegsministerium in Berlin die Genehmigung erteilt sei. Von der Regel, nach welcher fisci-liche Grundstücke öffentlich meistbietend verkauft werden, ist man in dem vorliegenden Falle abgewichen, so daß der dieserhalb abzuschließende notarielle Vertrag nur noch die formelle Genehmigung des Kriegsministeriums zu finden hatte. Der Magistrat berief daraufhin eine Versammlung der hier anwesenden Stadtverordneten zum 27. Juli ein und erklärten sich die erschienenen 15 Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung einstimmig für den Ankauf des Grundstückes zu dem Taxpreise. Noch an demselben Tage richtete der Magistrat an das Königl. Kriegsministerium in Berlin die Bitte, den Verkauf des Grundstückes an Till nicht zu genehmigen, sondern der Stadt das Vorkaufsrecht zu dem Taxpreise zu gewähren. Einige Tage

darauf wurde auch Se. Königliche Hoheit, unser Regent, gebeten, dieses Gesuch beim Kriegsministerium im Interesse der Stadt unterstützen zu wollen. Am 24. September erhielt sodann der Magistrat von der Intendantur des 10. Armee-corps in Hannover die Nachricht, daß dieselbe vom Kriegsministerium ermächtigt sei, das Grundstück der Officiers-Speiseanstalt an die städtischen Behörden zum Preise von 81776 M zu veräußern und daß ein entsprechender Vertragsentwurf dem Kriegsministerium zur eventuellen Genehmigung bereits vorgelegt sei. Der von Letzterem vollzogene Vertrag ist unterm 4 December dem Stadtmagistrate zur Einholung der noch erforderlichen Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums und der Stadtverordneten-Versammlung übersandt worden.

Der Stadtmagistrat hält den Ankauf des fraglichen Grundstückes ungeachtet des hohen Preises im Interesse der Stadt für dringend wünschenswerth, da einerseits, falls das Project der Errichtung eines neuen Stadthauses auf der area des jetzigen Landgestüts zur Ausführung kommen sollte, das Grundstück nach dem von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeiteten Plane bei solchem Bau Verwendung finden werde, andererseits aber von der 1249 qm haltenden Grundfläche 337 qm zur Straßenerweiterung erforderlich seien und zu befürchten stehe, daß solches Terrain, falls das Grundstück in das Eigenthum eines Privatmannes übergehen würde, zu einem sehr hohen Preise von der Stadt erworben werden müsse. In Anbetracht dieser Erwägungen, sowie des Umstandes, daß es erwünscht sein müsse, auf der area der abzubrechenden Officiers-Speiseanstalt ein der Umgebung des Wilhelmsplatzes angemessenes Gebäude errichtet zu sehen, ersucht der Magistrat, den dieserhalb mit dem Militairfiscus unterm 20. October abgeschlossenen Kaufvertrag zu genehmigen und die Zahlung des festgesetzten Kaufpreises aus der Stadtcasse zu beschließen.

Die Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, schließt sich diesem Antrage voll und ganz an und bittet, den vorliegenden Verkaufsvertrag zu genehmigen,

was seitens der Versammlung auch geschieht.

XII. Die Verwaltungs-Deputation der Gas- und Wasserwerke beantragt, die zum 1. April 1889 aus der Pacht fallenden städtischen Mühlen bei Eisenbüttel dem seitherigen Pächter Wollschläger anderweit auf fernere fünf Jahre, also bis zum 31. März 1894, zu verpachten. Der Magistrat eignet sich diesen Antrag in jeder Beziehung an und legt einen entsprechenden Vertragsentwurf zur Genehmigung vor. Das Pachtgeld ist auf jährlich 3200 M und die Amortisation und Verzinsung von Aufwendungen für Erneuerung der Wasserräder und des Gerinnes in der früheren herrschaftlichen Mühle und der Schleifmühle auf jährlich 360 M festgestellt. Den Gesamtbetrag von 3560 M hat der Pächter in vierteljährlichen Theilbeträgen

praenumerando an die Cassé der städtischen Wasserwerke einzuzahlen. Im Uebrigen bietet der Vertrag keine neuen Bestimmungen von wesentlicher Bedeutung.

Die Versammlung nimmt den Magistratsantrag an, nachdem derselbe von Herrn Sievers namens der Finanzcommission befürwortet war.

XIII. Der Maurermeister Louis Gide beabsichtigt, an der Ecke der Eulenstraße und der von dieser in nördlicher Richtung abzweigenden, im Ortsbauplane vorgesehenen Straße ein Wohnhaus zu errichten und hat deshalb eine zur Herstellung dieser Straße erforderliche, 1 a 4 qm große Fläche an die Stadtgemeinde unentgeltlich abgetreten. Der Magistrat ersucht um Genehmigung des dieserhalb unterm 17. November 1888 abgeschlossenen notariellen Vertrages.

Die Statutencommission giebt durch Herrn Reuter die Genehmigung desselben anheim, da für den Fall, daß aus der projectirten Straße nichts werden sollte, die Sache wieder rückgängig gemacht werden könne.

Herr Schwarzenberg will gegen den Antrag an sich nichts einwenden, giebt aber eine nochmalige magistratsseitige Prüfung der Frage anheim, ob der Ortsbauplan bezüglich der hier projectirten Straße, welche eine ganze Anzahl Gärten durchschneiden werde, nicht noch geändert werden könne.

Herr Stadtrath Ketemeyer ersucht, den vorliegenden Antrag zu genehmigen, da sich die Versammlung hierdurch in keiner Weise bezüglich der demnächstigen Straßenausführung binde, denn sobald die projectirte Straße ausgeführt werden solle, müsse die Versammlung noch eine besondere Vorlage erhalten. Bei dieser unbedeutenden Sache sei magistratsseitig eine Abänderung des Ortsbauplans allerdings nicht in Erwägung gezogen und es könne heute auch noch Niemand wissen, ob die Straße überhaupt jemals zur Ausführung kommen werde; wenigstens denke der Magistrat seinerseits an den Ausbau derselben nicht und bleibe dieses auf alle Fälle einem Privatunternehmer überlassen.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Schwarzenberg und Reuter wird die Vorlage von der Versammlung angenommen.

XIV. Nachdem dem Magistrate in der Versammlung vom 14. Juni d. Js. (Seite 118 ff. des Protocollés) die Genehmigung erteilt worden war, seitens des Kreis-Communalverbandes eine zweite Quote seiner 1887er Obligationssanleihe im Nennwerthe von 1200 000 M. auszugeben und die aus der Begebung der Obligationen erzielten Beträge als im Nennwerthe mit $3\frac{1}{2}\%$ verzinsliche Darlehen an die Stadtgemeinde auszuleihen, ist es dem Magistrate möglich geworden, mit dem Erlöse aus dem Verfaufe dieser Werthe unter Hinzunahme sonstiger bereiten Mittel die bislang erforderlich gewordenen außerordentlichen Ausgaben der Stadtcasse bezw. des Reservefonds des Gaswerkes und des Canalbaufonds zu bestreiten.

Zur definitiven Bestreitung von zumeist im Jahre 1888 bereits gemachten etatsmäßigen Aufwendungen werden indessen bis Ende März 1889 voraussichtlich noch zu beschaffen sein:

- 150 000 M für das Extraordinarium der Stadtcasse,
- 250 000 M für den Neubau des zweiten Gaswerkes und
- 200 000 M für den Canalbaufonds.

Der Magistrat ersucht daher um die Zustimmung der Versammlung dazu, daß

I. der Kreis-Communalverband eine fernere Quote seiner 1887er (bekanntlich mit noch 1 800 000 M vorrätigen) Obligationsanleihe im Nennwerthe von 600 000 M in bedarfsmäßigen Raten bis Ende März 1889 zum Mindestpreise von 101,5 % ausgabe und die aus der Begebung dieser Obligationen erzielten Baarbeträge als ein im Nennwerthe mit 3½ % verzinsliches Darlehen an die Stadtgemeinde ausleihe;

II. die Stadtgemeinde dieses 3½ %ige Darlehen annehme und davon

- 1) den einem Nennwerthe von 150 000 + 250 000 = 400 000 M entsprechenden Betrag an die Stadtcasse,
- 2) den einem Nennwerthe von 200 000 M entsprechenden Betrag an den Canalbaufonds

überweise.

Herr Wolff bemerkt hierzu namens der Finanzcommission, daß die Vorlage geprüft sei und der Magistrat zunächst weitere Mittheilungen über die Begebung der Anleihe zu machen gedenke.

Herr Oberbürgermeister Pockels theilt sodann der Versammlung mit, daß der Magistrat eine öffentliche Preisbewerbung ausgeschrieben und die Anmeldungen bis zum heutigen Mittage 12 Uhr verschlossen entgegengenommen habe. Das höchste Gebot unter den eingegangenen Anerbietungen sei von der Braunschweigischen Creditanstalt namens des Consortiums derjenigen Bankhäuser, welche auch die bisherige Kreisanleihe gekauft haben, mit 101,80 % abgegeben, während von einer anderen Seite 101,77 % und von einer dritten Seite 101,60 % geboten seien. Die Offerten seien versiegelt mit der Aufschrift „Bewerbung um die Kreisanleihe“ bei dem Magistrate eingegangen und Mittags nach 12 Uhr durch zwei Magistratsmitglieder gemeinschaftlich geöffnet.

Herr Wolff befürwortet nunmehr die Magistratsvorlage in allen Punkten und hebt noch besonders hervor, daß ein so günstiges Gebot kaum habe erwartet werden können.

Die Versammlung nimmt darauf die Vorlage an.

Außerhalb der Tagesordnung:

XV. Durch die Anlage der Ringstraße zwischen Oker und Hamburgerstraße ist der der St. Catharinentirche gehörige Plan *N* 71 derartig durchschnitten, daß dessen nördliche Hälfte, welche erheblich tiefer liegt, als das Planum der Ringstraße, nicht mehr mit Wagen und sonstigen schweren Ackergeräthen erreicht werden kann. Um die Herrichtung einer kostspieligen Rampe zu vermeiden, hat die städtische Bauverwaltung den Ankauf einer 52 qm großen Fläche des der Feldmarks-Interessenschaft Hagen gehörigen Planes *N* 75 empfohlen, für dessen Abtretung die Eigenthümerin einen Einheitspreis von 1,50 *M* fordert. Der Magistrat ersucht, den stadtseitigen Erwerb der fraglichen Fläche zu dem durchaus angemessenen Preise von überhaupt 78 *M* zu genehmigen.

Die Baucommission giebt durch Herrn Reuter die Genehmigung des Ankaufes anheim,
worauf derselbe von der Versammlung beschlossen wird.

Der Herr Vorsitzende schließt damit die öffentliche Sitzung, bemerkend, daß er die übliche Uebersicht über die Geschäfte des Jahres 1888 in der ersten Sitzung des neuen Jahres geben werde.

In vertraulicher Sitzung wird die Pensionirung der schon längere Zeit erkrankten Lehrerin Antonie Müller, sowie ein Gesuch der Wittwe Berkling um Erlaß von Abgaben an die Armen- und Begebesserungscasse genehmigt und darauf noch das Verzeichniß III von Gemeindesteuer-Reclamationen nach den Beschlüssen der Einschätzungs-Commission erledigt.

Schluß 8 Uhr.

